

REIHE Netzbürger

Tobias Neumann

# Die Piratenpartei Deutschland

Entwicklung und Selbstverständnis



Contumax



Reihe Netzbürger

Tobias Neumann

*Die Piratenpartei Deutschland*

Entwicklung und Selbstverständnis

Contumax-Verlag

Dieses Werk steht unter der Lizenz „Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland (CC BY-SA 3.0)“. Informationen dazu finden Sie unter:

<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>

Contumax GmbH & Co. KG

Tempelhofer Damm 2

12101 Berlin

Gestaltung und Satz: Contumax GmbH & Co. KG

Druck und Bindung: Books on Demand GmbH, Norderstedt

1. Auflage, Oktober 2011

ISBN 978-3-86199-006-2

Reihe Netzbürger

Band 1 Henning Bartels: Die Piratenpartei – Entstehung, Forderungen und Perspektiven

Band 2 Klaus Graf: Urheberrechtsfibel – nicht nur für Piraten

Band 3 Richard F. Simonson: Dünnes Eis

Band 4 Tobias Neumann: Die Piratenpartei Deutschland – Entwicklung und Selbstverständnis

## **Vorbemerkung**

Dieses Buch entstand in der Zeit von Januar bis August 2011 als Abschlussarbeit zur Erlangung des Magister Artium im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse (I). Für den Druck in der „Reihe Netzbürger“ wurden die für eine Masterarbeit üblichen rein formellen Seiten „Deckblatt“, „Erklärung“ und „Lebenslauf“ weggelassen. Hinzugefügt wurden das hier verwendete Cover und Impressum.

## **Danksagung**

Mein besonderer Dank gebührt den Mitgliedern der Piratenpartei Deutschland und ihrem vormaligen Bundesvorstand, für die Möglichkeit diese Untersuchung in der Partei durchführen zu dürfen und für die hohe Beteiligung an der Befragung. Jeder Teilnehmer hat einen wichtigen Beitrag zur Entstehung der vorliegenden Arbeit geleistet.

Des Weiteren möchte ich meinen beiden Gutachterinnen Frau Dr. habil. Silvia Krömmelbein und Frau OStR i.H. Margit Rodrian-Pfennig meinen Dank aussprechen. Dafür, dass sie mich während des gesamten Verlaufs meiner Magisterarbeit begleitet und sich immer Zeit für mich genommen haben.

Zudem bin ich meinem Chef, Herrn Moritz Habermann, zu Dank verpflichtet, weil er auf mich und meine Magisterarbeit viel Rücksicht genommen hat.

Danken möchte ich ganz besonders meiner Familie für ihre unermüdliche Motivation, dafür, dass sie mir immer zur Seite gestanden und an mich geglaubt hat.

Auch möchte ich Florian Brusius, Ralph Herold und Bernd Späth dafür danken, dass sie mich motiviert haben sowie all meinen Freunden für ihren langen Atem.

# **Inhaltsverzeichnis**

<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>VII</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>XIV</b>
<b>1. Einleitung</b>	<b>1</b>
1.1 Methodik und Vorgehensweise	3
1.2 Meine Mitgliedschaft in der Piratenpartei	5
<b>2. Die Piraten – Partei und internationale Bewegung</b>	<b>11</b>
2.1 Die Herkunft der Piratenparteien	13
2.2 Die Piratenpartei Deutschland	22
2.2.1 Das politische Grundsatzprogramm	30
2.2.2 Organisation, Partizipation, innerparteiliche Demokratie und Mandate	47
2.3 Pirate Parties International	57
<b>3. Konstruktion des Fragebogens und Auswertung der Ergebnisse</b>	<b>63</b>
3.1 Konzeption und Konstruktion des Fragebogens	67
3.1.1 Die Begrüßungsseite	69
3.1.2 Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei	69
3.1.3 Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei	71

3.1.4	Fragen zur innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation	73
3.1.5	Fragen zum Demokratieverständnis	76
3.1.6	Fragen zu Ihrer Person und Endseite	78
3.2	Auswertung der Ergebnisse	80
3.2.1	Die parteiinterne Diskussion um meine Untersuchung	80
3.2.2	Feldbericht	83
3.2.3	Vorbemerkung zur Auswertung	90
3.2.4	Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei	91
3.2.5	Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei	118
3.2.6	Fragen zur innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation	144
3.2.7	Fragen zum Demokratieverständnis	179
3.2.8	Fragen zu Ihrer Person (statistische Daten)	190
<b>4.</b>	<b>Schlussbetrachtung</b>	<b>197</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>207</b>
	<b>Anhang</b>	<b>227</b>
	Anhang 1: Fragebogen	227
	Anhang 2: Feldbericht	248



## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Mitgliederentwicklung der Piratenpartei Deutschland seit Gründung	23
Abbildung 2: Entwicklung der Verbände der Piratenpartei Deutschland	48
Abbildung 3: Entwicklung der kommunalen Vertretungen der Piratenpartei	55
Abbildung 4: Brutto- und Nettobeteiligung	84
Abbildung 5: Zugriffe pro Tag	85
Abbildung 6: Zugriffe pro Kalenderwoche	87
Abbildung 7: Wie sind Sie auf die Piratenpartei aufmerksam geworden?	92
Abbildung 8: Wie sind Sie mit der Piratenpartei in Kontakt getreten?	93
Abbildung 9: Mitgliederentwicklung der Piratenpartei bis Ende 2010	95
Abbildung 10: Mitgliederentwicklung im Jahr 2009	96
Abbildung 11: Auf welchem Weg haben Sie Ihren Mitgliedsantrag eingereicht?	97
Abbildung 12: In welchem Jahr sind Sie in die Piratenpartei eingetreten?	98
Abbildung 13: In welchem Monat sind Sie in die Piratenpartei eingetreten?	99
Abbildung 14: In welchem Landesverband der Piratenpartei sind Sie Mitglied?	100

Abbildung 15: Welche Gründe haben Sie dazu bewogen, in die Piratenpartei einzutreten?	101
Abbildung 16: Waren Sie auch schon vor Ihrem Eintritt in die Piratenpartei politisch aktiv?	104
Abbildung 17: Wie schätzen Sie Ihr Engagement in der Piratenpartei ein?	105
Abbildung 18: Politische Aktivität der Mitglieder vor Parteieintritt im Detail	106
Abbildung 19: Investierte Zeit der vor Parteieintritt politisch inaktiven Mitglieder pro Woche	107
Abbildung 20: Wie viel Zeit pro Woche investieren Sie durchschnittlich in die Piratenpartei durch inhaltliche, organisatorische oder auch kommunikative Arbeit?	108
Abbildung 21: Haben Sie ein Amt in der Piratenpartei?	110
Abbildung 22: Streben Sie ein (ggf. anderes oder weiteres) Amt in der Piratenpartei an?	112
Abbildung 23: Bewerben Sie sich im Moment auf ein Amt in der Piratenpartei?	113
Abbildung 24: Wie oft nehmen Sie an Parteitagen der Piratenpartei teil?	114
Abbildung 25: Teilnahmen an Parteitagen nach Aktivitätsgruppen	115
Abbildung 26: Haben Sie beim programmatischen Bundesparteitag der Piratenpartei in Chemnitz an Abstimmungen teilgenommen?	116

Abbildung 27: Welche Ausrichtung soll das Programm der Piratenpartei Ihrer Meinung nach annehmen?	119
Abbildung 28: Falls Sie die Ausrichtung auf ein Vollprogramm bevorzugen: Mit welcher Geschwindigkeit soll die Entwicklung auf dieses Programm erfolgen?	120
Abbildung 29: Wie zufrieden sind Sie bisher mit der programmatischen Entwicklung der Piratenpartei?	121
Abbildung 30: Zufriedenheit über die programmatische Entwicklung der Piratenpartei gesamt.	122
Abbildung 31: Finden Sie, dass innerhalb der Piratenpartei bisher zu wenig programmatische Entwicklung stattgefunden hat?	123
Abbildung 32: Wie wichtig sind Ihnen folgende programmatische Schwerpunkte?	125
Abbildung 33: Welche dieser Schwerpunkte wurden bisher innerhalb der Piratenpartei zu wenig entwickelt?	128
Abbildung 34: Finden Sie, dass das Internet ein Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Programmarbeit innerhalb der Piratenpartei ist?	129
Abbildung 35: Wie stark formalisiert empfinden Sie den Weg von der Erstellung eines Antrags bis zu dessen Behandlung im jeweiligen Gremium insgesamt?	130
Abbildung 36: Welche der folgenden Aspekte erschweren Ihrer Meinung nach am häufigsten die programmatische Arbeit innerhalb der Piratenpartei?	132

Abbildung 37: Wie beurteilen Sie die Diskussionskultur bei programmatischen Debatten insgesamt?	134
Abbildung 38: Können Sie sich unkompliziert an der programmatischen Arbeit innerhalb der Piratenpartei beteiligen?	136
Abbildung 39: Wie häufig beteiligen Sie sich an der programmatischen Arbeit innerhalb der Piratenpartei?	137
Abbildung 40: Haben Sie schon einmal einen Antrag selbstständig erstellt oder bei an einem Eintrag mitgearbeitet, der eingebracht wurde?	138
Abbildung 41: Haben Sie das Gefühl, einen starken Einfluss auf politische Entscheidungen durch Ihre programmatische Arbeit nehmen zu können?	141
Abbildung 42: Welche Wege nutzen Sie hauptsächlich für die programmatische Arbeit innerhalb der Piratenpartei?	142
Abbildung 43: Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der Piratenpartei auf Bundes-, Landes und Kommunalebene?	145
Abbildung 44: Zufriedenheit mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten (gruppiert)	146
Abbildung 45: Wie gut kann Ihrer Meinung nach die Parteibasis Einfluss auf Entscheidungen innerhalb der Piratenpartei nehmen?	148
Abbildung 46: Durch welche der folgenden Aktivitäten verbessert sich Ihrer Meinung nach der Einfluss des Einzelnen auf die Willensbildung innerhalb der Piratenpartei?	149

Abbildung 47: Wie stark hat sich Ihrer Meinung nach eine Hierarchie innerhalb der Piratenpartei ausgebildet?	151
Abbildung 48: Welches Konzept halten Sie für geeigneter für eine gut funktionierende innerparteiliche Organisation?	154
Abbildung 49: Was macht für Sie die gemeinsame Identität der Mitglieder der Piratenpartei aus?	156
Abbildung 50: Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammenarbeit innerhalb der Piratenpartei?	159
Abbildung 51: Wie schnell erhalten Sie bei Ihrer Arbeit für die Piratenpartei Unterstützung aus den eigenen Reihen?	160
Abbildung 52: Beschleunigt sich die Unterstützung, je öffentlichkeitswirksamer die Arbeit ist, die Sie für die Piratenpartei ausführen?	162
Abbildung 53: Wie leicht fällt es Ihnen, den Überblick über die Vielzahl der Entscheidungen in der Piratenpartei zu behalten?	163
Abbildung 54: Wie gut fühlen Sie sich insgesamt über anstehende politische Entscheidungen in der Piratenpartei informiert?	166
Abbildung 55: Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit der Piratenpartei insgesamt?	167
Abbildung 56: Wie zufrieden sind Sie rückblickend mit der Arbeit des Bundesvorstandes für das Jahr 2010?	169
Abbildung 57: Welche Anwendungen verwenden Sie zur parteiinternen Kommunikation?	172

Abbildung 58: Welche Geräte verwenden Sie zur parteiinternen Kommunikation?	174
Abbildung 59: Mit welchen Mitteln werben Sie für die Piratenpartei?	176
Abbildung 60: Haben sich Ihre anfänglichen Erwartungen, die Sie an die Piratenpartei bei Ihrem Eintritt gestellt haben, erfüllt?	177
Abbildung 61: Welche Demokratieform halten Sie für am besten geeignet, um den Willen eines Volkes umzusetzen?	180
Abbildung 62: Sind Sie der Ansicht, dass ein Ausbau von direkter Demokratie in Deutschland das Vertrauen in das politische System wieder herstellen bzw. verbessern kann?	182
Abbildung 63: Welche Demokratieform halten Sie für am besten geeignet, um Mehrheitsverhältnisse zu organisieren?	183
Abbildung 64: Welcher politischen Strömung gehört die Piratenpartei am ehesten an?	185
Abbildung 65: Bitte ordnen Sie die Piratenpartei in das politische Spektrum ein.	187
Abbildung 66: Sollen Menschen, die in einem Staat leben, ohne dessen Staatsangehörigkeit zu besitzen, trotzdem an Wahlen teilnehmen dürfen?	189
Abbildung 67: Verteilung der Teilnehmer nach Geschlecht	191
Abbildung 68: Verteilung der Teilnehmer nach Alter	191
Abbildung 69: Durchschnittsalter der Mitglieder verschiedener Parteien (in Jahren)	192

Abbildung 70: Verteilung der Mitglieder nach Bildungsabschlüssen	193
Abbildung 71: Welcher Ausbildung gehen Sie momentan nach?	193
Abbildung 72: Verteilung der Mitglieder nach Umfang der Erwerbstätigkeit	194
Abbildung 73: In welchem Beschäftigungsverhältnis stehen Sie momentan?	195

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Statistische Kennzahlen des Feldberichts	85
Tabelle 2: Zugriffe nach Tageszeiten	85
Tabelle 3: Abbrüche nach Seite	88







*Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.  
An was aber denken die anderen?  
Und wie frei denken sie?*  
Rosa Luxemburg

## 1. Einleitung

Die *Piratenpartei Deutschland*<sup>1</sup> betrat zum ersten Mal am 10. September 2006 die politische Bühne Deutschlands, als 53 Teilnehmer die Gründungsversammlung in Berlin besuchten (Piratenpartei Deutschland 2011c). Ein Jahr und vier Monate später, am 27. Januar 2008, nahm die Partei zum ersten Mal an einer Landtagswahl (Hessen) teil. Im folgenden Jahr trat sie zur Bundestagswahl (2009) an und erreichte ein von den Medien als Achtungserfolg (vgl. Stern 2009a; RP Online 2009; Taz.de 2009) gewertetes Ergebnis von knapp 2 Prozent (847.870 Zweitstimmen). Heute, im Juni 2011, haben sich bereits 11.933 Mitglieder der noch jungen Partei angeschlossen. Damit ist sie, gemessen an den Mitgliederzahlen, die siebtgrößte Partei Deutschlands (Piratenwiki 2011c).

Den stärksten Mitgliederzuwachs erlebte die Piratenpartei in den Monaten Juni bis Oktober 2009, in denen die Mitgliederzahl von etwa 1.500 auf 10.000 Mitglieder anstieg (Ebd.).<sup>2</sup> In der folgenden Zeit konnte die Piratenpartei diesen rapiden Anstieg zwar nicht aufrecht halten, es gab aber ein kontinuierliches

---

<sup>1</sup> Die Piratenpartei Deutschland wird nachfolgend zur besseren Lesbarkeit stellenweise als „PP“ abgekürzt. Wieso gerade dieser Name für die Partei gewählt wurde, wird später unter 2.1 erläutert.

<sup>2</sup> Im Vergleich dazu kamen von Oktober 2009 bis April 2011 „nur“ knapp 2.000 neue Mitglieder hinzu, es traten aber auch einige aus.

Wachstum. Durch die Verbreiterung der *Parteibasis*<sup>3</sup>, die häufigere Teilnahme an Wahlen und den damit teilweise verbundenen Einzug in verschiedene kommunale Parlamente waren Veränderungen innerhalb der Partei naheliegend. Dies äußerte sich im Verhältnis der Anzahl von „aktiven“ zu „passiven“ Parteimitgliedern, in organisatorischen Anpassungen sowie in inhaltlicher und programmatischer Ausdifferenzierung, welche im November 2010 in Chemnitz ihren bisherigen Kulminationspunkt fanden.

In meiner Arbeit untersuche ich ausgewählte Aspekte dieser Entwicklung unter dem Begriff des „Selbstverständnisses“ und versuche darüber ein aktuelles und erstes Bild zu zeichnen, da es bisher keine solche Untersuchung über die Piratenpartei in Deutschland gibt<sup>4</sup>. Deshalb gehe ich bei meiner Untersuchung explorativ vor und stelle die Ergebnisse deskriptiv dar. Ich werde versuchen, zentrale Variablen zu erkennen und besonders interessante Zusammenhänge herauszustellen. Das Ziel ist eine wissenschaftliche Annäherung an das *Selbstverständnis* der Piratenpartei.

---

<sup>3</sup> Als *Parteibasis* (kurz: *Basis*) wird gemeinhin die Gesamtheit der Parteimitglieder bzw. die Gesamtheit der Mitglieder einer Untergliederung (des Bundesverbandes) verstanden, die keine Amt- oder Funktionsträger innerhalb der Partei (bspw. Vorstand) sind. Allerdings gelten in der Regel Funktions- bzw. Amtsträger gegenüber der nächsthöheren Gliederung oftmals wiederum auch als Teil der Basis (bspw. ein Mitglied eines Landesvorstandes gegenüber dem Bundesvorstand). In der Piratenpartei wird diese verbale Unterscheidung unterschiedlich streng begriffen, manche Vorstände sehen sich eher als *langer Arm* der Basis und nicht als von ihr getrenntes Organisations- bzw. Verwaltungspersonal.

<sup>4</sup> Obwohl die Piratenpartei bald schon sechs Jahre existiert, gibt es nur verhältnismäßig wenige Studien über sie. Zum hier gewählten Arbeitsthema existieren bisher noch keine. Interessante Untersuchungen finden sich bspw. in der Zeitschrift für Parlamentsfragen, (Paetau 2010) oder in den Berichten zum soziologischen Forschungspraktikum 2009/2010 (Thema „Politische Beteiligung“ der Otto-Friedrich-Universität in Bamberg).

## 1.1 Methodik und Vorgehensweise

Um das genannte Ziel zu erreichen, habe ich einen Fragebogen konzipiert und einen Antrag an den Bundesvorstand der Piratenpartei gestellt, mit der Bitte, die gesamten Parteimitglieder befragen zu dürfen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Befragung fand zwischen dem 24. März 2011 und dem 26. April 2011 in Form eines elektronischen Fragebogens statt. Dabei haben 3.196 Parteimitglieder, was in etwa einem Viertel der Piratenpartei entspricht, den Fragebogen betrachtet und 2.689 ihn aktiv bearbeitet.

Eine reine Darstellung der Ergebnisse der Befragung reicht aber nicht aus, um das Selbstverständnis der Piratenpartei ausreichend zu beschreiben. Um die Bedeutung der Aussagen der einzelnen Mitglieder einordnen zu können, braucht es einen angemessenen Kontext. Aus diesem Grund stelle ich der Auswertung des Fragebogens eine umfangreiche Untersuchung der Piratenpartei Deutschland voran, die auf den offiziellen Daten basiert. Dies geschieht im Zusammenhang mit der Entwicklung der internationalen Bewegung der Piratenparteien.

Deshalb werde ich im zweiten Abschnitt dieser Arbeit zunächst auf die Herkunft der internationalen Piratenparteien eingehen, um dann an die Piratenpartei Deutschland heranzuführen. Darauf folgt eine Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Piratenpartei Deutschland. Dies beinhaltet auch eine Untersuchung ihres politischen Grundsatzzprogramms, ihrer Organisation, der Partizipationsmöglichkeiten und ihrer innerparteilichen Demokratie. Dem folgt eine Auflistung der Mandate, welche die Partei aktuell innehat. Abschließend gebe ich noch eine Beschreibung des internationalen Dachverbandes der Piratenparteien, der *Pirate Parties International (PPI)*, um die Unter-

suchung im Rahmen der internationalen Bewegung der Piratenparteien zu komplettieren.

Es folgt darauf eine detaillierte Beschreibung der Konzipierung und Konstruktion des Fragebogens. Dieser Teil der Arbeit umfasst zunächst die Deutung des Begriffs *Selbstverständnis* in Bezug auf die Piratenpartei. Weiterhin werden alle einzelnen Teilbereiche des Fragebogens vorgestellt und ihre Entwicklung im Detail beschrieben.

Anschließend werden die Ergebnisse der Befragung analysiert und dargestellt. Hierbei wird jeder thematische Abschnitt des Fragebogens einzeln untersucht, bevor ich dann in einer Schlussbetrachtung die Ergebnisse zusammenfasse und ihre Bedeutung für das Selbstverständnis der Piratenpartei herausstelle.

## **1.2 Meine Mitgliedschaft in der Piratenpartei**

Da ich Mitglied der Piratenpartei bin und meine Magisterarbeit über diese Partei schreibe, möchte ich im Vorfeld der Untersuchung meinen Weg zu den Piraten und mein Engagement innerhalb der Partei erläutern.

Seit 2005 studiere ich Soziologie, Politologie und Philosophie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Mein Studium habe ich hauptsächlich aus Begeisterung für meine gewählten Studiengänge begonnen. Politisch war ich schon immer sehr interessiert, aber vor 2009 parteipolitisch noch nicht engagiert. Ich besuchte bis dahin Vollversammlungen und Demonstrationen, die im Rahmen meines Studiums stattgefunden haben, und brachte mich innerhalb des Angebots der Universität in viele Diskussionen und Debatten mit Kommissionen innerhalb und außerhalb von Seminaren ein. Privat habe ich häufig mit Freunden (die in Parteien aktiv waren und sind) Gespräche über Politik geführt und mich über Zeitungen und das Internet stets aktuell informiert. Dies war für mich auf Dauer aber nicht zufriedenstellend. Mein Wunsch, etwas aktiv zu verändern, wurde immer stärker.

Problematisch war die Suche nach einer für mich in Frage kommenden politischen Richtung. Erst die hessische Landtagswahl 2008 brachte mich auf die richtige Spur. Dort entdeckte ich die Piratenpartei zum ersten Mal auf einem Wahlzettel. Im Verlauf des Jahres begann ich mich über die Partei zu informieren, blieb aber erst einmal ein sporadischer, stiller Beobachter. Dann kam es in Hessen 2009 zu vorgezogenen Neuwahlen wegen der gescheiterten Regierungsbildung, und ich beschäftigte mich erneut mit der Piratenpartei in Hessen und mit ihrem Wahlprogramm. Dies hatte eine starke Wirkung auf mich, da ich zum ersten Mal in meinem Leben einem politischen Programm vollkommen, d.h. tatsächlich in allen einzelnen Teilen, zustimmen konnte. Die

Konsequenz: Ich musste mehr erfahren, diese Menschen kennenlernen. Ich wurde ein aktiver Beobachter.

Im Verlauf des ersten Halbjahres 2009 besuchte ich häufiger den lokalen Stammtisch im Club Voltaire in Frankfurt am Main und erlebte die Piraten hautnah. Dies räumte dann meine letzten Zweifel aus. Ich trat in die Piratenpartei ein – mein Schritt in die politische Aktivität.

Zum damaligen Zeitpunkt war noch nicht abzusehen, dass die Piratenpartei nur wenige Wochen danach einen Mitgliederboom erleben würde und sich der Wahlkampf für die anstehende Bundestagswahl ganz anders darstellen würde, als zunächst erwartet. Auch wusste ich damals noch gar nicht abzuschätzen, wie weit mein Engagement für die Piratenpartei gehen würde.

Mittlerweile habe ich für die Piratenpartei das soziale Netzwerk „mypirates.net“ gegründet<sup>5</sup> und war vom 10. April 2010 bis zum 28. Mai 2011 Beisitzer im Kreisverband Frankfurt am Main, den ich gemeinsam mit der lokalen Piratenbasis und meinen Vorstandskollegen gegründet und aufgebaut habe. Ich habe mich aktiv und intensiv in das Parteileben eingebracht.

Da ich nun mein Engagement in der Piratenpartei geschildert habe, stellt sich die Frage, weshalb ich mich überhaupt für eine Befragung der Piratenpartei im Rahmen meiner Magisterarbeit entschieden habe und inwieweit meine Mitgliedschaft einen Einfluss auf meine Untersuchung haben könnte.

---

<sup>5</sup> Das Netzwerk hat zum Ziel alle Piratenparteien der Welt miteinander in einer mehrsprachigen Plattform zu vernetzen; aktuell sind 32 Länder dem Netzwerk beigetreten. Darüber hinaus soll es auch eine datenschutzsichere Alternative zu den etablierten sozialen Netzwerken (wie Facebook, StudiVZ, etc.) anbieten.



Im Januar 2010 begann ich, nach einem Thema für meine Magisterarbeit zu suchen. Letztendlich richtete sich mein Augenmerk auf eine Untersuchung der Programmatik der Piratenpartei, verbunden mit ihren Etablierungschancen. Nach vielen Diskussionen mit Parteikollegen und Kommilitonen kam ich aber zu der Überzeugung, dass eine realistische Zukunftsperspektive für die Piratenpartei zurzeit kaum ermittelbar ist; zumindest nicht in einem Maß, das als „eindeutig zutreffend“ bezeichnet werden könnte. Es musste also ein anderes Thema gefunden werden.

Meine folgenden Überlegungen kreisten daraufhin um die Idee, das Programm der Piratenpartei eingehend zu untersuchen und per Befragung die Mitgliedermeinungen zum aktuellen Stand der Programmatik aufzuzeigen. Dann aber kam der Bundesparteitag in Chemnitz im November 2010, der meine Gedanken in eine ganz andere Richtung lenken sollte.

An dieses Treffen stellte ich sehr hohe Erwartungen, vor allem nach dem nicht besonders produktiven Parteitag in Bingen, der letztendlich fast nur Wahlen und kaum programmatische Debatten und Abstimmungen, geschweige denn Ergebnisse hervorgebracht hatte. Die Debatten in Chemnitz waren größtenteils sachlich und wurden in einer angenehmen und konstruktiven Atmosphäre geführt. Allerdings wurde mir dort bewusst, dass gerade einmal 560 Piratenparteimitglieder über die programmatische Zukunft für die gesamte Piratenpartei entschieden.

Diese Erkenntnis weckte zunächst hauptsächlich eine Frage in mir: „Was ist denn eigentlich mit den anderen 11.000+ Mitgliedern?“ – Antwort: „Unbekannt!“. Dieser Gedanke brachte dann eine ganze Lawine an Überlegungen ins Rollen, die sich letztendlich in den Fragen meines Fragebogens niederschlugen. Chemnitz machte mir also klar, dass es eine Menge Fragen über die Pira-

tenpartei gibt, deren Antworten noch ausstehen. Das war auch der Grund dafür, weshalb sich das Thema von einer rein programmatischen zu einer umfassenderen Untersuchung wandelte.

Der Fragebogen ist in folgende Abschnitte unterteilt: Fragen zum Engagement, zur programmatischen Entwicklung, zur innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation, zum Demokratieverständnis und zu statistischen Daten. Es werden 66 Fragen gestellt, die ich in den vergangenen Monaten erarbeitet habe. Diese Fragen spiegeln wieder, was ich persönlich für interessant und wissenswert halte. Es sind Fragen, die ich zunächst an mich selbst, als Pirat, gestellt und dann ausdifferenziert habe, um sie anschließend der gesamten Piratenpartei vorzulegen.

Ich habe mich dabei bewusst für eine empirisch-quantitative Untersuchung entschieden, da mein persönliches Engagement in der Piratenpartei bei einer qualitativen Befragung, beispielsweise in persönlichen Interviews, möglicherweise eine unerwünschte Beeinflussung mit sich gebracht hätte. So wäre es eventuell schwierig gewesen, eine angemessene Distanz innerhalb der Befragung zu wahren, da ich selbst in den parteipolitischen Diskurs der Piratenpartei eingebunden bin. Eine Verzerrung meiner Fragestellungen durch meine eigenen Standpunkte zu den jeweiligen Themen wäre möglich gewesen. Auch ist Sprache an sich innerhalb von parteipolitischen Gesprächen oftmals mit vorbelasteten Begriffen durchsetzt, die den Ablauf eines Interviews zum Beispiel schnell in die falsche Richtung führen könnten.

Ein Fragebogen erschien mir deshalb sinnvoll und praktikabel, da er zwar in der Konzeptionsphase durch mein Vorwissen und meine Aktivität in der Piratenpartei einen gewissen Einfluss zulässt, dieser aber von vornherein relativ gering ausfällt und zum Beispiel durch Verfahren wie Pretests überprüfbar und

eingrenzbare ist. Nach der Konstruktion und dem Einsatz im Feld liegen leicht überprüfbare Daten vor, die ohne großen Aufwand verifiziert werden können. Auch dies vermindert eine gewisse Parteilichkeit bei der Auswertung der Ergebnisse von vornherein.

Abgesehen von diesen Aspekten war es für mein Forschungsvorhaben von essentieller Bedeutung, möglichst viele Piratenparteimitglieder zu erreichen. Dies hätte ich im Rahmen meiner Magisterarbeit über Face-to-Face Befragungen ohnehin allein des Aufwands wegen nicht leisten können, es wäre schlichtweg unmöglich gewesen. Auch aus diesem Grund habe ich mich für einen elektronischen Fragebogen entschieden, den ich über die Software *EFS Survey*<sup>6</sup> der Firma *Globalpark AG*, genauer über deren Hochschulprogramm *Unipark* realisiert habe.

Für diese Software habe ich mich entschieden, da sie von vielen Universitäten verwendet wird<sup>7</sup> und daher der Funktionsumfang dementsprechend groß ist. Deshalb hatte ich auch kaum mit Hindernissen zu kämpfen, als ich den Fragebogen vom Konzeptionspapier ins Internet übertrug. Über diesen digitalen Weg konnte ich dann auch alle Parteimitglieder der Piratenpartei erreichen und so meinem Vorhaben eine möglichst optimale Ausgangssituation ermöglichen.

Es folgt nun die Untersuchung der Herkunft der internationalen Piratenparteien.

---

<sup>6</sup> Die vollständige Bezeichnung lautet *Enterprise Feedback Suite Version 8.0*.

<sup>7</sup> Die nationalen und internationalen Referenzen der Firma „Globalpark AG“ können unter diesem Link eingesehen werden: <http://www.unipark.info/71-0-partner.htm>.



## 2. Die Piraten – Partei und internationale Bewegung

Die Piratenpartei Deutschland kann einzeln, als noch junge Partei auf der politischen Bühne Deutschlands, aber auch als Teil der internationalen Bewegung der Piratenparteien betrachtet werden.<sup>8</sup> Sie ist heute, im April 2011, mit knapp 12.000 Mitgliedern die Größte der „nicht-etablierten“ Parteien in Deutschland.<sup>9</sup> Ihr Wachstum steigt weiter stetig an, wenn auch lange nicht mehr so stark wie noch in den Sommermonaten 2009.

Jüngst hat sie bei der Kommunalwahl in Hessen eine beachtliche Anzahl an Mandaten für sich erringen können und ist nun in vielen hessischen Gemeinden, Städten und Kreisen vertreten.<sup>10</sup> Aber auch andernorts konnten die Piraten schon Fuß fassen, denn aktuell hält die Piratenpartei laut eigenen Angaben kommunale Mandate in acht Bundesländern.<sup>11</sup> Auf internationaler Ebene sind die Piratenparteien im Europäischen Parlament mit zwei Sitzen, in der Schweiz im Gemeinderat Winterthur mit einem Sitz, in Tschechien mit 3 Stadträten und in Tunesien mit einem Staatssekretär vertreten.

Um zu verstehen, woher das grundlegende Vorbild der Piratenparteien weltweit überhaupt kommt und welcher Antrieb dazu geführt hat, eine solche Partei in Deutschland zu gründen, muss man sich mit der schwedischen, der ers-

---

<sup>8</sup> Viele Informationen dazu lassen sich über die Homepage des internationalen Dachverbandes der Piratenparteien „Pirate Parties International (PPI)“ abrufen:  
<http://www.pp-international.net>.

<sup>9</sup> Die nächst größte Partei ist Bündnis90/Die Grünen.

<sup>10</sup> Eine Übersicht der Mandate findet sich hier:  
<https://wiki.piratenpartei.de/HE:Kommunalwahl2011/Ergebnisse#St.C3.A4dte>.

<sup>11</sup> Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Eine Übersicht ist hier zu finden:  
<https://wiki.piratenpartei.de/Mandate>.

ten Piratenpartei überhaupt, beschäftigen. Sie kann zu Recht als Ausgangsimpuls der internationalen Bewegung der Piratenparteien betrachtet werden, was im folgenden Abschnitt dargelegt wird.

## 2.1 Die Herkunft der Piratenparteien

Die internationale Bewegung der Piratenparteien hat ihren Ursprung in Schweden, wo die flächendeckende Internetversorgung schon zu Beginn des neuen Jahrtausends intensiv gefördert und ausgebaut wurde. Nach einer Schätzung (GfK 8/2000) hatten um das Jahr 2000 bereits 40 Prozent der Bevölkerung Schwedens Zugang zum Internet, während Deutschland nur zu 18 Prozent erschlossen war. Laut BITKOM<sup>12</sup> lag Schweden 2009 im EU-Vergleich auf Platz zwei (Vernetzungsgrad 2008: 84 Prozent der Bevölkerung), während Deutschland auf Platz fünf der Rangliste kam (75 Prozent). August-Wilhelm Scheer (BITKOM-Präsident) kommentierte dies so:

*„Das Internet ist das bedeutendste Infrastrukturprojekt des 21. Jahrhunderts. [...] Was früher das Eisenbahngleis oder die Autobahn war, ist heute das Breitband-Internet. Mit schnellem Internet werden wirtschaftliche Prozesse verbessert, neue Geschäftsmodelle und Dienstleistungen kommen auf den Markt, neue Bildungsangebote werden möglich“ (BITKOM 2009a).*

Da also ein Großteil der schwedischen Bevölkerung schon früh über die Möglichkeiten verfügte, Daten aus dem Internet abzurufen (Download) oder Inhalte im Netz zur Verfügung zu stellen (Upload) und das schwedische Urheberrecht noch nicht an die modernen Gegebenheiten des digitalen Datenaustauschs angepasst war, wurden die Mediengiganten Disney, Fox, Sony Pictures, Universal, Viacom und Warner aktiv und gründeten 2001 das schwedische *Antipiratbyrå* (*Antipirateriebüro*). Aufgabe und Funktion dieser Insti-

---

<sup>12</sup> Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.: BITKOM ist das Sprachrohr der IT-, Telekommunikations- und Neue-Medien-Branche. Der BITKOM vertritt mehr als 1.350 Unternehmen, davon gut 1000 Direktmitglieder. Hierzu gehören fast alle Global Player sowie 700 leistungsstarke Mittelständler. Die BITKOM-Mitglieder erwirtschaften 135 Milliarden Euro Umsatz und exportieren Hightech im Wert von 50 Milliarden Euro. BITKOM repräsentiert damit ca. 90 Prozent des deutschen ITK-Markts (BITKOM 2009b).

tution ist es einerseits, den Kampf gegen das illegale Kopieren von urheberrechtlich geschützten Werken zu konzentrieren und zu koordinieren sowie auf eine Aktualisierung und Verschärfung des Urheberrechts hinzuwirken.

Als Reaktion auf die Gründung des Antipirateriebüros hatte sich 2003 das *Piratbyrå* (*Piratenbüro*) formiert, welches als organisierter Think-Tank beschrieben werden kann, der sich dem gemeinschaftlichen Kampf gegen Copyright und das sogenannte „geistige Eigentum“<sup>13</sup> verschrieben hat.

Der Begriff Copyright kann als amerikanische Bezeichnung für das Urheberrecht an Werken der Tonkunst, bildenden Kunst, Fotografie und Literatur verstanden werden. Es ähnelt dem deutschen Urheberrecht, unterscheidet sich aber in einigen Punkten. Wesentlich ist hierbei der Unterschied im Objekt der Schutzinteressen zu nennen. Während das deutsche Urheberrecht den Schöpfer eines Werkes und seine persönliche Beziehung zum Erzeugnis seiner kreativen Tätigkeit in das Zentrum des Interesses stellt, will das amerikanische Copyright den Inhaber der Rechte an einem Werk schützen. Dies ist beispielsweise von Bedeutung, wenn ein Urheber in einem Auftragsverhältnis arbeitet. Das US-amerikanische Copyright gewährt dem Schöpfer des Werkes hier oftmals nur Veto-Rechte, um Einfluss auf sein Werk auszuüben, damit soll er einen Missbrauch bei der Verwertung des Werkes seitens der Rechteinhaber verhindern können. Das deutsche Urheberrecht hingegen belässt die Verwertungs- und Entscheidungsrechte beim jeweiligen Urheber, der damit entscheidend Einfluss auf sein Werk nehmen kann, auch innerhalb eines Auftragsverhältnisses. Ähnlichkeiten zeigen sich andererseits in den Schutz-

---

<sup>13</sup> Der Begriff des geistigen Eigentums ist juristisch umstritten und politisch nicht neutral. Eine Alternative (die aber semantisch inkompatibel ist) stellt der Begriff der „Immaterialgüterrechte“ dar, der die formal-juristische Problematik des erstgenannten Begriffes zu korrigieren versucht, politisch aber ebenfalls als nicht neutral gilt.



fristen. In Deutschland und den USA werden die Werke bis 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers geschützt (Schwenke 2007).

Die ersten umfangreichen Vernetzungsstrukturen waren damit nun auch auf Seiten der Copyright-Kritiker geschaffen. Es sollten aber noch einige wesentliche Ereignisse folgen, bevor es zur Gründung der ersten Piratenpartei der Welt kam. Das Jahr 2005 ist hierbei hervorzuheben, als eine erste große Razzia gegen den größten unabhängigen Internet Service Provider Schwedens mit Erfolg durchgeführt werden konnte (März 2005)<sup>14</sup> und darüber hinaus ein neues Urheberrecht in Schweden verabschiedet wurde (Mai 2005).

Weiterhin wurde im Juli desselben Jahres ein Gesetz erlassen, welches den Upload und Download von urheberrechtlich geschütztem Material mit Sanktionen belegte, zusätzlich wurden die Abgaben auf Leermittel (CD/DVD-Rohlinge) um 200 Prozent erhöht. Durch diese Regelungen wurden zwar große Teile der schwedischen Bevölkerung kriminalisiert, von einer wesentlichen Einflussnahme auf die Aktivitäten der Filesharer kann aber nicht gesprochen werden.

Ein gutes Beispiel dafür ist der Torrent-Tracker<sup>15</sup> *The Pirate Bay*<sup>16</sup>, der bis zu seiner Abschaltung am 16. November 2009 als größter BitTorrent-Tracker der

---

<sup>14</sup> Bei diesem Polizeieinsatz wurden vier Computer, darunter einer der größten bekannten Fileserver in Europa, konfisziert. Auf den Servern hätten sich erhebliche Mengen an raubkopiertem Material befunden, u. a. 1.800 Filmdateien, 5.000 Software-Programme und etwa 450.000 Musikdateien.

<sup>15</sup> Ein BitTorrent-Tracker nimmt selbst nicht direkt am Tausch von Dateien Teil, sondern hilft nur den Anbietern und Nachfragern bestimmter Dateien (Peers), sich gegenseitig untereinander zu finden. Auch ein BitTorrent-Index stellt selbst keine zu tauschenden Daten zur Verfügung, sondern lediglich Informationen zu diesen in Form von .torrent-Dateien, anhand derer die Teilnahme am Tausch bestimmter Dateien initialisiert werden kann. Dem schwedi-

Welt galt. Solche digitalen *Tauschbörsen* bieten selbst keine freien oder urheberrechtlich geschützten Dateien an, sondern helfen lediglich den zwei Akteuren, dem Suchenden und dem Anbieter (von Dateien), sich gegenseitig zu finden.

In der politischen und rechtlichen Konsequenz wollte man also dafür sorgen, dass die Akteure eindeutig identifiziert und belangt werden konnten. Allerdings gab es 2005 noch keine verpflichtende Regelung zur Speicherung von Nutzungsdaten, die zwingende Grundbedingung zur Anzeige von rechtswidrigen digitalen Akten sind. Es überraschte also nicht, als am 15. Dezember 2005 das Europäische Parlament die *Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung* (2006/24/EG)<sup>17</sup> von Nutzungsdaten beschloss (Bartels 2009: S. 28f).

---

schen Urheberrecht zufolge konnte TPB, da sie als Tracker selbst keine urheberrechtlich geschützten Dateien anbietet, nicht belangt werden.

<sup>16</sup> *The Pirate Bay* wurde 2004 im Umfeld des Piratenbüros gegründet. Mittlerweile wurden die drei Betreiber von TBP zu Gefängnisstrafen und zu Schadenersatz verurteilt und verloren im Anschluss auch bei der Berufungsverhandlung. Einer der Verurteilten gab über den Microblogging-Dienst *Twitter* bekannt, dass es eine weitere Berufung vor dem Obersten Gericht in Stockholm geben werde. Dies wäre dann eine Verhandlung in dritter Instanz (Stern.de 2010). Das Urteil gegen TBP soll laut eigenen Angaben der schwedischen Piratenpartei in nur wenigen Stunden einen großen Zuwachs von in etwa 3000 Neumitgliedern gebracht haben.

<sup>17</sup> In Deutschland wurde das Gesetz zur *Vorratsdatenspeicherung* 2007 verabschiedet und trat am 01. Januar 2008 in Kraft. Allerdings hatte dies nur bis zum 02.03.2010 Bestand, da an jenem Tag die Ausgestaltung des Gesetzes vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig und die damit verbundenen Vorschriften für nichtig erklärt wurden (Bundesverfassungsgericht 2010).

Dieser Beschluss kann als zündendes Moment betrachtet werden, welches letztendlich dazu führte, dass es am 01. Januar 2006 in Schweden zur Gründung der ersten Piratenpartei – *Piratpartiet*<sup>18</sup> – kam.

Das der Name *Piratenpartei* (= *Piratpartiet*) für die Partei gewählt wurde, ist nach ihrem Gründer *Rickard Falkvinge* eine Konsequenz aus den hier geschilderten Entwicklungen. So schreibt Falkvinge in seinem Blog, dass es wichtig ist zu verstehen, „*dass zu diesem Zeitpunkt [der Gründung; Anm. d. Verf.] in Schweden Piraten-Ideen bereits von Piratbyrå [=Piratenbüro; Anm. d. Verf.] her etabliert waren. Als die Zeit gekommen war, die Angelegenheiten zu politisieren, ging es nicht darum, eine neue Partei zu gründen und erst einmal über deren Namen nachzudenken. Es ging darum, die Piratenpartei zu gründen*“ (Übersetzung: Flaschenpost 2011; Original: Falkvinge 2011b).

Es kann festhalten werden, dass aus dem ursprünglichen Piratenbüro zum einen *The Pirate Bay* und zum anderen die *Piratpartiet* hervorgegangen sind. Allerdings grenzen sich die einzelnen Organisationen deutlich voneinander ab. So gibt die *Piratpartiet* an, dass sie keinesfalls mit *The Pirate Bay* gleichzusetzen sei, die Formen der beiden Organisationen sowie deren Ziele seien völlig different<sup>19</sup> (Bartels 2009: S. 30).

---

<sup>18</sup> Die Webseite der *Piratpartiet* wurde am 01. Januar 2006 um 20:30 Uhr zum ersten Mal online gestellt.

<sup>19</sup> Allerdings meldete heise.de im Juli 2010, dass die schwedische Piratenpartei *The Pirate Bay* nun vorerst Bandbreite zur Verfügung stellen werde und damit sozusagen als ihr Internet Service Provider in Aktion trete. Es wurde sogar von einigen damals potenziellen Abgeordneten geplant, dass für den Fall, dass die Partei im September 2010 bei den Reichstagswahlen einziehen würde, TPB komplett im Parlamentsgebäude gehostet (betrieben) werden sollte. Allerdings verpasste die Partei den Einzug bei den Wahlen. Dies stellt zwar keine *Integration* von TBP in die schwedische Piratenpartei dar, von einer weitgehenden Unterstützung und einem symbolischen Akt kann hier aber gesprochen werden.

In den folgenden Monaten schaffte es die Piratpartiet, die bürokratischen Einstiegshürden zu meistern und sie konnte sich somit bei den schwedischen Reichstagswahlen im September desselben Jahres zur Wahl stellen. Was der Partei aber noch fehlte, war eine gesicherte öffentliche Aufmerksamkeit, die sich aber schon bald einstellen sollte.

Am 31. Mai 2006 gab es eine groß angelegte Razzia bei The Pirate Bay, bei der einige Server beschlagnahmt und drei Mitglieder verhaftet wurden.<sup>20</sup> Dieses Vorgehen löste Protest aus, und so kam es innerhalb der nächsten Tage zu Demonstrationen in Göteborg und Stockholm, die von der Piratpartiet organisiert wurden, aber nur im *kleinen Rahmen* (es nahmen nur bis zu 900 Menschen an den Veranstaltungen teil) verliefen. Insgesamt schien sich Situation für die Piraten zu verschlechtern, denn einerseits blieb die Beteiligung an den öffentlichen Protesten gering, und darüber hinaus ging der gesamte schwedische Internetverkehr nach der Beschlagnahmung von The Pirate Bay um ca. 20 Prozent zurück.

Im Verlauf des folgenden Monats wurde dann aber bekannt, dass die MPAA (Motion Picture Association of America) erheblichen Druck auf die schwedische Regierung ausgeübt und mit Handelssanktionen im Rahmen der WTO gedroht hatte, sollte nichts gegen das „Problem Pirate Bay“ unternommen werden (vgl. heise online 2006). Dies wurde später aber vom schwedischen Justizminister Bodström dementiert.

Was die Situation trotz der komplizierten Lage für die Piraten aber dann doch zu ihren Gunsten wendete, war eine Liste mehrerer tausend Mitgliederdaten der Piratpartiet, die das Boulevardblatt *Aftonbladet* erhalten hatte. Selbstverständlich obliegen Daten von Menschen, die in politischen Vereinigungen

---

<sup>20</sup> Diese wurden wenig später wieder freigelassen.

Mitglied sind, der vertraulichen Geheimhaltung. Das Vorliegen der Liste war daher ein Eklat, der die schon angespannte Stimmung noch verschärfte, denn ohnehin fühlten sich die Piraten im Visier der Urheberrechtslobby.

Darüber hinaus berichtete das gleiche Blatt, dass das Antipirateriebüro heimlich die Nutzungsdaten von 400.000 Schweden protokolliert hätte (Bartels 2009: S. 38). Es wurde dabei festgehalten, welche Daten sie aus dem Internet abgerufen hatten (beispielsweise Musik, Filme, Spiele etc.). In Folge dieser Nachricht formierte sich ein heftiger und anhaltender Protest (mehr im Internet, als auf den Straßen), in dessen Verlauf es angeblich auch Hackerangriffe auf die schwedische Regierung und Polizei gab.

Für die Piratpartiet bedeutete diese Entwicklung einen enormen Aufmerksamkeitszuwachs, der sich zunächst in einem beachtlichen Anstieg der Mitgliederzahlen niederschlug. Die anderen Parteien (die schwedischen Pendanten der Grünen, Linken und Wirtschaftsliberal-Konservativen) nahmen dies zum Anlass, ihre Standpunkte zum Urheberrecht teilweise stark zu revidierten. Dies wirkte sich möglicherweise negativ auf die noch junge Partei aus, die bei der schwedischen Reichstagswahl 2006 nur ein Sechstel der nötigen Stimmen erhielt (34.918 Stimmen / entspricht 0,63 Prozent)<sup>21</sup> und somit nicht in das Parlament einziehen konnte. Auch bei der Reichstagswahl 2010 konnte die Partei ihr Ergebnis nur geringfügig verbessern. Im Vergleich zur vorhergehenden Wahl kamen 3.573 Stimmen hinzu, dies entspricht einer Verbesserung von nur 0,02 auf insgesamt 0,65 Prozent.

Trotz des verpassten Einzugs ins Parlament (September 2006) avancierte die Piratpartiet 2009 temporär zur drittgrößten Partei Schwedens mit etwa 50.000

---

<sup>21</sup> Die offizielle Wahlstatistik ist hier zu finden:  
<http://www.val.se/val/val2006/slutlig/R/rike/ovriga.html>.

Mitgliedern. Verstärkt wurde diese beachtliche Mitgliederentwicklung sicherlich durch die EG-Richtlinie *2004/48/EG zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums*, welche in Schweden zu Beginn des zweiten Quartals 2009 in Form des *IPRED Gesetzes (Intellectual Property Rights Enforcement Directive)* umgesetzt wurde. Die Zahl der Mitglieder der Piratpartiet stieg damals sehr schnell von 15.000 auf über 40.000 an. Da die Mitgliedschaft zunächst nur ein Jahr galt und nicht automatisch verlängert wurde, verlor die Partei im Folgejahr in etwa die Hälfte ihrer Mitglieder (sie sank von 50.000 auf ca. 25.000 Mitglieder). Auch weiterhin ging die Zahl der Mitglieder langsam zurück, so dass Mitte 2010 nur noch 16.000 Mitglieder in der Partei waren.

Auf europäischer Ebene dagegen gelang der Piratpartiet in Schweden bei den Wahlen zum *Europäischen Parlament* 2009 der Einzug mit 7,1 Prozent der Stimmen. Der Entsandte der Partei, *Christian Engström*, schloss sich dort der Fraktion *Die Grünen/Europäische Freie Allianz* an. Nach dem *Vertrag von Lissabon* würde die Piratpartiet durch die vorgesehene Erweiterung des Parlaments einen weiteren Sitz erhalten, der dann regulär durch die zweitplatzierte Listenkandidatin *Amelia Andersdotter* zu besetzen wäre.<sup>22</sup>

Das erste Quartal 2011 brachte einige Veränderungen für die schwedische Piratenpartei. Der Gründer und langjährige Vorsitzende der Partei, *Rickard Falkvinge*, gab überraschend seinen Rücktritt bekannt. Fünf wesentliche Gründe dafür nannte er in seinem Internetauftritt (Falkvinge 2011a). Demnach sei der hauptsächliche Grund, dass er nach fünf Jahren nicht mehr „voll von neuen Ideen“ (Stagnation) sei und er das Gefühl habe, immer nur das Gleiche zu tun;

---

<sup>22</sup> Nähere Informationen zu den Abgeordneten im Europäischen Parlament können hier abgerufen werden:

<http://www.europarl.europa.eu/members/expert/groupAndCountry.do?language=DE>.

dies sei für die Partei hinderlich. Als weitere Gründe gab er an, dass die Parteiorganisation bereits aufgebaut sei (Organization), die interne Kultur und ihr heftiges Einwirken auf die Führungsebene ihn geschockt habe (Blue Fire), er seinen Fokus auf eine seiner favorisierten Aktivitäten *political evangelism* lenken möchte (Evangelism) und schließlich, dass die Person *Anna Troberg* genau die Person sei, die die Piratenpartei in Schweden jetzt brauche.

Die von Falkvinge empfohlene Anna Troberg hat mittlerweile den Vorsitz der Partei übernommen und weitreichende Änderungen angekündigt. So proklamiert sie, dass sich der Fokus der Partei erweitern müsse. Darunter versteht sie eine Erschließung von Bereichen wie Bildungspolitik, allgemeine Fragen der Rechtssicherheit, Infrastrukturfragen und weitere Themen – außerdem mangle es an dringend notwendigen lokalpolitischen Programmen. Troberg steht für eine Veränderung der Kommunikation der Partei nach außen, für eine Öffnung hin zu neuen politischen Ansätzen und Perspektiven (Taz.de 2011).

Troberg strebt also eine grundlegende Öffnung und Erweiterung des politischen Themenspektrums der Piratpartiet an. Eine ähnliche Entwicklung kann auch bei der Piratenpartei Deutschland seit 2010 beobachtet werden. Auf diese gehe ich ein, nachdem ich die Entwicklung der deutschen Piratenpartei dargestellt habe.

## 2.2 Die Piratenpartei Deutschland

Nachdem ich nun die Genese der schwedischen Piratenpartei und damit die Herkunft der internationalen Piratenparteien dargestellt habe, werde ich im Folgenden die Entwicklung der *Piratenpartei Deutschland*<sup>23</sup> schildern.

Am 10. September 2006 fand die Gründungsversammlung mit 53 Teilnehmern in der *c-base*<sup>24</sup> in Berlin statt. Am 27. Januar 2008 nahm die Partei zum ersten Mal an einer Wahl teil. Es handelte sich um die Landtagswahl in Hessen, bei der sie aus dem Stand 0,3 Prozent, dies entspricht 6.962 gültigen Stimmen, erhielt (Hessischer Landeswahlleiter 2011).

Bei der darauf folgenden, vorgezogenen<sup>25</sup> zweiten Landtagswahl am 18. Januar 2009, bis zu der eine kommissarische CDU Regierung unter der Führung von *Roland Koch* die Geschäfte geführt hatte, konnte die Piratenpartei das Ergebnis fast verdoppeln und kam so auf 0,5 Prozent, dies entspricht 13.796 gültigen Stimmen (Ebd.).

Dann, knapp ein halbes Jahr später, erhielten die Piraten ein Bundesergebnis von 0,9 Prozent<sup>26</sup> (dies entspricht 229.464 Stimmen) bei den Wahlen zum Europaparlament (Bundeswahlleiter.de 2009b). Dieses Ergebnis verstärkte die öffentliche Wahrnehmung der Partei und verhalf ihr neben weiteren Faktoren zu einem bemerkenswert schnellen und starken Mitgliederzuwachs.

---

<sup>23</sup> Offizielle Internetpräsenz: <http://www.piratenpartei.de> (Stand 06.05.2011).

<sup>24</sup> Offizielle Internetpräsenz: <http://www.c-base.org/> (Stand 06.05.2011).

<sup>25</sup> Aufgrund des Scheiterns der Regierungsbildung löste sich das Parlament am 19. November 2008 selbst auf.

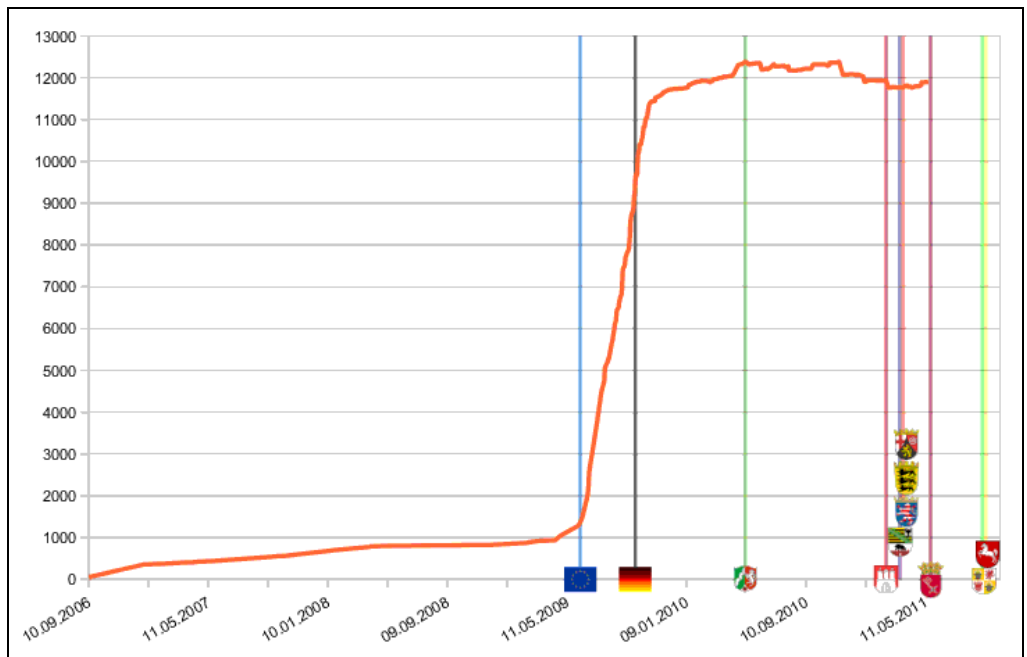
<sup>26</sup> Wie im vorangegangenen Abschnitt erwähnt wurde, erhielt die schwedische Piratenpartei bemerkenswerte 7,1 Prozent der Stimmen, so dass der Abgeordnete Christian Engström in das Europaparlament einziehen konnte.



Wiesen die Piraten Anfang Juni noch knapp 1.500 Mitglieder auf, so konnten sie diese Zahl bis kurz nach der Bundestagswahl (27. September 2009) auf 10.000 Mitglieder<sup>27</sup> um fast das Siebenfache steigern (siehe Abbildung 1: S. 23). Die Piratenpartei Deutschland ist damit die siebtgrößte Partei Deutschlands und kommt gemessen an den Mitgliederzahlen direkt nach *Bündnis 90/Die Grünen*.

### Abbildung 1: Mitgliederentwicklung der Piratenpartei Deutschland seit Gründung

Die vertikalen Linien stehen für Wahlen (Europawahl, Bundestagswahl, Landtagswahlen und Kommunalwahlen).



Quelle: Piratenwiki 2011c.

<sup>27</sup> Dieser Mitgliederstand wurde exakt am 02. Oktober 2009 erreicht.

Bei der Bundestagswahl 2009 erhielt die Piratenpartei aus dem Stand zwei Prozent, was 847.870 der gültigen Zweitstimmen entsprach und damit das Erstergebnis der Bundespartei *Die Grünen*<sup>28</sup> von 1980 um 0,5 Prozent übertraf (Bundeswahlleiter 2009a). Der Vergleich und Verweis auf die Grünen findet sich oft in den Medien. Da meine Arbeit aber nicht das Ziel hat, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenpartei herauszustellen, werde ich hier nur auf einen mir wichtig erscheinenden Aspekt eingehen.

Ich sehe eine mögliche Parallele zwischen den beiden Parteien darin, dass die Piraten ebenso wie die Grünen (vor 30 Jahren) durch ein Zusammenfinden von Menschen, die sich zunächst in Vereinen und Gruppierungen mit unterschiedlicher Themensetzung organisierten, profitiert haben. So gab es vor der Gründung der Bundespartei der Grünen etliche Vereine, Gemeinschaften und Bürgerinitiativen (der sogenannten *Neuen Sozialen Bewegungen*), die sich zusammenschlossen und so erst politisch auf großer Ebene wirken konnten.

Ähnlich sieht dieses Bild für die Piratenpartei aus. So gibt es zahlreiche Initiativen, Institutionen, Organisationen, Arbeitskreise, Kampagnen und Netzwerke wie beispielsweise den *AK Vorrat*, den *Chaos Computer Club*, den *FoeBuD*<sup>29</sup>, den *Deutschen BigBrotherAward*, *Wikileaks*, das *Invisible Internet Project (I2P)*, Internetpräsenzen wie *Gulli.com* und viele mehr. Die Piratenpartei bietet den Mitgliedern dieser verschiedenen Gruppierungen und Netzwerke sowie anderen Interessierten eine politische Partizipationsmöglichkeit und ein parteipolitisches Aktionsfeld. Es wurde eine Plattform für die digitale Bewegung in

---

<sup>28</sup> Der Name *Die Grünen* wurde 1979 in Frankfurt am Main konstituiert.

<sup>29</sup> *Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs e.V. (Bielefeld)*.

Deutschland mit dem Anspruch einer modernen Bürgerrechtsbewegung in der Form einer politischen Partei geschaffen.

Die Situation kann aber nicht mit der Gründung der Bundespartei der Grünen gleichgesetzt werden, da die Akteure im Umfeld der *grünen*, *der Frauen*- und der *Anti-AKW-Bewegung* (Anfang der 80er Jahre) auf einer viel breiteren Ebene der Gesellschaft gestützt und etabliert waren, als dies im Bewegungsumfeld der Piratenpartei in Deutschland der Fall war.

Daran anknüpfend muss begründet werden, wie es ohne optimale Ausgangslage dazu kommen konnte, dass die Piratenpartei 2009 jenen ungewöhnlich starken Mitgliederzuwachs in der Mitte des Jahres erhalten hat. Denn es ist keineswegs so, dass die verschiedenen Netzwerke und Gruppen, die schon vorher oder aber parallel existiert hatten, kaum erfolgreich gewesen wären.<sup>30</sup> Für viele dieser Akteure wäre also ein Eintritt in die Piratenpartei nicht unbedingt ein naheliegender und selbstverständlicher Schritt gewesen. Und letztendlich kann auch das positive Ergebnis bei der Europawahl für diesen Mitgliederansturm nicht ausschließlich verantwortlich gemacht werden.

Nach meiner Einschätzung haben vor allem *vier Aspekte* besonderen Einfluss auf diese Entwicklung genommen: Die mediale Aufmerksamkeit durch die *Zensursula-Debatte*<sup>31</sup>, die damit in Verbindung stehende, intensive Mobilisie-

---

<sup>30</sup> Um ein Beispiel zu geben, wäre hier besonders die Arbeit des *Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung* zu nennen, welcher die Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung vom 31. Dezember 2007 organisiert und eingereicht hat.

<sup>31</sup> Dieser Begriff hat sich im Rahmen der Debatte um das *Zugangerschwerungsgesetz* 2009 gebildet und ist eine Mischform aus dem Vornamen der damaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *Ursula von der Leyen* und dem Wort Zensur. Diese hatte sich nachdrücklich im Rahmen des Wahlkampfes zur Bundestagswahl für das Gesetz eingesetzt und dafür massive Kritik von der Piratenpartei, Opferschutz- und IT-Verbänden und weiteren erhalten.

rung der Parteimitglieder im gesamten Bundesgebiet (seit Juli 2009)<sup>32</sup>, die wahrscheinlich intensivste Nutzung des Internets durch eine politische Partei als Arbeits-, Kommunikations- und Koordinationswerkzeug<sup>33</sup> und die ungewöhnliche Auswahl der Themen. Letzteres wird den Piraten auch oft zum Vorwurf im rhetorischen Gewand der *Ein-Thema-Partei* gemacht.

Die Piratenpartei gab dazu 2009 auf ihrer Internetpräsenz folgende Erklärung:

*„Wir denken erst und handeln dann: Wir möchten politisch nur vertreten, wovon wir auch etwas verstehen und keine Kompetenzen vorgeben, die wir noch nicht besitzen. Wir sind eine junge Partei und diskutieren und erarbeiten permanent neue Themenfelder. Politisch werden wir uns aber erst dann für diese einsetzen, wenn wir uns wirklich sicher sind, die richtige Position gefunden zu haben und diese auch verteidigen zu können.*

*Wir wollen einen neuen Politikstil etablieren: Wir nehmen die Wähler als mündige Bürger ernst (schließlich begreifen wir uns selbst als Teil von ihnen). Da Politiker den Willen des Volkes vertreten sollten, erarbeiten wir unsere politischen Themen einfach gleich mit diesem gemeinsam. Wer findet, dass wir ein neues Themenfeld besetzen sollten, kann dieses mit Piraten und Nichtpiraten gemeinsam im Wiki erarbeiten. Positionen nicht einfach von der Parteispitze festlegen zu lassen, sondern mit den Bürgern zu erarbeiten, kostet allerdings Zeit.*

---

<sup>32</sup> Gründung von Landesverbänden und Untergruppierungen in allen Bundesländern in der Zeit von Juli bis September sowie das nötige Fundraising für den Wahlkampf.

<sup>33</sup> Keine andere Partei in Deutschland nutzt das Internet derart intensiv, um das Parteileben und die programmatische Arbeit zu organisieren wie die Piratenpartei. Aus meiner Befragung, wie ich später noch zeigen werde, geht hervor, dass für die Piraten selbst das Internet ein Schlüsselfaktor für die programmatische Arbeit ist. So stimmten bei der Frage Nr. 24. „Finden Sie, dass das Internet ein Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Programmarbeit innerhalb der Piratenpartei ist?“ 91,82 Prozent mit „Ja“ (Quelle: Eigene Erhebung 2011; vgl. Abbildung 34: S. 103).

*Dass wir eine Wahl mit absoluter Mehrheit gewinnen könnten, glauben nicht einmal wir. Da wir nicht so bald alleine regieren werden, müssen wir auch nicht jedes Thema sofort besetzen. Dafür meinen wir die Themen, die wir vertreten, aber absolut ernst. Das macht unser Verhalten nach einer Wahl für die Wähler vorhersehbar“ (Piratenpartei Deutschland, offizielle Internetpräsenz 2009, Menüpunkt: „Begründung der Themenwahl“; aktuell nicht mehr verfügbar).*

Heute findet sich die Begründung der Themenwahl in erneuerter, kürzerer Form als Unterpunkt von *Unsere Ziele* auf der Internetpräsenz der Partei:

*„Die Piratenpartei erweitert ihr Themenspektrum schrittweise unter breiter Einbeziehung aller Mitglieder. In Arbeitsgruppen, die für alle Mitglieder und auch nicht Mitglieder offenen sind, werden umfangreiche Diskussionen geführt und Standpunkte erarbeitet. Diese werden dann über verschiedene Medien breit kommuniziert und den anderen Piraten vorgestellt. Kritik, Verbesserungen und Anregungen werden aufgenommen und berücksichtigt. An den Parteitagungen werden dann diese programmatischen Anträge von allen anwesenden Piraten diskutiert und abgestimmt. Es gibt keine Delegierten, jeder Pirat ist gleichberechtigt an der Auswahl und Ausgestaltung der Themen beteiligt“ (Piratenpartei Deutschland 2011d).*

Auffällig ist, dass in der Neuformulierung der Begründung (der Themenwahl) die ursprüngliche Betonung auf das *Gemeinsame* mit dem *mündigen Bürger* der Unterscheidung in *Mitglieder* und *Nichtmitglieder* gewichen ist. Weiterhin ist eine Verschiebung von der aktiven Einbeziehung der Bürger in den Themenbildungsprozess hin zu einem passiveren, allgemeinen Mitmachangebot festzustellen. So steht in der ursprünglichen Erklärung, dass „[...] *Politiker den Willen des Volkes vertreten sollten*“ (siehe Seite 20) und daher politische Themen möglichst direkt mit dem *mündigen Bürger* gemeinsam erarbeitet werden sollen. In der Neufassung heißt es nur noch: „*Die Piratenpartei erweitert ihr Themenspektrum schrittweise unter breiter Einbeziehung aller Mitglieder.*“ Allerdings wird darauf hingewiesen, dass diese Arbeit in Arbeits-

gruppen stattfindet, die auch offen für Nichtmitglieder sind. Dennoch ist dieser Unterschied nicht ohne Bedeutung und wird von mir deshalb hervorgehoben.

Der letzte Absatz der ursprünglichen Formulierung über die Wahrscheinlichkeit einer Regierungsbeteiligung und der damit verbundenen Geschwindigkeit bei der Erschließung neuer politischer Themen wurde gestrichen.

Insgesamt vermittelt die Neufassung einen selbstbewussteren Eindruck der Partei, der sich zum einen aus positiven Wahlergebnissen jüngster Landtagswahlen und der Kommunalwahl in Hessen 2011 sowie vor allem aus der Erweiterung des Parteiprogrammes im November 2010 in Chemnitz speisen dürfte, die von Teilen der Partei als *Meilenstein* betrachtet wird (SACHSEN FERNSEHEN 2010).

Bisher gab es unter den politischen Akteuren der BRD keine Partei dieser Größenordnung, die die Thematik des Internets (*Netzpolitik*) sowie der informationellen Selbstbestimmung so ausschließlich vertritt und mit diesen Schwerpunkten in den Wahlkampf zieht.

In den vergangenen vier Jahren hat sich daran kaum etwas geändert, wenn auch die etablierten Parteien (CDU, CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke) teilweise versuchen, der Piratenpartei den Boden in diesem Politikfeld streitig zu machen oder diesen Themenbereich zu besetzen.

In jedem Fall hat aber eine Sensibilisierung der etablierten Parteien für die Thematik des Internets stattgefunden, die zum Beispiel in der Gründung der Enquete-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft*, welche seit nun einem Jahr existiert, oder aber auch in der Aufhebung des Zugangserschwerungsgesetzes am 05. April 2011 deutlich wird.

Außerdem sind mit der Schwerpunktsetzung der Piratenpartei auch emanzipatorische Ideen wie Open Access, Open Source (quelloffene Software), freie Software, direkte Demokratie und weitere verknüpft, die weite Bereiche der staatlichen Organisation und Bürokratie sowie der Kultur- und Bildungspolitik einschließlich der Bürgerrechte betreffen und grundlegend verändern wollen.

2009 begründete die Piratenpartei diese Schwerpunktsetzung mit folgenden Worten:

*„Unsere Gesellschaft befindet sich derzeit in einer Umbruchsphase. Technische Entwicklungen bieten neue Möglichkeiten, unsere Gesellschaft zu gestalten und alle Menschen an Wissen, Kultur und politischer Mitgestaltung teilhaben zu lassen. Gleichzeitig sehen wir uns einer innenpolitischen Entwicklung ausgesetzt, die unsere Bürgerrechte mehr und mehr aushöhlt und technische Möglichkeiten nicht für, sondern gegen die Bürger einsetzt. Wir glauben, dass in dieser Phase die Weichen gestellt werden für die weitere politische Entwicklung: Über unsere Bürgerrechte und darüber, wer das Wissen und die Kultur der Menschheit besitzt, wird genau jetzt und oft still und leise im Verborgenen entschieden. Das macht eine vorübergehende Priorisierung und eine Sammlung unserer politischen Kräfte bei diesen Themen nötig“ (Piratenpartei Deutschland offizielle Internetpräsenz 2009, Menüpunkt: „Begründung der Themenwahl“; aktuell nicht mehr verfügbar, deshalb zit. nach Bartels 2009).*

Um zu zeigen, welche Themen die Piratenpartei Deutschland besetzt und wie sich das politische Programm der Partei seit 2009 verändert hat, werde ich im folgenden Abschnitt das aktuelle, in Chemnitz 2010 erweiterte Grundsatzprogramm detailliert vorstellen.

Ich schließe die Vorstellung der Piratenpartei Deutschland mit einem Überblick über die Organisation der Piratenpartei ab und gehe dabei auch auf Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die innerparteiliche De-

mokratie ein. Dazu gehört auch eine Zusammenfassung der aktuellen Mandate, welche auf die PP entfallen sind.

Der darauf folgende Teil rundet den internationalen Aspekt der Piratenpartei ab, indem noch eine kurze Darstellung des Dachverbandes der internationalen Piratenparteien *Pirate Parties International (PPI)* erfolgt, bevor ich dann detailliert auf die Konstruktion des Fragebogens eingehen werde.

Diese deskriptiven Schritte sind notwendig, um das Profil der Piratenpartei vorzuzeichnen, damit überhaupt eine Analyse und Beschreibung des Selbstverständnisses der PP erfolgen kann. Denn es ist wichtig, die Unterschiede zwischen dem Erscheinen der Partei in der Öffentlichkeit und den persönlichen Eindrücken einzelner Parteimitglieder herauszuarbeiten. Zusätzlich soll damit aber auch dem Leser dieser Arbeit, der eventuell noch keine oder wenige Kenntnisse über die Piratenpartei hat, eine Übersicht über ihre Geschichte, ihre politischen Ziele, ihre Organisation und ihre Partizipationsformen gegeben werden.

### **2.2.1 Das politische Grundsatzprogramm**

Die Frage nach dem Selbstverständnis der Piratenpartei kann nicht ohne eine Darstellung ihres politischen Grundsatzprogramms<sup>34</sup> untersucht werden, da sich das Programm als Fundament der politischen Arbeit der Piratenpartei versteht.<sup>35</sup> „*Das Handeln der Partei, Wahlprogramme und konkrete alltagspolitische Positionierungen leiten sich aus ihm ab*“ (Piratenpartei Deutschland 2011e).

---

<sup>34</sup> Das Grundsatzprogramm wird auch als *Parteiprogramm* oder *politisches Programm* bezeichnet.

<sup>35</sup> Das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 sowie die Positionspapiere sollen hier aber nicht vorgestellt werden, da sie sich aus dem Grundsatzprogramm ableiten und der Rahmen dieser Arbeit eine tiefergehende Untersuchung nicht zulässt.



Das ursprüngliche Grundsatzprogramm wurde auf der Gründungsversammlung am 10. September 2006 beschlossen und bisher in drei Phasen erweitert. Zunächst wurde es auf dem Bundesparteitag (BPT) in Hamburg am 05. Juli 2009 um das Kapitel *Bildung* ergänzt. Weiterhin wurden „Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur“ und „Mehr Demokratie wagen“ als neue Punkte am 16. Mai 2010 auf dem BPT in Bingen hinzugefügt und der Punkt „Gleichstellung von Software“ gestrichen. Die dritte Erweiterungsphase umfasst die Einarbeitung zahlreicher neuer Programmpunkte, die auf dem *programmatischen Bundesparteitag* in Chemnitz am 20. und 21. November beschlossen wurden (Ebd.). Diese Phase stellt dabei mit Abstand die umfangreichste Erweiterung des Grundsatzprogrammes dar (Ebd.).

Die thematische Erweiterung der Piratenpartei wurde dabei von einer innerparteilichen Debatte zwischen Befürwortern und Gegnern einer programmatischen Öffnung begleitet. Dabei ging es im Wesentlichen um die grundsätzliche Frage, ob die Partei sich auf ihre Kernthemen weiterhin spezialisieren oder aber sich anderen Themenbereichen öffnen sollte. Von den Medien wurde dies als eine Art *Lagerkampf* sogenannter *Kernis* und *Vollis* interpretiert (vgl. futurezone.at 2010; heise online 2010b; Taz.de 2010b). Diese Wahrnehmung beschreibt die Umstände der Debatte in Chemnitz aber nur unvollständig. Es wurde zwar durch die 25 angenommenen Grundsatzprogrammanträge (und weitere 14 Positionspapier<sup>36</sup>) indirekt entschieden, dass das politische Programm erweitert werden sollte, offensichtlich geschah dies aber nicht durch eine einzelne *Kampf*-Abstimmung zwischen Befürwortern und Gegnern einer Programmiererweiterung (Piratenwiki 2010).

---

<sup>36</sup> Deren Bedeutung wird auf den Seiten 25 und 26 erläutert.

Allerdings verhandelte man im Vorhinein verschiedene Anträge, um einen Konsens zu finden. Zusammengefasst wurde in diesen Anträgen u.a. vorgeschlagen, das Grundsatzprogramm in ein *Kerngrundsatzprogramm* und ein *Erweitertes Grundsatzprogramm* aufzuteilen oder aber gleich eine Mehrzahl von verschiedenen Programmen aufzustellen. Ein anderer Antrag versuchte, eine solche Aufsplitterung gerade zu verhindern und wurde auch von der Versammlung angenommen. Letztendlich einigte man sich also darauf, es bei einem Grundsatz- und einem Wahlprogramm zu belassen. Allerdings wurde dabei die Möglichkeit eingeräumt, innerhalb des Programms Prioritäten zu setzen. Dies sollte durch die Kennzeichnung von Programm-Passagen als *Kernthemen* oder aber deren Positionierung innerhalb des Programms geschehen (Ebd.).<sup>37</sup>

Nach den Ergebnissen meiner Befragung der Piratenpartei zu urteilen, sind aktuell (also knapp fünf Monate nach Chemnitz) *zwei Drittel* der Mitglieder für ein Vollprogramm.<sup>38</sup> Und innerhalb dieser Gruppe wird ein *mittel- bis langfristiges* Vorgehen bei der Erweiterung des Programms favorisiert. Lediglich knapp 10 Prozent wünschen sich dagegen eine kurzfristige Transformationsphase.

Neben dem politischen Grundsatzprogramm der Partei existierten noch das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 sowie die verschiedenen Wahlprogramme der einzelnen Landes- und Kreisverbände. Weiterhin gibt es noch

---

<sup>37</sup> Letzteres soll durch die Annahme-Quote der jeweiligen Anträge auf Bundesparteitage geregelt werden. So würde ein Antrag der mit 90 Prozent angenommen würde, weiter vorne im Programm stehen als ein Programmpunkt, welcher einen geringeren Prozentsatz erreicht.

<sup>38</sup> Dies ergibt sich aus den Ergebnissen der Fragen 16. *Welche Ausrichtung soll das Programm der Piratenpartei Ihrer Meinung nach annehmen?* und 17. *Falls Sie die Ausrichtung auf ein Vollprogramm bevorzugen: Mit welcher Geschwindigkeit soll die Entwicklung auf dieses Programm erfolgen?* meiner Untersuchung, auf die ich später noch eingehen werde.

Positionspapiere, die anders als das Grundsatzprogramm, welches die politische Grundeinstellung der Piraten auf längere Zeit festschreibt, auf aktuell gegebene politische Themen reagieren.

Ein wichtiger Unterschied zwischen dem Grundsatzprogramm und den Positionspapieren liegt außer deren Zielsetzung vor allem in den Mehrheiten, die für deren Annahme auf einem Bundesparteitag gelten. So wird für Grundsatzprogrammanträge eine nicht qualifizierte Zweidrittelmehrheit (dies gilt auch für Satzungsänderungsanträge) und für Anträge zu Positionspapieren „lediglich“ eine einfache Mehrheit benötigt.

Diese Regelung hat beim Bundesparteitag in Chemnitz teilweise dazu geführt, dass Programmanträge, die keine Zweidrittelmehrheit erreichen konnten, im Anschluss in abgewandelter Form als Positionspapiere angenommen wurden. Hierzu wurde nach einem nicht erfolgreichen Programmantrag zunächst darüber abgestimmt, ob eine weitere Abstimmung, nämlich die Aufnahme als Positionspapier, stattfinden soll. Wurde dies mit einfacher Mehrheit angenommen, kam es zur Abstimmung über die Annahme des ursprünglichen Programmantrags als Positionspapier, welche ebenfalls mit einfacher Mehrheit zu erwirken war.

Das Grundsatzprogramm der Piratenpartei umfasst aktuell 26 Seiten und ist in eine Präambel und 15 Kapitel unterteilt (Stand: 21. November 2010). Die Präambel stellt dabei den Zusammenhang zwischen der Themenwahl und den dahinter stehenden Überzeugungen her.

So sehen die Piraten die Würde und die Freiheit des Menschen im Zuge der *Digitalen Revolution* aller Lebensbereiche „in bisher ungeahnter Art und Weise gefährdet“ (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 4). Die zunehmende Vernetzung und Digitalisierung, also die Globalisierung des gesamten Wissens

und der Kultur der Menschheit, würden eine ausnahmslose Prüfung bisheriger Rahmenbedingungen (wirtschaftliche, rechtliche und soziale) bedingen.

Dies sei nötig, um adäquate Antworten für die bestehenden Herausforderungen zu finden, da sonst „*einer entstehenden totalen und totalitären, globalen Überwachungsgesellschaft*“ (Ebd.) Vorschub geleistet würde. Internationaler Terrorismus sei zudem auch eine treibende Angst, die die Rangfolge von Freiheit und Sicherheit verkehre und zudem einer Verteidigung der Freiheit entgegenwirke.

Gerade deshalb seien „*Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre [...] Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft*“ (Ebd.). Und nur auf deren Basis könne eine „*demokratische, sozial gerechte, freiheitlich selbstbestimmte, globale Ordnung*“ entstehen (Ebd.). Die Piratenpartei will diese Grundpfeiler etablieren, durchsetzen und sichern, um bei der Gestaltung einer freiheitlichen, selbstbestimmten Gesellschaftsordnung mitzuwirken. Dies sind im Wesentlichen die Gründe für die Auswahl der Kernthemen der Piratenpartei. Wie sich diese in konkreten Programmpunkten wiederfinden, werde ich im Folgenden ausführen.

Der erste Programmpunkt *Mehr Demokratie wagen* stellt klar, dass die Piratenpartei Demokratie als die bestmögliche Herrschaftsform ansieht. Nur in ihr sei ein faires und gerechtes Miteinander unter Ausgleich der Interessen Einzelner innerhalb eines Staates möglich. Um diese Form der Herrschaft bestmöglich auszugestalten, fordern die Piraten eine Erweiterung der direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Weiterhin will die Partei die Potenziale der *digitalen Revolution* (also der digitalen Medien) nutzen und die Anpassung der gelebten Demokratie an die modernen Möglichkei-

ten des 21. Jahrhunderts mitgestalten. Zu diesen Potenzialen gehören auch neue Lösungsansätze für die Verteilung der Macht im Staat durch dezentrale Verwaltungen und verteilte Systeme. Hierdurch soll die gelebte Demokratie weiterentwickelt und dem Einzelnen dadurch mehr Freiheit, Grundrechte, Mitbestimmungsmöglichkeiten und Meinungsfreiheit ermöglicht werden.

Darüber hinaus treten die Piraten für eine strenge Gewaltenteilung und eine dezentrale und unabhängige *Publikative* ein, die dem einzelnen Bürger als Überwachungsfunktion gegenüber dem Staat dienen und ihn vor Bevormundung der Gemeinschaft bzw. Mehrheit schützen soll. Zudem soll der Einfluss von Wählern auf die Zusammensetzung der Parlamente gestärkt werden. Dies soll konkret in der Form von Panaschieren und Kumulieren auf Landes- und Bundesebene umgesetzt werden. Andererseits sollen aber auch die Abgeordneten in den Parlamenten mehr Unabhängigkeit und Freiheit erhalten (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 5).

*Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung*, der zweite Punkt des Programmes, beschreibt das Verhältnis zwischen Aggregation und Verfügbarkeit allen Wissens und aller Kulturen der Menschen gegenüber dem sogenannten *geistigen Eigentum*. Aufgrund der technischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte sei es möglich geworden, das Wissen und die kulturellen Entwicklungen der Menschheit heute schon jedem zugänglich zu machen und sie für die Zukunft zu sichern.

Das Urheberrecht schränke diese Möglichkeiten aber zu stark ein und wirke den Chancen des technischen Fortschritts entgegen. Um das Potenzial der heutigen technischen Möglichkeiten zu nutzen, fordert die Piratenpartei, dass die Vervielfältigung von Werken nicht beschränkt oder verhindert werden darf (beispielsweise Kopierschutz, Digitale Rechteverwaltung). Eine künstliche

Verknappung von Werken zugunsten wirtschaftlicher Interessen sei unmoralisch und daher abzulehnen. Darüber hinaus würde die Etablierung dauerhafter, lückenloser und technischer Beschränkungen der Kopierbarkeit (Kopierschutzinfrastruktur) im Vergleich ihres (gesamtwirtschaftlichen) Nutzens in einem extremen Missverhältnis stehen (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 6).

Weiterhin fordern die Piraten, das *„nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von Werken nicht nur zu legalisieren, sondern explizit zu fördern, um die allgemeine Verfügbarkeit von Information, Wissen und Kultur zu verbessern“* (Ebd.). Dies sei eine Grundvoraussetzung für die soziale, technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Gesellschaft. Darüber hinaus wollen die Piraten sich für eine Förderung der Schaffung von Werken mit Blick auf die kulturelle Vielfalt einsetzen.

Letztendlich wird eine faire Regelung für die Rahmenbedingungen, die das Verhältnis von Urhebern und dem öffentlichen Interesse am Zugang zu Wissen und Kultur festlegt, gefordert. Dies bedeute insbesondere eine Verkürzung der Dauer von Rechtsansprüchen auf urheberrechtlich geschützte Werke. Eine Rückführung von Werken in den öffentlichen Raum sei nicht nur berechtigt, sondern auch von essentieller Wichtigkeit (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 7).

Der dritte Abschnitt des Programmes beschäftigt sich mit dem *Patentwesen*. Im Wesentlichen fordern die Piraten hier eine Reformation des Patentwesens, da die bestehenden Regelungen oftmals ein Innovationshemmnis darstellen würden. Weiterhin sollen private Monopole abgebaut und Märkte geöffnet werden. Wirtschaftlicher Erfolg in einer Informationsgesellschaft sei vor allem von Wissen, Information und deren Erschließung abhängig und zunehmend

weniger von technischen Erfindungen. Auch stünden die Forderungen der Partei nach der Freiheit von Wissen und Kultur einem Regulierungssystem wie dem Patentwesen diametral entgegen. Patente auf Lebewesen, Gene, Software und Geschäftsideen lehnt die Partei aus den gleichen Gründen ab. Hier ergäben sich unverantwortliche und unzumutbare Konsequenzen, da Gemeingüter ohne Not und Gegenleistung privatisiert würden und kein Erfindungspotenzial im ursprünglichen Sinne vorliegen würde (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 8).

Mit *Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur* ist der vierte Punkt des Programmes betitelt. Hier fordern die Piraten, dass alle Bürger jederzeit die volle Kontrolle über ihre Informationsverarbeitung und Kommunikation erlangen sollten, wenn dies ihr Wunsch sei. Dies solle die Freiheit und Privatsphäre der Bürger schützen und als Absicherung dienen, damit sich die Macht über Systeme und Daten nicht auf wenige Einzelne verteilt. Darüber hinaus setzt sich die Partei für *offene Standards*<sup>39</sup> und *freie Software*<sup>40</sup> ein. Insbesondere sollen Bildungseinrichtungen und die gesamte öffentliche Verwaltung Schritt für Schritt ihre technische Infrastruktur auf Freie Software umstellen, dies entlaste die öffentlichen Haushalte langfristig von Lizenzkosten (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 9).

---

<sup>39</sup> Offene Standards werden als Formate oder Protokolle verstanden, welche vollständig und öffentlich für jeden zugänglich sind. Dabei dürfen keine Abhängigkeiten zu anderen, nicht offenen Standards, existieren und keine juristischen oder technischen Klauseln, die eine Verwendung einschränken könnten, vorliegen.

<sup>40</sup> Das Konzept bzw. die Ideologie die Hinter dem Begriff *freie Software* steht, will eine Software die ohne Einschränkung genutzt, analysiert, verändert und verbreitet werden darf. Dieser Ansatz steht in einer konstanten Debatte mit der Idee der „quelloffenen Software“, welche lediglich die Offenlegung des Quellcodes vorschreibt.

*Teilhabe am digitalen Leben*, der fünfte Punkt, betont den Wandel, den die *digitale Gesellschaft* mit sich bringe. Besonders hervorgehoben werden hier freie Kommunikation und ein freier Informationsfluss. Gerade letzterer schaffe mündige Bürger, die dazu befähigt seien, ihre Freiheit gegen totalitäre Tendenzen zu verteidigen. Freie Vernetzung schaffe überdies einfache Möglichkeiten, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen. Es sei daher die Aufgabe des Staates, die *digitale Kommunikation* sicherzustellen und zu fördern. Dies umfasse auch den gesicherten Zugang zur digitalen Kommunikation für jedes Gesellschaftsmitglied durch Ausbau und Modernisierung der Netze.<sup>41</sup> Weiterhin sollten die Informationen, die über das Internet oder andere Teilnetzwerke gesendet und empfangen werden, keiner Einschränkung (Filterung, Zensur<sup>42</sup>, Einsicht der Inhalte<sup>43</sup>) unterliegen (*Netzneutralität*) – eine freie, gleichberechtigte Bewegung im Internet sei nur dann möglich (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 10f).

Des Weiteren sei die Bekämpfung von Kriminalität Aufgabe der staatlichen Behörden und nicht die der Internetzugangsanbieter (*Provider*), welche daher nicht zu *privatwirtschaftlichen Ermittlungsbehörden* entfremdet werden sollten. Die Aufgabe der Provider sei schließlich, den ordentlichen Betrieb und Zugang zum Internet zur Verfügung zu stellen und zu sichern. Darüber hinaus

---

<sup>41</sup> Und damit auch eine verstärkte digitale Erschließung der ländlichen Regionen Deutschlands, welche häufig nur über eine mangelhafte oder keine zureichende Internetversorgung verfügen.

<sup>42</sup> Die Piratenpartei betont hier, dass die Bundesrepublik keinesfalls Zensurbestrebungen in anderen Ländern unterstützen dürfe. Initiativen, politische und technische, die gegen Filtersysteme vorgehen, seien hierbei im Inland sowie im Ausland zu unterstützen.

<sup>43</sup> Beispielsweise durch *Deep Packet Inspection (DPI)*, welche den Datenteil und die Kopfdaten (Header) eines Datenpakets (Daten über Absender, Empfänger, Lebensdauer des Pakets und Typ) untersucht oder *Stateful Packet Inspection (SPI)*, welche lediglich die Kopfdaten untersucht.



dürften diese nicht für etwaige kriminelle Handlungen ihrer Kunden in die Verantwortung genommen werden (Ebd.).

Die Teilhabe am digitalen Leben erfordere auch die Vermittlung der dazu nötigen Medienkompetenzen. Diese Aufgabe sollten Bildungseinrichtungen leisten (ein fester Lehrauftrag soll integriert werden), und sie müssten daher technisch zeitgemäß ausgestattet sein. Bildungsangebote aller Art auf diesem Gebiet müssten aber genauso älteren Menschen verfügbar gemacht werden (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 11f).

Der sechste Programmpunkt stellt zwei der Kernthemen der Piratenpartei dar – *Privatsphäre und Datenschutz*. Beide seien Grundvoraussetzungen für die Gewährleistung der Würde und Freiheit des Menschen. Daher müssten Systeme und Methoden des Staates, die eine Einschränkung dieser Rechte ermöglichen, ständig durch Mandatsträger überprüft und bewertet werden. Jedem Bürger sei ein *Recht auf Anonymität* zu garantieren (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 13). Weiterhin dürfe der Staat keinesfalls personenbezogene Daten an die Privatwirtschaft weitergeben. Ferner soll das Briefgeheimnis zu einem allgemeinen *Kommunikationsgeheimnis* erweitert werden.

Eine Überwachung von Bürgern dürfe nur im Falle eines sicheren Verdachts eines künftigen Verbrechens zugelassen werden. In *allen* anderen Fällen soll nach wie vor die Unschuldsvermutung gelten. Damit sei eine verdachtsunabhängige *Vorratsdatenspeicherung* prinzipiell ausgeschlossen (Ebd.).

Informationelle Selbstbestimmung, also das Recht des Einzelnen auf die Kontrolle der Nutzung seiner persönlichen Daten, sei zu stärken. Unterstützende Maßnahmen dabei wären beispielsweise vollkommen unabhängige Datenschutzbeauftragte. Auf der Seite des Bürgers solle ein Recht gegenüber Betreibern zentraler Datenbanken geschaffen werden, welches einen unentgeltli-

chen und durchsetzbaren Anspruch auf Selbstauskunft, Korrektur, Sperrung oder Löschung der eigenen Daten garantiere (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 13f). Die Erhebung und Nutzung von Gentests und biometrischen Daten solle von einer unabhängigen Stelle besonders kritisch kontrolliert und bewertet werden, da hierin ein besonders hohes Missbrauchspotenzial liege. Der Datenschutz insgesamt müsse den Erfordernissen digitaler Daten letztendlich gerecht werden.<sup>44</sup> Die Grundsätze der Datensparsamkeit und Datenvermeidung sowie eine unabhängige Kontrolle personenbezogener Daten seien dabei elementar, um die Freiheit und informationelle Selbstbestimmung eines jeden Bürgers zu schützen (Ebd.).

*Transparenz des Staatswesens* lautet der siebte Programmpunkt, der das *Prinzip der Öffentlichkeit* fordert. Damit ist gemeint, dass der *mündige Bürger* in den Mittelpunkt des staatlichen Gestalten und Handelns gerückt werden soll. Dies sei eine Voraussetzung für eine *moderne Wissensgesellschaft*, der eine freiheitliche und demokratische Ordnung zugrunde liege. Darunter versteht die Piratenpartei eine möglichst breite Beteiligung der Bürger an der Gestaltung und Kontrolle der Vorgänge in Politik und Verwaltung. Daher müsse gerade in diesem Bereich mehr Transparenz geschaffen werden; die jeweiligen Einrichtungen müssten ihren *Dienstleistungs-charakter* anerkennen und sich darauf ausrichten, den Bürger effizient, komfortabel und mit geringen Kosten einzubeziehen. Vor allem auch die Gründe für Entscheidungen in der Politik müssten einsehbar und nachvollziehbar sein (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 15).

---

<sup>44</sup> Gemeint ist hier die schwer kontrollierbare Verbreitung und die Langlebigkeit digitaler Daten.

Lösungen will die Partei unter anderem damit schaffen, dass sie auch bei Nichtbetroffenheit und ohne es begründen zu müssen, den Bürgern Einsicht in Aktenvorgänge und die Informationen staatlicher Stellen gewähren will. Dieses Recht solle aber nicht ausnahmslos gelten, sondern durch Bestimmungen zum Schutz der Persönlichkeitsrechte, nationaler Sicherheit und Ähnlichem einschränkbar sein.<sup>45</sup> Weitere Forderungen umfassen die Regelungen damit verbundener Auskunftersuchen wie Grundlegendes zu Kostenregelungen, Bearbeitungszeit, Verweigerung der Einsicht und zur Anfertigung öffentlicher Berichte über die Handhabung des Auskunftsrechts. Der Programmpunkt wird mit der Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte abgeschlossen (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 15f).

Unter Punkt acht, *Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten (Open Access)*, fordert die Piratenpartei, dass möglichst alle Werke, die durch öffentliche Stellen erzeugt oder aber durch sie gefördert werden, der Öffentlichkeit kostenlos zugänglich gemacht werden sollen. Begründet wird dies mit der Tatsache, dass eine Vielzahl von Werken im Auftrag öffentlicher Stellen geschaffen wird, diese dann aber der Allgemeinheit nicht kostenlos zugänglich sind, sondern als urheberrechtlich geschütztes Produkt hervorgebracht werden. Da aber die öffentlichen Stellen von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten ihre Erzeugnisse auch der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stehen. Dies bezieht sich auch auf digitale Werke wie beispielsweise Programm- bzw. Quellcodes. Diese sollten, so die Piraten, Teil der Veröffentlichung eines jeden Computerprogramms, das in der öffentlichen Verwaltung geschaffen werde, sein. Ausnahmen von dieser Pflicht sollten nur bei schwerwiegenden Gründen möglich sein (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 17; vgl. auch Piratenwiki 2011i).

---

<sup>45</sup> Allerdings sollen diese Schranken eng formuliert und nicht per se auf ganze Verwaltungsbereiche oder Behörden geltend gemacht werden dürfen.

*Bildung*, der neunte Punkt, ist zugleich einer der umfangreichsten Abschnitte des Parteiprogramms und für die Piraten ebenfalls ein Kernthema.<sup>46</sup> Für die Partei ist Bildung essentieller Grundpfeiler einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Sie sei ein wesentlicher Faktor bei der Entwicklung zu einer mündigen, kritischen und sozialen Person. Bildungsinstitutionen sollten dieses Anliegen unterstützen und begleiten und sich dabei an den Belangen der Lernenden orientieren. Der freie Zugang zu Bildung und Informationen sei daher für die gesellschaftliche Entwicklung besonders wichtig, aber auch für die ökonomische Entwicklung ein bedeutender Faktor. Bildung sei „*eine der wichtigsten Ressourcen der deutschen Volkswirtschaft*“ (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 18), ohne die ein dauerhafter gesellschaftlicher Wohlstand nicht gesichert werden könne. Daher seien Investitionen in Bildung unabdingbar und zukunftsweisend.

Aus diesen Grundannahmen leiten die Piraten ihre Forderungen für die Bildungspolitik ab. So sei die öffentliche Bildungsinfrastruktur für jeden zugänglich und kostenfrei zu gestalten und zu erhalten. Private Unterstützung bei der Finanzierung von Bildungseinrichtungen sei grundsätzlich erwünscht, allerdings nur solange kein Einfluss auf Lehrinhalte damit verbunden sei. Weiterhin sei *Lehrmittelfreiheit* ein anzustrebendes Ziel, welches durch die Verwendung und Erschaffung von freien Werken gefördert und ausgebaut werden könne. Es wird darauf hingewiesen, dass die Bildungsinstitutionen nur ein Teil einer umfassenden Bildung seien. Optimal sei es, wenn Eltern und die jeweiligen Institutionen die Erziehung gemeinsam, sich gegenseitig ergänzend gestalten (Ebd.).

---

<sup>46</sup> Dies allerdings erst seit der Programmweiterung in Hamburg am 05. Juli 2009, bei der das Thema *Bildung* hinzugefügt wurde.

Die zu vermittelnden Bildungsinhalte sollten auf fundierten und belegbaren Erkenntnissen beruhen und von einem neutralen Standpunkt aus vermittelt werden. Der Lernende solle eine Unterstützung seiner Begabungen erhalten, neue Fähigkeiten und Interessen entdecken sowie gleichermaßen seine Schwächen vermindern können. Dies erfordere einen anderen Weg der Vermittlung als rigide Lehr- und Stundenpläne und darüber hinaus eine Abkehr von der Bewertung durch Kopfnoten (Ebd.).

Weitere Punkte sind die *Demokratisierung von Bildungseinrichtungen*, *Frühkindliche Bildung*, bei der eine kostenlose und, wenn gewünscht, ganztägige wohnortnahe Betreuung in Kindertagesstätten ab dem dritten Lebensjahr gefordert wird, die Vermittlung von *Medienkompetenz* und eine Abkehr von Lehrplänen hin zu *Lernzielen*. Bei letzterem sollten die Lernenden den Unterricht thematisch mitgestalten können. Dabei soll ihnen das Ziel ihrer Anstrengungen immer bekannt sein (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 19).

Das geforderte *Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe* ist der zehnte Abschnitt des Programms. Seine Forderungen haben innerhalb der Piratenpartei aber auch teilweise in den Medien schon für reichlich Diskussion gesorgt. Oft wird behauptet, dieser Programmpunkt sei der Beschluss eines *bedingungslosen Grundeinkommens (BGE)*. Dies wurde aber in den Medien nicht korrekt dargestellt. Die Piratenpartei hat hier zwar den Weg zu einer *bedingungslos* gesicherten Existenz inklusive gesellschaftlicher Teilhabe beschlossen, allerdings wurde der Weg dorthin völlig offen gelassen (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 20).

Zwar ist sicherlich in den Grundforderungen eine starke Ähnlichkeit zu BGE-Konzepten evident, dennoch muss hier insoweit differenziert werden, als dass

eine große Anzahl an Konzepten für die Umsetzung der Idee eines BGE existieren, sich bisher aber noch keine bestimmte Theorie durchsetzen konnte.

Der Piratenpartei geht es hier nicht nur um eine bedingungslose finanzielle Absicherung der Bürger, sondern um einen emanzipatorischen Gesellschaftsfortschritt, der den Menschen eine neue Grundlage für ihre Selbstbestimmung (sozial und wirtschaftlich) ermöglicht. Hiervon verspricht sich die Piratenpartei eine positive Ausstrahlungswirkung für die Gesamtgesellschaft (Ebd.).

Beim Themenbereich *Geschlechter- und Familienpolitik* (Punkt 11 des Programms) setzen die Piraten sich für eine *freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung* ein, die jeden von externer Zuordnung zu einem Geschlecht oder einer Geschlechterrolle befreien soll. Sie fordern darüber hinaus internationale Anerkennung und Schutz dieser Art der geschlechtlichen Selbstbestimmung, um Kriminalisierung und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen oder geschlechtlichen Orientierung entgegenzuwirken (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 21).

Weiterhin setzt sich die Partei für die vollständige rechtliche Gleichstellung von eingetragenen Partnerschaften und Ehen ein. Dabei solle auch das Konzept der eingetragenen Partnerschaft geöffnet und erweitert werden. Damit gehe auch eine gleichwertige Anerkennung und rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensmodellen bzw. Lebensgemeinschaften einher (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 22).<sup>47</sup>

---

<sup>47</sup> Mitte Mai 2011 wurde dazu ein Grundsatzurteil durch die EU-Richter gesprochen, welches die Rechte gleichgeschlechtlicher Lebenspartner stärkt. Demnach haben Lesben und Schwule, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, gleiche Rentenansprüche wie Frau und Mann in einer Ehe (ZEIT ONLINE 2011).

Zum Thema *Umwelt* nennt die Piratenpartei vier Punkte im zwölften Abschnitt des Programms. Sie fordert einen nachhaltigen und verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen, die Sicherung einer gesunden, natürlichen Umwelt durch die Reduktion gefährlicher, umweltbelastender Stoffe sowie die Wiederherstellung von Naturräumen und deren allgemeinen Schutz (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 23).

Des Weiteren soll mit endlichen und regenerativen Ressourcen nachhaltig umgegangen werden mit dem Ziel, diese auf Dauer durch generative Ressourcen zu ersetzen, um so nachfolgenden Generationen eine Lebensgrundlage zu bewahren. Letztendlich wird ein Wandel in der Energiepolitik hin zu regenerativen und generativen Energiequellen gefordert, deren Nutzung durch eine transparente und dezentralisierte Erzeugerstruktur gesichert werden sollte. Dies sollte Monopolstellungen vorbeugen und dem Bürger umfangreiche Partizipationsspielräume gewähren (Ebd.).

Die letzten drei Punkte des Programms lauten 13. *Whistleblowerschutz*, 14. *Recht* und 15. *Informationsfreiheitsgesetz*. Hier fordern die Piraten eine allgemeine rechtliche Regelung für *Whistleblower*<sup>48</sup>, da aktuell zu viel rechtliche Unsicherheit und Unklarheit in diesem Rechtsgebiet vorliege – vor allem für Laien. Die Partei erachtet Whistleblower als *wichtiges Korrektiv* einer jeden freien und demokratischen Gesellschaft (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 24).

Der Punkt *Recht* ist sehr kurz gehalten und bemängelt die freie Wahl des Ortes, an dem eine Klage erhoben werden kann. Die Piratenpartei will künftig

---

<sup>48</sup> Als Whistleblower werden Menschen bezeichnet, die Hinweise geben. Sie beobachten Missstände oder illegales Handeln und Ähnliches und bringen Informationen darüber an die Öffentlichkeit. Dies ist oft mit einem hohen Risiko für den Whistleblower verbunden.

eindeutig regeln, welches Gericht für einen Rechtsstreit bzw. dessen Entscheidung zuständig sei (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 25).

Die Forderungen im Punkt *Informationsfreiheitsgesetz* bildet den Schluss des Grundsatzprogrammes. Die Piraten kritisieren, dass Deutschland der internationalen Entwicklung hinterherhänge, wonach eine voraussetzungslose Akteneinsicht zu gewähren sei. Dies solle sich ändern, indem fortan Jedermann, ohne einen Grund nennen zu müssen, einen freien oder ersatzweise beschränkten Informationszugang zu allen fiskalischen und hoheitlichen Verwaltungsvorgängen erhalten solle (Piratenpartei Deutschland 2011e: S. 26).

Die Partei stellt dabei gewisse Mindestanforderungen auf. Unter anderem solle es Ausnahmen für personenbezogene Daten und bestimmte öffentliche Belange sowie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse geben. Diese Ausnahmen sollten aber nur eng und unter Abwägungen mit höherrangigen Rechten zugelassen werden. Weiterhin solle die Frist bis zur Akteneinsicht kurz gehalten werden und der Preis für die Einsicht bei geringem Aufwand kostenlos und bei größerem so bemessen sein, dass das Informationsrecht der Bürger nicht behindern werde. Weiterhin sollten Ablehnungen von Einsichtsansprüchen schriftlich begründet werden müssen. Die Einhaltung dieser Gesetze solle von einem Informationsfreiheitsbeauftragten, an den sich jeder wenden könne, überwacht werden (Ebd.).

Das aktuelle Grundsatzprogramm ist Zeugnis der fortschreitenden thematischen Auseinandersetzungen innerhalb der Piratenpartei. Es ist erkennbar, dass gerade auch nach Chemnitz die Piratenpartei auf dem Weg ist, sich breiter aufzustellen, ohne aber dabei ihre Kernthemen wesentlich zu vernachlässigen. Vielmehr hat eine innerparteiliche Vermittlung und Konsensualisierung stattgefunden, die dazu führen kann, dass möglicherweise fortan auch bei anderen Wählergruppen ein Interesse für die Themen der Piratenpartei geweckt wird.



Um den Einblick in die politische Ausrichtung der Piratenpartei Deutschland abzuschließen, gehe ich im folgenden Abschnitt noch auf ein paar wichtige Aspekte ein. Darunter fallen die Organisation der Partei, die Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder, die innerparteiliche Demokratie und die aktuelle Mandatsverteilung.

### **2.2.2 Organisation, Partizipation, innerparteiliche Demokratie und Mandate**

Nach der Gründung des Bundesverbandes 2006 wurden bis Ende 2008 insgesamt 12 Verbände gegründet, darunter 11 Landesverbände und ein Bezirksverband<sup>49</sup>. Seit 2009 ist die Piratenpartei in allen 16 Bundesländern mit einem Landesverband vertreten. Darüber hinaus wurden weitere acht Bezirksverbände gegründet. 2010 wurden dann die Gründungen der Kreisverbände forciert, was dazu führte, dass gegen Ende des Jahres 73 Kreisverbände ihre Arbeit aufnahmen. Weiterhin kamen auch drei neue Bezirksverbände hinzu (vgl. Abbildung 2: S. 48).

Die Piratenpartei ist zurzeit dabei, ihre Verwaltungseinheiten auf den nachgeordneten Verwaltungsebenen auszubauen. Dies ist vor allem mit Blick auf Wahlen ein wichtiger Schritt. Denn, wie sich zuletzt bei der Kommunalwahl in Hessen gezeigt hat, bei der die Partei insgesamt 31 Sitze bzw. Mandate erringen konnte, hat die Piratenpartei Chancen, auf kommunaler Ebene Fuß zu fassen. In diesem Zusammenhang kam es auch zur Gründung der *ersten* eigenständigen *Piratenfraktionen*<sup>50</sup> überhaupt (Piratenpartei Hessen 2011a). Darü-

---

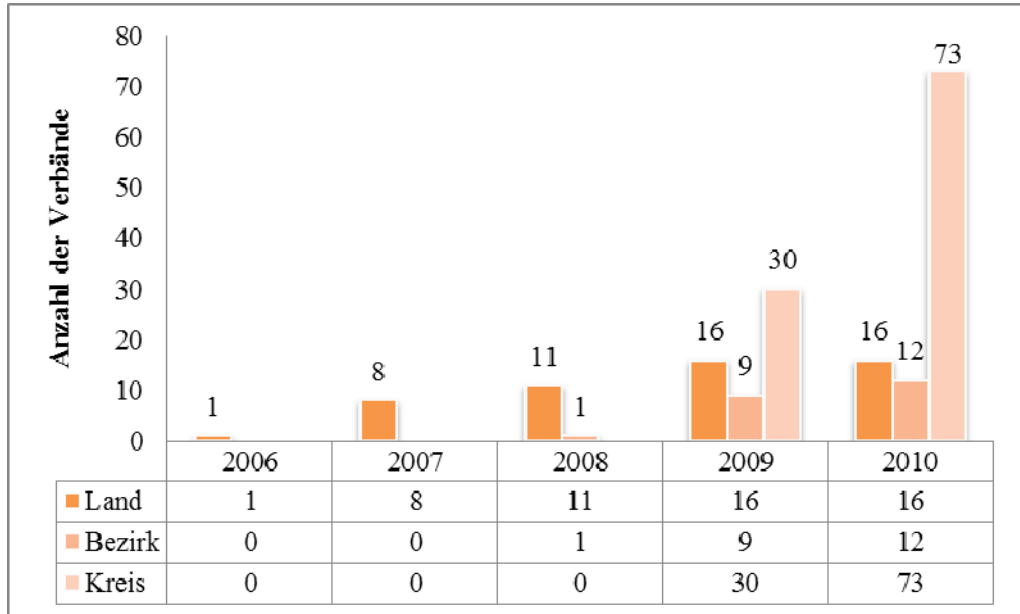
<sup>49</sup> Bezirksverbände sind Verwaltungseinheiten der Piratenpartei, die deckungsgleich mit den politischen Grenzen der Regierungsbezirke sind (Piratenwiki 2011b: Abschnitt A: § 7 - Gliederung).

<sup>50</sup> Diese wurden in Darmstadt, Gießen Stadt, Offenbach am Main, Offenbach Land und im Main-Kinzig-Kreis aufgestellt und haben ihre Arbeit bereits aufgenommen.

ber hinaus konnten Fraktionen mit den Mandatsträgern anderer Parteien (beispielsweise die *Bunte*<sup>51</sup> Fraktion in der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main) aufgestellt werden.

**Abbildung 2: Entwicklung der Verbände der Piratenpartei Deutschland**

*Anzahl der Gründungen von Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden nach Jahren.*



Quelle: Piratenwiki 2011j. Grafik: Eigene Darstellung.

Für ihre Organisation bzw. Verwaltung wählen die verschiedenen Gliederungen der Partei auf Bundes-, Landes-, Bezirks- und Kommunalebene jeweils einen Vorstand, der durch die obligatorischen Ämter *Vorsitzender*, *Generalsekretär* und *Schatzmeister* besetzt und dabei meistens noch durch mehrere *Beisitzer* unterstützt wird. Die Aufgabe des Vorstands ist es, die Geschäfte des

<sup>51</sup> Die Fraktion besteht aus den Stadtverordneten Herbert Förster und Martin Kliehm von der Piratenpartei Frankfurt am Main, Jutta Ditfurth (*ÖkolinX-Antirassistische Liste*) und Luigi Brillante (*Europaliste für Frankfurt*).

jeweiligen Verbandes zu verwalten und möglichst im Sinne der Basis zu leiten. Für Letzteres besteht dabei allerdings keine bindende Verpflichtung. Da die Partei einen großen Wert auf Basisdemokratie legt, sind Beispiele, in denen der Vorstand entgegen dem Willen der Basis handelte, bisher eher selten. Findet aber ein Verstoß gegen dieses Paradigma statt, ist meistens mit heftigen Reaktionen seitens der Basis zu rechnen, in deren Folge es auch zu einer Verhandlung vor dem jeweiligen Schiedsgericht kommen kann; dies ist aber wie gesagt selten der Fall.

Innerhalb der Verbände gestalten sich die Partizipationsmöglichkeiten vielseitig. So gibt es neben Telefonkonferenzen örtliche und öffentliche (Vorstands-) Sitzungen und Treffen, Workshop-Angebote, *politische (Bar-)Camps*<sup>52</sup>, für jeden zugängliche Tagungen bzw. Konferenzen und vielerlei mehr. Der größte Teil der organisatorischen, kommunikativen und politischen Arbeit findet dabei über das *Internet* statt. In meiner Umfrage stellte ich dazu unter anderem die Frage (Nr. 24) „*Finden Sie, dass das Internet ein Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Programmarbeit innerhalb der Piratenpartei ist?*“, welche von knapp 92 Prozent<sup>53</sup> der Teilnehmer bejaht wurde.

Um die politische Arbeit<sup>54</sup> über das Internet sinnvoll zu gestalten, nutzt die Piratenpartei neben *E-Mail* und *Mailinglisten* eine große Anzahl verschiedener

---

<sup>52</sup> Hierbei handelt es sich um öffentliche Tagungen, bei denen die Inhalte von den Teilnehmern festgelegt werden, wobei eine solche Veranstaltung bei den Piraten meistens auf ein gewisses Leitthema ausgerichtet ist. Beispielsweise das im April 2011 veranstaltete *sozialpolitische Barcamp*, auf dem eine Grundsatzdebatte über Sozialpolitik innerhalb der Piratenpartei geführt wurde (Piratenwiki 2011k).

<sup>53</sup> Diese Frage haben insgesamt 2.167 von 2.360 Teilnehmern mit „Ja“ beantwortet (=91,8 Prozent), welches aktuell einem Fünftel der Mitglieder der Piratenpartei entspricht.

<sup>54</sup> Damit ist programmatische, organisatorische und kommunikative Arbeit gemeint.

Software, die sie teilweise selbst oder kooperativ programmiert. Bis auf einige wenige Ausnahmen stehen diese Dienste auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Einige der meistgenutzten und populärsten Instrumente sind dabei das *Piratenwiki*<sup>55</sup>, welches eine Art *Wikipedia* und Gedächtnis für die Partei darstellt, *Liquid Feedback*, eine Software zur Diskussion, Konsensfindung und Ausarbeitung von Anträgen, die auch Mehrheiten zu Orientierungszwecken abbildet, und das *Piratenpad* (basierend auf *Etherpad*), eine Kooperationsplattform, auf der Teilnehmer simultan schreiben, chatten und so ihre Ideen in Echtzeit zusammenbringen können (Piratenwiki 2011).

Darüber hinaus werden noch viele weitere Möglichkeiten wie *Mumble*- und Telefonkonferenzserver, Foren, *Internet Relay Chat (IRC)*, Blogs, *mypirates.net*, ein eigenes internationales soziales Netzwerk der Piratenpartei, Instant-Messenger wie *Jabber* oder *ICQ*, Podcasts, der *Piraten-Sextant*<sup>56</sup>, das *Piratenradio*, Medien wie beispielsweise die online Mitgliederzeitung *Flaschenpost* und Printmedien wie der *Kaperbrief* und der *Kompass* genutzt (Ebd.).

Neben diesen Eigenkreationen nutzen die Piraten aber auch kommerzielle und nicht-kommerzielle Software von anderen Anbietern. Darunter fallen zum

---

<sup>55</sup> Im Piratenwiki finden sich allgemeine Informationen über die Partei, ihre Organisation und Struktur. Gleichzeitig nutzen etliche Arbeits- und Projektgruppen und alle Verbände das Wiki, um ihre Arbeit zu dokumentieren und auch teilweise zu organisieren; auch Veranstaltungen werden hier vorbereitet. Da die Menge an Informationen aber mittlerweile sehr groß ist und die Suche sowie das Handling sich nicht immer einfach gestalten, vor allem für Neueinsteiger, verliert das Piratenwiki bei Organisations- aber auch politischer Arbeit, nicht aber bei dokumentarischer, meiner Einschätzung nach, zunehmend Boden an das *Piratenpad*, auf das an anderer Stelle noch eingegangen wird.

<sup>56</sup> Wegen mangelnder Nachfrage wird dieses Angebot zum 01. Juli 2011 abgeschaltet, sollte sich kein neuer Betreuer bzw. Administrator bis dahin gefunden haben (Der Piraten-Sextant 2011).

Beispiel Microblogging-Dienste wie *Twitter / Identica*, soziale Netzwerke wie *facebook*, *StudiVZ* und ähnliche, Messenger wie *Jabber* oder *ICQ* und weitere.

Meiner Einschätzung nach kann sich die Piratenpartei zu Recht als *Mitmachpartei* verstehen, da sie viele Möglichkeiten zur On- und Offlinebeteiligung anbietet, die auch ausgiebig genutzt werden, vor allem auch im Vergleich mit den etablierten Parteien. Allerdings sollte der Zugang zu ihnen erleichtert werden, da das vielfältige Angebot nicht einheitlich und recht unübersichtlich angeordnet ist. Gerade bei der Integration von neuen oder wenig internetaffinen Mitgliedern besteht deutlicher Handlungsbedarf, da es hierzu kaum offizielle Angebote der Partei gibt. Hier verlässt sich die Piratenpartei fast ausschließlich auf die Kooperation und Hilfsbereitschaft der internetaffineren und/oder -erfahrenen Mitglieder. Für eine Steigerung der Aktivität ihrer Mitglieder liegt hier also sicherlich ein potenzieller Ansatzpunkt.

Der innerparteilichen Demokratie wird durch Parteitage auf allen Gliederungsebenen<sup>57</sup>, (offenen) Vorstandssitzungen<sup>58</sup> und Schiedsgerichten Rechnung getragen. Darüber hinaus gibt es elektronische Meinungsbildungstools (virtuelle Meinungsbilder) und Abstimmungssysteme (beispielsweise Liquid Feedback, Piratensextant und weitere). Da die Piratenpartei einem basisdemokratischen Grundverständnis folgt, versucht sie, ihre Mitglieder auf möglichst breiter Basis und bei möglichst vielen Entscheidungen einzubeziehen. Dies gilt nicht nur für den Bundesverband, sondern für alle Gliederungen der Partei.

---

<sup>57</sup> Da es in der Piratenpartei kein Delegiertensystem gibt, dürfen an Bundesparteitagen alle Mitglieder teilnehmen und abstimmen. Bei niederen Gliederungen haben jeweils nur der Gliederung zugehörige Piraten Stimmrecht.

<sup>58</sup> Grundsätzlich sind Vorstandssitzungen innerhalb von allen Gliederungen der Piratenpartei öffentlich und können von jedem Interessierten besucht werden. Wenn der jeweilige Vorstand dies wünscht, kann die Sitzung aber auch nicht öffentlich gehalten oder aber bestimmte Tagesordnungspunkte nicht öffentlich verhandelt werden.

Um dieses Bestreben im politischen Alltag konstant umsetzen zu können, bedienen sich die Piraten wieder unterstützend der Technik, denn auch hier spielt das Internet eine wichtige, wenn nicht sogar entscheidende Rolle. Gerade die Problematik der örtlichen Entfernung zwischen den Mitgliedern bzw. zwischen den Vorständen und der Basis wird durch das World Wide Web minimiert, selbst eine Mitarbeit außerhalb Deutschlands ist so sehr einfach möglich. Um als Mitglied allerdings seine demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten vollkommen wahrnehmen zu können, muss man aber im Prinzip zu den Bundes-, Landes- und Kreisparteitagen reisen (dies entspricht drei bis vier Terminen pro Jahr), welche die höchsten Organe der Piratenpartei sind. Dies setzt allerdings voraus, dass dem jeweiligen Mitglied ausreichend Zeit und finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Da aus diesen Gründen nicht jedes Mitglied an alle Terminen teilnehmen kann, gibt es schon seit längerem Überlegungen zu einem sogenannten *dezentralen Parteitag*, und dies nicht nur auf Bundesebene. Um diese Idee zu realisieren, wurde auch bereits die Arbeitsgemeinschaft *AG dezentraler Parteitag* (Piratenwiki 2011m) gegründet. Die Idee ist hier, beispielsweise den Bundesparteitag gleichzeitig in mehreren Städten (zum Beispiel eine im Norden, Süden, Westen und Osten Deutschlands) auszurichten und diese Veranstaltungen digital zu vernetzen. So könnten per *Livestream* Fragen und Antworten der Anwesenden, Anträge, Ergebnisse von Wahlen usw. zwischen den Örtlichkeiten in Echtzeit übertragen bzw. synchronisiert werden. Möglicherweise könnte dies die Beteiligung an Parteitagen erhöhen und gleichzeitig längerfristig der (Reise- und Kosten-) Aufwand der Mitglieder minimieren. Bisher liegen allerdings noch keine konkreten Konzepte für einen solchen Versuch vor, auch ist die rechtliche Dimension eines solchen Experiments noch nicht geklärt.

Technik kann also viele Aspekte des klassischen Parteilebens vereinfachen. Gleichsam sind damit aber auch noch viele Unklarheiten und Risiken verbunden, an die man sich erst noch herantasten muss. Weiterhin bringt die digitale Kommunikation im politischen Tagesgeschäft der Partei auch Nachteile mit sich. So bemängeln viele Piraten vor allem die Diskussionskultur in der digitalen Sphäre und bewerten das Miteinander bei persönlichen Treffen oft als angenehmer.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Entscheidung des hessischen Landesvorstandes im Mai 2011, die offizielle und öffentliche Mailingliste des Landesverbandes für mindestens zwei Wochen offline zu schalten (Piratenpartei Hessen 2011b). Dem voraus gingen heftig geführte Debatten über den *rauen Ton* bzw. das verschärfte Gesprächsklima auf der Mailingliste. So hatte sich über Wochen und Monate das allgemeine Diskussionsklima auf der Mailingliste nach der Ansicht des Vorstandes und auch vieler Mitglieder soweit verschlechtert, dass man die Abschaltung der Liste als letzten Weg sah. Dies führte zur Bereitstellung einer alternativen (ebenfalls öffentlichen) Mailingliste (die sogenannte *hessische Bucht*), seitens des Kreisverbandes Frankfurt am Main, welche vorübergehend als Ausweichmedium genutzt werden sollte und auch wurde.

Die Entscheidung des Vorstandes zog heftige Kritik der Basis nach sich, welche sich in der hessischen Bucht und vereinzelt in Blogs (vgl. Preussler 2011) äußerte. Als die Lage kulminierte, berief der hessische Vorstand spontan eine außerordentliche Vorstandssitzung ein, die aber nicht online, sondern bei einem offenen und persönlichen Treffen stattfand.<sup>59</sup> Obwohl die Sitzung recht

---

<sup>59</sup> Zusätzlich wurde die Sitzung aber auch über den Telefonkonferenzserver der hessischen Piraten übertragen, so dass Mitglieder, die nicht persönlich teilnehmen konnten, zumindest der Sitzung live per Telefon beiwohnen konnten.

kurzfristig anberaumt worden war, fanden sich viele Parteimitglieder ein, um über die aktuelle Lage zu diskutieren und eine gemeinsame Lösung zu finden. Dies konnte bei diesem Treffen auch erreicht werden und hatte die umgehende Reaktivierung der Mailingliste zur Folge.

Dies kann als Beispiel dafür gelten, dass Online-Kommunikation durchaus auch ihre Schwierigkeiten hat und so manches Problem bei einem persönlichen Treffen schneller und leichter gelöst werden kann. Welche Faktoren speziell das Diskussionsklima bei programmatischen Debatten innerhalb der Partei erschweren, die außerhalb von Parteitag zu großen Teilen online geführt werden, darüber geben die Antworten zu den Fragen Nr. 26 und 28 des Fragebogens Aufschluss. Auf sie wird im Auswertungsteil dieser Arbeit noch eingegangen.

Da ich nun einen Überblick über die Organisation, die Partizipationsmöglichkeiten und die innerparteiliche Demokratie in der Piratenpartei gegeben habe, schließe ich diesen Abschnitt mit einer Darstellung der aktuellen Mandate, die in den jeweiligen Legislaturperioden aktuell von der Partei wahrgenommen werden. Um das Bild des eingangs erwähnten internationalen Aspektes der Piratenbewegung abzurunden, stelle ich im nächsten Abschnitt noch die *Pirate Parties International*, den internationalen Dachverband der Piratenparteien, vor. Darauf folgt der Abschnitt über die Auswertung der Ergebnisse der empirischen Befragung in der Piratenpartei.

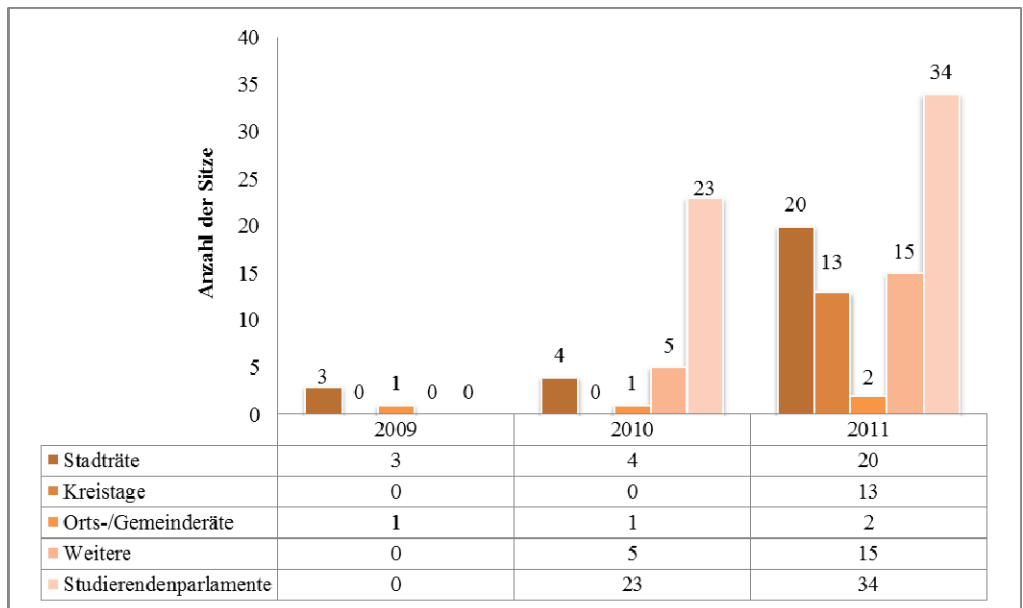
Aktuell ist die Piratenpartei noch nicht im Bundestag oder in Landesparlamenten vertreten, wohl aber auf kommunaler Ebene. So ist die Piratenpartei aktuell, laut eigenen Angaben, mit 20 Sitzen in Stadträten, 13 Sitzen in Kreistagen, mit 2 Sitzen in Orts-/Gemeinderäten sowie weiteren 15 Sitzen, verteilt auf Ortsbeiräte, Ortsteilräte und Bezirksversammlungen sowie in einem Auslän-



derbeirat vertreten und stellt auch einen Vize Ortsteilbürgermeister. Auch konnten 32 Sitze in Studierendenparlamenten errungen werden (vgl. Piratenwiki 2011n<sup>60</sup> und 2011o).

### Abbildung 3: Entwicklung der kommunalen Vertretungen der Piratenpartei

Anzahl der Parlamentssitze nach Jahren; Angaben in absoluten Häufigkeiten.



Quelle: Piratenwiki 2011o. Grafik: Eigene Darstellung.

Für das Jahr 2011 stehen noch die Land- und Kreistagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (04. September 2011), die Kommunalwahlen in Niedersachsen (11. September 2011) und die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin (18. September 2011) an. Noch ist es schwer zu sagen, wie sich die Piratenpartei bei diesen Wahlen schlagen

<sup>60</sup> Eine aktuelle und ausführliche Tabelle die auch die jeweiligen Wahlergebnisse im Detail beinhaltet, findet sich hier: <http://wiki.piratenpartei.de/Parlamentssitze/Tabelle>.

wird. Denkbar wäre es aber, dass vor allem bei den kommunalen Wahlen weitere Mandate errungen werden können und sich damit die bisherige Entwicklung auf kommunaler Ebene fortsetzt. Ob die Partei in Mecklenburg-Vorpommern auch den Einzug in den Landtag schaffen wird, ist noch nicht einschätzbar.

### 2.3 Pirate Parties International

Die Gründungen von Piratenparteien in Schweden und Deutschland wurden auch weit außerhalb der jeweiligen Landesgrenzen wahrgenommen und dienten mitunter als Anstoß für die Gründung weiterer Piratenparteien. Aktuell listet der Dachverband der Piratenparteien *Pirate Parties International (PPI)*<sup>61</sup> insgesamt über 40 Länder auf, in denen Piratenparteien offiziell registriert, aktiv, aber noch nicht registriert, oder aber noch im Begriff sind, sich zu formieren. Darunter befinden sich unter anderem Südafrika, die USA, England, Frankreich, Irland, Italien, die Schweiz<sup>62</sup>, Russland, Serbien, Chile, Kanada, Bulgarien, Brasilien, Australien und viele weitere (Pirate Parties International 2011d).<sup>63</sup>

Vor der offiziellen Gründung der PPI fanden von 2007 bis 2009 einige Konferenzen statt, deren Ziel die Bildung einer gemeinsamen Allianz für die Planung der anstehenden Wahlen zum *Europäischen Parlament* (Juni 2009) war. Teilnehmer der ersten Konferenz in Wien 2007 waren Repräsentanten der Piratenparteien aus Deutschland, Österreich, Dänemark, Irland, Finnland, den Niederlanden, Polen und Spanien. Weiterhin gab es 2008 Konferenzen in Berlin und Uppsala, wobei die letztere Zusammenkunft zur *Uppsala Declaration*<sup>64</sup>

---

<sup>61</sup> Die offizielle Internetpräsenz der PPI ist unter diesem Link abrufbar: <http://www.ppi-international.net/>.

<sup>62</sup> Am 27. Februar 2010 wurde in der Schweiz der Verein *Piraten ohne Grenzen* gegründet, der ähnliche Ziele wie die PPI verfolgt, sich aber darin unterscheidet, dass ausdrücklich Einzelpersonen, anstatt Organisationen wie bei der PPI, Mitglied werden sollen. Weitere Informationen unter folgendem Link: <http://blog.pirates-without-borders.org/>.

<sup>63</sup> Für eine detaillierte Übersicht der Länder mit aktiven und registrierten, aktiven, aber nicht registrierten, in Gründungsplanung befindlichen und nicht aktiven Piratenparteien vergleiche [http://en.wikipedia.org/wiki/Pirate\\_Party\\_International](http://en.wikipedia.org/wiki/Pirate_Party_International).

<sup>64</sup> Im Wesentlichen stellt die Erklärung ein Streben nach der Reform von Copyright und Patentrecht, die Stärkung der Privatsphäre und die Transparenz des Staatswesens dar.

führte, welche die grundlegenden Absichten und Forderungen für die anstehende Wahl festlegte (Pirate Parties International 2011e).

Im Anschluss an diese Entwicklung wurde *Andrew Norton* aus den USA als Koordinator der PPI ernannt. Er übte diese Aufgabe von September 2008 bis August 2009 aus. Dann übergab er die Aufgabe der Koordination an ein sogenanntes *Coreteam*<sup>65</sup>, welches von *Patrick Mächler* und *Samir Alloui* bis zur offiziellen Konstituierung der PPI geleitet wurde<sup>66</sup>. Durch die offizielle Gründung der PPI wurde das Coreteam obsolet und aufgelöst, da ein gewählter Vorstand die Leitung der Geschäfte der PPI übernahm (Pirate Parties International 2011g).

Seit dem 18. April 2010 ist die PPI offiziell registrierter Dachverband der internationalen Piratenparteien. Dies ist das Ergebnis der PPI-Konferenz vom 16.-18. April 2010 in Brüssel, an der Delegierte aus 44 Ländern teilnahmen und in der auch die offizielle Satzung der Organisation erarbeitet und beschlossen wurde. Sie hat den Status einer internationalen Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Hauptsitz in Brüssel.

Der gegenwärtige zweite Vorstand der PPI (*PPI Board*)<sup>67</sup>, der auf der Konferenz in Friedrichshafen am 13. März 2011 gewählt wurde, wird von zwei Ko-

---

<sup>65</sup> Das Coreteam tagte während seines Bestehens im Schnitt einmal pro Woche. Diese Sitzungen wurden über *IRC (Internet Relay Chat)*, ein textbasiertes Internet Chatsystem, gehalten. Weiterhin sind zu den jeweiligen Sitzungen Protokolle angelegt worden, die unter folgender Adresse Abrufbar sind: [http://int.piratenpartei.de/PPI\\_Coreteam](http://int.piratenpartei.de/PPI_Coreteam).

<sup>66</sup> Die damaligen Aufgabenbereiche des Coreteams können hier eingesehen werden: [http://int.piratenpartei.de/PPI\\_Coreteam\\_Responsibilities](http://int.piratenpartei.de/PPI_Coreteam_Responsibilities).

<sup>67</sup> Der erste Vorstand, der an der Gründungsversammlung seine Arbeit (vom 18. April 2010 bis 13. März 2011) aufnahm, wurde von *Jerry Weyer* und *Gregory Engels* als Co-Chairman, von *Nicolas Sahlqvist* (Chief Financial Officer), *Joachim Mönch* (Chief Administrative Officer) und drei Board Members (*Jakub Michálek*, *Bogomil Shopov* und *Aleksandar*

Vorsitzenden (*Co-Chairman*) geleitet (*Samir Allioui* und *Marcel Kolaja*). Weiterhin gibt es einen *Chief Financial Officer* (*Patrick Mächler*), einen *Chief Administrative Officer* (*Lola Voronina*) sowie ursprünglich drei *Board Member* (*Finley Archibald*, *Thomas Gaul* und *Paul Da Silva*), von denen allerdings letztgenannter am 2. Mai 2011 zurücktrat. Die Mitglieder des Vorstands kommen aus den Piratenparteien der Niederlande, Tschechien, Schweiz, Russland, England und Deutschland, wobei Frankreich wegen des Austritts nicht mehr vertreten ist.

Der Vorstand tagt laut seiner Geschäftsordnung (*Pirate Parties International 2011f*) mindestens einmal im Monat, wobei außerordentliche Sitzungen möglich sind. Die Sitzungen finden per *Mumble* statt.<sup>68</sup> Hauptaufgabe des Vorstands ist es, gemäß dem Willen der Generalversammlung zwischen jährlichen Treffen zu handeln. Darunter fällt die Beratung und Unterstützung der Organisationen der Mitglieder, die Vorbereitung und Durchführung der Generalversammlung, die Regelung der finanziellen Angelegenheiten der PPI und die Benennung und Berufung verschiedener Posten, die den Vorstand unterstützen (darunter auch der Generalsekretär). Die Vorstandstätigkeit beinhaltet aber auch repräsentative Funktionen wie den Besuch internationaler und nationaler Veranstaltungen sowie auch die Pflege der Beziehung zu den Organisationen der Mitglieder. Dies kann beispielsweise in Form von Besuchen an Parteitag, Korrespondenz, Fortbildungsangebote und dergleichen geschehen (*Pirate Parties International 2011h*: S. 7f.).

---

*Blagojevic*) geleitet. Auch dieser Vorstand setzte sich aus den Mitgliedern verschiedener internationaler Piratenparteien zusammen. Die regelmäßigen Sitzungen fanden per Telefonkonferenz statt.

<sup>68</sup> Mumble ist eine freie Sprachkonferenzsoftware, die Gespräche mit mehreren Teilnehmern über das Internet realisiert. Die Protokolle der Sitzungen können hier nachgelesen werden: [http://int.piratenpartei.de/PPI\\_Board](http://int.piratenpartei.de/PPI_Board).

Die Ziele der Vereinigung sind gemäß ihrer Satzung (Abschnitt: *Tasks and Aims*)<sup>69</sup>:

- *to act according to the major interests and goals of its Members,*
- *to raise awareness and widen the spread of the pirate movement, and*
- *to unify the pirate movement and strengthen its bonds internally and externally.*

Im Wesentlichen soll die PPI also dazu dienen, die Bekanntheit der internationalen Bewegung der Piratenparteien zu erhöhen mit dem Ziel, neue Mitglieder zu gewinnen. Darüber hinaus soll die Piratenbewegung geeint und ihre Verbindungen nach Innen sowie nach Außen gestärkt werden (Pirate Parties International 2011h: S. 1).

Um diese Ziele erreichen zu können, soll die Kommunikation zwischen den verschiedenen Piratenparteien unterstützt und ausgebaut werden. Weiterhin sieht es die PPI als ihre Aufgabe an, bei der Gründung neuer Piratenparteien zu helfen sowie globale Kampagnen und Events zu organisieren und zu koordinieren. Darüber hinaus bietet sie an, als Schlichter bzw. Mediator im Fall von Konflikten zwischen ihren Mitgliedern auf Nachfrage zu agieren. Auch soll sie bei der Verteilung von Informationen unterstützend wirken und die Erforschung der Kernthemen der Piratenparteien fördern. Nach außen hin soll sie Kontakt mit NGO's, internationalen Organisationen, Behörden und Regierungen aufnehmen und so als Kontaktzentrum für die Bewegung der Piratenparteien zur Verfügung stehen (Pirate Parties International 2011h: S. 1f).

Neben dem Vorstand existiert als weiteres Organ die *Generalversammlung (PPI General Assembly)*, die gemäß der Satzung (Abschnitt: *IX. General Assembly*)

---

<sup>69</sup> Die Satzung der PPI kann unter folgendem Link abgerufen werden:  
[http://int.piratenpartei.de/wiki/images/a/a6/Statutes\\_of\\_the\\_Pirate\\_Parties\\_International.pdf](http://int.piratenpartei.de/wiki/images/a/a6/Statutes_of_the_Pirate_Parties_International.pdf).

mindestens einmal im Jahr tagt. Sie bildet den Kern der PPI und nimmt verschiedene Aufgaben wahr. So stimmt sie über die Aufnahme neuer und den Ausschluss bestehender Mitglieder ab, berät über die politische Ausrichtung und Anforderungen der internationalen Piratenbewegung und formuliert dementsprechend die Politik der PPI. Weiterhin organisiert sie die Vorstandswahlen und Wahlen anderer Komitees, bespricht Erweiterungen der Satzung, berät über Berichte und Empfehlungen, die vom Vorstand oder von den Mitgliederorganisationen eingereicht werden, und nimmt weitere Funktionen wahr, die sich aus der Satzung ergeben (Pirate Parties International 2011h: S. 5f).

Mitglieder können prinzipiell Parteien und Organisationen werden, welche die Statuten der PPI anerkennen.<sup>70</sup> Festgelegt ist auch, dass die Mitgliederzahl der PPI niemals unter zwei sinken darf. Die Generalversammlung entscheidet über Aufnahmen oder Abweisungen von Bewerbern.

Die Mitgliedschaft selbst ist in zwei Formen möglich, entweder als *Ordinary Member* (ordentliche Mitglieder), zu denen auch alle Gründungsmitglieder gehören, oder aber als *Observer Members* (beobachtende Mitglieder). Erstere erkennen die Statuten der PPI vollkommen an, müssen die Wendung „pirate“ in ihrem Namen tragen und über eine innere Ordnung, die auf demokratischen Prinzipien beruht, verfügen. Pro Land ist aber nur ein Ordinary Member gestattet. Sie haben das Recht auf einen Sitz in der Generalversammlung, dürfen wählen und Anträge stellen. Sie dürfen auch Kandidaten für Ämter innerhalb der PPI nominieren.

Bewerbern, die nicht die Voraussetzungen für eine ordentliche Mitgliedschaft erfüllen, kann aber alternativ eine beobachtende Mitgliedschaft gewährt werden. Solche Mitglieder haben das Recht auf einen Sitz in der Generalversamm-

---

<sup>70</sup> Bisher sind außer Piratenparteien noch keine anderen Mitglieder eingetreten.

lung, sind aber nicht stimmberechtigt. Sie dürfen aber ebenfalls Kandidaten nominieren und Anträge an die Generalversammlung stellen.

Die Gründung der PPI ist kennzeichnend für den Zusammenhalt der internationalen Piratenbewegung. Die Gründungsversammlung in Brüssel und die damit verbundene Anerkennung der internationalen Statuten ist ein Ausdruck des *Wir-Gefühls*, welches von Piratenparteimitgliedern national wie auch international oft betont wird.<sup>71</sup>

Abgesehen von den Medienberichten über die Gründung der PPI ist die Organisation in den Medien allerdings relativ wenig präsent und hat es bisher noch nicht geschafft, sich in der internationalen Presse zu etablieren. Überhaupt muss sich die PPI, um international stärker wirken zu können, mehr ins Gespräch bringen, mehr in den Vordergrund rücken. In einer Verbesserung der Pressearbeit liegt sicherlich noch einiges Potenzial.

Auch länderübergreifende, gemeinsame Aktionen oder Kampagnen sind bisher eher selten an die Öffentlichkeit gedrungen. Hier wäre ein transparenteres Handeln sicherlich vorteilhaft. Allerdings darf man die Arbeit der Organisation wegen ihres kurzen Bestehens, der nicht geringen Anzahl der Mitgliederorganisationen und dem damit verbundenen Aufwand auch nicht unterschätzen. Die Pirate Parties International hat demnach sicherlich noch einen anstrengenden Weg zu gehen, bevor sich gewisse Routinen im täglichen Geschäft eingespielt haben und ein Platz in der Öffentlichkeit erkämpft ist. Als Symbol und Ausdruck des Gemeinsamen, einer international wachsenden politischen Bewegung von Piratenparteien, hat die PPI eines ihrer Ziele aber bereits erreicht.

---

<sup>71</sup> Welche Aspekte für die deutschen Piraten am wesentlichsten das *Wir-Gefühl* ausmachen, wurde in meiner Untersuchung der PP abgefragt. Die zugehörigen Ergebnisse stelle ich im nächsten Abschnitt vor.



### 3. Konstruktion des Fragebogens und Auswertung der Ergebnisse

Als ich mich für eine Untersuchung der Piratenpartei Deutschland entschied und sie damit zum Gegenstand einer soziologischen und politologischen Untersuchung machte, stellte sich mir vor allem die Frage nach ihrem *Selbstverständnis*.

Die Gründe für diese Themenwahl ergab sich aus dem zu Beginn dieser Arbeit geschilderten starken Mitgliederanstieg und den damit verbundenen Entwicklungen innerhalb der Partei, die viele Fragen in Bezug zu ihrer Identität (*Wer sind wir? Was wollen wir? Was tun wir?*) aufgeworfen haben.

Zum anderen sind die Piraten mit einem Altersdurchschnitt von etwa 30 Jahren zum überwiegenden Teil die Kinder eines *neuen Selbstverständnisses*, dessen Wurzeln in der *1968-Bewegung*, den damit verbundenen Ideen einer *neuen Linken*<sup>72</sup>, den *Neuen Sozialen Bewegungen* und letztendlich in den Entstehungstagen *grüner Politik* liegen.<sup>73</sup>

Dieser grundsätzlichen Prägung sind gewisse „Selbstverständlichkeiten“ immanent. So sind die Werte, die durch diese Bewegungen hervorgehoben und etabliert wurden, für viele Piraten wichtige Grundpfeiler im Fundament ihres freiheitlichen Politik- und Weltverständnisses. Daraus ergibt sich auch der Impetus, technisch-moderne neue Wege in der Politik, im Wissensmanagement, in der Kommunikation und im Recht zu gehen, bestehende Strukturen

---

<sup>72</sup> Hier sind internationalistische und emanzipatorische Ideale sowie u.a. Einflüsse der Philosophien der *Frankfurter Schule* (*Adorno, Marcuse, Habermas, Bloch*) gemeint.

<sup>73</sup> Dazu zählen wesentlich die *Umweltbewegung*, die *Frauenbewegung* und die *Friedensbewegung*.

zu modernisieren und sich zu emanzipieren. Aber wie sehr ist dieses Grundverständnis wirklich in der Partei ausgeprägt?

Ein weiterer Aspekt ist, dass seit der Gründung der *Grünen* keine Partei in Deutschland mehr ähnliche *Bewegungs- und Mobilisierungseffekte* hervorrufen konnte, und dies, obwohl der Piratenpartei oft zum Vorwurf gemacht wird, dass sie eine *Single-Issue-Partei* sei. Letzteres lässt sich aber meiner Einschätzung nach spätestens seit der Programmerweiterung in Chemnitz nicht mehr aufrechterhalten. Gerade deswegen stellt sich aber auch die Frage, welche Auswirkungen diese Erweiterung der Programmatik auf das Selbstverständnis der Piratenpartei hat.

Meine Recherchen ergaben, dass diesen Ansatz bisher noch niemand verfolgt hat und noch keine Untersuchungen mit einem solchem Schwerpunkt angestellt wurden. Die bisherigen Untersuchungen konzentrieren sich auf eine Beschreibung der Entwicklung der Partei, auf ihre Organisation und Mitgliederstruktur oder aber auf ihre Etablierungschancen. Der Ansatz von *Michael Paetau* (2010 – *Vision einer freien Wissensordnung*) stellt dabei eine Ausnahme dar. Auch deswegen erschien es mir sinnvoll, den wissenschaftlichen Diskurs über die Piratenpartei um eine neue Perspektive zu erweitern. Darüber hinaus dürfte die Thematik dieser Arbeit auch für potenzielle alte und neue Wähler der Piratenpartei sowie für die Parteimitglieder selbst von Interesse sein.

Abschließend möchte ich noch hinzufügen, dass die Piratenpartei als selbsternannte „Mitmachpartei“ dem hohen Anspruch gerecht werden muss, der am lautesten aus den eigenen Reihen an sie gestellt wird: „*Klarmachen zum Ändern!*“. Dieses Paradigma steht vor allem für den Wunsch nach Exklusivität, dem Beschreiten neuer Wege und der Modernisierung bestehender Strukturen,

also der von den Piraten erklärten Unterschiedlichkeit zu den etablierten Parteien.

Nachdem das gemeinschaftliche Vorhaben (in den Bundestag einzuziehen) Ende 2009 nicht mehr als Zielgerade dienen konnte, löste sich auch die damit verbundene Funktion als Antrieb und Regulierung des parteiinternen Diskurses allmählich auf. Es begann eine bundesweite Debatte über die interne Organisation und die von vielen für nötig befundene Erweiterung des Parteiprogramms, allerdings unter den völlig neuen Gegebenheiten einer um den Faktor zwölf angestiegenen Mitgliederzahl.

Dieser Umstand stellt möglicherweise eine Zerreißprobe für die Piratenpartei dar, die nur durch geschickte und feinfühligere Organisation abgewendet werden kann. Dabei braucht es vor allem einen Diskurs, der idealerweise auf dem zwanglosen Zwang des besseren Arguments aufbaut und damit als Präventiv gegen Macht- und Herrschaftshierarchien, Flügelkämpfe und Mitgliederverluste wirken kann – so das Ideal. Nur auf diesem Weg wird sich auch die angestrebte Abgrenzung im Verhältnis zu den etablierten Parteien erweitern und erhalten lassen.

Die Piraten müssen sich vor allem der Frage stellen, ob sie *anders* sein und sicherstellen können, dass sie letztendlich nicht die Ideen der etablierten Parteien kopieren und alterieren, sondern etwas *Alternatives* initiieren und in die Politik hineinragen. Es geht um ein *anderes Selbstverständnis*, darum, einen anderen, möglicherweise durch Technik gestützten Weg, Entscheidungen zu treffen oder eine neue Perspektive auf das, was wir als Quelle und Antrieb unserer politischen Willensbildung begreifen, zu entdecken. Es geht um ein *Anders* im Sinne einer Orientierung an Werten, die dem Individualisierungsprozess die Orientierung an der *Gemeinschaft* entgegensetzt. Denn nur so ist

eine Chance auf eine Demokratie denkbar, die *anders* ist und auch anders gestaltet. Eine Demokratie, die jenseits von Utilitarismus und Eigennutzkalkül zu realisieren möglich scheint – nämlich wenn sich im Herzen eines jeden individuellen Votums an die Stelle des *Ich* ein *Für* (die Gemeinschaft) setzt und dieselbe Interessenslage als Ausgangslage bei allen partizipierenden Individuen angenommen werden kann.

Das Selbstverständnis der Piratenpartei als ein Gemeinsames ihrer Subjekte hat *essentielle Bedeutung* für die Zukunft der Piratenpartei und die an sie durch Mitglieder und Wähler geknüpften Hoffnungen.

### 3.1 Konzeption und Konstruktion des Fragebogens

Um das Selbstverständnis der Piratenpartei Deutschland zu untersuchen, habe ich mich, wie zu Beginn dieser Arbeit dargestellt, für eine Befragung der Mitglieder über einen elektronischen Fragebogen entschieden. Um dieses Vorhaben sinnvoll umsetzen zu können, habe ich, wie unter 1.1 geschildert, einen Antrag an den Bundesvorstand der PP gestellt, in dem ich darum gebeten habe, einen Fragebogen über den internen Mitgliederverteiler der Partei versenden zu dürfen. Meinem Antrag wurde einstimmig stattgegeben.

Dies ermöglichte mir, einen direkten Weg zu den Mitgliedern zu gehen, anstatt die Verteilung der Umfrage über die öffentlichen Mailinglisten der Partei laufen zu lassen. Dies ist insofern ein großer Vorteil, da sich auf den Mailinglisten hauptsächlich die aktiven Mitglieder bewegen und eine Teilnahme eher passiver Mitglieder dadurch vermutlich stark vermindert gewesen oder sogar kaum erfolgt wäre.

Für die Wahl eines elektronischen Fragebogens als Erhebungsinstrument gab es mehrere Gründe. Ich hatte dabei vor allem die Möglichkeit, gezielt *alle* Mitglieder der Partei zu ansprechen bzw. zu befragen. Da die Umfrage über den internen Mitgliederverteiler der PP verschickt wurde, konnte ich auch sicherstellen, dass nur Mitglieder der Partei eine Einladung erhielten. Zusätzlich wurde ein *Browser-Cookie*<sup>74</sup> gesetzt, der für eine Begrenzung der Bearbeitungszeit, eine Wiederaufnahme der Bearbeitung bei Unterbrechung sowie die Verhinderung einer doppelten Teilnahme sorgte. Meine Untersuchung war bis

---

<sup>74</sup> Ein Browser-Cookie ist eine Information, die eine Webseite lokal auf dem Computer eines Besuchers ablegen kann. Diese Information bleibt dort über mehrere Seitenaufrufe hinweg und auch beim nächsten Besuch der Seite erhalten und wird vom Browser des Benutzers bei jeder Anfrage an den Webserver übermittelt. So kann dieser den Benutzer wiedererkennen und seine bei der Benutzung der Webseite angefallenen Daten und Einstellungen wiederherstellen.

dahin die erste, die in dieser Form in der Piratenpartei Deutschland vorgenommen wurde.

Außerdem war eine persönliche Befragung durch Interviews auszuschließen, da so nur ein Bruchteil der Mitglieder hätte befragt werden können. Der Aufwand wäre schlichtweg viel zu groß und im Umfang einer Masterarbeit nicht zu leisten gewesen. Außerdem wollte ich mit meiner Befragung passive genauso wie aktive Mitglieder erreichen, da sich sonst nur einseitige Aussagen über das Selbstverständnis der PP hätten treffen lassen. Bei einem persönlichen Interview wäre dies so nicht möglich gewesen, da sich zwar sicherlich aktive Mitglieder für eine Teilnahme hätten finden lassen, es jedoch wegen des Datenschutzes nur schwer bis gar nicht möglich gewesen wäre, überhaupt eher passive Mitglieder ausfindig zu machen. Die Wahl eines elektronischen und anonymen Online-Fragebogens als Erhebungsinstrument war also auch an die Hoffnung geknüpft, dass sich dadurch viele eher passive Mitglieder beteiligen würden.

Nachdem also die formellen Umstände der Befragung geklärt sind, möchte ich nun auf den Inhalt des Fragebogens eingehen. Er ist in eine *Begrüßungsseite*, die fünf Abschnitte *Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei (Teil 1 und 2)*, *Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei (Teil 1 und 2)*, *Innerparteiliche Demokratie, Kommunikation und Partizipation (Teil 1 und 2)*, *Fragen zum Demokratieverständnis*, *Fragen zu Ihrer Person* und eine *Endseite* gegliedert. Insgesamt habe ich 66 Fragen erarbeitet. Bevor diese allerdings einen finalen Status erhalten haben, wurde noch ein Pretest durchgeführt. Dieser hatte eine Laufzeit vom 01. bis 06. März 2011. Es wurden dazu sowohl Parteimitglieder als auch Tester aus dem *Unipark Pretester-Pool*<sup>75</sup>

---

<sup>75</sup> Im Rahmen der Lizenz für die Umfragesoftware, die ich zur Durchführung meiner Befragung genutzt habe, gab es auch das Angebot, einen Pretest im Pretester-Pool der Community

eingeladen. Die Ergebnisse haben dann in manchen Fällen zu einer Überarbeitung der Fragestellungen geführt.

Im Folgenden werde ich die einzelnen Abschnitte näher vorstellen.

#### **3.1.1 Die Begrüßungsseite**

In der Einleitung habe ich den Hintergrund der Befragung, die geschätzte Bearbeitungszeit sowie die Vertraulichkeit, also den Umgang mit den Daten und ihren Schutz erläutert. Dabei habe ich explizit darauf hingewiesen, dass jegliche Angaben streng vertraulich behandelt und nur für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden (IP-Adressen wurden nicht gespeichert). Weiterhin, dass alle erhobenen Daten vollständig anonymisiert werden und ein Rückschluss auf die Umfrageteilnehmer ausgeschlossen ist. Die Laufzeit der Befragung wurde im Einladungsschreiben und daher nicht nochmal zusätzlich auf der Begrüßungsseite genannt.

#### **3.1.2 Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei**

Im ersten thematischen Abschnitt, *Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei*, wollte ich herausfinden, wodurch die Mitglieder vor ihrem Eintritt auf die Partei aufmerksam geworden und wann sie eingetreten sind. Weiterhin, wie sie mit der Partei Kontakt aufgenommen und auf welchem Weg sie ihren Mitgliedsantrag eingereicht haben. Zusätzlich sollten die Gründe für den Beitritt genannt und darüber hinaus angegeben werden, welchem Landesverband sie sich angeschlossen haben. Dabei wurde auch gefragt, ob sie vorher schon politisch aktiv gewesen sind, wobei dies alle Arten politischer Tätigkeiten umfasst, nicht nur parteipolitische.

---

durchzuführen. Jeder Nutzer der Software von Unipark kann sich freiwillig als Pretester zur Verfügung stellen. Er testet dabei die Fragebögen anderer und erhält dafür auf Wunsch auch eine Prüfung seines eigenen Fragebogens durch die Community.

Diese Fragen (Nr. 1. bis 8.) sind unerlässlich, weil sie einen Aufschluss darüber geben, aus welchen Gründen sich Menschen der Piratenpartei anschließen und welchen Weg sie dabei gehen. Auch kann so in Erfahrung gebracht werden, wie hoch die Quote der vormals politisch inaktiven Mitglieder ist, die durch die PP nun aktiviert wurden.

Im zweiten Teil desgleichen Themenblocks habe ich dann nach dem Umfang der Tätigkeiten für die Partei gefragt (Fragen Nr. 9., 11. und 14.). Dies lässt relativ genaue Schlüsse auf die aktiven und eher passiven Teilnehmer der Befragung zu. Dieses Verhältnis ist für einige der weiteren Fragen von großer Wichtigkeit.

Dies liegt darin begründet, dass die aktiven Mitglieder auch die aktiven Ausgestalter der effektiven Parteipolitik inklusive ihrer Repräsentation und der Organisation der Partei an sich sind. Dennoch sind die eher passiven Mitglieder manchmal auch Ideengeber, machen mehr oder minder aktiv Werbung für die Partei, sind in jedem Fall finanzielle Unterstützer und letztendlich nahezu sichere Wähler. Dies ist insofern besonders interessant, da bei der Frage nach der Zeit, die sie für Parteiarbeit durch inhaltliche, organisatorische und kommunikative Arbeit pro Woche aufwenden, 1.091 Teilnehmer von insgesamt 2.642 angaben, nicht aktiv an der Parteiarbeit teilzunehmen. Der zunächst hoch erscheinende Anteil der inaktiven Mitglieder überrascht allerdings nicht, da es bei politischen Parteien nicht ungewöhnlich ist, dass ein Großteil der Mitglieder nicht aktiv am Parteileben teilnimmt. Weiterhin habe ich noch danach gefragt, ob die Teilnehmer ein Amt in der Partei innehaben, eines anstreben oder aber sich im Moment aktiv auf ein Amt bewerben (Fragen Nr. 11. bis 13.).



Zum Schluss und als Überleitung in den nächsten Abschnitt des Fragebogens (den programmatischen Teil) wurde noch gefragt, wie es um die Teilnahme an Parteitage bestellt ist und ob der jeweilige Teilnehmer beim programmatischen Bundesparteitag in Chemnitz<sup>76</sup> anwesend war und dort an Abstimmungen teilgenommen hat (Frage Nr. 15.). Diese Fragen sind deswegen besonders interessant, da erstens Parteitage für die jeweilige Gliederung immer das höchste Parteiorgan neben dem Bundesparteitag sind, und zweitens, weil in Chemnitz das politische Programm der Partei wesentlich erweitert wurde.

### **3.1.3 Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei**

Die *Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei* sind zum großen Teil an die Entwicklungen in Chemnitz und ihre Folgen angepasst. Sie beinhalten aber auch allgemeine Fragen zur programmatischen Arbeit innerhalb der Piratenpartei. So wollte ich von den Piraten wissen, ob sie ein Kernthemenprogramm oder ein Vollprogramm bevorzugen und ob sie sich von letzterem eine allgemein höhere Akzeptanz bei Wahlen versprechen bzw. ob sie damit bessere Etablierungschancen verbinden. Auch wollte ich wissen, wie sehr die Teilnehmer bisher mit der programmatischen Entwicklung der Piratenpartei zufrieden sind (Fragen Nr. 16. bis 19.).

Des Weiteren interessierte mich, welche thematischen Schwerpunkte den Piraten wie wichtig sind und ob ihrer Meinung nach bisher zu wenig programmatische Entwicklung in der Piratenpartei stattgefunden hat. Hierbei gab es auch Raum für die Angabe eigener programmatischer Wünsche (Fragen Nr. 20. bis 23.).

---

<sup>76</sup> An dem genannten Parteitag wurde über die Erweiterung des Parteiprogramms abgestimmt und im Anschluss vornehmlich Programmanträge bearbeitet.

Da die programmatische Entwicklung in der Piratenpartei hauptsächlich über das Internet vorbereitet und entwickelt wird, stellte ich die Frage, ob das Internet ein Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche programmatische Arbeit sei, was von 92 Prozent (entspricht 2.167 von 2.360 Antworten) mit „Ja“ beantwortet wurde (Frage Nr. 24.).

Danach folgten Fragen zum Verfahren und zu Problemen bei der Antragserstellung. So war es mir wichtig, auch gerade mit Blick auf den Mitmachcharakter der Piratenpartei, einen Eindruck zu gewinnen, wie stark oder schwach formalisiert die Mitglieder die Mitarbeit am politischen Programm empfinden. Dabei war es ebenso wichtig, nach anderen Faktoren zu fragen, die die Arbeit am politischen Programm am häufigsten erschweren. Zu diesen gehören ein mangelnder Informationsstand der Beteiligten, zu wenig Zeit, ein unsachliches Diskussionsklima sowie die Frage nach der Kompromissbereitschaft innerhalb von Debatten und Sonstiges. Weiterhin konnten hier bis zu fünf Verbesserungsvorschläge gemacht werden (Fragen Nr. 25. bis 27.).

Die Frage nach der Diskussionskultur wurde dann nochmals explizit gestellt und danach gefragt, wie denn die Art und Weise bei programmatischen Debatten zumeist empfunden wird. Hier wurde zwischen *sachlich* und *emotional* skaliert und die Möglichkeit gegeben, bis zu fünf Vorschläge für eine Verbesserung der Diskussionskultur anzugeben (Fragen Nr. 28. und 29.). Die gewählte Skala soll zum einen die Art und Weise der Kommunikation abdecken, zum anderen aber auch indirekt einen Eindruck davon vermitteln, dass sich die Piratenpartei mitten in einem Ausdifferenzierungsprozess befindet. Dieser bringt selbstredend innerparteiliche Debatten über Ideale und Prinzipien mit sich, die oft eher auf einer emotionalen Ebene geführt werden. Diese Art von Debatte findet aber hauptsächlich außerhalb von Parteitagungen, also eher im politischen Alltag der Mitglieder untereinander statt; größtenteils bei Diskussionen auf

Mailinglisten. Auf den Parteitag der Piraten herrscht generell eine eher sachliche und konstruktive Atmosphäre vor, so zumindest meine bisherige Beobachtung.<sup>77</sup>

Im zweiten Teil der Fragen zur programmatischen Entwicklung (Nr. 30. bis 35.) habe ich versucht zu ermitteln, wie leicht den Mitgliedern eine programmatische Mitarbeit fällt und wie sehr sie darin involviert sind. Deswegen habe ich gefragt, ob sich die Mitglieder unkompliziert an der programmatischen Arbeit beteiligen können und wie häufig sie dies tun. Weiterhin wollte ich wissen, ob das jeweilige Mitglied schon mal einen Antrag selbst erarbeitet und eingebracht oder sich zumindest an der Erstellung eines solchen beteiligt hat. Für diejenigen, die sich *aktiv* an programmatischer Arbeit beteiligen, gab es noch zwei Zusatzfragen. Zum einen, ob man das Gefühl habe, einen starken Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Piratenpartei durch die geleistete programmatische Arbeit zu haben, und zum anderen, welche Wege man dabei geht bzw. welche Kommunikationsmittel man verwendet. Hier wurden die gängigen Wege und Mittel zur Auswahl gestellt.

#### **3.1.4 Fragen zur innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation**

Im darauf folgenden Abschnitt *Fragen zur innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation*, war mein Ziel herauszufinden, wie zufrieden die Mitglieder mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene sind. Auch wie die Ausprägung von Hierarchien empfunden und wie Möglichkeiten der Basis, Einfluss zu nehmen, beurteilt werden, wurde dabei abgefragt. Dabei habe ich auch nach Aspekten gefragt,

---

<sup>77</sup> Diesen Eindruck habe ich durch den Besuch von zwei Bundes- und zwei Landes- und vier Kreisparteitagen gewonnen.

die den Einfluss des Einzelnen auf die Willensbildung innerhalb der Partei stärken könnten (Fragen Nr. 37. bis 41.).

In diesem Zusammenhang interessierte mich auch, welches strukturelle Organisationskonzept von den meisten Piraten bevorzugt wird. Da es in manchen Landesverbänden der Partei heftige Diskussionen über die Wahl eines alternativen Konzeptes (das *Crewkonzept*) gegenüber dem klassischen Verbändemodell gab, erschien es mir wichtig, hier eine generelle Tendenz feststellen zu können (Frage Nr. 42.). Das zahlreiche Feedback, welches ich zu meiner Befragung erhalten habe, lies mich erkennen, dass hier eine wichtige weitere Antwortmöglichkeit nötig gewesen wäre. So hatte ich beide Konzepte und die Option „*weiß nicht*“ zur Auswahl gestellt, sinnvoll wäre es aber gewesen, zusätzlich noch eine *Mischform* aus beiden Konzepten anzubieten. Vereinzelt gab es auch Befürchtungen, dass die Auswertung der Frage neuen Zündstoff für die Diskussion bedeuten könnte.

Ich stimme zwar darin überein, dass eine weitere Option die Fragestellung bereichert hätte, dennoch halte ich es für eher unwahrscheinlich, dass das Ergebnis einseitig zugunsten eines Interessenlagers ausgelegt werden kann. Dies vor allem, weil sich im Ergebnis 27 Prozent nicht festlegen wollten und die Befürworter der jeweiligen Konzepte gerade mal um 9,2 Prozent zugunsten des Verbändemodells auseinanderliegen. Eine qualifizierte Mehrheit lässt sich also für keines der beiden Konzepte, sondern vielmehr insgesamt eine leichte Tendenz zur traditionellen Ordnungsstruktur in Verbänden feststellen. Dies legt aber nahe, dass eine Mischform beider Strukturmodelle thematisiert werden sollte. Möglicherweise lässt sich dabei ein Konsens herstellen.

Abseits struktureller und hierarchischer Überlegungen schließt der erste Teil dieses Themenbereichs mit einer Frage (Nr. 43.) nach der *gemeinsamen Identi-*

tät innerhalb der Piratenpartei. Dies ist insofern ein besonders wichtiges Element der Befragung in Bezug auf das Selbstverständnis der Piratenpartei, da sich hier deutlich zeigt, ob Mitglieder aus ideellen Gründen, wegen der politischen Programmatik, aus Verdrossenheit über den Politikstil etablierter Parteien oder aber aus Begeisterung für (moderne) Technologien sich zur Piratenpartei hingezogen fühlen, also worin sich das *Wir-Gefühl* der Mitglieder am meisten zeigt.

Im zweiten Teil dieses thematischen Abschnitts habe ich daran anknüpfend Aspekte des Miteinanders in der Piratenpartei untersucht. So wollte ich wissen, wie zufrieden die Mitglieder mit der Zusammenarbeit in der Partei sind, wie schnell sie Unterstützung bei *politischer* Arbeit erhalten und ob diese Unterstützung auch in Relation mit der Öffentlichkeitswirksamkeit der jeweiligen Tätigkeit steht. Ob also prestigeträchtige Unternehmungen potenziell schneller mit Kooperationsangeboten rechnen können (Fragen Nr. 44. bis 46.).

Für den gegenseitigen Support, aber auch bei (politischen) Entscheidungen innerhalb der Partei spielt es eine erhebliche Rolle, wie gut man den Überblick über die damit verbundenen Vorgänge behalten kann. Um dies festzustellen, habe ich danach gefragt, wie leicht es den Parteimitgliedern fällt, die Übersicht über das Parteigeschehen zu behalten. Wissen wollte ich auch, wie gut sie sich über anstehende politische Entscheidungen informiert fühlen. Weiterhin auch, wie es um die Zufriedenheit mit der politischen Arbeit der Piratenpartei insgesamt und mit der Tätigkeit des Vorstandes im Jahr 2010 bestellt ist (Fragen Nr. 47. bis 50.).

Um einen weiteren Indikator für die allgemeine Zufriedenheit in der Partei zu erhalten, sollten die Teilnehmer angeben, ob sich ihre anfänglichen Erwartungen, die sie an die Piratenpartei gestellt haben, erfüllt haben (Frage Nr. 51.).

Zum Ende des Abschnitts wurden dann noch Fragen zur Verwendung technischer Geräte und Anwendungen für die parteiinterne Kommunikation gestellt sowie nach den Mitteln gefragt, mit denen für die Partei geworben wird. Letzteres ist insofern interessant, als hier festgestellt werden kann, ob Werbung für die Partei eher online oder offline stattfindet (Fragen Nr. 52. bis 54.).

#### **3.1.5 Fragen zum Demokratieverständnis**

Um das Demokratieverständnis der Piraten einschätzen zu können, sollten sie im vorletzten Themenbereich *Fragen zum Demokratieverständnis* angeben, welche Demokratieform sie präferieren. Dabei wurden jeweils verschiedene Definitionen angeboten, aus denen die Teilnehmer wählen konnten. So sollten sie abstimmen, welche Demokratieform am besten dazu geeignet ist, den Willen eines Volkes umzusetzen sowie zweitens Mehrheitsverhältnisse zu organisieren (Fragen Nr. 55. und 57.).

Die Piratenpartei betrachtet sich selbst als moderne, demokratische Bürgerrechts- und Netzpartei. Über ihr Demokratieverständnis bzw. ihre demokratietheoretischen Präferenzen ist allerdings wenig bis gar nichts bekannt. Daher habe ich hier versucht, wenn auch wegen des Umfangs über Kurzdefinitionen, herauszufinden, welche Formen der Demokratie in der Partei am meisten Zustimmung erfahren. Dabei war es mir wichtig, die Art der Ausübung der Macht im Staat und die Organisation von Mehrheiten getrennt abzufragen. Denn nicht jeder, der für repräsentative Demokratie ist, muss damit auch „automatisch“ ein Befürworter von Mehrheitsdemokratie sein.

Weiterhin wurden die Teilnehmer um eine Einschätzung gebeten, ob ein Ausbau direkter Demokratie das Vertrauen in das politische System in Deutschland wieder herstellen bzw. verbessern könnte. Da sich die Partei intensiv für direktdemokratische Mittel und Wege einsetzt, erschien mir diese Frage uner-

lässlich, um zu prüfen, ob die Mehrheit der Piraten auch davon überzeugt ist, dass ein Ausbau solcher Mittel zu einer Stärkung des Vertrauens in die Politik beiträgt (Frage Nr. 56.).

Um eine Positionierung der Piratenpartei im politischen Spektrum vorzunehmen, sollte anschließend eine Einschätzung gegeben werden, wo genau sich die Piratenpartei auf dem *Links-Rechts-Schema* befindet. Dabei konnte von linksradikal bis rechtsradikal in Abstufungen gewählt oder aber angegeben werden, dass die PP sich nicht in das genannte Schema einordnen lässt. Um diese Überlegung aber noch etwas weiter zu vertiefen, sollte auch angegeben werden, welcher politischen Strömung die PP am ehesten zuzuordnen. Zur Auswahl standen dabei *Konservatismus*, *Liberalismus* und *Sozialismus*, es gab aber auch hier die Möglichkeit „*keiner*“ oder „*weiß nicht*“ anzugeben (Fragen Nr. 58. und 59.). Auch wenn für viele eine Positionierung auf dem Link-Rechts-Schema schon einige Aussagekraft bezüglich eines möglichen politischen Denkens und Verhaltens hat, so ist ein Verweis auf die darüber liegende Ebene, also die prinzipielle Ausrichtung, eine Bereicherung für das Gesamtbild und kann gegebenenfalls die schematische Einordnung konterkarieren.

Da die Themen *Freiheit* und *Demokratie* bei den Piraten klassischerweise höchste Priorität genießen, habe ich zum Schluss dieses eher „theoretischen“ Abschnitts noch eine Praxisfrage (Nr. 60.) gestellt. Ich wollte wissen, ob Menschen, die in einem Staat leben, ohne dessen Staatsangehörigkeit zu besitzen, trotzdem an Wahlen teilnehmen dürfen sollten? Zur Auswahl stand hier „*ja*“, „*ja, aber nur unter Bedingungen (beispielsweise Eingrenzung auf bestimmte Wahlen, nur bei Mindestaufenthaltsdauer, usw.)*“ und „*nein*“.

Ich habe speziell diese Frage gestellt, weil Wahlen der stärkste Ausdruck von Mitbestimmung sind, den wir in einer Demokratie haben. Das Recht zu wäh-

len und gewählt zu werden kann gerade für Menschen ohne die jeweils nationale Staatsangehörigkeit einiges verändern und ihnen so Stück für Stück mehr Rechte einräumen. Sie haben so nämlich die Möglichkeit, sich zu organisieren und Stimmen auf sich zu vereinigen, mit denen sie dann politischen Druck ausüben können. Ihren Wünschen und Belangen kann so eine Stimme verliehen werden. Stehen ihnen diese Rechte nur eingeschränkt oder gar nicht zur Verfügung, sind sie solange parteipolitisch machtlos, bis eine legitime Partei Position für sie ergreift.

Generell hätte ich gerne noch mehr solcher Praxisfragen gestellt, da aber der Fragebogen mit insgesamt 66 Fragen schon sehr umfangreich war, wäre dies leider nicht möglich gewesen, ohne die vorangehenden, meiner Einschätzung nach wichtigeren Fragen für das Selbstverständnis zu verkürzen und dadurch zu benachteiligen.

#### **3.1.6 Fragen zu Ihrer Person und Endseite**

Der letzte Abschnitt befasst sich mit den statistischen Daten der Teilnehmer und ist mit *Fragen zu Ihrer Person* betitelt. Hier wurden das Geschlecht, das Alter, der aktuelle Bildungsabschluss, die aktuelle Ausbildung, die Erwerbstätigkeit und das aktuelle Beschäftigungsverhältnis abgefragt.

Obwohl die Umfrage anonym durchgeführt wurde, ist die Angabe statistischer Daten immer ein kontroverser Punkt. Viele Teilnehmer möchten schlichtweg keine solchen Angaben machen. Um hier einen Kompromiss anzubieten, habe ich so viele Daten wie nötig und so wenige wie möglich erhoben, um sinnvolle Korrelationen bei der Auswertung durchführen zu können. Diese Konstruktion hat sich bewährt, da die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer die Fragen vollständig beantwortet hat.



Auf der *Endseite* wurde den Teilnehmern für Ihre Unterstützung gedankt und Kontaktdaten für Fragen, Feedback und Anregungen angegeben. Im nächsten Abschnitt folgt die Analyse der Ergebnisse der Befragung.

## 3.2 Auswertung der Ergebnisse

Zunächst werde ich auf die Diskussion meiner empirischen Erhebung innerhalb der Partei eingehen. Darauf folgt die Vorstellung des Feldberichts. Anschließend komme ich zur Auswertung der Ergebnisse der Befragung. Diese wird in der gleichen Reihenfolge geschehen wie die Erläuterung der Konstruktion des Fragebogens unter 3.1. Dies entspricht derselben Reihenfolge, in der den Teilnehmern die Fragen vorgelegt wurden.

### 3.2.1 Die parteiinterne Diskussion um meine Untersuchung

Meine Umfrage sorgte für einige Diskussionen innerhalb der Piratenpartei und zog Gesprächsbedarf nach sich. Dies führte dazu, dass Andreas Popp (bis 14. Mai 2011 Stellv. Bundesvorsitzender der Piratenpartei) ein Statement zur Umfrage in der offiziellen Mitgliederzeitung der Partei, der *Flaschenpost*, für den Bundesvorstand veröffentliche.<sup>78</sup>

Zur selben Zeit habe auch ich einen Artikel für jenes Medium geschrieben<sup>79</sup>, in dem ich die Hintergründe der Befragung sowie meine Motivation erklärt habe. Neben vielen persönlichen E-Mails und Twitter-Nachrichten, deren Inhalt überraschenderweise fast ausschließlich positive Resonanz enthielt, gab es neben konstruktiver Kritik auch einige Nachrichten, deren Absender meine Umfrage als Anlass für einen allgemeinen Diskurs über die politische Entwicklung der Piratenpartei aufgriffen. Dies war für mich ein Zeichen dafür, dass einige der Fragen, die ich gestellt habe, Diskussionsbedarf hervorgerufen

---

<sup>78</sup> Das Statement des Bundesvorstands in der offiziellen Mitgliederzeitung *Flaschenpost* kann hier abgerufen werden: <http://flaschenpost.piratenpartei.de/2011/04/02/piratige-wissenschaft-stellungnahme-des-bundesvorstandes/>.

<sup>79</sup> Mein Beitrag kann unter den folgenden Links abgerufen werden:

1. <http://www.freidenken.eu/2011/04/empirische-untersuchung-zum-selbstverstandnis-der-piratenpartei/>. 2. <http://flaschenpost.piratenpartei.de/2011/04/02/piratige-wissenschaft/>.

haben, und dass deshalb umso mehr Interesse an der Aufarbeitung dieser Punkte besteht.

Das Hauptthema der öffentlichen Diskussion über meine Befragung, die auf der „Aktiven“-Mailingliste der Partei stattfand, war, dass einige Mitglieder nicht mit der Verwendung ihrer E-Mail-Adresse für Umfragen, die nicht parteiintern sind, einverstanden waren. Dabei argumentierte ich auf der Mailingliste und auch andernorts, dass diese Arbeit der Piratenpartei durchaus dienlich sei und ihre Ergebnisse ohnehin an die Piratenpartei zurückfließen würden, die dann ihre eigene Interpretation der Daten vornehmen könne. Allerdings konnte dieses Argument nur wenig überzeugen, da der von ihnen beanstandete Missbrauch ihrer E-Mail Adresse ja schon geschehen war.

Hinzu kommt, dass einige Mitglieder etwaigen Umfragen explizit im Vorhinein widersprochen hatten und trotzdem angeschrieben wurden. Dies ist definitiv unglücklich verlaufen, hätte vermieden werden müssen und war so nicht geplant. Es lag aber nicht in meiner Hand, da ich zu keiner Zeit Einsicht in die Empfängerliste oder den zugrundeliegenden Datenbankbestand hatte. Trotzdem wäre es wünschenswert gewesen, dass die Mitglieder, die sich von Umfragen ausgenommen haben, keine Einladungsmail erhalten hätten.

Zusätzlich wies ich darauf hin, dass der Bundesvorstand in den vergangenen zwei Jahren nur sehr wenige E-Mails an die Mitglieder verschickt habe und diese fast ausschließlich organisatorischer oder informativer Natur waren. Es ist also nicht der Fall, dass der Bundesvorstand häufig solche Anfragen verschickt – meinem Wissen nach war dies sogar die erste E-Mail mit einem solchen Inhalt überhaupt.

Zusätzlich, und um die Nützlichkeit der Untersuchung zu unterstreichen, machte ich darauf aufmerksam, dass es bisher noch keine solche Untersuchung

in der Partei gegeben habe, und dass die Ergebnisse der Untersuchung den Piraten in jedem Fall zugutekommen. Darüber hinaus bin ich überzeugt, dass Untersuchungen dieser Art von der Piratenpartei durchaus gewollt sind, bisher<sup>80</sup> aber aufgrund von Personalmangel nicht konzipiert und durchgeführt werden konnten. Dies kann insofern als bestätigt gelten, als dass kurz nach meiner Befragung eine weitere<sup>81</sup> durch die AG Presse versandt wurde. Für deren Konzipierung ist ein Student verantwortlich, der die Ergebnisse ebenfalls für seine Magisterarbeit verwendet. Der Unterschied ist hier aber, dass diese Umfrage parteiintern angestoßen wurde. Letztendlich fließen die Ergebnisse aus beiden Befragungen aber gleichermaßen an die Partei zurück. Eine Kombination der Ergebnisse beider Untersuchungen erbringt möglicherweise einen gewissen Mehrwert, der für die Partei bei der Analyse nützlich sein könnte.

Die Diskussion um meine Befragung hielt in etwa ein bis zwei Wochen an, endete dann aber. Nach dem Versand der Umfrage durch die AG Presse kam es aber erneut zu einer (diesmal umfangreicheren) Diskussion. Dies ist sicher dem Umstand geschuldet, dass der Versand wenige Wochen nach meiner Umfrage erfolgte und unter anderem die Mitglieder, die sich schon vorher negativ geäußert hatten, mit einem erneuten Schreiben nicht einverstanden waren. Die daraufhin folgende Diskussion habe ich wegen Zeitmangels aber nicht weiter verfolgt.

---

<sup>80</sup> Damit sind die vergangenen zwei Jahre gemeint. Da ich selbst seit 2009 Mitglied in der Partei bin, weiß ich aus eigener Erfahrung, dass es keine solchen Befragungen gab.

<sup>81</sup> Diese Befragung habe ich als Pretester unterstützt. Sie hat zum Ziel herauszufinden, wie man die Mitglieder mehr zur Mitarbeit bewegen kann, woran es bisher mangelt und welche Motivierungsdefizite es möglicherweise im Moment gibt.

### 3.2.2 Feldbericht

Mein Ansprechpartner im Bundesvorstand für den Versand des elektronischen Fragebogens war *Christopher Lauer*, der dann weitere Piraten mit der Durchführung beauftragte. In Folge dessen nahm *Wilm Schuhmacher* mit mir Kontakt auf, der schnell, freundlich und kompetent für einen reibungslosen Ablauf sorgte. Dabei wurde eine Empfängerliste vorbereitet und die jeweiligen Generalsekretäre über die Umfrage unterrichtet. Wenige Tage später dann, am 24. März 2011, konnte die Umfrage starten und wurde um 0:00 Uhr an alle (damals 11.800) Parteimitglieder versendet.

Dies geschah unter Wahrung des Datenschutzes. Um diesen sicherzustellen, habe ich bereits in meinem Antrag an den Bundesvorstand ein sicheres Vorgehen vorgeschlagen, welches dann auch so umgesetzt wurde. Dabei habe ich das Einladungsschreiben mit dem Link zur Umfrage an den Bundesvorstand versendet, der dann für die Verteilung sorgte. So kam ich zu keiner Zeit mit Mitgliederdaten in Kontakt. Eine Weitergabe der Daten hat zu keinem Zeitpunkt stattgefunden.

Insgesamt haben 3.196 Parteimitglieder die Begrüßungsseite des Fragebogens aufgerufen. Davon haben 217 nicht auf die nächste Seite gewechselt und damit die Befragung abgebrochen.<sup>82</sup> Von den verbleibenden 2.979 Mitgliedern brachen weiterhin 290 auf der ersten inhaltlichen Seite ab. So verblieben 2.689 Teilnehmer für die Beantwortung der Fragen. Dieser Wert nahm aber pro zu bearbeitender Seite weiter ab (vgl. Tabelle 3: S. 88), so dass schließlich 2.232 Mitglieder den Fragebogen komplett ausgefüllt haben (vgl. Abbildung 4: S. 84). Dies entspricht insgesamt einer Nettobeteiligungsquote von 84,14 Pro-

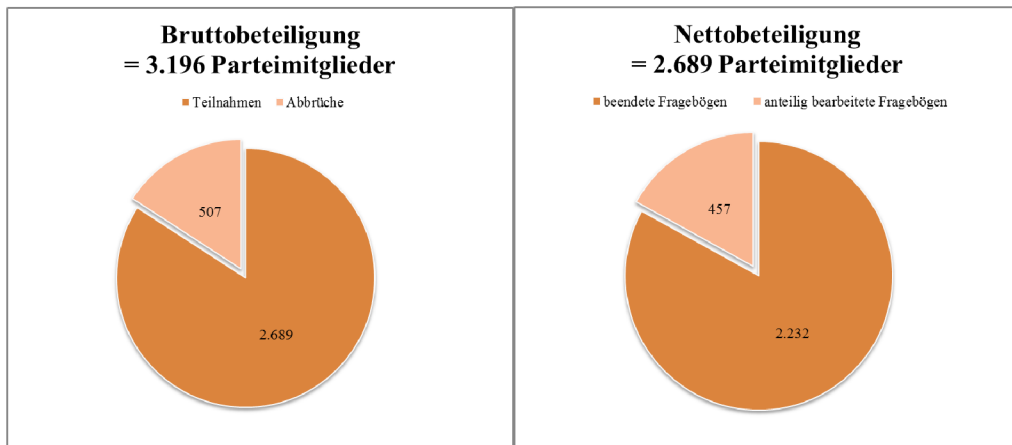
---

<sup>82</sup> Das heißt, diese Teilnehmer haben nicht auf die „Weiter“-Schaltfläche geklickt, sondern die Seite im Browser wieder geschlossen, dadurch wurden keine Daten gesendet.

zent ( $\cong 2.689$ ) und einer Beendigungsquote von 69,84 Prozent ( $\cong 2.232$ ). Die sich ergebende Differenz ( $\cong 457$ ) sind Teilnehmer, die anteilig die noch verbleibenden Seiten bearbeitet haben.

Betrachtet man nur die Teilnehmer, die ab der ersten inhaltlichen Fragebogen-seite auch tatsächlich geantwortet haben (100 Prozent  $\cong 2.689$ ), so ergibt sich dafür eine Nettobeteiligung von 83 Prozent ( $\cong 2.232$ ) und daher eine Abbruchquote von 17 Prozent ( $\cong 457$ ).

**Abbildung 4: Brutto- und Nettobeteiligung**



Quelle: Eigene Auswertung. Grafik: Eigene Darstellung.

Die mittlere Bearbeitungszeit betrug im arithmetischen Mittel 21 Minuten und 16 Sekunden, gemessen am Median betrug sie 15 Minuten und 43 Sekunden. Die meisten Zugriffe fanden gegen 01:00 Uhr statt, dies entspricht einer Anzahl von 319 (vgl. Tabelle 2: S. 85). Die häufigsten Abbrüche entfielen dabei auf die erste inhaltliche Fragebogen-seite *Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei – Teil 1* mit einer Abbruchsanzahl von 290. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl pro Tag entsprach ca. 100 und pro Woche 639 Mitgliedern.

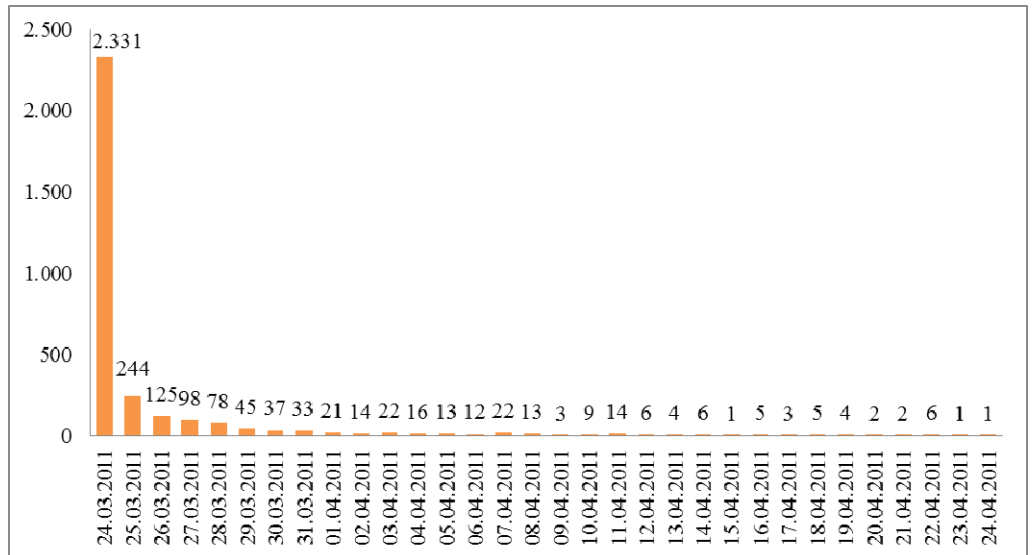
**Tabelle 1: Statistische Kennzahlen des Feldberichts**

Statistische Kennzahlen	
Mittlere Bearbeitungszeit (arithm. Mittel)	0h 21m 16s
Mittlere Bearbeitungszeit (Median)	0h 15m 43s
Tageszeit mit den meisten Zugriffen	01:00 Uhr / Anzahl 319
Durchschnittliche Teilnehmeranzahl pro Tag	99.88
Durchschnittliche Teilnehmeranzahl pro Woche	639.20
Seite mit meisten Abbrüchen	Seite: Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei - Teil 1 Anzahl 290

Quelle: Eigene Auswertung.

**Abbildung 5: Zugriffe pro Tag**

*Aufstellung der Tage an denen Zugriffe stattgefunden haben.*



Quelle: Eigene Auswertung. Grafik: Eigene Darstellung.

**Tabelle 2: Zugriffe nach Tageszeiten**

<b>Uhrzeit:</b>	<b>Gesamt:</b>	<b>Beendet:</b>
00:00	6.35% (203)	5.91% (132)
01:00	9.98% (319)	9.81% (219)
02:00	2.57% (82)	2.42% (54)
03:00	1.41% (45)	1.43% (32)
04:00	1.00% (32)	1.03% (23)
05:00	0.44% (14)	0.27% (6)
06:00	0.75% (24)	0.63% (14)
07:00	2.78% (89)	2.15% (48)
08:00	5.94% (190)	6.27% (140)
09:00	7.98% (255)	8.11% (181)
10:00	8.64% (276)	8.87% (198)
11:00	6.85% (219)	7.21% (161)
12:00	4.79% (153)	5.06% (113)
13:00	4.47% (143)	4.35% (97)
14:00	3.85% (123)	3.76% (84)
15:00	3.29% (105)	3.45% (77)
16:00	3.66% (117)	3.27% (73)
17:00	4.35% (139)	4.30% (96)
18:00	3.88% (124)	3.94% (88)
19:00	3.63% (116)	3.85% (86)
20:00	3.97% (127)	4.57% (102)
21:00	3.60% (115)	3.23% (72)
22:00	3.19% (102)	3.23% (72)
23:00	2.63% (84)	2.87% (64)
Gesamt	3.196	2.232

Quelle: Eigene Auswertung.

Betrachtet man den Verlauf auf täglicher und wöchentlicher Basis im Einzelnen, so zeigt sich, dass es die meisten Zugriffe am ersten Tag der ersten Woche der Laufzeit gab (vgl. Abbildung 5: S. 85 und 6: S. 87). Dies ist nicht ungewöhnlich, da der Versand der Einladung am 24. März 2011 erfolgte und demnach ein Großteil der Teilnehmer nach Erhalt der Einladung einen Zugriff auf den Fragebogen via beigefügten Link durchgeführt hat. Dabei ist zu be-

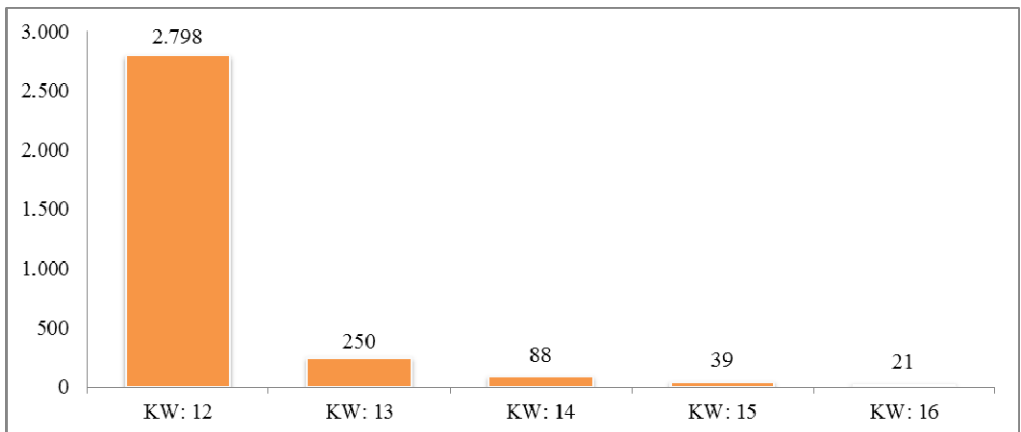


rücksichtigen, dass aktive Parteimitglieder oft ein sehr hohes E-Mail Aufkommen pro Tag haben, welches oft mit dem Abonnement vieler Mailinglisten und/oder der Ausübung eines Amtes zusammenhängt. Ich halte es aber für wahrscheinlich, dass meine Einladung zum Fragebogen einen gewissen Wahrnehmungsvorteil gehabt haben könnte, weil der Absender der Bundesvorstand der Piratenpartei war.

Noch ein Grund für die verhältnismäßig hohe Frequenz in der ersten Woche dürfte in den Bearbeitungseinstellungen des Fragebogens selbst gelegen haben. Die Teilnehmer, die nach der Beendigung versucht haben, noch einmal auf die Umfrage zuzugreifen, wurden durch eine Nachricht darüber informiert, dass ein Zugriff auf den Fragebogen nicht mehr möglich ist, da die Bearbeitung bereits durch den Teilnehmer erfolgreich abgeschlossen wurde.

#### **Abbildung 6: Zugriffe pro Kalenderwoche**

*Aufstellung der Kalenderwochen in denen Zugriffe stattgefunden haben.*



Quelle: Eigene Auswertung. Grafik: Eigene Darstellung.

Dieser Verlauf ist für eine elektronische Befragung mit einer Laufzeit von knapp über vier Wochen allerdings nicht ungewöhnlich. Es zeigt sich, dass

auch bei einer kürzeren Laufzeit, beispielsweise von zwei Wochen, das Gros der Teilnehmer in der ersten Woche aktiv geworden wäre. Es ist daher nicht anzunehmen, dass durch eine solche Verkürzung der Laufzeit eine Verschiebung der Mehrheit der Teilnehmer in die zweite Woche stattgefunden hätte.

**Tabelle 3: Abbrüche nach Seite**

Seite:	Abbrüche:	Fortgeschritten bis Seite:
Begrüßungsseite	217 (6.79%)	3.196 (100.00%)
Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei - Teil 1	290 (9.07%)	2.979 (93.21%)
Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei - Teil 2	13 (0.41%)	2.689 (84.14%)
Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei - Teil 1	249 (7.79%)	2.676 (83.73%)
Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei - Teil 2	74 (2.32%)	2.427 (75.94%)
Innerparteiliche Demokratie, Kommunikation und Partizipation - Teil 1	59 (1.85%)	2.353 (73.62%)
Innerparteiliche Demokratie, Kommunikation und Partizipation - Teil 2	41 (1.28%)	2.294 (71.78%)
Fragen zum Demokratieverständnis	16 (0.5%)	2.253 (70.49%)
Fragen zu Ihrer Person	5 (0.16%)	2.237 (69.99%)
Endseite	0 (0.00%)	2.232 (69.84%)
Gesamt	Abgebrochen	964 (30.16%)
Gesamt	Beendet	2.142 (67.02%)
Gesamt	Beendet nach Unterbrechung	90 (2.82%)

Quelle: Eigene Auswertung.

Nach Tabelle 3 gab es zunächst die meisten Abbrüche auf der Begrüßungsseite und der ersten inhaltlichen Seite. Es ist anzunehmen, dass sich in beiden Fällen diese Teilnehmer erst einmal ein Bild der Befragung machen wollten und sich anschließend entschieden haben, keine Angaben zu machen.

Die weiteren Abbrüche erfolgten nach und nach auf den Folgeseiten. Dabei gab es mit Abstand die meisten auf der Seite mit den Fragen zur programmatischen Entwicklung (Teil 1). Hier hat möglicherweise die hohe Anzahl an Detailfragen zum Programm der Piratenpartei und seiner Entwicklung für viele einen zu hohen Aufwand dargestellt. Da an der Befragung auch viele eher passive Parteimitglieder teilgenommen haben, ist es möglich, dass diejenigen, die sich sonst nicht mit der Programmentwicklung auseinandersetzen, deshalb auch hier keine Angaben machen wollten.

Möglicherweise erweckte dieser Abschnitt auch den Eindruck, die weitere Befragung würde sich ähnlich umfangreich gestalten, was ebenfalls ein Grund für einen Abbruch gewesen sein könnte.

Mit jeder weiteren Seite haben sich die Abbrüche aber kontinuierlich reduziert, so dass es auf der vorletzten Seite, die statistische Fragen zur Person enthielt, nur noch fünf Abbrüche gab. Dies entspricht einer Quote von nur 0,16 Prozent, was bemerkenswert ist, da statische Angaben oft nicht gerne gemacht werden.

Der Feldbericht zeigt, dass ein reges Interesse an der Untersuchung in der Piratenpartei bestand. Schon am ersten Tag haben über 2.300 der damals knapp 11.800 Parteimitglieder teilgenommen. Insgesamt haben 3.196 ihr Interesse bekundet und den Fragebogen aufgerufen. 2.689 davon haben aktiv den Fragebogen bearbeitet – dies entspricht in etwa einem Viertel der Mitglieder der Piratenpartei Deutschland.

457 Teilnehmer haben nur jeweils anteilig geantwortet, gemessen an den 2.232 Mitgliedern, die den Fragebogen vollständig bearbeitet haben ( $\cong$  einem Fünftel der Partei), ist dies eine akzeptable Quote. Dies auch deswegen, weil die Antworten der genannten 457 Teilnehmer jeweils bis zur Abbruchseite vorliegen und somit in die Auswertung einfließen können und deshalb nicht verloren sind. Reine Abbrüche ohne jede Antworten gegeben haben, gab es 507, was einer Quote von 15,86 Prozent entspricht.

Es folgt nun eine Vorbemerkung und dann die Auswertung der Ergebnisse nach den jeweiligen Themenbereichen des Fragebogens.

#### **3.2.3 Vorbemerkung zur Auswertung**

Wie im Feldbericht dargestellt wurde, haben 2.689 Parteimitglieder den Fragebogen bearbeitet. Dabei trifft diese Anzahl auf die erste inhaltliche Seite zu und nimmt dann mit jeder weiteren Seite ab (vgl. Tabelle 3: S. 88). In der nun folgenden Auswertung werden alle Antworten berücksichtigt. Das heißt, es werden die Angaben der Teilnehmer, die den Fragebogen komplett bearbeitet (2.232 Mitglieder) sowie die derjenigen, die anteilig geantwortet haben (457 Mitglieder), ausgewertet. Da also die Anzahl der Teilnehmer, die Angaben gemacht haben, pro Frage variiert, wird sie jeweils separat ausgewiesen.

Um dies kenntlich zu machen, werden zu Beginn jedes thematischen Abschnitts die Anzahl der verbleibenden Teilnehmer und die Anzahl der Abbrüche für diesen angegeben. Weiterhin wird bei jeder Abbildung durch die Kennzeichnungen „Anzahl der Teilnehmer“, „Antworten“ und „keine Antworten (k.A.)“ angegeben, wie viele Parteimitglieder Angaben gemacht und welche die Frage nur gesehen, aber keine Angaben gemacht haben. Dies soll Aufschluss darüber geben, wie viele Teilnehmer jeweils 100 Prozent pro Frage entsprechen.

Die gesamte Auswertung habe ich mit dem Programm IBM SPSS Statistics 19<sup>83</sup> durchgeführt, die Grafiken wurden anschließend mit der Software Excel 2010 von Microsoft erstellt. Da alle Daten von mir erhoben, analysiert und alle Grafiken von mir angefertigt wurden, weise ich innerhalb der Auswertung nicht extra auf die Datenquelle und die Darstellungsquelle hin, außer es handelt sich um eine fremde Quelle.

Die Reihenfolge der Auswertung richtet sich nach den Themenbereichen der Befragung, dies entspricht der Abfolge, in der den Teilnehmern der Fragebogen vorgelegt wurde. Dabei werden die Ergebnisse der geschlossenen Fragen genauso wie die der offenen Fragen analysiert und dargestellt.

Die Anzahl der offenen Antworten lag bei etwas mehr als 8.900 einzelnen Angaben. Für die Analyse wurden die Daten in verschiedene Kategorien, nach der Häufigkeit ihrer jeweiligen Nennung, gruppiert. Da die Anzahl der Ergebnisse immer noch sehr groß war, habe ich die jeweils am häufigsten genannten Antworten für die Verbesserungs- und Lösungsvorschläge sowie die Antworten für die Kategorie *Sonstiges*, in Reihenfolge der Häufigkeit ihrer Nennung, bei den Fragen mit offenem Antwortfeld angegeben.

Es folgt nun die Auswertung der Ergebnisse.

#### **3.2.4 Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei**

Dieser thematische Abschnitt zeigt, wie Menschen mit der Piratenpartei in Kontakt gekommen und aus welchen Gründen sie ihr beigetreten sind. Weiterhin, wie engagiert sich die Mitglieder in die Partei einbringen, ob sie vorher

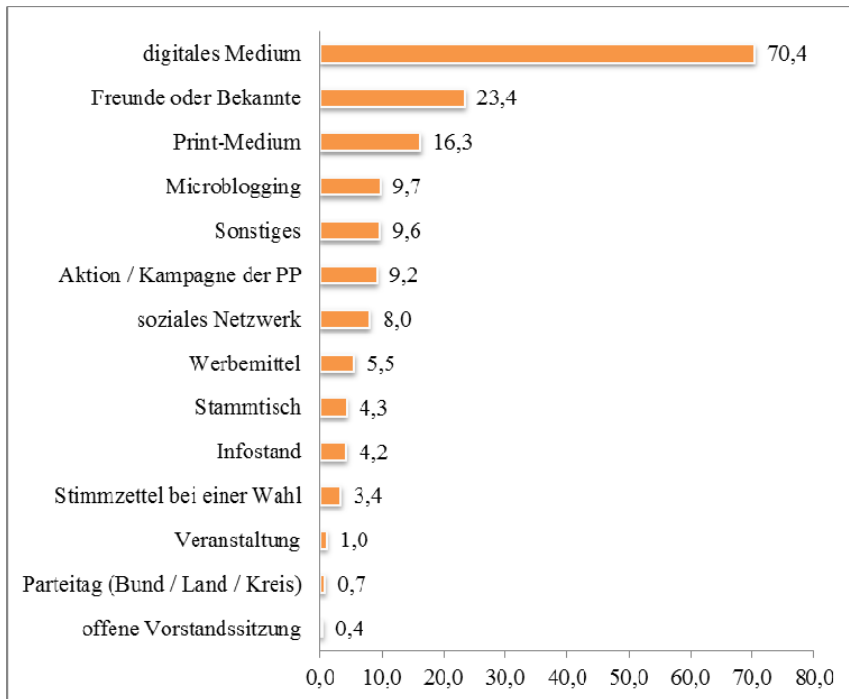
---

<sup>83</sup> SPSS Statistics (urspr. Abkürzung für: *Statistical Package for the Social Sciences*) ist eine modulare Statistiksoftware die zur Analyse von Daten, zum Beispiel Ergebnisse aus Fragebögen, dient.

schon politisch aktiv waren und wie es um das Verhältnis zwischen Aktivität und Amt bestellt ist. Bei diesem Themenbereich gab es insgesamt 2.979 Teilnehmer und 290 Abbrüche während des ersten Teils, dies entspricht einer Nettobeteiligung von 2.689 Teilnehmern.

**Abbildung 7: Wie sind Sie auf die Piratenpartei aufmerksam geworden?**

*Frage Nr. 1; Anzahl der Teilnehmer=2.689; Mehrfachnennung war möglich; Angaben in Prozent.*



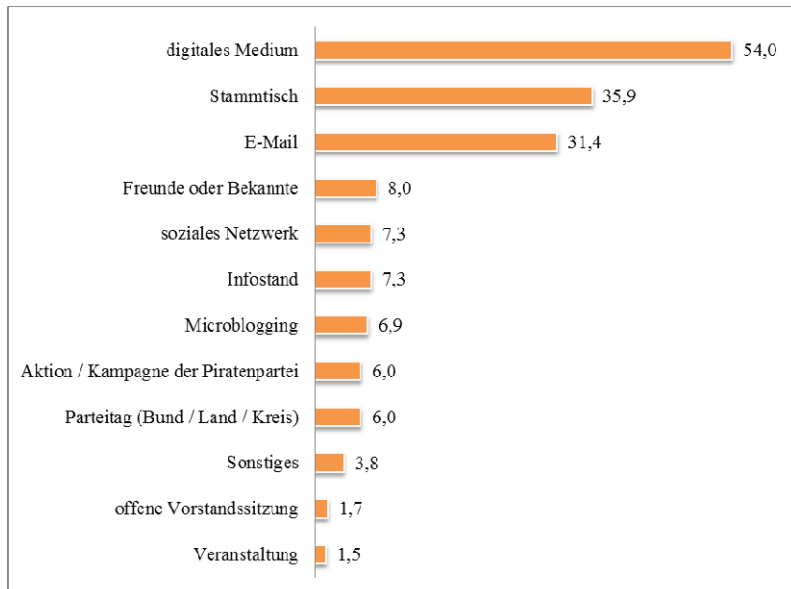
Dass digitale Medien mit 70,4 Prozent die Spitzenposition einnehmen würden, war zu erwarten, da die Piratenpartei ihren Wahlkampf im Jahr 2009, als der größte Teil der Mitglieder in die Partei eintrat (vgl. Abbildung 9: S. 95), intensiv über das Internet betrieben hat. Von den Medien wird ihnen hier sogar eine Vorreiterrolle gegenüber den etablierten Parteien bescheinigt (vgl. Spiegel-Online 2009a; WELT ONLINE 2009; wiwo.de 2009). Deutlich zeigt sich hier

aber, dass die Werbung durch Freunde oder Bekannte mit 23,4 Prozent die zweitwichtigste Rolle für den Bekanntheitsgrad der Partei gespielt hat. Dagegen landen klassische Formen der Parteienwerbung wie Infostände, Stammtische und Werbemittel eher im Mittelfeld oder auf den hinteren Plätzen. Allerdings darf man bei dieser Betrachtung nicht außer Acht lassen, dass die Piratenpartei bis zu Beginn des dritten Quartals 2009 und insbesondere in den davor liegenden Jahren lange nicht auf die finanziellen und personellen Ressourcen (vgl. Abbildung 9: S. 95 und Abbildung 10: S. 96) zurückgreifen konnte, wie es ihr heute möglich ist.

Für die Antwortoption *Sonstiges* (9,6 Prozent) wurden in Reihenfolge der Häufigkeit der Nennungen das Fernsehen, das Internet, der Wahl-O-Mat, Medien allgemein und die Europawahl 2009 angegeben.

### **Abbildung 8: Wie sind Sie mit der Piratenpartei in Kontakt getreten?**

*Frage Nr. 2; Anzahl der Teilnehmer=2.689; Mehrfachnennung war möglich; Angaben in Prozent.*



Wie schon das Ergebnis der ersten Frage vermuten lässt, erfolgte die Kontaktaufnahme mit der Partei über digitale Medien (54 Prozent). Stammtische wurden als wichtiger Faktor (35,9 Prozent) an zweiter Stelle genannt. Dies lässt darauf schließen, dass Stammtische zwar ein beliebter und geeigneter Ort für einen Erstkontakt sind, ihre Wirkung aber dennoch eher gering ausfällt, wenn man nicht schon auf anderem Wege auf die Piratenpartei aufmerksam geworden ist. Darauf lässt das Ergebnis aus Abbildung 7 Seite 92 schließen. An dritter Stelle wird der Kontakt per E-Mail genannt, was naheliegend ist, da der Aufwand relativ gering ist und auf diesem Weg zusätzlich die Möglichkeit besteht, sich erst einmal aus der Entfernung an die Partei heranzutasten, ohne gleich einen persönlichen, direkten Kontakt wie bei einem Stammtisch herstellen zu müssen.

Auffällig ist, dass die *offene Vorstandssitzung* bei den ersten beiden Fragen die geringsten Werte erhalten hat (0,4 und 1,7 Prozent). Die Offenheit der Vorstandssitzung ist zwar zunächst dem Transparenzgebot der Piratenpartei geschuldet, soll aber auch ausdrücklich dazu dienen, sich als Außenstehender einen Eindruck vom Innenleben der Partei verschaffen zu können.

Dass dieser Wert aber so gering ausfällt, lässt sich dadurch begründen, dass der erste Kreisverband der Piratenpartei in der *Wetterau (Hessen)* am 19. Juni 2009 gegründet wurde. Dem folgten noch 29 weitere Gründungen im selben Jahr.

Damit verbunden waren die Bildung von Vorständen und die Möglichkeit für die Mitglieder, an Sitzungen in ihrer Nähe teilzunehmen. Bis kurz vor der Bundestagswahl 2009 wurden beispielsweise die Sitzungen des hessischen Landesvorstands regelmäßig in Frankfurt am Main gehalten. Erst als die Sitzungen wegen der Wahlen im wöchentlichen Rhythmus stattfanden, wurde die



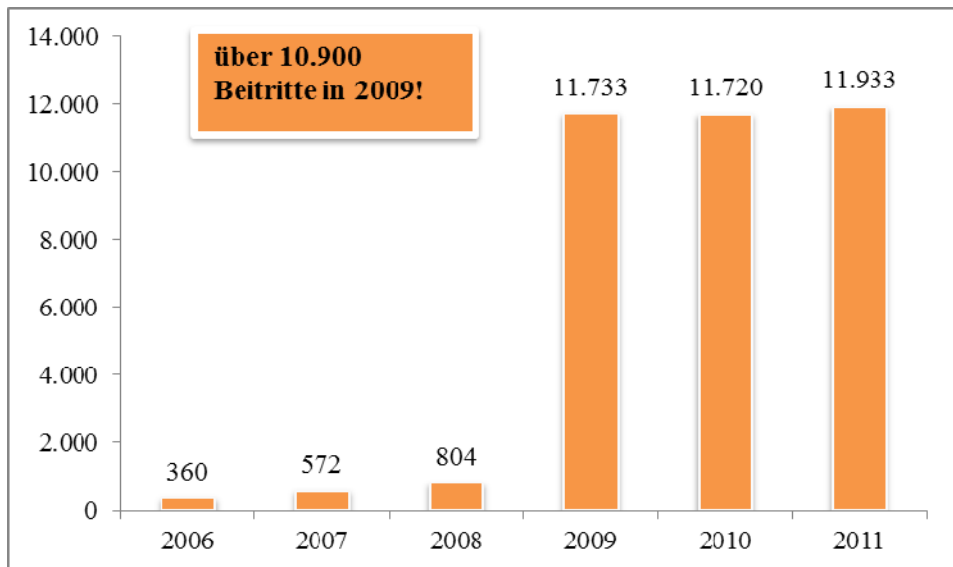
lokale Sitzung zur Vereinfachung der Teilnahme dauerhaft in eine Telefonkonferenz verlegt. Davor mussten zum Beispiel Mitglieder aus Kassel, wenn sie an der Sitzung teilnehmen wollten, immer rund 200 Kilometer pro einfache Strecke fahren, um an der Sitzung teilnehmen zu können.

Interessant ist auch, dass Infostände als reale Begegnungen und soziale Netzwerke als virtuelle Begegnungen mit 7,3 Prozent gleichauf liegen, nur der Kontakt über Freunde und Bekannte liegt um 0,7 Prozent etwas höher.

Für die Kategorie *Sonstiges* (3,8 Prozent) wurden der Beitritt zur Piratenpartei, Internet-Relay-Chat, das Forum der Piratenpartei, der Postweg, Gründungsveranstaltungen von Verbänden der Piratenpartei und der Wahlkampf angegeben.

### Abbildung 9: Mitgliederentwicklung der Piratenpartei bis Ende 2010

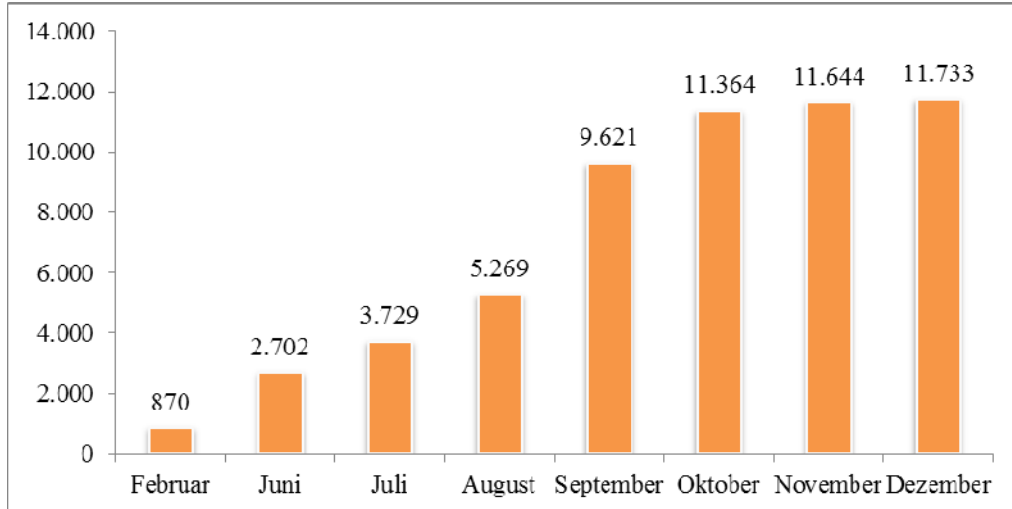
Angaben in absoluten Häufigkeiten, für das Jahr 2011 wurde der Stand vom 28.06.2011 angegeben.



Quelle: Piratenwiki 2011c.

### Abbildung 10: Mitgliederentwicklung im Jahr 2009

Angaben in absoluten Häufigkeiten nach dem zuletzt gemessenen Stand im jeweiligen Monat; Angaben für Januar, März, April und Mai fehlten; eigene Messung der Piratenpartei.



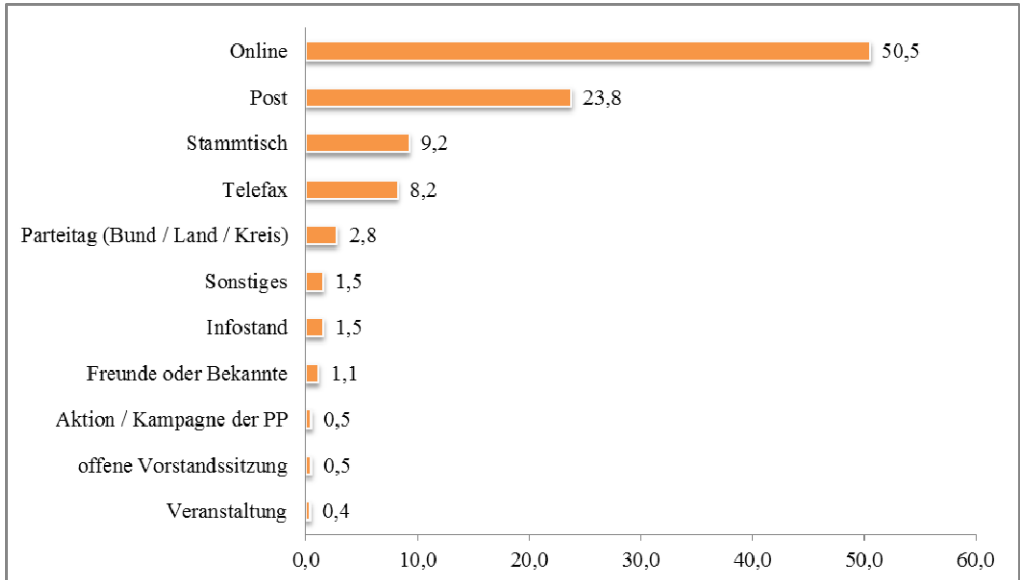
Quelle: Piratenwiki 2011c.

Entsprechend den bisherigen Ergebnissen wundert es nicht, dass die knappe Mehrheit der Mitgliedsanträge online eingegangen sind (vgl. Abbildung 11: S. 97). Der postalische Versand (23,8 Prozent), der neben dem Telefax (8,2 Prozent) die einzige Möglichkeit ist, seinen Antrag nicht persönlich einreichen zu müssen, kommt an zweiter Stelle, gefolgt von der direkten Übergabe bei Stammtischen. Parteitage sind nach Abbildung 11 Seite 97 der zweitbeliebteste persönliche Weg, Mitgliedsanträge einzureichen. Weniger häufig genutzte Wege sind die Übergabe des Antrags oder aber der direkte Eintritt am Infostand und die Überbringung durch Freunde und Bekannte.

Unter *Sonstiges* (1,5 Prozent) wurden die persönliche Übergabe, die Einreichung per E-Mail, Online und per Post sowie die Übergabe durch Verwandte oder Bekannte genannt.

### Abbildung 11: Auf welchem Weg haben Sie Ihren Mitgliedsantrag eingereicht?

Frage Nr. 3; Anzahl der Teilnehmer=2.689; Antworten=2.650; k.A.=39; Angaben in Prozent.



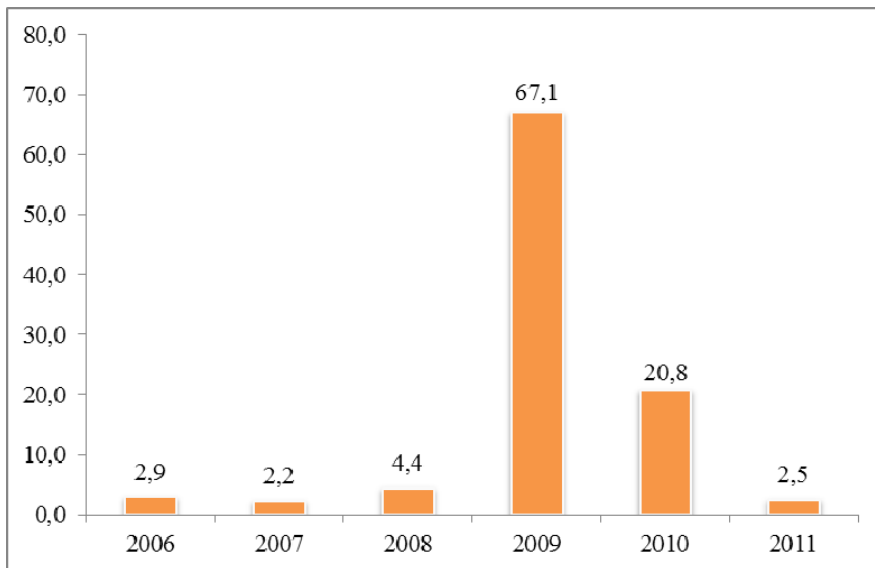
Nun folgen drei Grafiken, die veranschaulichen, in welchem Jahr die meisten Teilnehmer der Umfrage in die Piratenpartei eingetreten sind, in welchem Monat dies geschah und welchem Landesverband sie angehören.

Entsprechend der gesamten Mitgliederentwicklung (vgl. Abbildung 9: S. 95) zeigt sich auch hier eine evidente Dominanz für die Parteieintritte (vgl. Abbildung 12: S. 98) im Jahr 2009. Es ist ein Beleg für das starke Wachstum, das die Piratenpartei 2009 erfuhr. Allerdings ist diese Entwicklung mehr ein quartaler Mitgliebersprung gewesen als ein konstantes Hoch. Denn weder ist die Entwicklung der Piratenpartei bis Anfang Juni 2009 noch nach der Bundestagswahl Ende September desselben Jahres mit diesem Mitgliederandrang vergleichbar.

Für das Superwahljahr 2011 sieht die bisherige Entwicklung mit einem leichten Anstieg der Mitgliedszahlen konstant aus. Es ist aber anzunehmen, dass die Piratenpartei die 12.000 Mitgliedermarke dieses Jahr noch überschreiten wird. Unterstützt wird diese Prognose auch durch die noch anstehenden, unter 2.2.2 genannten Wahlen. Die PP wird sicherlich im Wahlkampf noch das eine oder andere neue Mitglied gewinnen können, vor allem wenn es ihr gelingt, wieder Themen wie das *Zugangerschwerungsgesetz (Zensursula-Debatte)* 2009 für sich zu besetzen und als Impuls zu nutzen.

**Abbildung 12: In welchem Jahr sind Sie in die Piratenpartei eingetreten?**

Frage Nr. 4; Anzahl der Teilnehmer=2.689; Antworten=2.629; k.A.=60; Angaben in Prozent.



Gegenwärtig sollte es der PP leicht fallen, passende Themen aufzugreifen. Betrachtet man allein die Inhalte der gerade beendeten Frühjahrskonferenz der Innenminister in Frankfurt am Main (Juni 2011), so wird schnell deutlich, dass sich vieles dabei im Kernthemenbereich der Piraten bewegt. Darunter fallen

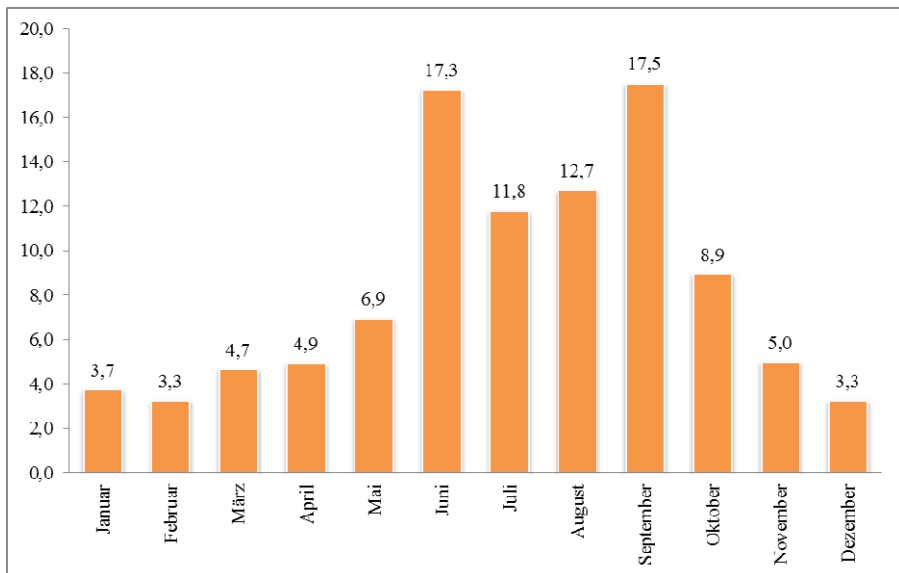
auch die umstrittene Verlängerung der *Anti-Terror-Gesetze* und die Wiedereinführung und Neuregulierung der *Vorratsdatenspeicherung*.

Die meisten Teilnehmer gaben an, im Juni oder September beigetreten zu sein. Dies korreliert mit der Frequenz der Eintritte in 2009 sowie dem schnellen Anstieg der Mitgliederzahlen (vgl. Abbildung 10: S. 96) und der Bundestagswahl im September.

Insgesamt lässt sich seit der Gründung 2006 eine von Mai bis Oktober erhöhte Eintrittsquote feststellen, deren Ursache aber durch die vorliegenden Daten nicht genau nachvollziehbar ist. Sicher ist das Gesamtbild aber durch das Jahr 2009 deutlich geprägt, da 67 Prozent der Teilnehmer der Befragung in diesem Jahr in die PP eingetreten sind (vgl. Abbildung 12: S. 98).

### Abbildung 13: In welchem Monat sind Sie in die Piratenpartei eingetreten?

Frage Nr. 5; Anzahl der Teilnehmer=2.689; Antworten=2.492; k.A.=192; Angaben in Prozent.

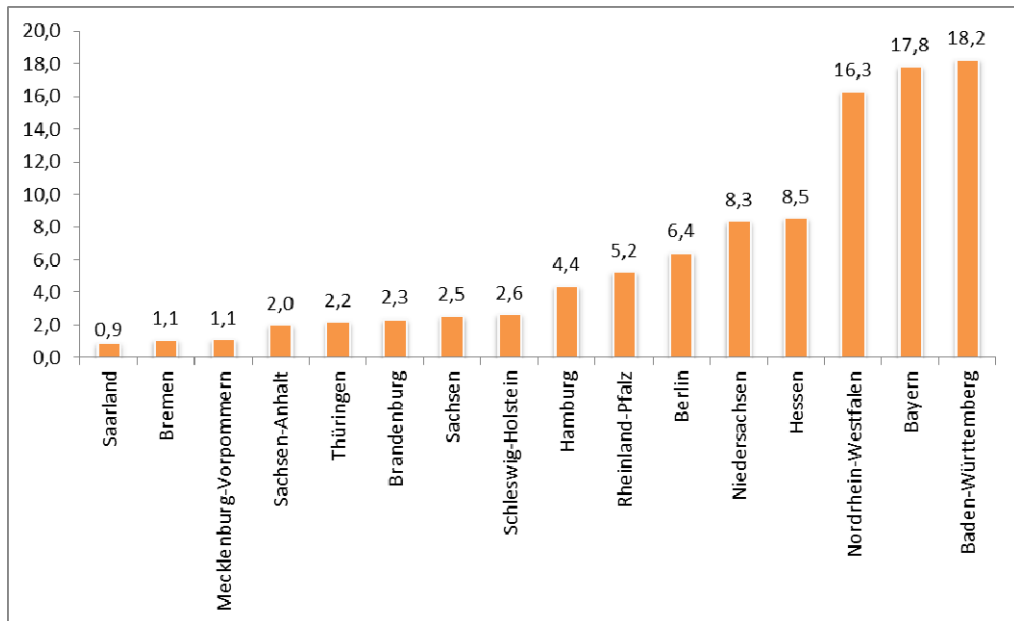


Insgesamt lässt sich seit der Gründung 2006 eine von Mai bis Oktober erhöhte Eintrittsquote feststellen, deren Ursache aber durch die vorliegenden Daten nicht genau nachvollziehbar ist. Sicher ist das Gesamtbild aber durch das Jahr 2009 deutlich geprägt, da 67 Prozent der Teilnehmer der Befragung in diesem Jahr in die PP eingetreten sind (vgl. Abbildung 12: S. 98).

Die drei mit Abstand präsentesten Bundesländer unter den Teilnehmern sind entsprechend der Teilnahmequote Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Erfreulicherweise sind aus jedem der 16 Bundesländer Teilnahmen erfolgt, so dass die Gesamtergebnisse der Erhebung auch als Ausdruck der Mitglieder aller Piratenverbände verstanden werden können.

**Abbildung 14: In welchem Landesverband der Piratenpartei sind Sie Mitglied?**

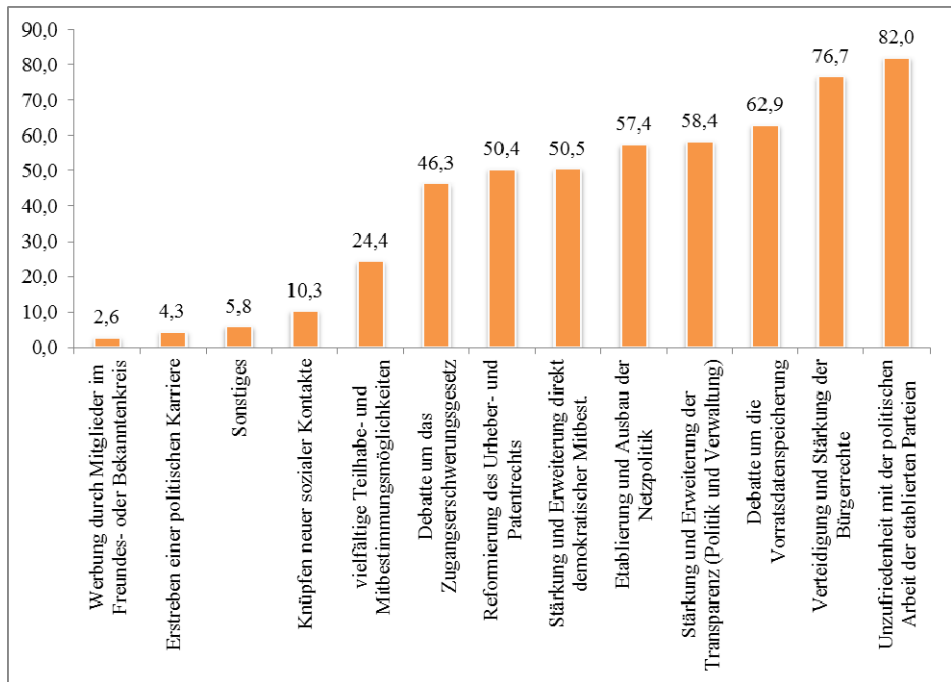
Frage Nr. 6; Anzahl der Teilnehmer=2.689; Antworten=2.614; k.A.=75; Angaben in Prozent.



Die Gründe für einen Eintritt in die Piratenpartei sind, wie sich zeigt, vielseitig gestreut. Am dominantesten ist mit 82 Prozent die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien. An zweiter Stelle folgt mit nur 5,3 Prozent weniger Stimmen die Verteidigung und Stärkung der Bürgerrechte (76,7 Prozent). An dritter Stelle wird die Debatte um die Vorratsdatenspeicherung genannt (62,9 Prozent). Transparenz kommt an vierter und vor allem Etablierung und Ausbau von Netzpolitik erst an *fünfter* Stelle. Beide liegen aber Prozentual nur minimal auseinander, so dass man beide Gründe als nahezu gleich wichtig beschreiben kann – dennoch ist das Ergebnis überraschend (vgl. Abbildung 15: S. 101).

**Abbildung 15: Welche Gründe haben Sie dazu bewogen, in die Piratenpartei einzutreten?**

*Frage Nr. 7; Anzahl der Teilnehmer=2.689; Mehrfachnennung war möglich; Angaben in Prozent.*



Interessanterweise zeigen die Ergebnisse, dass bei den Piraten nicht, wie es in der öffentlichen Wahrnehmung verbreitet ist, die Netzpolitik, sondern die Bürgerrechte mehrheitlich im Vordergrund stehen. Folgt man nämlich streng den Ergebnissen der Befragung, ist die Piratenpartei in erster Linie eine Bürgerrechts- und dann erst eine Netzpolitikpartei – zumindest was die Eintrittsgründe der Parteimitglieder anbelangt.

Es wird offensichtlich, dass die Unzufriedenheit über das Handeln bzw. die Politik der etablierten Parteien Menschen dazu gebracht hat, politisch in der Piratenpartei aktiv zu werden. Die Debatte um die Vorratsdatenspeicherung (VDS) war mit 62,9 Prozent aber ebenfalls ein wichtiger Grund für einen Beitritt bei den Piraten. Hierbei ist auffällig, dass es wohl eine Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung des Protests gegen die VDS und gegen das Zugangserschwerungsgesetz gibt.

2009 waren die Medien noch dominiert von der Debatte um die Netzsperrern. Die ausdrückliche Ablehnung der Netzsperrern und das Angebot einer Alternative – *Löschen statt Sperrern* – hat der Piratenpartei nicht unerhebliche, wenn nicht sogar entscheidende öffentliche Aufmerksamkeit beschert. Die Ergebnisse der Frage Nr. 7 zeigen aber, dass die Vorratsdatenspeicherung, Stärkung und Erweiterung der Transparenz in Politik und Verwaltung, Etablierung und Ausbau der Netzpolitik, die Stärkung und Erweiterung direkt demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die Reformierung von Urheber- und Patentrecht häufiger Gründe waren, Mitglied zu werden.

Andere, weniger oft genannte Gründe für eine Mitgliedschaft waren in prozentualer Reihenfolge die vielfältigen Mitbestimmungsmöglichkeiten in der PP (24,4 Prozent), das Knüpfen neuer sozialer Kontakte (10,3 Prozent),



Sonstiges (5,8 Prozent), das Erstreben einer politischen Karriere (4,3 Prozent) und die Werbung eines Freundes oder Bekannten (2,6 Prozent).

Der letztgenannte Grund korrespondiert mit den Angaben, dass Freunde und Bekannte zu 23,4 Prozent für das Aufmerksamwerden auf die PP und zu 8,0 Prozent für einen Kontakt verantwortlich sind (vgl. Abbildung 7: S. 92 und 8: S. 93). Dass die Prozentzahl hier im Verhältnis nicht höher ausgefallen bzw. an letzter Stelle gelandet ist, liegt m. E. nach daran, dass zwar eine Berührung mit der PP über Freunde und Bekannte stattfand und die Teilnehmer deshalb angaben, dass dies eben *mit* auch ein Grund war, dass aber die Hauptgründe für den Eintritt mehrheitlich andere waren.

Dass das Streben nach einer politischen Karriere einer der am wenigsten genannten Gründe für einen Beitritt waren, mag dem geschuldet sein, dass die Piratenpartei erst seit 2009 und auch bisher nur in vereinzelt Bundesländern überhaupt politische Mandate erringen konnte. Lässt man die Studierendenparlamente aus, dann nimmt die PP erst seit 2011 eine nennenswerte Anzahl von Mandaten wahr (vgl. Abbildung 3: S. 55).

Da also die konkrete Aussicht auf Mandate erst seit diesem Jahr realistisch besteht, könnte dies zum Teil eine Erklärung für den geringen Wunsch nach einer politischen Karriere sein – die Möglichkeiten waren einfach noch nicht gegeben. Mit dieser zunächst noch nicht viel versprechenden Aussicht wurden vielleicht von vornherein auch Karrieristen abgeschreckt.

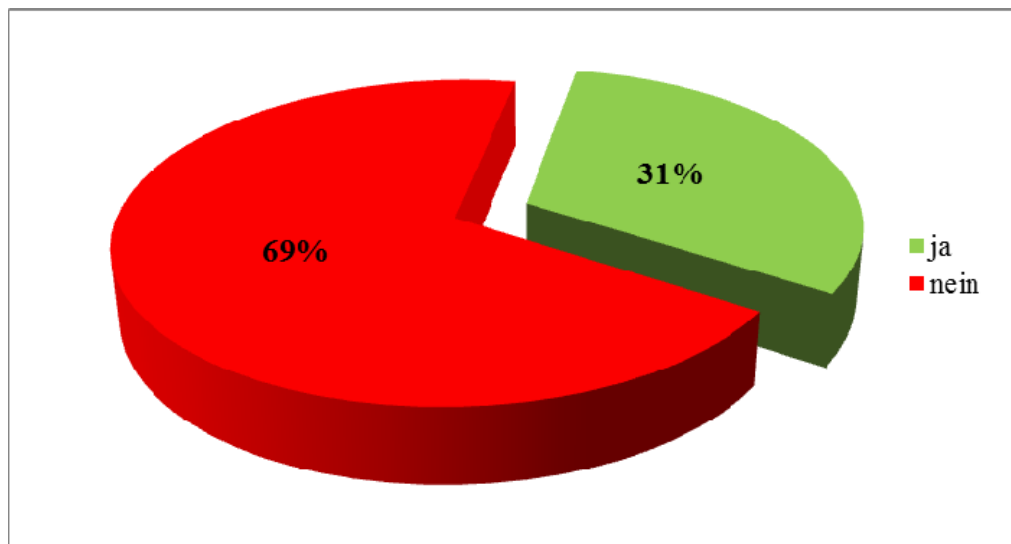
Auf ideologischer Seite wird die Piratenpartei aber nicht müde zu betonen, dass man nicht zu Berufspolitikern werden wolle, es gehe um die Sache, die Themen der Piraten an sich. Ich glaube aber, dass für die konkrete Ausgestaltung und Durchsetzung der von den Piraten geforderten Politik sowie auch zur Konsensfindung, Kooperation und Durchsetzung politischer Ziele mit anderen

(etablierten) Parteien Mandate nötig sind. Die *Piratenpartei* kann im Gegensatz zur *Piratenbewegung* nicht darauf verzichten. Es liegt in der Natur von Parteien, an Wahlen teilzunehmen und so Gestaltungsmacht zu erhalten und auf diesem Wege das Leben in Deutschland und seine Bedingungen mitzubestimmen.

Bei der Kategorie *Sonstiges* (5,8 Prozent) wurden die Themen der Piratenpartei, Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien und die Bildungs-, Datenschutz- und BGE<sup>84</sup>-Politik der Piratenpartei genannt.

#### **Abbildung 16: Waren Sie auch schon vor Ihrem Eintritt in die Piratenpartei politisch aktiv?**

*Frage Nr. 8; Anzahl der Teilnehmer=2.689; Antworten=2.649; k.A.=40; Angaben in Prozent. Damit sind nicht nur parteipolitische, sondern auch sonstige politische Aktivitäten gemeint.*



Die Frage nach der politischen Aktivität der Mitglieder vor dem Eintritt in die Piratenpartei zeigt deutlich, dass mehr als zwei Drittel *nicht* aktiv waren

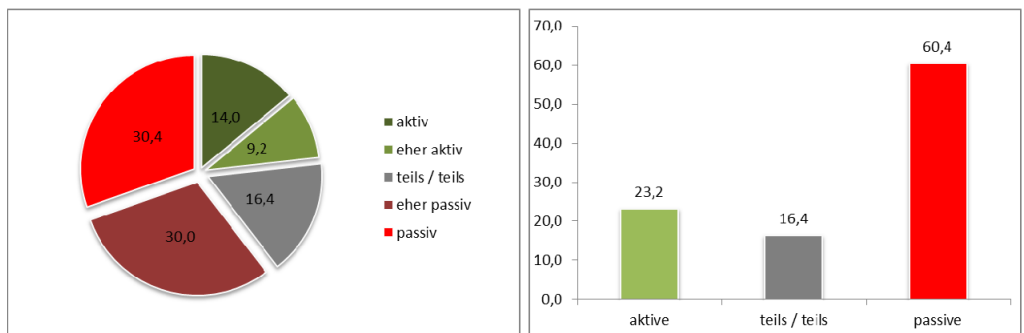
---

<sup>84</sup> Akronym für *Bedingungsloses Grundeinkommen*.

(Abbildung 16: S. 104). Dies ist in Bezug auf den genannten Hauptbeitrittsgrund *Unzufriedenheit mit der politischen Arbeit der etablierten Parteien* ein wichtiger Hinweis dafür, dass es die Piratenpartei geschafft hat, *vormals politisch inaktive* Menschen zu aktivieren. Interessant wird dies vor allem, wenn man die Verteilung im Detail für das unterschiedliche Engagement der Parteimitglieder betrachtet. Dazu ziehe ich die Ergebnisse aus Frage Nummer Neun der Umfrage heran.

**Abbildung 17: Wie schätzen Sie Ihr Engagement in der Piratenpartei ein?**

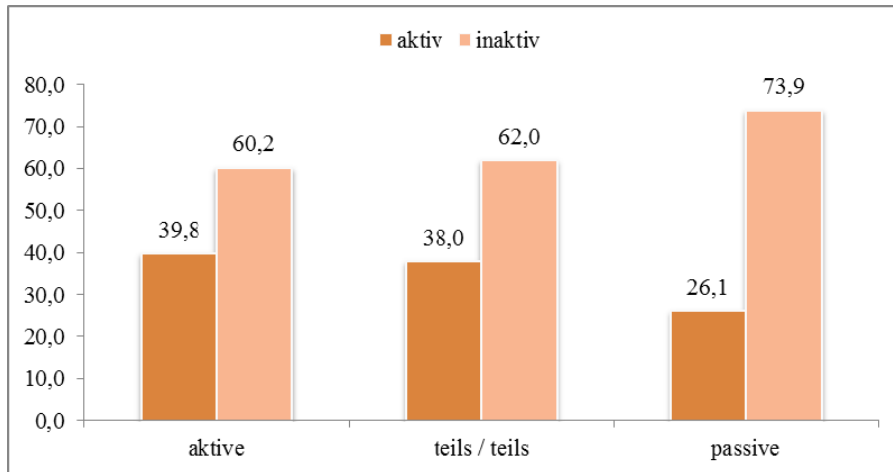
Frage Nr. 9; Anzahl der Teilnehmer=2.676; Antworten=2.645; k.A.=31; Angaben in Prozent; links nach Antwortmöglichkeiten, rechts gruppiert.



Gruppiert schätzen 23 Prozent ihr Engagement als *aktiv* (*aktive und eher aktive*), 60 Prozent als *passiv* (*passive und eher passive*) und 16 Prozent als *teils/teils* ein. Fragt man von der rechts stehenden Gruppierung ausgehend nach der politischen Aktivität *vor* Parteieintritt, ergibt sich die in Abbildung 18 Seite 106 gezeigte Verteilung.

### Abbildung 18: Politische Aktivität der Mitglieder vor Parteieintritt im Detail

Anzahl der Teilnehmer=2.689; Antworten=2.636 ( $a=613$ ;  $t/t=432$ ;  $p=1.591$ ); k.A.=53; Gruppierung der Parteimitglieder nach der Selbsteinschätzung ihres Engagements für die Piratenpartei; Angaben in Prozent.

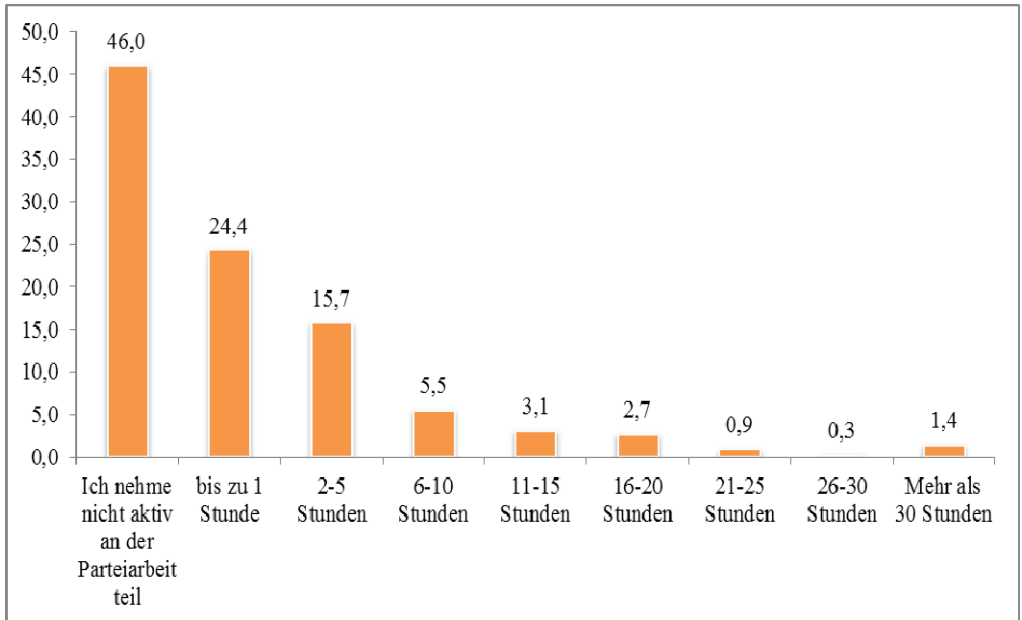


Von den aktiven Mitgliedern waren also bereits knapp 40 Prozent vorher in irgendeiner Form politisch aktiv. Für die Gruppe *teils / teils* ergibt sich interessanterweise ein fast gleiches Bild, wohingegen die Gruppe *passive* im Verhältnis mit der *aktiven* Gruppe um 13,7 Prozent mehr *vormals inaktive* Mitglieder beinhaltet (73,9 Prozent). Dies ist insofern beachtenswert, als sich für alle drei Gruppen zeigt, dass die Piratenpartei einen Großteil ihrer Mitglieder aus der politischen Inaktivität geholt hat.

Setzt man aber diejenigen Teilnehmer, die angegeben haben, vormals politisch inaktiv gewesen zu sein (69 Prozent), ins Verhältnis mit der Zeit, die sie jetzt für die Piratenpartei aufwenden, dann ergeben sich 54 Prozent, die mindestens eine Stunde pro Woche oder mehr aktive politische Arbeit in Form inhaltlicher, organisatorischer oder kommunikativer Form leisten (vgl. Abbildung 19: S. 107).

### Abbildung 19: Investierte Zeit der vor Parteieintritt politisch inaktiven Mitglieder pro Woche

Anzahl der Teilnehmer=1.821; Antworten=1.811; k.A.=10; Angaben in Prozent.

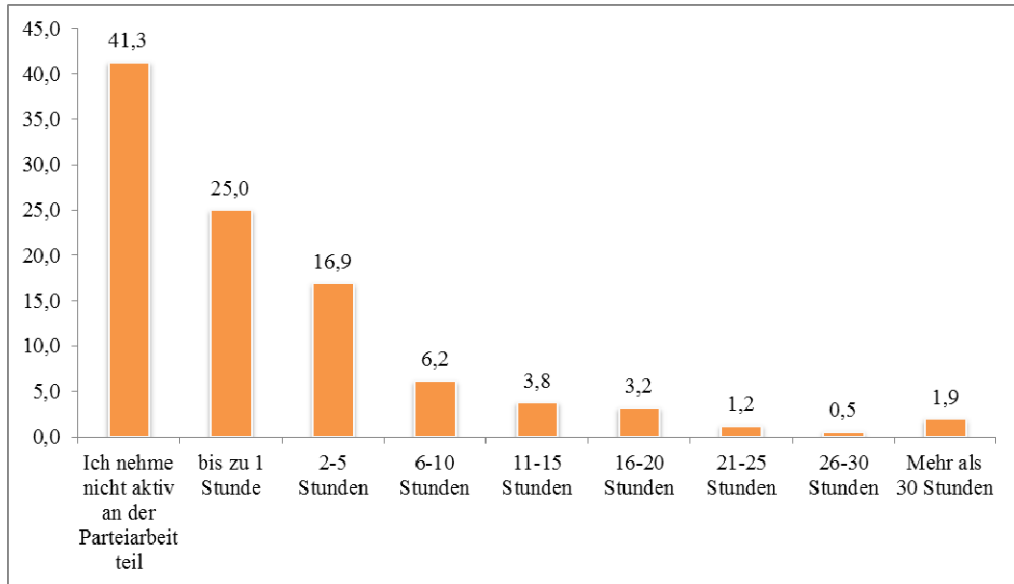


Dies kann als weiterer Hinweis für den am häufigsten genannten Eintrittsgrund in die PP, *Unzufriedenheit mit der politischen Arbeit der etablierten Parteien*, betrachtet werden. Denn das Ergebnis legt nahe, dass Menschen, die früher politisch inaktiv gewesen sind, in die PP eingetreten sind, weil sie dort politische Arbeit leisten wollten, um etwas an den Verhältnissen, mit denen sie nicht einverstanden sind, zu ändern.

Im Folgenden wird angegeben, wie viel Zeit die Teilnehmer insgesamt für die Piraten-partei pro Woche aufwenden (vgl. Abbildung 20: S. 108).

**Abbildung 20: Wie viel Zeit pro Woche investieren Sie durchschnittlich in die Piratenpartei durch inhaltliche, organisatorische oder auch kommunikative Arbeit?**

Frage Nr. 10; Anzahl der Teilnehmer=2.676; Antworten=2.642; k.A.=34; Angaben in Prozent.



Auch wenn dabei 41 Prozent der Teilnehmer angeben, nicht aktiv am Parteilieben teilzunehmen, haben sie sich zu einer finanziellen Unterstützung der politischen Arbeit der Partei entschlossen und dürften auch künftig zu den Wählern der PP gehören.

Dementgegen engagieren sich 59 Prozent der Mitglieder mehr oder weniger aktiv für die Partei. Der größte Anteil (25 Prozent) wendet dabei bis zu einer Stunde wöchentlich auf, der zweitgrößte schon zwei bis fünf Stunden. Auf einen Monat umgerechnet wendet also jemand, der die Obergrenze der zweitgrößten aktiven Kategorie investiert, in etwa 20 oder mehr Stunden auf.

Dies ist vom Umfang her beispielsweise mit dem zeitlichen Aufwand eines Nebenjobs vergleichbar.

Sechs bis zehn Stunden pro Woche wenden immerhin noch sechs Prozent der Teilnehmer auf. Bei 11 bis 15 Stunden reduziert sich diese Anzahl nochmals um 2,4 auf 2,8 Prozent. Auffällig ist dabei, dass die Differenz zu denen, die 16 bis 20 Stunden pro Woche aufwenden, nur um 0,6 Prozent sinkt und damit bei 3,2 Prozent liegt. 21 bis 25 Stunden wenden noch 1,2 Prozent der Befragten auf, 26 bis 30 Stunden 0,5 Prozent und mehr als 30 Stunden pro Woche 1,9 Prozent der Teilnehmer.

Das bedeutet, dass die Kategorie *26 bis 30 Stunden* zwar auf einen geringen Teilnehmerkreis zutrifft. Dabei ist es aber durchaus möglich, dass wegen der Trennschärfe mit der Kategorie *Mehr als 30 Stunden* diejenigen, die an der Obergrenze dieser Kategorie liegen, schon bei einer Stunde pro Woche Mehraufwand eine Verschiebung in die Teilnehmergruppe der aktivsten Teilnehmer erfahren. Trotzdem hat die Kategorie *Mehr als 30 Stunden* ihre Berechtigung, da Parteimitglieder, die ein Amt innehaben, oft derart hohen Zeitaufwand betreiben müssen, um ihren mit dem Amt verbundenen Aufgaben und Tätigkeiten ausreichend nachzukommen. Würde diese Kategorie fehlen, wären sie gezwungen, eine niedrigere als die tatsächliche Stundenanzahl anzugeben.

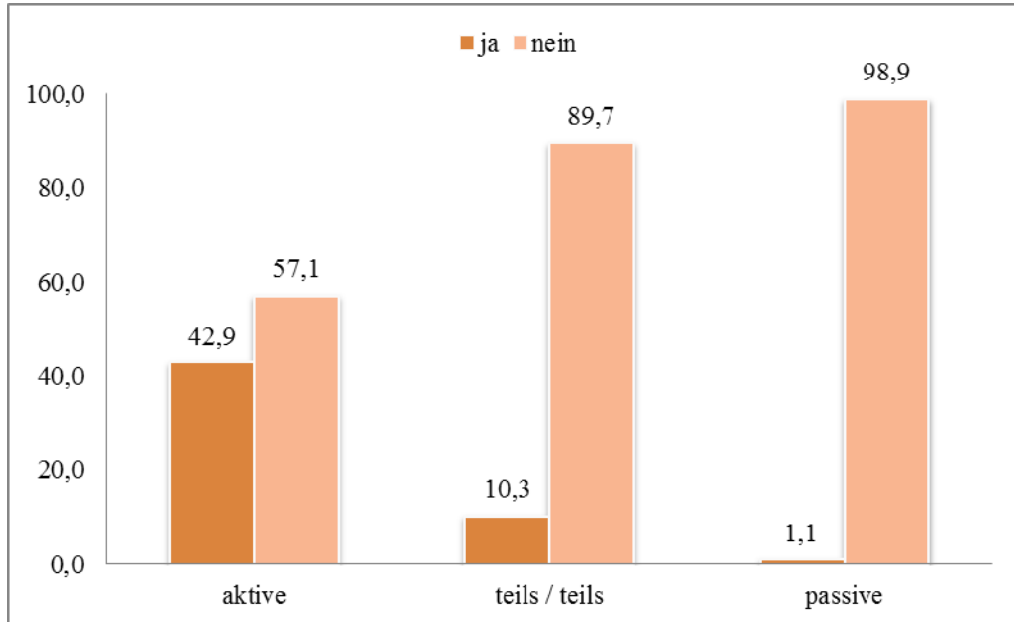
Die Messung des wöchentlichen zeitlichen Aufwands für politische Arbeit ist vor allem als Maßstab für das politische Tagesgeschäft zu betrachten. Denn je nachdem, ob gerade größere Projekte geplant oder umgesetzt werden oder aber Wahlen stattfinden, erhöht sich dieser Aufwand temporär teilweise beträchtlich für alle oben genannten Gruppen. Dabei kommt es durchaus vor,

dass Mitglieder, die sonst nicht aktiv an der Parteiarbeit teilnehmen, für einen begrenzten Zeitraum aktiv und teilweise stark engagiert sind.

Da aber jederzeit auch im privaten Bereich verschiedene Faktoren eine gleichmäßige Aktivität beeinflussen können, beispielsweise erhöhtes Arbeitspensum, Arbeitslosigkeit, Urlaub, Familienangelegenheiten, gesundheitliche Einschränkungen und weitere, zeigt sich, wie im vorhergehenden Absatz angedeutet, dass Aktivität von vielen Bedingungen abhängt und daher eine Selbsteinschätzung sinnvoller ist, als eine reine Abstimmung auf die wöchentlich oder monatlich geleistete Arbeitszeit, da der zeitliche Aufwand der für politische Arbeit und Privates anfällt, temporär steigt und fällt.

**Abbildung 21: Haben Sie ein Amt in der Piratenpartei?**

Frage Nr. 11; Anzahl der Teilnehmer=2.676; Antworten=2.627 (a=613; t/t=426; p=1.588); k.A.=49; Angaben in Prozent.



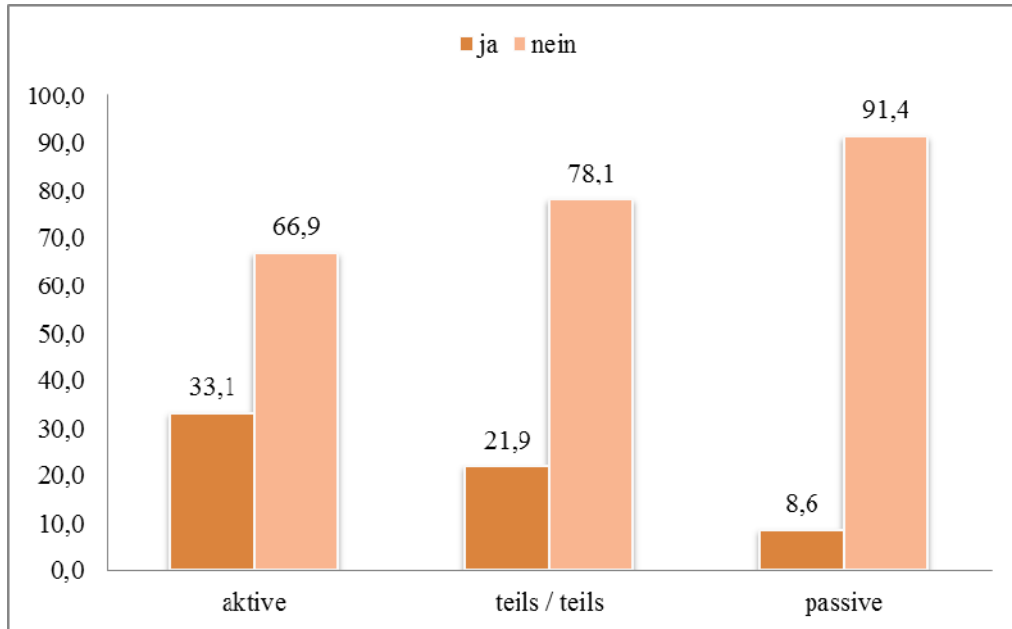


Die Teilnehmer wurden gefragt, ob sie ein Amt in der Piratenpartei innehaben, anstreben und ob sie sich zurzeit auf eines bewerben. Die Auswertung fand hier wieder nach Aktivitätsgruppen statt, da es bei diesen Fragen besonders interessant ist, im Detail zu betrachten, welches Verhältnis aktive, teils / teils und passive zu Ämtern haben. So wurde meine Annahme, dass aktive Parteimitglieder am häufigsten Ämter besetzen, mit 42,9 Prozent der Angaben für die Option *ja* bestätigt. Auch dass die passive Gruppe tatsächlich eher selten ein und meistens kein Amt innehat, konnte mit 98,9 Prozent für die Antwortmöglichkeit *nein* belegt werden. Die teils / teils Gruppe ähnelt insgesamt der passiven Gruppe bei der Option *nein*, sie unterscheiden sich nur um knapp 10 Prozent, welche sich zugunsten der Alternativantwort *ja* verschieben – sie sind also ein wenig häufiger in Ämtern vertreten, insgesamt aber nur zu 10,3 Prozent (vgl. Abbildung 21: S. 110).

Bei der Frage, ob die Teilnehmer ein anderes oder weiteres Amt in der Partei anstreben, zeigt sich, dass ein Drittel (33,1 Prozent) der aktiven den Wunsch danach hat. Von den passiven sind das knapp 9 Prozent. Bei der teils / teils Gruppe sind es fast drei Mal so viele (21,9 Prozent). Bei dieser Frage ist das Gefälle zwischen den Antwortmöglichkeiten im Verhältnis der Gruppen ziemlich eindeutig. Die meiste Zustimmung findet sich bei der aktiven Gruppe und fällt dann weiter in einmal 11- und 13 Prozent Schritten bis zur passiven Gruppe ab. Die Antworten, welche auf die Antwortmöglichkeit *nein* fielen, zeigen dabei ebenfalls einen aufsteigenden 11 Prozent Sprung von aktiv nach teils / teils und von dort mit ungefähr 13 Prozent zur passiven Gruppe (vgl. Abbildung 22: S. 112).

### Abbildung 22: Streben Sie ein (ggf. anderes oder weiteres) Amt in der Piratenpartei an?

Frage Nr. 12; Anzahl der Teilnehmer=2.676; Antworten=2.600 (a=604; t/t=425; p=1.571); k.A.=76; Angaben in Prozent.



Bewerbungen auf Ämter im März und April wurden zu 5,9 Prozent von der aktiven, zu 0,9 Prozent von der teils / teils und zu 0,3 Prozent von der passiven Gruppe eingereicht. Das heißt, nur etwa ein Drittel der aktiven Mitglieder, die momentan ein anderes oder weiteres Amt anstreben, tut dies auch wirklich in Form einer aktiven Bewerbung. Für die anderen beiden Gruppen fällt diese Kluft noch viel stärker aus. Hier sind es 0,9 im Verhältnis zu 21,9 Prozent bei der teils / teils Gruppe und 0,3 Prozent im Verhältnis zu 8,6 für die passive Gruppe (vgl. Abbildung 24: S. 114).

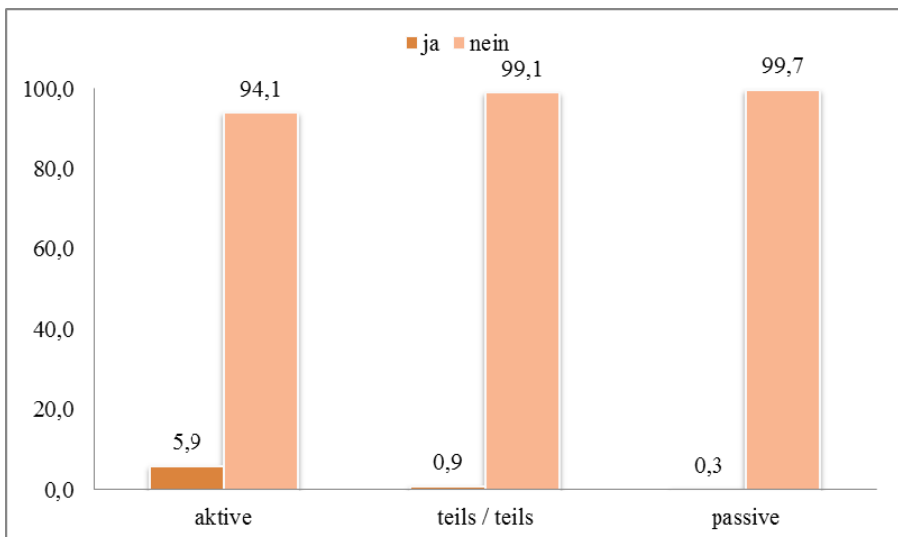
Da bei den Piraten jeder mitarbeiten kann ohne Mitglied zu sein, zeichnen sich diese knapp 5,9 Prozent der Bewerber größtenteils durch ihre Absicht aus,

Parteiarbeit leisten zu wollen. Darauf, dass es hier vermutlich mehrheitlich eher nicht um die Erstrebung einer politischen Karriere geht (vgl. Abbildung 15: S. 101), legen einige Kenntnisse über die Piratenpartei nahe.

Zum einen sind die Vorstände innerhalb der Piratenpartei hauptsächlich organisatorisch tätig. Denn aufgrund des Paradigmas der Basisdemokratie kommt es in der PP, wie unter 2.2.2 erläutert, selten dazu, dass Vorstandsentscheidungen nicht dem mehrheitlichen Willen der Basis entsprechen. Man erhält als Vorstandsmitglied eine gewisse Gestaltungsmacht, sollte man sie aber nicht im Sinne der Basis einsetzen, ist eine Wiederwahl unwahrscheinlich und würde einer politischen Karriere in jedem Fall im Weg stehen. Da außerdem alle Ämter zurzeit noch ehrenamtlich sind, kann Geld zunächst kaum eine Rolle bei Motivation der Bewerber spielen.

**Abbildung 23: Bewerben Sie sich im Moment auf ein Amt in der Piratenpartei?**

*Frage 13; Anzahl der Teilnehmer=2.676; Antworten=2.626 (a=611; t/t=430; p=1.585); k.A.=50; Angaben in Prozent.*



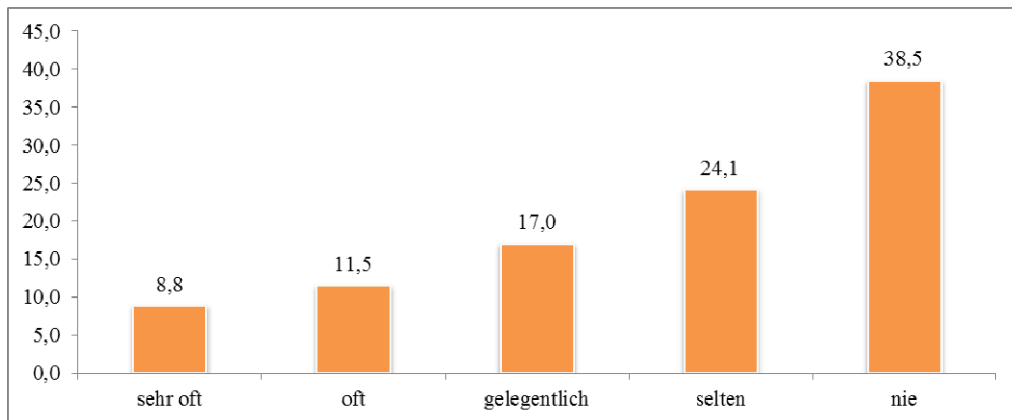
Nicht unterschätzt werden sollte, dass der Wunsch, etwas aktiv verändern zu wollen, aber auch Begeisterung für Politik Menschen dazu bringen kann, Verantwortung und Aufwand eines Parteiamtes auf sich zu nehmen.

Weiterhin bestätigt sich deutlich die Tendenz, dass je mit abnehmendem Engagement der Mitglieder eine Bewerbung für ein Parteiamt immer unwahrscheinlicher wird.

Da Parteitage das höchste Organ der jeweiligen Gliederung in einer Partei sind und nur dort die wichtigsten Entscheidungen und Weichenstellungen für den jeweiligen Verband und die Gesamtpartei entschieden werden, musste überprüft werden, wie häufig diese Möglichkeit der Mitbestimmung von den Teilnehmern wahrgenommen wird.

**Abbildung 24: Wie oft nehmen Sie an Parteitagen der Piratenpartei teil?**

*Frage Nr. 14; Anzahl der Teilnehmer=2.676; Antworten=2.646; k.A.=30; Angaben in Prozent.*



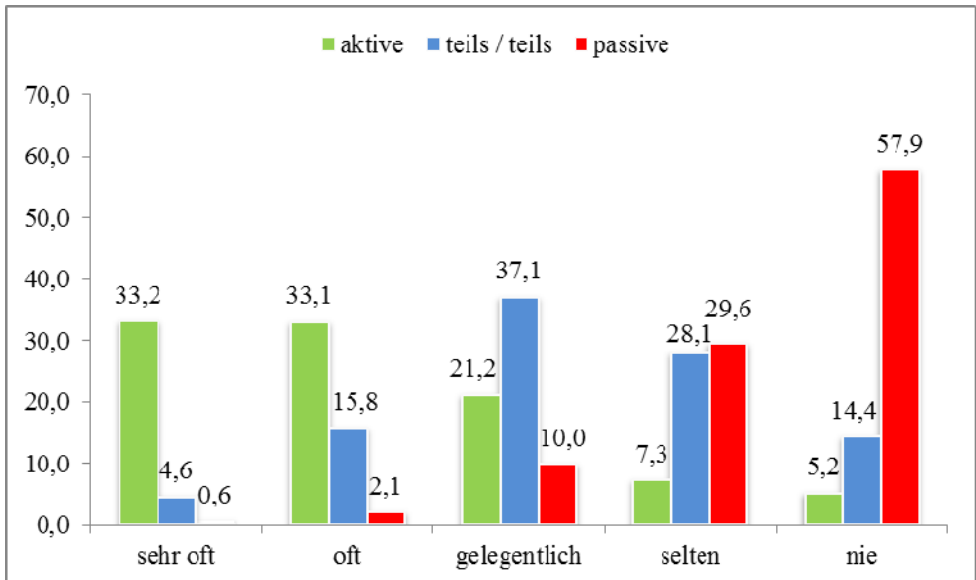
Es zeigt sich, dass nur knapp 20 Prozent sehr oft oder oft an Parteitagen teilnehmen, gelegentlich sind es immerhin noch 17 Prozent. Die große Mehrheit von knapp 63 Prozent nimmt diese Möglichkeit der Mitbestimmung aber

nur selten oder nie wahr. Für politische Parteien sind niedrige Beteiligungsquoten auf Parteitagen aber nicht ungewöhnlich. Im Verhältnis zu den etablierten Parteien stellen 20 Prozent ein eher gutes Ergebnis für die Piratenpartei dar, das aber sicher ausbaufähig ist.

Die Gründe für mangelnde Beteiligung sind unterschiedlich und im Einzelnen nur schwer zu ermitteln. Es gibt aber Faktoren, die sich leicht ausmachen lassen. Darunter mangelnde Zeit, zu hohe Kosten und auch zu weite Entfernungen zu den Versammlungsorten. Sollte es der Piratenpartei gelingen, ihr Konzept eines *dezentralen Parteitags* zu realisieren, ist zu vermuten, dass die Beteiligung an Parteitagen in jedem Fall steigen wird, da außer mangelnder Zeit die anderen Faktoren minimiert und somit kaum noch Beteiligungshürden darstellen würden.

**Abbildung 25: Teilnahmen an Parteitagen nach Aktivitätsgruppen**

Anzahl der Teilnehmer=2.676; Antworten=2.642 (a=614; t/t=431; p=1.597); k.A.=34; Angaben in Prozent.

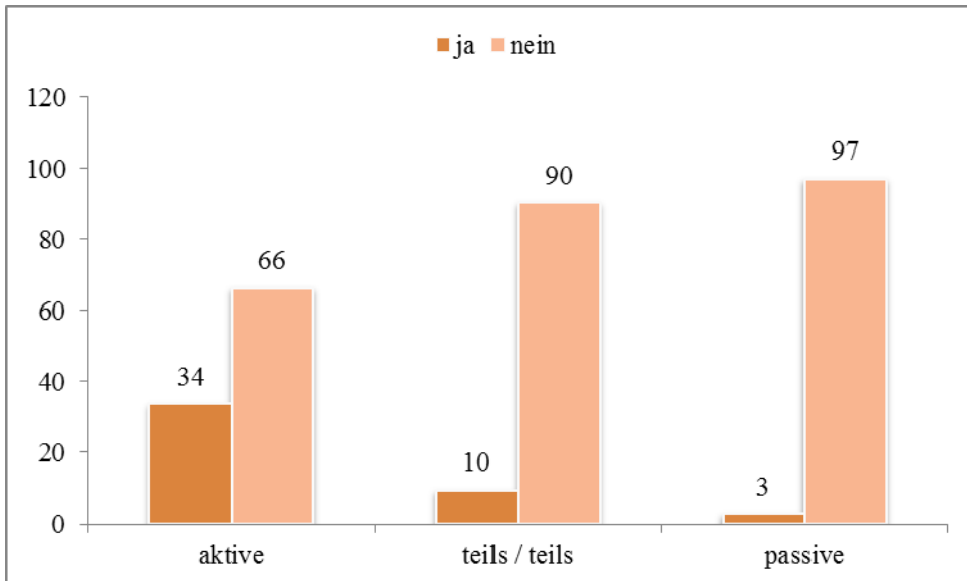


Eine detaillierte Betrachtung bietet in Abbildung 25, Seite 115, eine Statistik der Teilnahmen an Parteitagen nach Aktivitätsgruppen. Die Verteilung entspricht der Erwartung, dass aktive häufiger als passive Mitglieder an Parteitagen teilnehmen. Die Gruppe teils / teils ist kumuliert zu 42,5 Prozent eher selten oder nie vertreten, nimmt aber mit 37 Prozent noch gelegentlich an solchen Veranstaltungen teil, 20,4 Prozent sogar öfter bis sehr oft (vgl. Abbildung 25: S. 115).

Um die Beteiligung für Chemnitz anzugeben, wo die bisher umfangreichste programmatische Weichenstellung für der Piratenpartei stattfand, wurde danach gefragt, welche Parteimitglieder beim programmatischen Parteitag in Chemnitz anwesend waren und an Abstimmungen teilgenommen haben.

**Abbildung 26: Haben Sie beim programmatischen Bundesparteitag der Piratenpartei in Chemnitz an Abstimmungen teilgenommen?**

*Frage Nr. 15; Anzahl der Teilnehmer=2.676; Antworten=2.639 (a=614; t/t=430; p=1.595); k.A.=37; Angaben in Prozent.*



Nach Abbildung 26, Seite 116, waren eindeutig hauptsächlich aktive Mitglieder vertreten (34 Prozent) und zwar elf Mal so viele wie passive und immerhin noch drei Mal so viele wie die Mitglieder der teils / teils Gruppe. Dennoch waren aber 66 Prozent der aktiven Mitglieder nicht anwesend, wenn auch die Abwesenheitszahl für die anderen Gruppen bei 90 Prozent und sogar darüber liegt.

Insgesamt waren nach Angaben der Piratenpartei (Piratenwiki 2011c) 560 akkreditierte Parteimitglieder im November 2010 in Chemnitz anwesend, um das Parteiprogramm durch Anträge zu erweitern. Dies entspricht nur 4,6 Prozent der Mitglieder der Piratenpartei. Vorstands- und andere Wahlen waren für diesen Termin bewusst nicht angesetzt worden, um sich auf die programmatische Arbeit konzentrieren zu können.

Verglichen mit dem vorhergehenden Parteitag im Mai 2010 in Bingen am Rhein, zu dem 1001 akkreditierte Parteimitglieder gekommen waren und in dessen Verlauf außer dem Vorstand noch weitere Ämter zu wählen waren, hat sich also die Zahl der Besucher fast halbiert.

Am Parteitag in Heidenheim an der Brenz im Mai 2011 standen wieder Vorstandswahlen an, die Zahl der akkreditierten Anwesenden stieg wieder leicht auf 783 Mitglieder an.

Dies zeigt, dass (Vorstands-)Wahlen bisher mehr Mitglieder mobilisieren konnten als rein programmatisch-inhaltliche Parteitage. Dies ist umso bemerkenswerter als es im Vorfeld schon beispielsweise umfangreiche Diskussionen um den Antrag *Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe* gab. Dieser Antrag wurde von den Medien oft missverständlich als der Beschluss eines bedingungslosen Grundeinkommens gewertet. Dies trifft aber nicht zu, da der Antrag zwar das Ziel einer existentiellen (bedingungslosen) Grund-

sicherung vor Augen hat, wie es auch in seinem Titel deutlich wird, der Weg dahin aber offen gelassen wurde.

Es lässt sich noch nicht sagen, ob sich die Beteiligung an rein programmatischen Parteitag erhöhen wird, dies kann aber noch dieses Jahr geprüft werden, da auf dem Parteitag in Heidenheim ein Programmparteitag für die zweite Jahreshälfte 2011 beschlossen wurde.

Der nächste Abschnitt geht nun auf die programmatische Entwicklung der Piratenpartei ein und analysiert die diesbezüglichen Ergebnisse der Erhebung.

#### **3.2.5 Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei**

In diesem Abschnitt werte ich Ergebnisse aus, die sich auf die programmatische Entwicklung der Piratenpartei beziehen. Bei diesem Themenbereich haben insgesamt 2.676 Teilnehmer Fragen gesehen und 249 während des ersten Teils abgebrochen, dies entspricht einer Nettobeteiligung von 2.427 Teilnehmern.

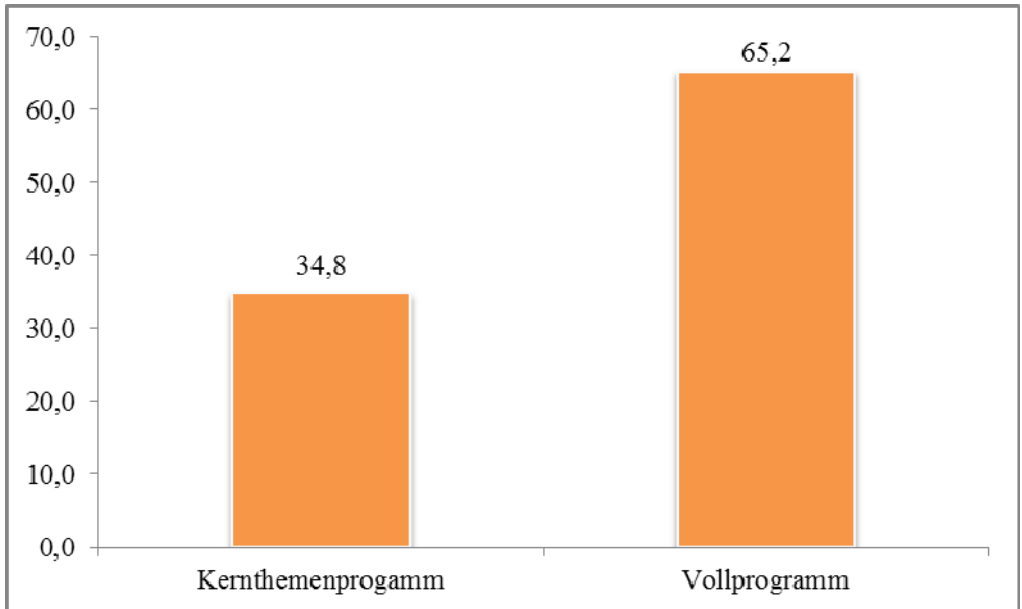
Bei der ersten Frage wollte ich wissen, ob die Parteimitglieder mehrheitlich ein Voll- oder ein Kernthemenprogramm bevorzugen. Dies war auch ein wichtiges Thema auf dem programmatischen Parteitag in Chemnitz gewesen.

Fünf Monate nach Chemnitz zeigt sich, dass ungefähr eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Mitglieder noch immer für ein Vollprogramm ist. Ein Drittel möchte nach wie vor bei den Kernthemen bleiben. Allerdings muss dies differenziert betrachtet werden. So bedeutet es nicht, dass alle, die für das Kernthemenprogramm gestimmt haben, nicht bereit wären, Erweiterungen des Programms vorzunehmen. Genausowenig wären alle anderen dazu bereit, das Programm um jedes beliebige andere Thema zu erweitern. Vielmehr geht es darum den Horizont für künftige neue Themen abzustecken.



**Abbildung 27: Welche Ausrichtung soll das Programm der Piratenpartei Ihrer Meinung nach annehmen?**

*Frage Nr. 16; Anzahl der Teilnehmer=2.427; Antworten=2.389; k.A.=38; Angaben in Prozent.*

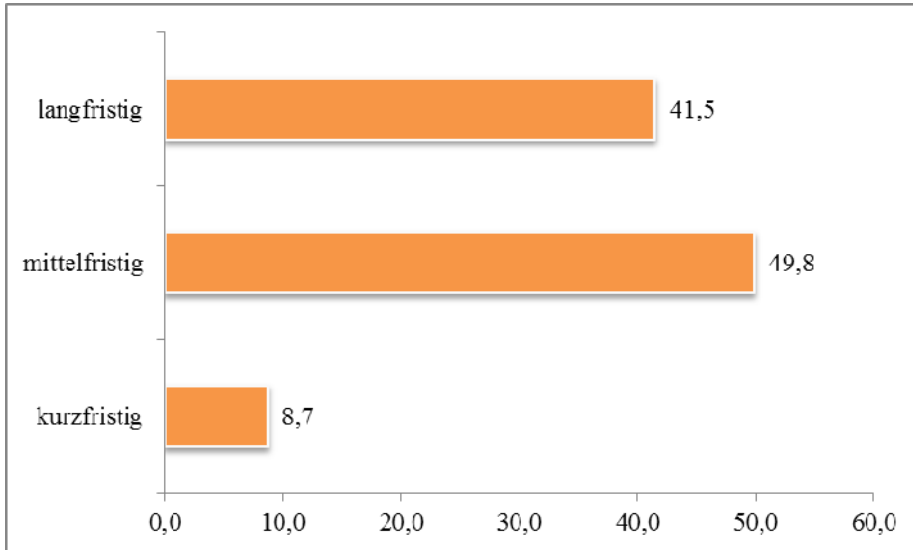


Die Piratenpartei in Schweden blieb beispielsweise unter Falkvinge den Kernthemen verpflichtet und strebte keine Öffnung des Programms an. Dies änderte sich erst jüngst mit der Amtsübernahme durch Anna Troberg, die für eine Öffnung der Piratpartiet steht. In Deutschland soll diese Entwicklung aber nicht kurzfristig stattfinden, wie Abbildung 28 verdeutlicht.

Die große Mehrheit ist für eine mittel- bis langfristige Umsetzung. Dies lässt die Annahme zu, dass diejenigen, die ein Vollprogramm bevorzugen, dabei behutsam vorgehen wollen – die Themen sollen mit der Partei wachsen. Es geht in erster Linie um eine qualitative und nicht um eine quantitative Erweiterung. Dabei haben immerhin noch knapp 10 Prozent den Wunsch, dass ein Vollprogramm kurzfristig umgesetzt wird.

**Abbildung 28: Falls Sie die Ausrichtung auf ein Vollprogramm bevorzugen: Mit welcher Geschwindigkeit soll die Entwicklung auf dieses Programm erfolgen?**

*Frage Nr. 17; Anzahl der Teilnehmer=2.427; Antworten=1.850; k.A.=577; Angaben in Prozent.*



Als zweite Zusatzfrage für all jene, die ein Vollprogramm bevorzugen, wurden die Parteimitglieder gefragt, ob sie sich von einer solchen Erweiterung des Programms eine höhere Akzeptanz bei den Wählern allgemein versprechen. Im Ergebnis gehen 79 Prozent davon aus, dass dies der Fall sein wird, 9 Prozent glauben dies eher nicht und 12 Prozent gaben an dies nicht zu wissen.<sup>85</sup>

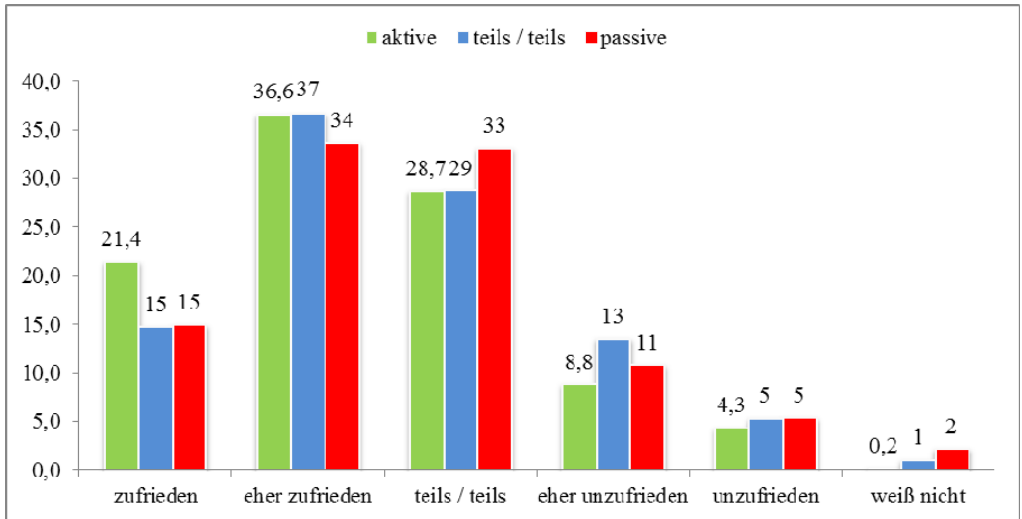
Nachdem ich dargestellt habe, welche Entwicklung das Parteiprogramm nehmen soll, werde ich darauf eingehen, wie es um die programmatische Entwicklung im Detail bestellt ist.

---

<sup>85</sup> Anzahl der Teilnehmer=2.427; Antworten=1.840; k.A.=587.

### Abbildung 29: Wie zufrieden sind Sie bisher mit der programmatischen Entwicklung der Piratenpartei?

Frage Nr. 19; Anzahl der Teilnehmer=2.427; Antworten=2.390 ( $a=579$ ;  $t/t=393$ ;  $p=1.418$ );  $k.A.=33$ ; Angaben in Prozent.



Insgesamt zeigt sich, dass die aktiven Mitglieder am ehesten zufrieden mit der programmatischen Entwicklung ihrer Partei sind, wenn auch sie nur 6,4 Prozent vor den anderen Gruppen in dieser Kategorie liegen. Die meiste Zustimmung gab es für die Antwortoption *eher zufrieden*, hier liegen die Ergebnisse aller Gruppen mit 34 bis 37 Prozent nah beieinander. An nächster Stelle folgt die Option *teils / teils*, bei der die Passiven leicht vorne liegen.

Unzufrieden dagegen waren nur etwa fünf Prozent aller Teilnehmergruppen. *Eher unzufrieden* dagegen schon 9 bis 13 Prozent. Mit *weiß nicht* antworten in Summe nur 3,2 Prozent, wobei erwartungsgemäß die passiven Mitglieder überwiegen.

Daraus schließe ich, dass die meisten Mitglieder zwar weitgehend eher zufrieden mit der bisherigen programmatischen Entwicklung sind, es gibt aber deut-

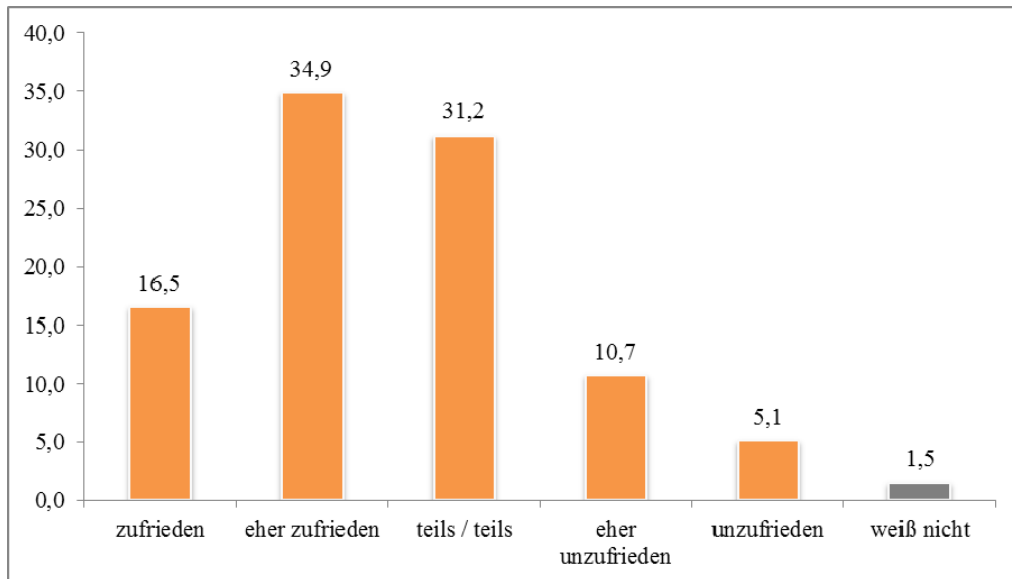
liches Potenzial für Verbesserungen. Welche dies sein könnten, wird später noch die Auswertung der Verbesserungsvorschläge für die programmatische Arbeit der Piratenpartei zeigen.

Deutlich wird aber auch, dass die eher passiven Mitglieder eine ausgeprägte Wahrnehmung der politisch-programmatischen Entwicklung der Partei haben. Das heißt, auch wenn sie sich selbst nur wenig an programmatischer Arbeit beteiligen, haben sie doch klare Vorstellungen darüber, in welche Richtung die Entwicklung der Partei gehen sollte.

Betrachtet man die Gesamtheit aller Teilnehmer, so ergibt sich folgendes Bild.

**Abbildung 30: Zufriedenheit über die programmatische Entwicklung der Piratenpartei gesamt.**

*Anzahl der Teilnehmer=2.427; Antworten=2.394; k.A.=33; Angaben in Prozent.*

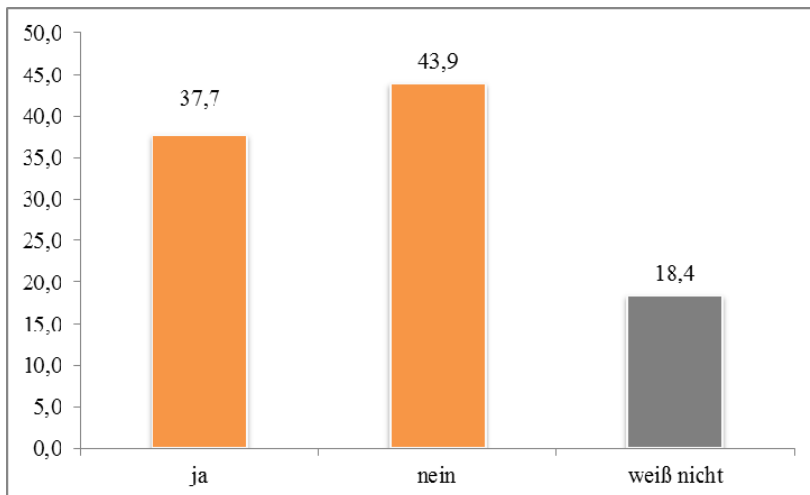


Zusammengefasst sind also 51,4 Prozent eher zufrieden oder zufrieden mit der bisherigen Entwicklung. 31,2 Prozent tendieren mal zu mehr mal zu weniger Zufriedenheit und 15,8 Prozent sind eher unzufrieden oder unzufrieden. 1,5 Prozent geben an, dies nicht zu wissen bzw. einschätzen zu können.

Um dies noch etwas näher zu untersuchen, habe ich danach gefragt, ob in der Piratenpartei bisher *zu wenig* programmatische Entwicklung stattgefunden hat. Dabei zeigt sich die Partei gespalten (vgl. Abbildung 31: S. 123). 43,9 Prozent sind der der Ansicht, dass *nicht zu wenig* programmatische Entwicklung stattgefunden hat. Dagegen sind 37,7 Prozent der Ansicht, dass es *zu wenig* Entwicklung gegeben habe. 18,4 Prozent konnten oder wollten keine genaue Angabe machen. Welche Gründe diese Verteilung haben könnte, lässt sich im Detail nur schwer sagen und wird später bei den Ergebnissen der offenen Frage zu den Verbesserungsvorschlägen für die programmatische Arbeit noch am ehesten deutlich.

**Abbildung 31: Finden Sie, dass innerhalb der Piratenpartei bisher zu wenig programmatische Entwicklung stattgefunden hat?**

*Frage Nr. 20; Anzahl der Teilnehmer=2.427; Antworten=2.371; k.A.=56; Angaben in Prozent.*



Bei der separaten Untersuchung der *weiß nicht* Kategorie auf gruppierter Ebene ergibt sich, dass in etwa 3,6 mal so viele Passive, dies entspricht 342 Nennungen von insgesamt 436 (über alle Gruppen), diese Antwortoption gewählt haben. Passive Mitglieder können also eindeutig weniger einschätzen, ob viel oder wenig Entwicklung stattgefunden hat. Mit großer Sicherheit wurde diese Antwortmöglichkeit deshalb von vielen passiven Mitgliedern gewählt, weil sie schlichtweg an der programmatischen Entwicklung in Arbeitsgruppen und dergleichen nicht teilnehmen bzw. die Entwicklung im Detail nicht verfolgen.

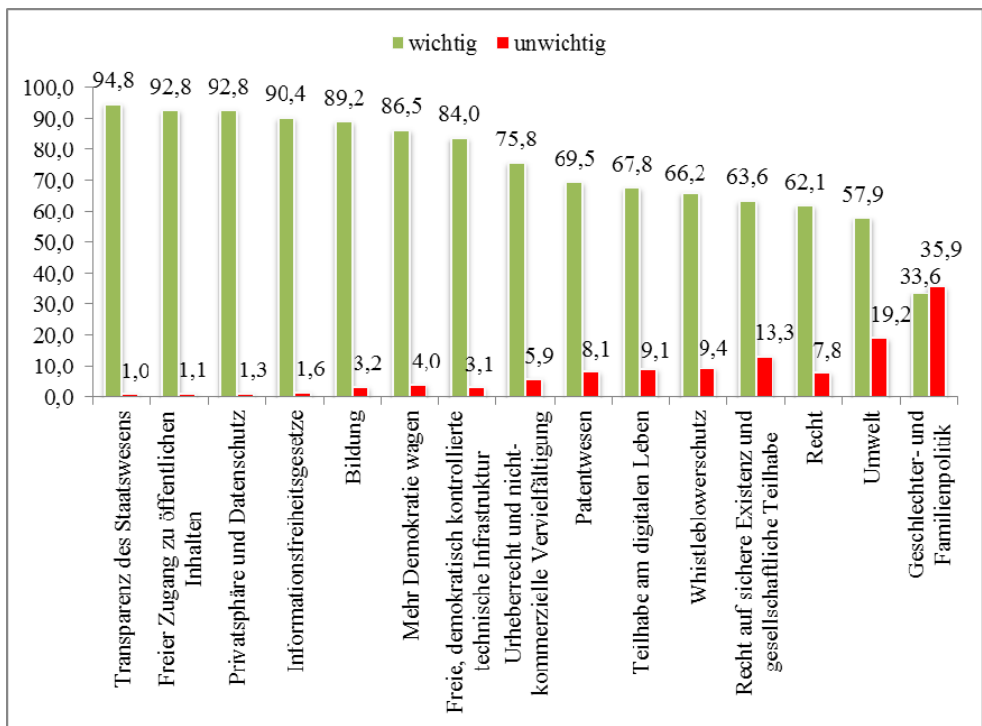
Im Anschluss an die Fragen zur Entwicklung des Programms wollte ich wissen, *welche* Themen den Piraten eigentlich *wie* wichtig sind. Möglich waren dabei die Antwortoptionen *wichtig, eher wichtig, teils / teils, eher unwichtig, unwichtig und weiß nicht*. Aus Gründen der Übersichtlichkeit stelle ich in Abbildung 32, Seite 125, nur die gruppierten Antworten *wichtig* und *unwichtig* dar, da das Diagramm sonst kaum lesbar wäre. Die Gruppe *wichtig* beinhaltet dabei die Antwortmöglichkeit *eher wichtig* und die andere Gruppe die Option *eher unwichtig*. Im Text erfolgen aber zusätzlich prozentuale Angaben zu den anderen Angaben.

Die als am wichtigsten bewerteten thematischen Schwerpunkte sind *Transparenz des Staatswesens* (94,8 Prozent), *Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten* (92,8 Prozent), *Privatsphäre und Datenschutz* (92,8), *Informationsfreiheitsgesetze* (90,4 Prozent) und *Bildung* (89,2 Prozent). Weiterhin sind noch *Mehr Demokratie wagen* (86,5 Prozent) und *Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur* (84 Prozent) zu nennen, da sie prozentual noch im oberen Bereich zu über 80 Prozent vertreten sind. Darin bestätigt sich, dass die Mitglieder die Kernthemen der Piratenpartei als am wichtigsten empfinden, wenn auch die Reformation des Urheberrechts (75,8 Prozent) und des Patentwesens im Verhältnis mit den oben genannten eher etwas geringer (mit bis zu 19 Pro-

zent weniger Nennungen) ausgefallen sind. Eindeutig ist dabei auch, dass die klassischen Themen durchweg wichtiger bewertet wurden, als die neueren Programmbestandteile wie beispielsweise *Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe*, Umwelt, Whistleblowerschutz und weitere.

### Abbildung 32: Wie wichtig sind Ihnen folgende programmatische Schwerpunkte?

Frage Nr. 21; Anzahl der Teilnehmer=2.427; Antworten (arith. Mittel)=1.983; k.A. (arith. Mittel)=50; Angaben gruppiert und in Prozent.



Als am wenigsten wichtig wurden *Geschlechter- und Familienpolitik* (35,9 Prozent), *Umwelt* (19,1 Prozent) und *Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe* bewertet. Dies ist möglicherweise ein Indiz dafür, dass die neueren Themen noch nicht richtig in der Partei angekommen, bzw. etabliert sind. Mög-

licherweise besteht dadurch auch noch einige Unklarheit über deren Stellung gegenüber den Kernthemen. Weiterhin ist anzunehmen, dass die Befürworter eines Kernthemenprogramms den drei hier genannten Antwortmöglichkeiten am ehesten eine geringe oder keine Relevanz zugesprochen haben.

Eine genaue Analyse dieses Verhältnisses<sup>86</sup> zeigt aber, dass diese Hypothese sich nur teilweise bestätigen lässt. Zwar ist die Anzahl derjenigen, die Geschlechter- und Familienpolitik als *unwichtig* oder *eher unwichtig* bewerten, auf Seiten der Kernthemenprogramm Befürworter deutlich höher, allerdings kann bei der anderen Gruppe keinesfalls von einer eindeutigen Zustimmung gesprochen werden, es hält sich also eher die Waage. Weiterhin hat hier die Antwortmöglichkeit *teils / teils* mit Abstand den höchsten Zuspruch erhalten.

Für die anderen beiden Themenschwerpunkte gilt, dass sich in beiden Gruppen eher eine Einstufung als *wichtig* oder *eher wichtig* beobachten lässt, aber diese auf Seiten der Vollprogrammbefürworter immer einen merklich höheren Ausschlag hat.

Für die Option *teils / teils* ergibt sich insgesamt die Rangfolge *Geschlechter- und Familienpolitik* (28,8 Prozent), *Recht* (24,5 Prozent), *Teilhabe am digitalen Leben* (22,5 Prozent), *Umwelt* (22,2 Prozent) und *Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe* (22,1 Prozent), um die fünf Häufigsten zu nennen. Dies interpretiere ich dahingehend, dass vielen Parteimitgliedern gewisse Aspekte dieser Themen wichtig sind, die Themenschwerpunkte an sich aber hinter anderen zurückfallen.

---

<sup>86</sup> Ich habe dabei alle Parteimitglieder, die bei Frage 16 (Abbildung 27: S. 95) das *Kernthemenprogramm* genannt haben, ausgewählt und mit dieser Fragestellung abgeglichen. Anschließend habe ich das Gleiche für diejenigen die für ein *Vollprogramm* sind, durchgeführt.



Mit *weiß nicht* haben im Durchschnitt 1,3 Prozent der Teilnehmer geantwortet. Die Mitglieder haben also klare Vorstellung vom Parteiprogramm und sind sich nur in den wenigsten Fällen über programmatische Fragen im Unklaren.

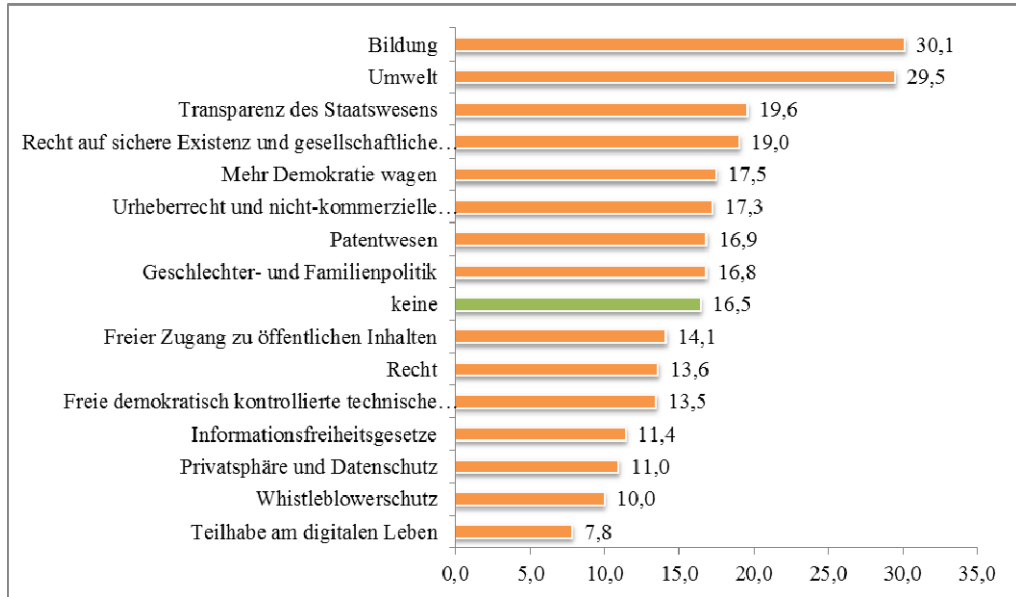
Im Zusammenhang mit der Frage nach der Wichtigkeit der programmatischen Themenbereiche des Programms habe ich auch danach gefragt, welche der Schwerpunkte bisher am wenigsten entwickelt wurden. Dabei wurden hauptsächlich *Bildung* und *Umwelt* genannt (vgl. Abbildung 33: S. 128). Dies überrascht auch nicht, da das Thema Umwelt mit als eines der unwichtigsten Themen gewertet wurde. Vielleicht ist dies zum Teil so zu verstehen, dass die aktuelle programmatische Lage des Themas innerhalb der Partei als noch nicht genug ausgearbeitet wirkt. Denn es gibt zwar grundsätzliche Positionen und einige Forderungen, von einem breiten Bildungs- bzw. Umweltpolitikprogramm ist die Partei aber noch ein gutes Stück entfernt.

Obwohl 51,4 Prozent der Parteimitglieder eher zufrieden oder zufrieden mit der programmatischen Entwicklung der Partei sind und 43,9 Prozent angaben, dass es bisher *nicht* zu wenig programmatische Entwicklung in der Partei gegeben hat, haben bei dieser Frage aber vergleichsweise nur 16,5 Prozent angegeben, dass keine der genannten Schwerpunkte bisher zu wenig entwickelt wurden.

Entwicklungspotenzial wurde vor allem bei den Schwerpunkten *Bildung* (30,1 Prozent) und *Umwelt* (29,5 Prozent) gesehen. Transparenz des Staatswesens, ein Schwerpunkt der bei Frage Nummer 21 mit 94,8 Prozent als am wichtigsten eingestuft wurde, steht dabei an dritter Stelle mit 19,6 Prozent. Es lässt sich also eine Differenz zwischen der Zufriedenheit mit der bisherigen programmatischen Entwicklung in der Piratenpartei und den konkreten Entwicklungspotenzialen der einzelnen Themenbereiche feststellen. Auch eher zufriedene oder zufriedene Mitglieder sehen also hier also Handlungsbedarf.

### Abbildung 33: Welche dieser Schwerpunkte wurden bisher innerhalb der Piratenpartei zu wenig entwickelt?

Frage Nr. 22; Anzahl der Teilnehmer=2.427; Mehrfachnennung war möglich; Angaben in Prozent.

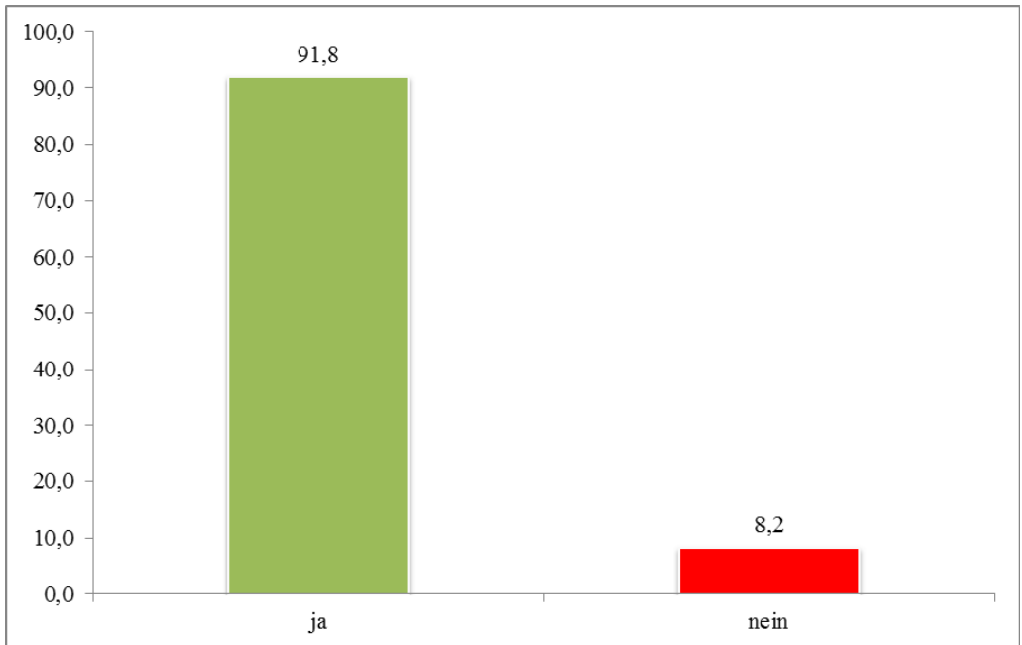


Bei der Frage Nummer 23 wurden die Parteimitglieder gebeten, fünf Themenbereiche zu nennen, die die Piratenpartei in ihr Parteiprogramm aufnehmen sollte. Dabei wurden in Reihenfolge der Häufigkeit der Nennungen Wirtschaftspolitik, Finanz- und Steuerpolitik, Verkehrspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Energie- und Umweltpolitik genannt.

Nachdem ich nun die Fragen zur allgemeinen programmatischen Entwicklung der Piratenpartei ausgewertet habe, wende ich mich der Ebene der konkreten programmatischen Arbeit der Parteimitglieder zu. Dabei wollte zunächst einmal wissen, ob das Internet tatsächlich einen Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche programmatische Arbeit darstellt.

**Abbildung 34: Finden Sie, dass das Internet ein Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Programmarbeit innerhalb der Piratenpartei ist?**

*Frage Nr. 24; Anzahl der Teilnehmer=2.427; Antworten=2.360; k.A.=67; Angaben in Prozent.*



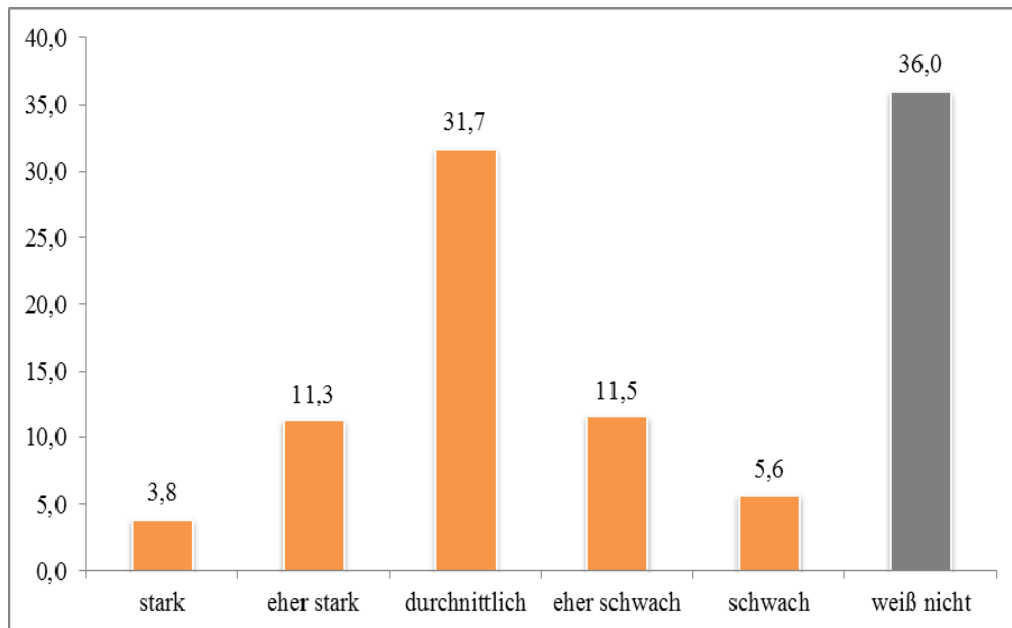
Die Ergebnisse zeigen, dass dem Internet eindeutig eine Schlüsselrolle bei der thematischen bzw. programmatischen Arbeit in der Piratenpartei zukommt. Auch wenn dies vielleicht nicht überrascht, da die Piratenpartei für ihr Online-Engagement bekannt ist, war es doch wichtig danach zu fragen, ob die Mitglieder diese Ansicht teilen. Denn nur weil das Internet genutzt werden kann und wird, heißt dies nicht zwingend, dass es sich auch im politischen Alltag, also bei der politisch-programmatischen Arbeit der Piratenpartei bewährt hat. Die Untersuchung der Ergebnisse der offenen Fragen weist zudem oft darauf hin, dass mehr persönliche (Arbeits-)Treffen gewünscht werden. Häufig ver-

sprechen sich die Teilnehmer davon ein effizienteres Arbeiten und weniger zwischenmenschliche Konflikte.

Um eine Einschätzung darüber zu gewinnen, wie formal die Mitglieder den Weg von der Erstellung eines Antrags, also dem Ausdruck des Ergebnisses einer programmatisch-inhaltlicher Arbeit, bis zu dessen Behandlung durch ein Gremium empfinden, ließ ich die Teilnehmer eine Einschätzung vornehmen. Dabei konnten sie abgestuft von *stark* bis *schwach* oder *weiß nicht* auswählen.

#### **Abbildung 35: Wie stark formalisiert empfinden Sie den Weg von der Erstellung eines Antrags bis zu dessen Behandlung im jeweiligen Gremium insgesamt?**

*Frage Nr. 25; Anzahl der Teilnehmer=2.427; Antworten=2.341; k.A.=86; Angaben in Prozent.*



Die meisten Parteimitglieder geben an, einen eher durchschnittlichen Grad an Formalisierung wahrzunehmen. Das heißt, weder zu stark noch zu schwach.

Es gibt demnach genug Regularien, um eine gewisse Qualität bei Anträgen sicherzustellen, aber gleichermaßen sind sie nicht zu ausufernd und behindern so nicht das Einreichen von Anträgen.

Auf die anderen Antwortmöglichkeiten verteilen sich die Angaben relativ gleichmäßig, wobei die Option *weiß nicht* mit 36 Prozent viele Mitglieder auf sich vereint. Betrachtet man dies auf gruppierter Ebene, zeigt sich eindeutig, dass die eher passiven Mitglieder diese am meisten gewählt haben ( $a=9,4$ ;  $t/t=20,5$ ;  $p=51,3$  Prozent). Dies liegt nahe, da Anträge zum größten Teil von aktiven Mitgliedern eingereicht/eingbracht werden, wie Abbildung 39 (Seite 137) deutlich macht.

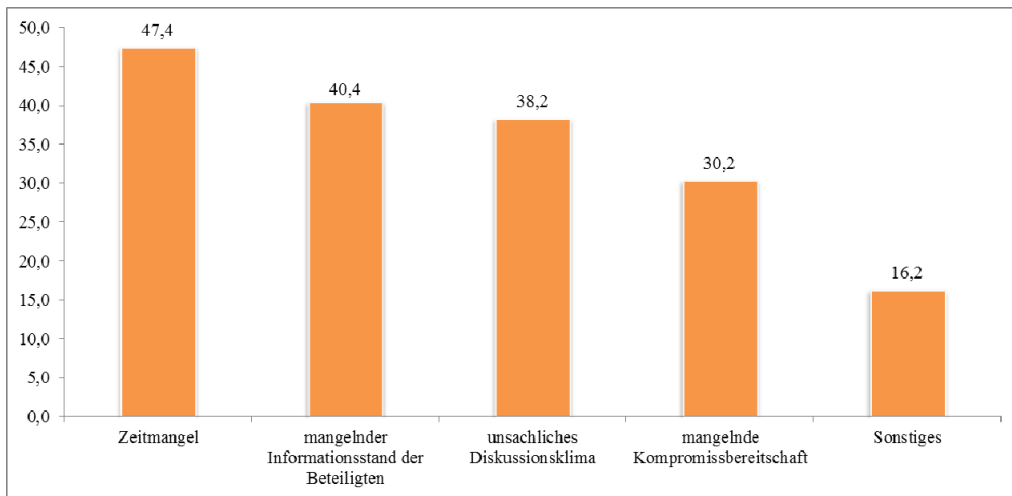
Neben den formalen Anforderungen, die bei der programmatischen Arbeit innerhalb der PP zu bewältigen sind, ist es wichtig zu wissen, welche Aspekte eine Mitarbeit an der Ausgestaltung des Programms erschweren. Hierzu hatte ich eine Auswahl an Störfaktoren genannt, bei der eine Mehrfachnennung möglich war.

Zeitmangel stellt dabei das größte Hindernis dar, aber auch ein mangelnder Informationsstand der Beteiligten sowie ein unsachliches Diskussionsklima erschweren die programmatische Arbeit primär. Mangelnde Kompromissbereitschaft wurde nicht ganz so häufig genannt, stellt aber in jedem Fall auch ein Problem dar. Anzunehmen ist, dass ein zu geringer Informationsstand eine Folge mangelnder Zeit ist, genauso wie ein unsachliches Diskussionsklima durch mangelnde Kompromissbereitschaft geprägt sein kann, wobei sich dies gegenseitig beeinflussen kann. Auch ein Mangel an Experten in gewissen Themenbereichen kann hier mit ins Gewicht fallen. Möglicherweise könnte also eine Verminderung des Aufwands durch eine zeitsparende Strukturierung der Prozesse oder aber durch die Einbeziehung von Experten positiv auf die

anderen Faktoren einwirken. So könnte beispielsweise ein Teil des programmatischen Aufwands in Expertenarbeitsgruppen verlegt werden, die aufgrund ihres Wissensstands zum jeweiligen Thema einen geringeren (zeitlichen und informationellen) Aufwand bei der Bearbeitung der Thematik haben. Dies käme aber gewisser Weise einer Delegation der thematischen Arbeit gleich, von der angenommen werden kann, dass sich diese innerhalb der Partei erstmal durchsetzen müsste, da dies der basisdemokratischen Grundeinstellung der Piraten zuwiderlaufen könnte.

**Abbildung 36: Welche der folgenden Aspekte erschweren Ihrer Meinung nach am häufigsten die programmatische Arbeit innerhalb der Piratenpartei?**

*Frage Nr. 26; Anzahl der Teilnehmer=2.427; Mehrfachnennung war möglich; Angaben in Prozent.*



Bisher gab es aber schon zu verschiedenen Anlässen *Antragskommissionen*, die für die formale Aufarbeitung und Sortierung der Anträge zuständig waren. Dazu muss aber gesagt werden, dass dies nicht immer positiv aufgenommen wurde. Solche Kommissionen sind daher noch kein fest etabliertes Gremium

innerhalb der Partei, sondern immer wieder Diskussionsgegenstand, wenn auch sie beispielsweise schon mehrfach bei Bundesparteitagen und auf niedriger Ebene eingesetzt wurden.

Unter *Sonstiges* (16,2 Prozent) wurden die folgenden Erschwernisse in Reihenfolge ihrer Nennung angegeben: Zu viele verschiedene Kommunikationswerkzeuge und Kommunikationswege, zu wenig aktive Beteiligung, zu viele Diskussionen, zu wenig Kompromissbereitschaft und gegenseitiger Respekt sowie zu wenig Zeit.

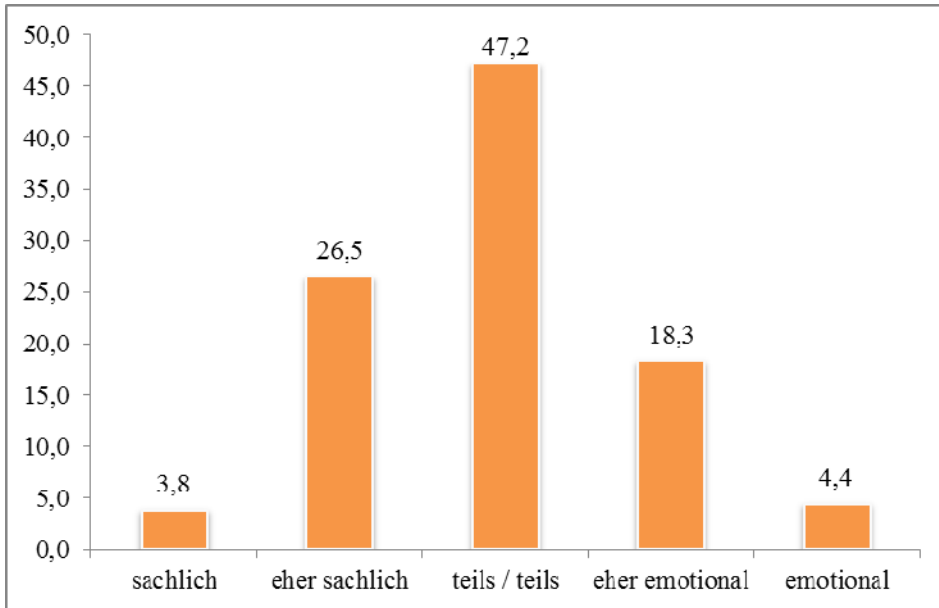
Nachdem die erschwerenden Aspekte bei der programmatischen Arbeit eingeschätzt wurden, sollten die Teilnehmer bei der Anschlussfrage (Nummer 27) bis zu fünf Verbesserungsvorschläge nennen. Dabei wurden die folgenden Vorschläge in Reihenfolge der Häufigkeit ihrer Nennung gemacht: Verbesserung der Organisation, der Strukturen und der Führung, eine bessere parteiinterne Informationspolitik und bessere Kommunikationsstrukturen, mehr Experten rekrutieren, die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise verbessern und deutlicher strukturieren sowie die AGs untereinander und auch nach außen hin stärker vernetzen.

Bei Frage Nummer 26 (vgl. Abbildung 36: S. 132) wurde ein *unsachliches Diskussionsklima* mit 38,2 Prozent als eines der Erschwernisse bei der programmatischen Arbeit genannt. Daher wollte ich wissen, wie die Parteimitglieder die Diskussionskultur bei programmatischen Debatten beurteilen.

Zusammengefasst beurteilen die Parteimitglieder die Diskussionskultur zu 30,3 Prozent als *eher sachlich* oder *sachlich*, dagegen nehmen 22,7 Prozent eine *eher emotionale* oder *emotionale* Kultur wahr. Im diesem Verhältnis gibt es also eine leichte Tendenz zu einer Beurteilung der Kultur als *sachlich*.

**Abbildung 37: Wie beurteilen Sie die Diskussionskultur bei programmatischen Debatten insgesamt?**

Frage Nr. 28; Anzahl der Teilnehmer=2.427; Antworten=2.125; k.A.=302; Angaben in Prozent.



Fast 50 Prozent sind der Ansicht, dass dies von Fall zu Fall verschieden oder aber vom Gegenstand der Debatte abhängig ist. Dies ist insofern nachvollziehbar, als eine Debatte, beispielsweise um eine Einschränkung des Datenschutzes, eher emotionale Reaktionen hervorrufen dürfte, als eine Grundsatzdiskussion über Änderungen der Schiedsgerichtsordnung.

Bei einer Analyse des Verhältnisses nur derjenigen, die bei Frage Nummer 26 ein *unsachliches Diskussionsklima* genannt haben, zeigt sich allerdings, dass diese bei Frage Nummer 28 mehrheitlich *sachlich* oder aber *teils / teils* ange-



geben haben.<sup>87</sup> Was ein Indiz dafür sein könnte, dass zwar bei der konkreten Arbeit an einem Antrag oder bei der Erarbeitung einer Position ein unsachliches Klima als hinderlich empfunden wird, dieses aber bei allgemeinen programmatischen Debatten variiert und zur Sachlichkeit hin tendiert. Möglicherweise liegt dies darin begründet, dass es bei allgemeinen programmatischen Debatten zunächst um ein Aushandeln von Positionen bzw. um einen Meinungsaustausch geht und konkrete Antrags- oder etwaige andere Arbeit nicht unbedingt konkret davon betroffen ist. Dies könnte eine unterschiedliche Wahrnehmung bei dieser Frage zumindest beeinflusst haben.

Bei der nächsten Frage sollten die Teilnehmer fünf Vorschläge für eine Verbesserung der Diskussionskultur in der Piratenpartei nennen. Dabei wurden in Reihenfolge der Häufigkeit der Nennungen angegeben: Moderation der verschiedenen Kommunikationskanäle, mehr Sachlichkeit statt Emotion innerhalb der Diskussionen, mehr persönliche bzw. Real-Life-Treffen, Einführung von Kommunikationsregeln (Verhaltenscodex bzw. Netiquette) und ein stärkeres Vorgehen gegen „Trolle“.

Nachdem die Ergebnisse zur Diskussionskultur vorgestellt wurden, stellt sich nun die Frage, wer sich überhaupt an programmatischer Arbeit beteiligt und wie die Teilnahmemöglichkeiten beurteilt werden. An erster Stelle steht dabei die Frage, ob überhaupt eine unkomplizierte Beteiligung an der programmatischen Arbeit möglich ist.

Dabei gaben 61,2 Prozent an, dass eine unkomplizierte Beteiligung *möglich* oder *eher möglich* ist. 15,9 Prozent sind der Ansicht, dass dies eher nicht oder nicht der Fall ist. 22,9 Prozent haben die Erfahrung gemacht, dass es eher auf

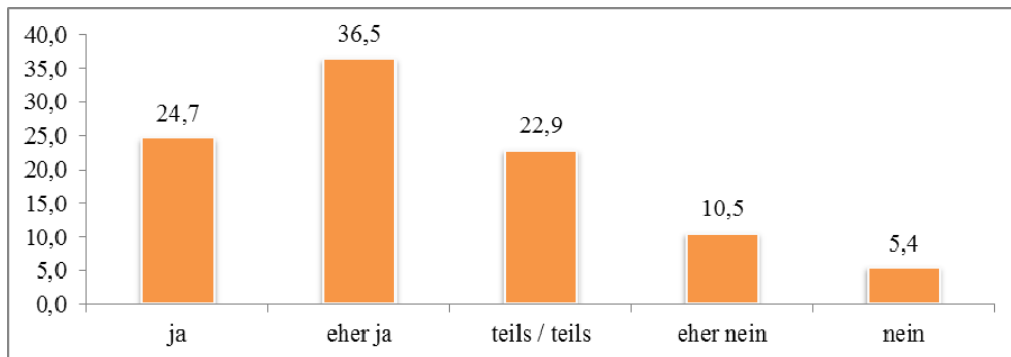
---

<sup>87</sup> In der Differenz sind das 551 Nennungen gegenüber 353 Nennungen für *eher emotional* und *emotional*.

die Umstände ankommt, in denen man sich beteiligen möchte. Die Mehrheit findet es aber unproblematisch sich zu beteiligen (vgl. Abbildung 38: S. 136).

**Abbildung 38: Können Sie sich unkompliziert an der programmatischen Arbeit innerhalb der Piratenpartei beteiligen?**

Frage Nr. 30; Anzahl der Teilnehmer=2.353; Antworten=2.167; k.A.=186; Angaben in Prozent.



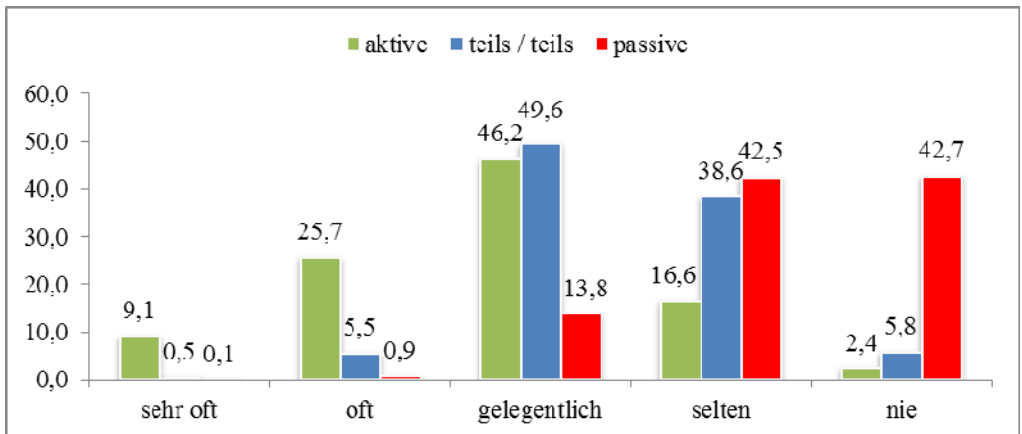
Das Ergebnis bei der Frage nach der Häufigkeit der Beteiligung entspricht dabei der Vermutung, dass die Gruppe der Aktiven sich am intensivsten einbringt (9,1 *sehr oft* und 25,7 Prozent *oft*) und die Gruppe der Passiven am wenigsten (42,5 *selten* und 42,7 Prozent *nie*). Der größte Teil der Aktiven bringt sich aber nur gelegentlich ein (46,2 Prozent), die Passiven immerhin noch mit 13,8 Prozent gelegentlich und ein geringer Teil auch oft (0,9 Prozent).

Die Gruppe teils / teils beteiligt sich mehrheitlich oft (5,5 Prozent) oder gelegentlich (49,6 Prozent), allerdings nehmen nur geringfügig weniger Mitglieder dieser Gruppe selten (38,6 Prozent) oder nie (5,8) an der programmatischen Arbeit teil. Die Aktiven dominieren die Kategorie *sehr oft*, wenn auch sie nur mit knapp 10 Prozent in diesem Bereich vertreten sind. Gegenüber 0,5 Prozent für die Gruppe teils / teils und 0,1 Prozent bei den Passiven, ist aber offen-

sichtlich, dass die intensivste Mitarbeit eindeutig von dieser Gruppe geleistet wird (vgl. Abbildung 39: S. 137).

### Abbildung 39: Wie häufig beteiligen Sie sich an der programmatischen Arbeit innerhalb der Piratenpartei?

Frage Nr. 31; Anzahl der Teilnehmer=2.353; Antworten=2.301 ( $a=573$ ;  $t/t=381$ ;  $p=1.347$ );  $k.A.=52$ ; Angaben in Prozent.



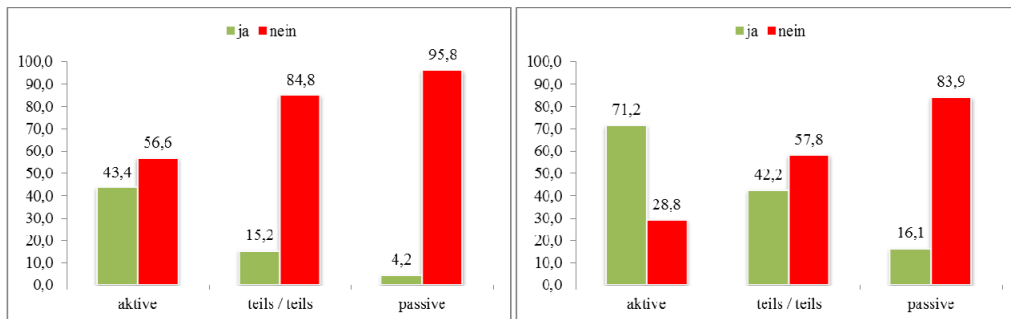
Da programmatische Arbeit durch unterschiedliche Tätigkeiten geleistet werden kann, habe ich speziell danach gefragt, ob die Parteimitglieder schon mal einen Antrag selbstständig erarbeitet und eingebracht oder aber bei einem Antrag mitgearbeitet haben, der dann auch eingebracht wurde. Die Frage nach den Anträgen ist deshalb so wichtig, weil programmatische Arbeit *nur* durch diese Form Eingang in das Parteiprogramm bzw. in die jeweiligen Wahlprogramme finden kann. Offizielle kollektive Positionen der Piratenpartei kommen ausschließlich auf diesem Weg zustande.

Es ist evident, dass aktive Parteimitglieder die meisten Anträge selbstständig erstellen und zur Abstimmung einreichen. Allerdings tun dies weniger als die Hälfte aller Aktiven (43,4 Prozent). Für die Gruppe teils / teils sind es 15,2 Prozent und bei den Passiven nur noch 4,2 Prozent (Darstellung links). Es

ist dabei denkbar, dass aktive Mitglieder, die ihrem Engagement nach mehr in das Geschehen eingebunden sind als andere Mitglieder, häufiger mit politisch-programmatischen Arbeitsgruppen in Kontakt kommen. Dies wäre unter anderem eine denkbare Erklärung dafür, dass sie häufiger die Initiative ergreifen einen Antrag auszuarbeiten. Andererseits wäre es auch möglich, dass Mitglieder, die vor Eintritt in die Piratenpartei schon politisch aktiv waren, aufgrund ihrer Erfahrung vermehrt dazu neigen, Anträge zu erarbeiten und sich so politisch einzubringen. Prinzipiell ist es jedem Parteimitglied aber gleichermaßen möglich, einen Antrag zu konzipieren und einzubringen. Es ist dafür kein Unterstützerquorum nötig.

**Abbildung 40: Haben Sie schon einmal einen Antrag selbstständig erstellt oder bei an einem Eintrag mitgearbeitet, der eingebracht wurde?**

Fragen Nr. 32 und 33; Anzahl der Teilnehmer=2.353; für 32 (links; selbst erstellt): Antworten=2.276 (a=565; t/t=375; p=1.336); k.A.=77; für 33 (rechts; mitgearbeitet): Antworten=2.294 (a=573; t/t=379; p=1.342); k.A.=59; Angaben in Prozent.



Die Behandlung eines Antrags, zum Beispiel auf einem Bundesparteitag, hängt in erster Linie nämlich davon ab, zu welcher Zeit der Antrag behandelt wird, genauer gesagt, welche Position er auf der Tagesordnung einnimmt. Hierzu gibt es verschiedene Verfahren, ein allgemeines Interesse vor Beginn

der Mitgliederversammlung festzustellen<sup>88</sup>. Dessen Ergebnis kann dann auf dem Parteitag zur Abstimmung gestellt, aber auch verändert werden (beispielsweise durch Geschäftsordnungsanträge). Da dies aber extrem zeitaufwendig werden kann, ist es häufig der Fall, dass der Vorschlag mit geringfügigen Änderungen oder angenommen wird.

Betrachtet man die rechtsstehende Grafik, lässt sich sofort erkennen, dass die *Mitarbeit* bei Anträgen deutlicher höher ist, als die selbstständige Erarbeitung. Zwar dominieren auch hier eindeutig die aktiven Parteimitglieder mit 71,2 Prozent (dies entspricht einer Steigerung um 28 Prozent), aber die Gruppe *teils / teils* ist mit 42,2 Prozent auch stark und sogar um 27 Prozent höher als bei Frage 32 vertreten. Besonders die Beteiligung der passiven Mitglieder steigt hier im Verhältnis deutlich (16,1 Prozent) und ist viermal so hoch wie in der linken Grafik.

Eine Mitarbeit beziehungsweise Beteiligung bei der Erstellung eines Antrags ist also wesentlich wahrscheinlicher, als eine selbstständige Erarbeitung. Dies ist aber keinesfalls negativ zu deuten, da gerade die Kooperation von Parteimitgliedern bei der Antragserstellung dazu führt, dass dieser auf einem breiten Konzeptionshintergrund entstehen kann, in den viele unterschiedliche Perspektiven und Ideen einfließen können.

---

<sup>88</sup> Dies wurde zum Beispiel für den letzten Bundesparteitag in Heidenheim (Mai 2011) über eine Software namens *Liquidizer* realisiert, in der alle Parteimitglieder die vorliegenden Anträge nach eigener Präferenz anordnen konnten. Aus den Einzelpräferenzen bestimmte die Software dann die Gesamtreihenfolge. Da das System aber einem digitalen Angriff zum Opfer fiel, wurde auf dem Bundesparteitag beschlossen, die Tagesordnung neu abzustimmen, da nicht sichergestellt werden konnte, welche Daten manipuliert wurden.

Dies führt zu der Frage, ob die Parteimitglieder der Ansicht sind, dass sie durch ihre programmatische Arbeit auch wirklich einen starken Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können.

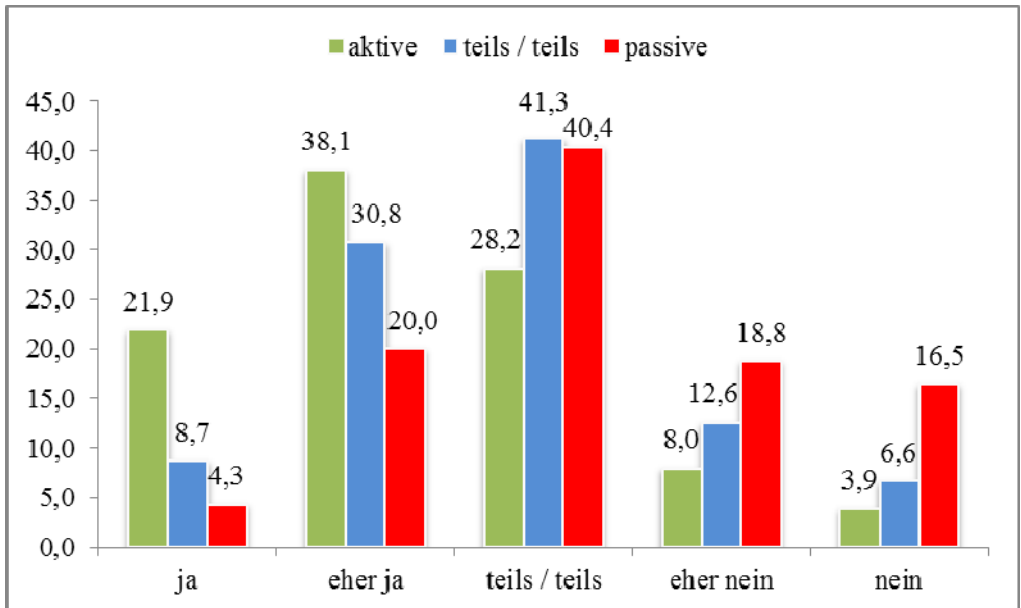
Hierbei zeigt sich, dass aktive Mitglieder eher davon überzeugt sind, dass sie durch ihre Arbeit Einfluss nehmen können. 21,9 sind sich sicher, dass sie Einfluss auf politische Entscheidungen in ihrer Partei ausüben und 38,1 Prozent sind sich eher, aber nicht hundertprozentig sicher. Das heißt, dass 60 Prozent der aktiven Mitglieder von ihrer Einflussnahme überzeugt sind (vgl. Abbildung 41: S. 141). Diese positive Selbsteinschätzung ist zum Teil vermutlich damit verbunden, dass aktive Mitglieder meist häufig innerhalb der Partei kommunizieren und oft bei wichtigen Veranstaltungen vor Ort sind. So erhalten sie das Feedback ihrer programmatischen Arbeit oft aus erster Hand und glauben vielleicht, besonders stark Einfluss nehmen zu können. Weiterhin kann auch der häufige Kontakt zu Entscheidungsträgern, den eigenen programmatischen Einfluss erhöhen.

Für die Gruppe *teils / teils* ergibt sich ein durchwachsenes Bild, welches aber eher zu einer positiven Einschätzung tendiert. 41,3 Prozent sind der Auffassung, dass nicht immer ein starker Einfluss gegeben ist, aber fast genauso viele (39,5 Prozent) sind der Ansicht, dass ein solcher Einfluss vorhanden ist. Gering wird die Einflussnahme von 19,2 Prozent der Befragten eingeschätzt.

Die passiven Mitglieder sind zu 24,3 Prozent der Ansicht, dass ihre programmatische Arbeit einen eher starken oder starken Einfluss ausübt. 40,4 Prozent halten dies für situationsabhängig und 35,3 Prozent glauben eher nicht, dass sie einen wahrnehmbaren Einfluss auf politische Entscheidungen innerhalb der Partei haben.

### Abbildung 41: Haben Sie das Gefühl, einen starken Einfluss auf politische Entscheidungen durch Ihre programmatische Arbeit nehmen zu können?

Frage Nr. 34; Anzahl der Teilnehmer=2.353; Antworten=1.450 (a=515; t/t=286; p=649); k.A.=903; Angaben in Prozent.



Wichtig für die Motivation, programmatische Arbeit zu leisten, ist sicher der Wunsch, Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Partei nehmen zu können. Diese Form der Arbeit bildet schließlich die Grundlage und Rechtfertigung, auf deren Basis umfangreiche politische Entscheidungen der Piratenpartei getroffen werden. Allerdings setzt dies auch eine gewisse Präsentation dieser Arbeit voraus, da ihr Einfluss nur begrenzt ist, wenn sie nicht zu den anderen Parteimitgliedern durchdringt.

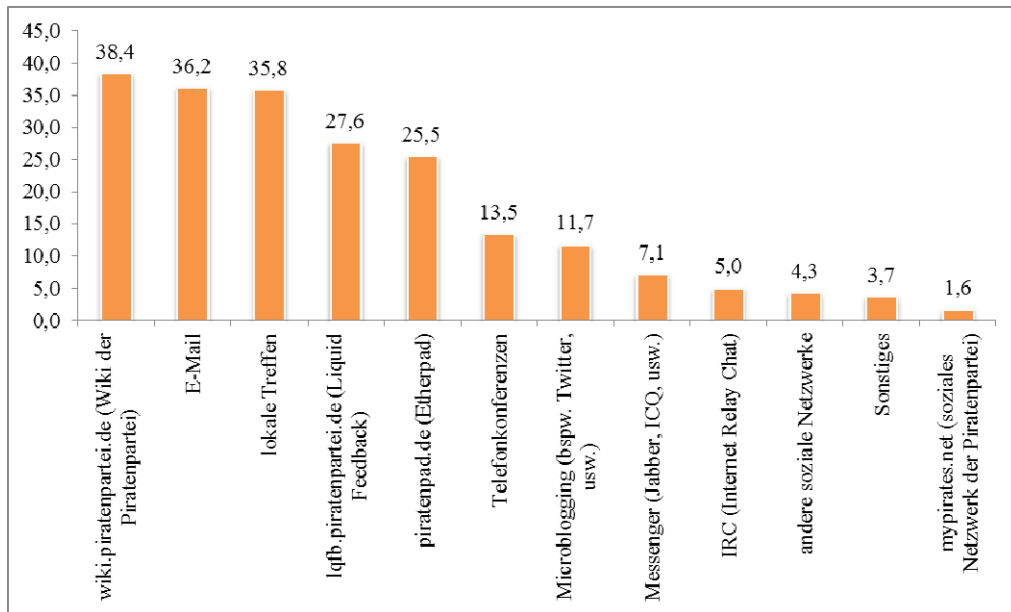
Da in der Piratenpartei keine Zwischeninstanzen geschaltet sind, die den Weg von der individuellen programmatischen Arbeit der Mitglieder hin zu einem Bundesparteitag oder dem Bundesvorstand selbst erschweren oder blockieren, kann ein Mitglied ohne großen Aufwand direkt an der Gestaltung des Partei-

programms mitwirken und so starken Einfluss ausüben – es muss dabei aber immer eine ausreichende Zustimmung gegeben sein.

Zum Abschluss dieses Themenbereichs gebe ich noch eine Übersicht über die von den Parteimitgliedern für die programmatische Arbeit am häufigsten genutzten Wege.

**Abbildung 42: Welche Wege nutzen Sie hauptsächlich für die programmatische Arbeit innerhalb der Piratenpartei?**

*Frage Nr. 35; Anzahl der Teilnehmer=2.353; Mehrfachnennung war möglich; Angaben in Prozent.*



Die drei am häufigsten genannten Wege sind hierbei das Piratenwiki (38,4 Prozent), E-Mail (36,2 Prozent) und lokale Treffen (35,8 Prozent). Des Weiteren werden mit acht bis zehn Prozent weniger Liquid Feedback und das Piratenpad genannt. Alle weiteren Wege und Mittel wurden mindestens um 12 Prozent weniger oft genannt. Es sind also definitiv die digitalen Angebote



der Partei selbst oder aber von ihr veranstaltete lokale Treffen, die für die programmatische Arbeit genutzt werden. Fremdsoftware wie Microblogging-Dienste, Messenger, Internet Relay Chat und interessanterweise auch das eigene soziale Netzwerk der Piratenpartei *mypirates.net* werden von der Mehrheit eher wenig für programmatische Arbeit genutzt.

Das Piratenwiki wurde vermutlich an erster Stelle genannt, weil hier das von der Partei hergestellte und/oder gesammelte Wissen aufbewahrt und aktualisiert wird. Außerdem war es für einige Zeit neben dem alten Forum der einzige digitale Partei-Treffpunkt. Für eine lebendige programmatische Debatte eignet es sich aber nur bedingt. Es gibt zwar Diskussionsseiten, die bei den jeweiligen Themen und Beiträgen stehen, dennoch werden diese verhältnismäßig selten genutzt. Die dort geführten Diskussionen verlaufen eher statisch und weniger flüssig als beispielsweise bei einer Diskussion auf einer Mailingliste. Vergleichbar mit einer thematisch-inhaltlichen Debatte bei einem lokalen, persönlichen Treffen (welches an dritter Stelle genannt wurde), sind allerdings beide nicht. Die Frequenz an Meinungen und Abstimmungen, die bei einem solchen Treffen ausgetauscht werden können, lässt sich am ehesten noch über Liquid Feedback realisieren – eine Debatte auf einem Parteitag kann aber auch diese Software nicht ersetzen.

Abschließend sei noch erwähnt, dass mittlerweile das Piratenpad<sup>89</sup> das Piratenwiki für die aktive Ausarbeitung von Ideen und für allgemeine Organisationsstätigkeiten größtenteils abgelöst hat. Im Piratenwiki werden häufig nur noch die Ergebnisse von stattgefundenen Piratenpad-Arbeitssitzungen doku-

---

<sup>89</sup> Es handelt sich hier um einen Internetdienst, bei dem Teilnehmer gleichzeitig auf einer Seite schreiben und chatten können. Da jeder den Eintrag des anderen in Echtzeit ergänzen und korrigieren kann, lassen sich mit mehreren Teilnehmern oft sehr schnell Ergebnisse produzieren.

mentiert, aber auch dies ist prinzipiell eigentlich nicht nötig, da ein Verweis auf die entsprechende Piratenpadseite genügt, um die Ergebnisse einsehen zu können. Lediglich die reine Aufbereitung der Ergebnisse ist oftmals im Piratenwiki übersichtlicher, und darüber hinaus verfügt das Wiki noch über einige Navigationsfunktionen, die helfen sich im Dokument zurecht zu finden. Ein Piratenpad-Dokument kann dagegen oft etliche Seiten lang sein und besteht aus reinem Fließtext – Informationen können so in der Masse leicht erst mal übersehen oder gar nicht gefunden werden. Das Piratenpad eignet sich besonders gut dazu, mit mehreren Teilnehmern in kurzer Zeit zu Lösungen zu kommen oder aber auch einfach, um ein effektives Brainstorming zu veranstalten sowie ein Projekt oder eine Veranstaltung zu planen.

Unter *Sonstiges* wurden hierbei noch das Parteiforum, die Kommunikationssoftware *Mumble* und Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise sowie Parteitage genannt.

Der nächste thematische Abschnitt beschäftigt sich mit Fragen zur innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation.

#### **3.2.6 Fragen zur innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation**

Dieser thematische Abschnitt befasst sich mit den Ergebnissen, die sich auf die Fragen nach der innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation beziehen. Bei diesem Themenbereich haben 2.353 Teilnehmer die Fragen gesehen und 59 während des ersten Teils abgebrochen. Dies entspricht einer Nettobeteiligung von 2.294 Teilnehmern.

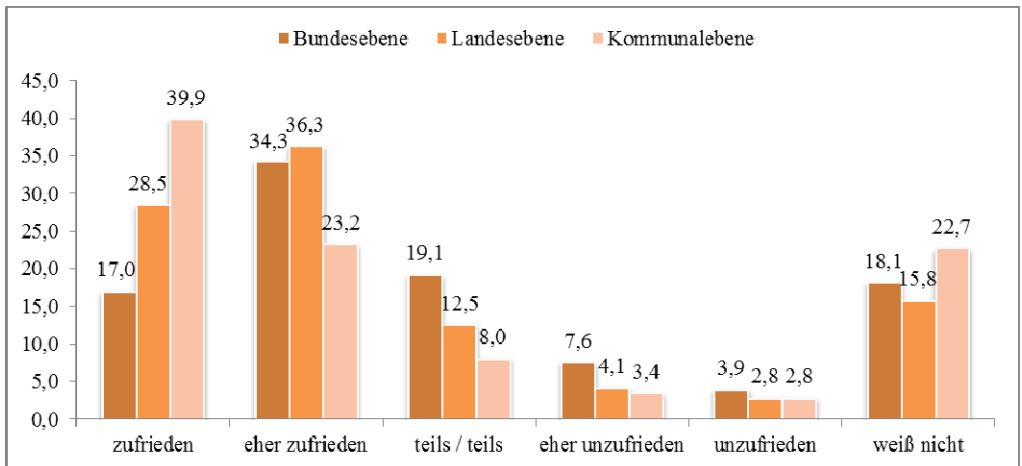
Einleitend habe ich danach gefragt, wie zufrieden die Parteimitglieder mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten auf den verschiedenen Ebenen der Partei sind. Das Ergebnis zeigt, dass die größte Zufriedenheit auf die Mitbestimmungs-

möglichkeiten auf kommunaler Ebene entfällt (39,9 Prozent). An zweiter Stelle folgt die Landesebene mit 28,5 Prozent, an dritter Stelle die Bundesebene mit 17 Prozent. Bei *eher zufrieden* verschiebt sich das Ergebnis zu Gunsten der Landes- und Bundesebene (34,3 Prozent), wobei erstere knapp vorne liegt (36,3 Prozent).

Teilweise Zufriedenheit entfällt am meisten auf die Bundes- (19,1 Prozent), Landes- (12,5 Prozent) und dann die Kommunalebene (8 Prozent). Interessanterweise war die Kommunalebene bei der Antwortoption *weiß nicht* die am häufigsten genannte, obwohl sie auch die Option mit der größten Zustimmung ist.

**Abbildung 43: Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der Piratenpartei auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene?**

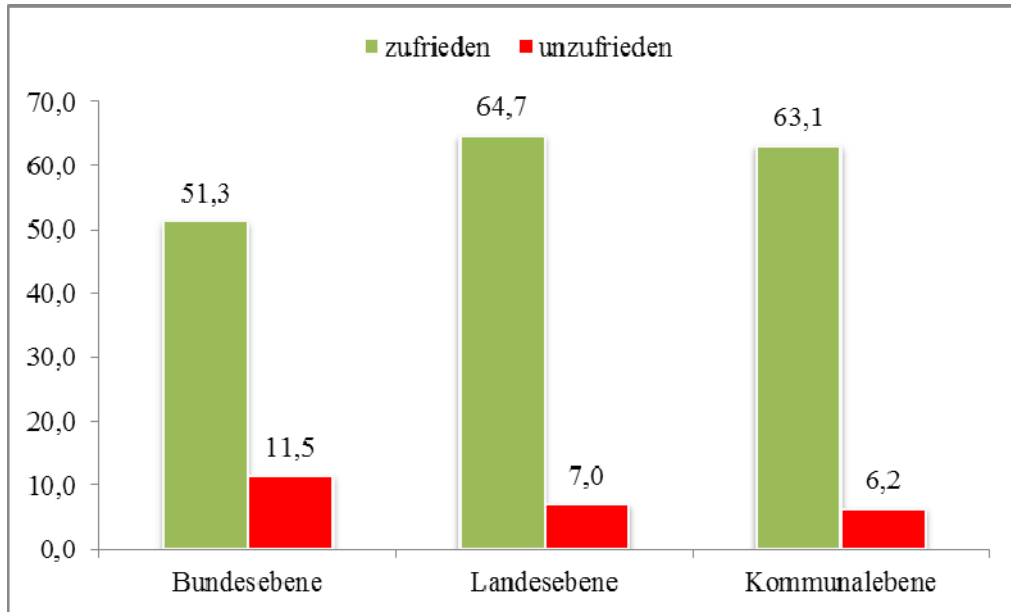
Fragen 36 bis 38; Anzahl der Teilnehmer=2.294; Antworten=Bund: 2.225; Land:2.221; Kommunal: 2.202; k.A.=Bund: 69; Land: 73; Kommunal: 92; Angaben in Prozent.



*Unzufrieden* oder *eher unzufrieden* sind die Mitglieder vornehmlich mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Bundesebene (11,9 Prozent), gefolgt von der Landesebene (6,9 Prozent) und der Kommunalebene (6,2 Prozent).

### Abbildung 44: Zufriedenheit mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten (gruppiert)

*Es wurden dabei eher zufrieden und zufrieden sowie eher unzufrieden und unzufrieden gruppiert und die Kategorie teils / teils ausgelassen; Antworten=Bund: 1.396; Land: 1.593; Kommunal: 1.526; Angaben in Prozent.*



Insgesamt lässt sich also feststellen, dass die Mitglieder mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Landesebene (64,7 Prozent) knapp vor der kommunalen Ebene (63,1 Prozent) am zufriedensten sind. Das größte Potenzial für eine Verbesserung liegt demnach auf Bundesebene (51,3 Prozent), wenn auch die Zufriedenheit insgesamt auf allen Ebenen überwiegt und nur ein geringer Teil sich generell mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten oder aber einen leichteren Zugang wünscht. Die Piratenpartei scheint ihren Mitgliedern also mehrheitlich gute Mitbestimmungsmöglichkeiten zu bieten (vgl. Abbildung 44: S. 146).

Dass die Zufriedenheit auf Bundesebene am geringsten ausgefallen ist, liegt sicherlich zu einem großen Teil daran, dass die Mehrheit der Mitglieder eher mit den lokalen Vorständen als mit dem Bundesvorstand in Kontakt steht, bzw. hauptsächlich in deren politisches Tagesgeschäft eingebunden ist und daher diese Mitbestimmungsmöglichkeiten auch am stärksten wahrnimmt. Die Möglichkeiten, auf Bundesebene mitzubestimmen, sind deswegen aber *nicht* unbedingt geringer ausgeprägt. So ist es möglich, in Bundes-AGs mitzuarbeiten, der regelmäßigen und öffentlichen Konferenz des Bundesvorstands beizuwohnen, Anträge zu stellen und Kritik zu äußern. Obligatorisch für alle Ebenen sind dabei die Parteitage, an denen alle Mitglieder teilnehmen und mitbestimmen bzw. abstimmen können. Auch haben sich die Mitbestimmungsmöglichkeiten mit Amtsantritt des aktuellen Bundesvorstands weiter verbessert, da die vormals gültige Regelung, dass Anträge nur mit einem bestimmten Unterstützter Quorum von Parteimitgliedern oder aber ohne ein solches Quorum von Vorständen eingebracht werden durften, gekippt wurde.<sup>90</sup> Nun darf wieder jedes Parteimitglied direkt Anträge an den Bundesvorstand stellen, ohne dabei gewisse Hürden überwinden zu müssen.

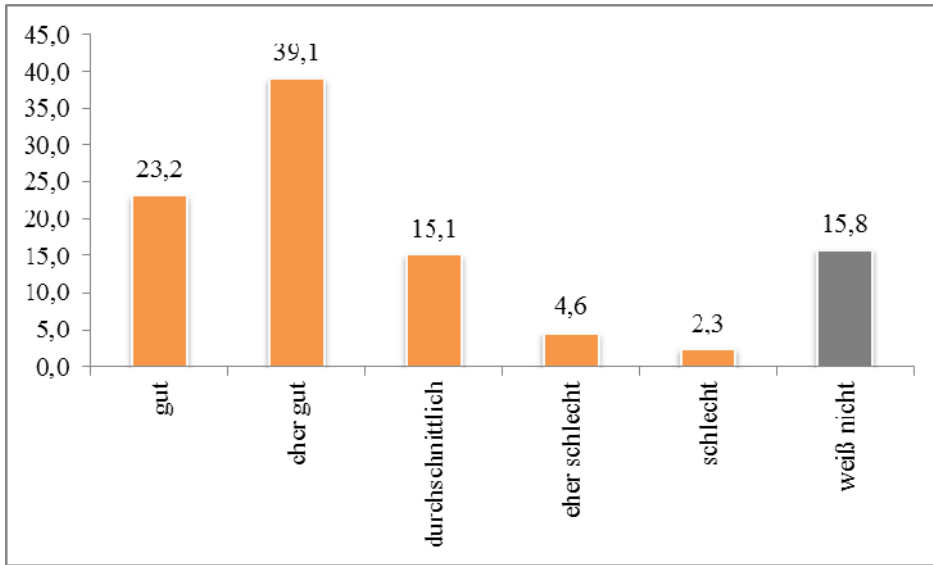
Dass die Landesebene und die Kommunalebene so nah beieinander liegen, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Landesvorstände den Parteimitgliedern ähnlich zugänglich sind, wie die kommunalen Vorstände. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten sind jedenfalls auf beiden Ebenen gut ausgeprägt.

---

<sup>90</sup> Dies war eine der ersten Amtshandlungen des aktuellen Bundesvorstands und wurde im Rahmen der neuen Geschäftsordnung des Vorstands in der Sitzung am 26. Mai 2011 beschlossen.

**Abbildung 45: Wie gut kann Ihrer Meinung nach die Parteibasis Einfluss auf Entscheidungen innerhalb der Piratenpartei nehmen?**

Frage Nr. 39; Anzahl der Teilnehmer=2.294; Antworten=2.215; k.A.=79; Angaben in Prozent.



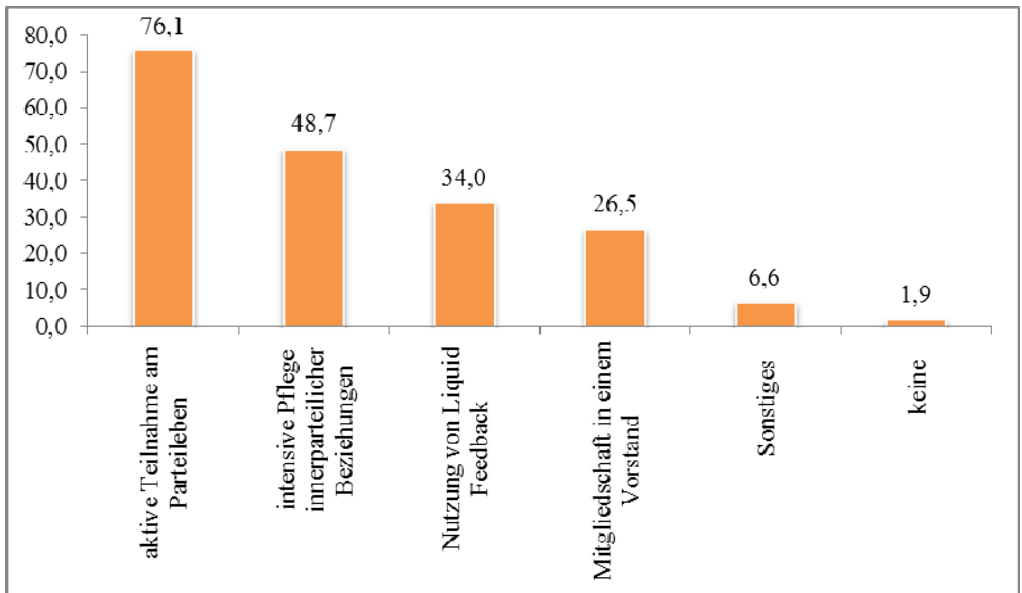
In diesem Zusammenhang interessiert besonders, ob die Einflussmöglichkeiten der Basis auf die politischen Entscheidungen der Piratenpartei ebenfalls positiv wahrgenommen werden. Abbildung 45 Seite 148 bestätigt, dass dies der Fall ist. So beurteilen insgesamt 62,3 Prozent die Einflussmöglichkeiten als *gut* oder *eher gut*. Nur 6,9 Prozent (Summe: *eher schlecht* und *schlecht*) sind der Ansicht, dass hier Verbesserungsbedarf besteht, weil nicht genug Möglichkeiten gegeben sind. Als *durchschnittlich* beurteilen 15,1 Prozent der Teilnehmer den Einfluss, den sie ausüben können, 15,7 Prozent geben an, dies nicht zu wissen.

Das Ergebnis entspricht also der vorangegangenen Einschätzung, dass es gute Mitbestimmungs- und Einflussmöglichkeiten innerhalb der Piratenpartei gibt.

Ich habe dabei angenommen, dass, obwohl diese Einfluss- und Mitbestimmungsmöglichkeiten prinzipiell allen Parteimitgliedern offen stehen, bestimmte Aktivitäten den Einfluss des Einzelnen auf die Willensbildung innerhalb der Partei verbessern können. Diese Annahme wurde bestätigt (vgl. Abbildung 46: S. 149). So nannten 76,1 Prozent der Parteimitglieder eine aktive Teilnahme am Parteileben als förderlich für die Einflussnahme des Einzelnen. Fast 50 Prozent gaben an, dass eine intensive Pflege innerparteilicher Beziehungen ebenfalls die Einflussnahme stärken kann. Nur 1,9 Prozent der Teilnehmer gaben an, dass es keine Aktivitäten gibt, die eine Einflussnahme verbessern könnten.

**Abbildung 46: Durch welche der folgenden Aktivitäten verbessert sich Ihrer Meinung nach der Einfluss des Einzelnen auf die Willensbildung innerhalb der Piratenpartei?**

*Frage Nr. 40; Anzahl der Teilnehmer=2.294; Mehrfachnennung war möglich; Angaben in Prozent.*



Auf die Nutzung der Liquid Feedback Software der Piratenpartei entfallen die dritthäufigsten Nennungen (34 Prozent). Dies ist insofern bedeutsam, als sich diese Antwortmöglichkeit vor allem auf das Mitwirken an der Erstellung und die Ausarbeitung von Anträgen, also auf strikt programmatische Arbeit bezieht und nicht etwa beispielsweise auf die Pflege von internen Beziehungen oder eine ausgeprägte Aktivität innerhalb der Partei.

An vierter Position wurde die Mitgliedschaft in einem Vorstand, also ein Parteiamt genannt (26,5 Prozent). Dies liegt nahe, da Vorstandsmitglieder für ihren jeweiligen Verwaltungsraum besondere Entscheidungsbefugnisse innehaben. Für die Piratenpartei muss dies allerdings etwas relativiert werden. Zwar haben Vorstände eine Entscheidungsmacht, die weitergeht als die von Parteimitgliedern ohne Amt, allerdings, wie schon in den vorangegangenen Abschnitten mehrfach betont wurde, gilt innerhalb der Piratenpartei das Paradigma der Basisdemokratie, welches auf Vorstände in jedem Fall Druck bei Entscheidungen ausübt. Dieser schränkt zwar faktisch nicht den satzungsgemäßen Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Vorstände ein, dennoch ist es im Moment noch eher die Ausnahme, dass ein Vorstand gegen die einhellige Mehrheitsmeinung der Basis Entschlüsse fällt.

Auch die weitgehend etablierte Transparenz von Entscheidungen und der Öffentlichkeitscharakter der Vorstandssitzungen innerhalb der Partei sorgen dabei für Kontrollmöglichkeiten seitens der Basis, die verhindern, dass Entscheidungen an der Basis vorbei getroffen werden.

Unter *Sonstiges* wurde die Teilnahme an Parteitag und Stammtischen, viel freie Zeit und die Mitarbeit auf Mailinglisten angegeben.

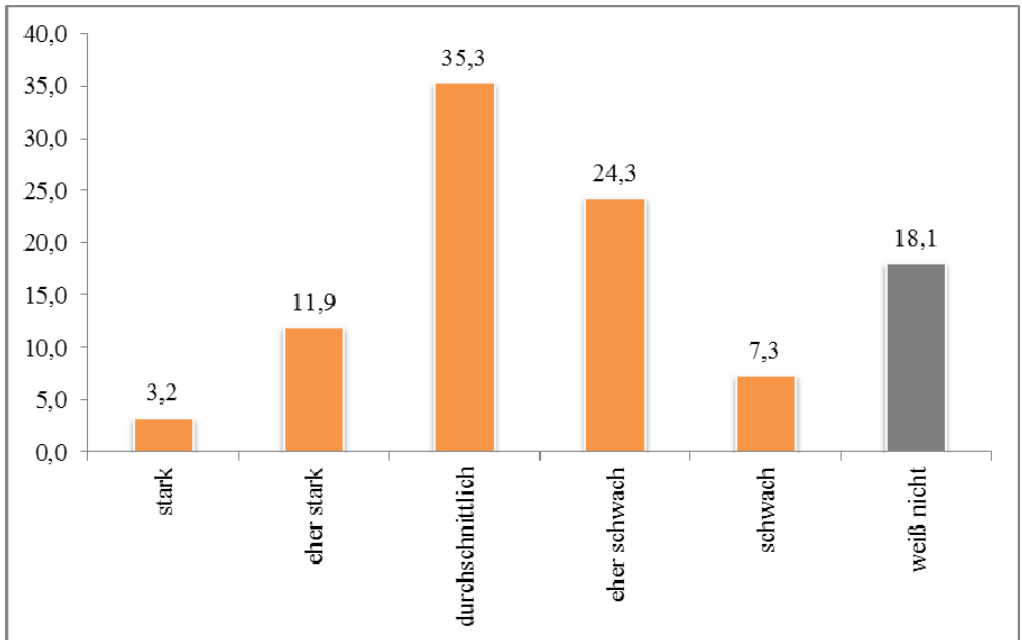
Um die Einfluss- und Mitbestimmungsmöglichkeiten weiter zu untersuchen, habe ich auch eine Frage zur aktuellen Ausprägung der Hierarchie innerhalb



der Partei gestellt. Eine starke Ausprägung hätte hierbei als Hinweis auf eventuelle Beteiligungshürden bei der programmatischen sowie der allgemeinen politischen Arbeit gedeutet werden können. Wie sich aber zeigt, korrespondiert auch dieses Ergebnis mit den vorherigen Einschätzungen der Parteimitglieder (vgl. Abbildung 45: S. 148), dass es um die Mitbestimmung und Einflussnahme innerhalb der Partei prinzipiell gut bestellt ist.

**Abbildung 47: Wie stark hat sich Ihrer Meinung nach eine Hierarchie innerhalb der Piratenpartei ausgebildet?**

Frage Nr. 41; Anzahl der Teilnehmer=2.294; Antworten=2.210; k.A.=84; Angaben in Prozent.



Hierarchische Strukturen werden demnach von 31,6 Prozent als *eher schwach* oder *schwach* empfunden. 35,3 Prozent empfinden sie als *durchschnittlich* ausgeprägt, 15,1 Prozent nehmen eine *eher starke* oder *starke* Hierarchie wahr.

18,1 Prozent haben mit *weiß nicht* geantwortet. Die Tendenz neigt also zu einer eher durchschnittlich bis schwachen Hierarchie.

Erklären ließe sich die unterschiedlich stark wahrgenommene Ausprägung zum einen dadurch, dass sich die Frage auf eine Gesamteinschätzung bezog und nicht zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen unterschied. Es musste also eine zusammenfassende Antwort gegeben werden. Daher ist es natürlich möglich, dass Hierarchie beispielsweise auf Kommunalebene weniger stark erlebt wird, aber dafür umso stärker auf Bundesebene und umgekehrt. Ziel meiner Frage war es aber nicht, aufzuzeigen, *wo* Hierarchien bestehen, sondern wie diese von Parteimitgliedern mit Blick auf die gesamte Partei empfunden werden.

Die Empfindung einer starken Hierarchie kann nämlich, allein schon durch ihre *gefühlte* Wirkung, negativen Einfluss auf die Beteiligung der Mitglieder haben. Zum Beispiel ist es naheliegend, dass ein Parteimitglied möglicherweise davon absieht, die Verantwortung für ein Projekt zu übernehmen, wenn klar ist, dass er oder sie letztendlich nicht der Entscheider sein wird. Es muss auch damit gerechnet werden, dass von externer Stelle Einfluss auf das Projekt ausgeübt wird, dem im Zweifelsfall stattgegeben werden *muss*. Genauso können aber Projekte schon im Keim durch Hierarchien be- und verhindert werden. Sympathien spielen in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Weiterhin ist die Empfindung von Hierarchie vor allem auch ein Erfahrungswert und nicht unbedingt etwas, das allein durch die Kenntnis formaler Bedingungen wahrgenommen wird. Für die Piratenpartei zeichnet sich insgesamt eine durchschnittliche bis eher schwache Hierarchie ab, die sich durch eine

positive Differenz von 16,5 Prozent gegenüber den angegebenen Einschätzungen *starker* Hierarchie belegen lässt.

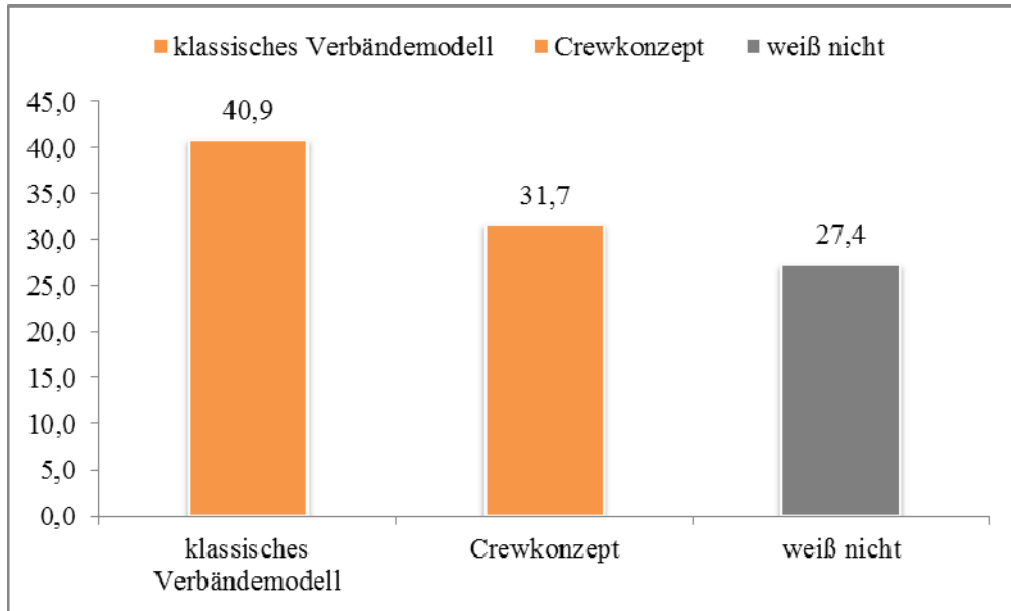
Eng mit der Ausprägung von Hierarchie verbunden ist auch die Organisationsstruktur, die einer Partei zugrunde liegt. In der Piratenpartei gibt es zwei verschiedene Konzepte für die innerparteiliche Organisation. Zu nennen sind hierbei einerseits das klassische *Verbändemodell* und das von den Piraten konzipierte *Crewkonzept*. Letzteres findet bisher Anwendung in Berlin und Nordrhein-Westfalen sowie seit Juli 2011 auch als integrierte Mischform in Kassel (Hessen).

Zur Frage nach den Konzepten für die innerparteiliche Organisation haben mich einige persönliche E-Mails erreicht, die mich darauf hingewiesen haben, dass eine dritte Antwortmöglichkeit, eine *Mischform* aus beiden Konzepten, bei dieser Frage sinnvoll gewesen wäre. Leider wurden diese Hinweise erst eingebracht, als die Umfrage schon im Feld war. Während des Pretests wurde diese Frage nicht beanstandet.

Da es noch kein verfügbares oder annähernd ausgearbeitetes Konzept einer Mischform gibt, hätte ein weitere Antwortoption zwar dem Wunsch Ausdruck verliehen, dass ein solches Konzept die seit langem geführte parteiinterne Diskussionen über beide Organisationsstrukturen um eine Alternative bereichert hätte, dennoch wäre der Frage hier nur bedingt entsprochen worden. Denn hierbei sollte vielmehr zum Ausdruck gebracht werden, mit welchem der aktuell verfügbaren Konzepte sich die Mehrheit der Mitglieder am ehesten identifizieren kann oder welches Konzept für das sinnvollere gehalten wird. Keinesfalls sollte diese Frage aber dazu dienen, die Diskussion weiter anzuheizen, sie sollte lediglich eine Übersicht der aktuellen Präferenzen darstellen.

**Abbildung 48: Welches Konzept halten Sie für geeigneter für eine gut funktionierende innerparteiliche Organisation?**

Frage Nr. 42; Anzahl der Teilnehmer=2.294; Antworten=2.209; k.A.=85; Angaben in Prozent.



Das Ergebnis ist alles andere als eindeutig. Zwar bevorzugt eine Mehrheit von knapp 10 Prozent das klassische Verbändemodell, allerdings wollten sich 27,4 Prozent, also ungefähr ein Drittel der Teilnehmer, nicht festlegen. Innerhalb der Piratenpartei haben also beide Konzepte eine große Anzahl an Befürwortern. Würde es zu einer Abstimmung auf einem Parteitag kommen, der die Organisationsstruktur für die gesamte Partei festzulegen will, würde sich zurzeit nach dem obigen Abstimmungsverhältnis das klassische Modell durchsetzen. Dies kann aber *nicht* als repräsentativ gelten, da anzunehmen ist, dass bei einer solchen Debatte Alternativmodelle angeboten würden, die näherer Erörterung bedürften. Von einer Kampfabstimmung zwischen zwei Positionen ist daher nicht auszugehen – zumindest was den Beschluss einer Organisations-

struktur für die gesamte Partei und nicht etwa „nur“ einen Landesverband betrifft.

Die konzeptionellen Details des Crewkonzepts<sup>91</sup> können im Rahmen dieser Arbeit nicht erläutert werden. Es sei aber darauf hingewiesen, dass sich das Crewkonzept als der Versuch einer möglichst basisdemokratischen und hierarchiefreien Verwaltung und Arbeitsweise versteht. Im Vorwort des NRW-Crewkonzeptes liest sich dies wie folgt:

*„[...] Dabei haben wir ein Konzept entwickelt, um die Arbeit in unserem Landesverband neu zu organisieren. Unsere Überlegungen wurden dabei auch von der Prämisse geleitet, dass eine hierarchische Parteistruktur mit Verbänden und Vorständen im Grunde wenig basisdemokratisch sein kann und deswegen eigentlich unpiratig ist. Das richtet sich nicht gegen unseren Vorstand, sondern ist ein Gedanke ganz grundsätzlicher Art. Wenn wir in der Piratenpartei Strukturen schaffen, die hierarchischer Art sind, geraten wir in die Gefahr, den gleichen Fehler zu begehen wie etwa die Grünen. Deren Beispiel zeigt, wie eine hierarchische Struktur den basisdemokratischen Anspruch dieser Partei zunehmend gefährdet.*

*Als Vorbild für unseren Vorschlag dienten basisdemokratische Gruppen, wie sie z.B. bei Globalisierungskritikern zu finden sind, unsere Erfahrungen in der Aachener Regionalgruppe, die Arbeitsstruktur des LV Hessen, sowie unsere Erfahrungen mit der studentischen Selbstverwaltung in Aachen“ (Piratenwiki 2011p).*

Dazu sei noch angemerkt, dass in Nordrhein-Westfalen eine heftige Debatte geführt wurde, bevor das Crewkonzept beschlossen wurde. Trotz dieses Beschlusses kam es aber zu der Gründung von drei Kreisverbänden, was wiederum weitere Debatten nach sich zog. Die Besonderheit gegenüber dem Berli-

---

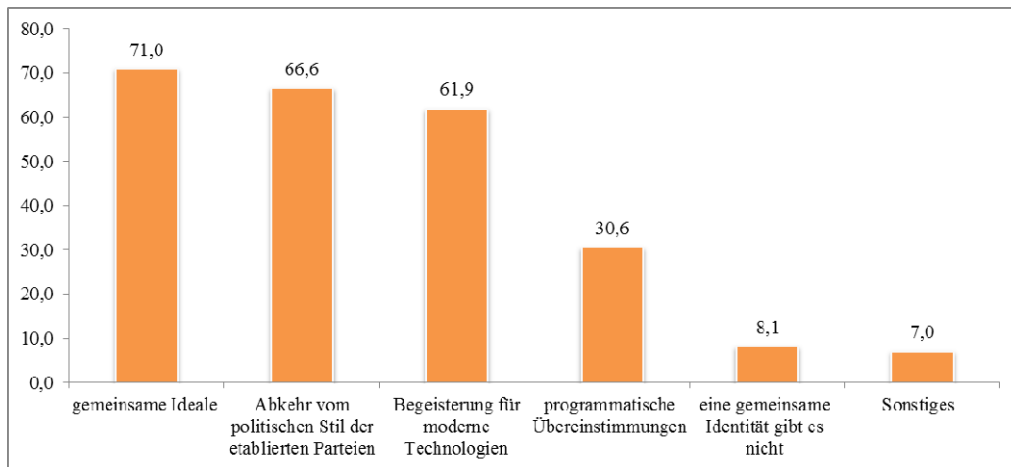
<sup>91</sup> Informationen über das Crewkonzept finden sich beispielsweise unter den folgenden beiden Adressen: <http://wiki.piratenpartei.de/Berlin/Crewkonzept> und <http://wiki.piratenpartei.de/NRW:Crewkonzept>.

ner Konzept ist dabei die Verankerung in der Satzung des Landesverbands, in Berlin handelt es sich um eine freiwillige Regelung.

Abgesehen von Strukturen, seien es formale oder organisatorische, ist es von besonderer Wichtigkeit für das Selbstverständnis der Piratenpartei danach zu fragen, was eigentlich die verbindenden Elemente, die gemeinsame Identität der Parteimitglieder ausmacht. Dazu habe ich eine Frage (Nummer 43; Abbildung 49: S. 156) gestellt, der sich weitere Fragen zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung innerhalb der Partei anschließen.

**Abbildung 49: Was macht für Sie die gemeinsame Identität der Mitglieder der Piratenpartei aus?**

Frage Nr. 43; Anzahl der Teilnehmer=2.294; Mehrfachnennung war möglich; Angaben in Prozent.



Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass sich die gemeinsame Identität der Parteimitglieder vor allem aus drei Punkten speist: *Gemeinsame Ideale* (71 Prozent), *Abkehr vom politischen Stil der etablierten Parteien* (66,6 Prozent) und *Begeisterung für moderne Technologien* (61,9 Prozent). Dabei liegen die drei Spitzenreiter in etwa jeweils fünf Prozent auseinander. Es überrascht dabei

nicht, dass *programmatische Übereinstimmungen* mit nur 30,6 Prozent genannt wurden, da die Piratenpartei, wie die Diskussion um das Kern- bzw. Vollprogramm zeigt, stark pluralistisch geprägt ist, insofern es nicht um die Kernthemen selbst geht. Daran schließen sich die 8,1 Prozent an, die angeben haben, dass es *keine* gemeinsame Identität innerhalb der Piratenpartei gibt. Gerade die Verschiedenheit innerhalb der Debatte über die programmatische Ausrichtung der Partei könnte bei vielen den Eindruck hinterlassen haben, dass es eben so etwas wie eine gemeinsame Identität, gewissermaßen eine gewisse grundlegende Übereinstimmung oder etwas ideologisch Tiefgehendes nicht gibt.

Unter *Sonstiges* (7 Prozent) wurden der Politik- und Demokratiestil der Piratenpartei, der Wunsch, etwas bewegen zu wollen, Basisdemokratie, die Angst vor dem Überwachungsstaat und der Kampf für Bürgerrechte und Freiheitsideale genannt.

Die gemeinsame Identität besteht für die Parteimitglieder selbst also mehrheitlich aus gemeinsamen Idealen, dem Wunsch, dem politischen Stil der etablierten Parteien etwas *Neues* entgegenzusetzen und der Begeisterung für moderne Technologien. Diese Elemente sind untrennbar miteinander verbunden. Die Abkehr vom politischen Stil etablierter Parteien geht mit eben diesen gemeinsamen Idealen, die ihren Ausdruck in dem Motto „*Klarmachen zum Ändern!*“, also der Bekundung des Änderungs- und Erneuerungs-, letztendlich des Modernisierungswillens, einher. Der Weg, den die Partei dabei eingeschlagen hat, setzt zu großen Teilen auf Modernisierung durch Technik – aber längst nicht nur.

Der Piratenpartei als Kollektiv ist bewusst, dass leblose Technik nicht allein die bestehenden Verhältnisse verändern kann, hier sind Menschen mit Ideen

und Handlungswillen gefragt. Technik ist lediglich ein Mittel zum Zweck, welche neue und teilweise bisher ungeahnte Möglichkeiten und Wege eröffnet<sup>92</sup> und mit Begeisterung von den meisten Parteimitgliedern genutzt wird. Bei der Nutzung von Informationstechnologien zur Organisation der Partei und zur demokratischen Findung des politischen Willens, ist die Piratenpartei den etablierten Parteien offensichtlich ein gutes Stück weit voraus. Inwieweit dieser Aspekt aber auch eine Frage des Unterschieds zwischen der computer- und technikaffinen Generation und der älteren ist, ist eine eigene Untersuchung wert und kann an dieser Stelle nicht geleistet werden.

Aus dem Versuch heraus also, mit moderner Technik Neues zu wagen, speisen sich auch Hoffnung und Antrieb der Piraten, die als erste politische Partei diesen Weg beschreitet.

Die Piraten begreifen sich selbst zwar als Alternative zu den etablierten Parteien, wollen aber eigentlich im Kern nicht als alternatives, sondern als moderne und neue Bewegung verstanden werden. Sie wollen nicht *erneuern*, sondern *neu* und *anders* sein. Ob es ihnen gelingt, diesen Anspruch in die Gesellschaft hineinzutragen, zu verankern und selbst dauerhaft zu besetzen, dürfte für die Partei die schwerste Aufgabe überhaupt darstellen. Auch wenn die Piratenpartei immerhin schon als *Internet- oder Netzpartei* gilt, wird dies ihrem eigenen Anspruch nur zu Teilen gerecht. Denn wie unter 3.2.4 (Abbildung 15: S. 101) deutlich wurde, ist die Piratenpartei in erster Linie eine moderne *Bürgerrechtspartei* und dann erst eine Netzpartei.

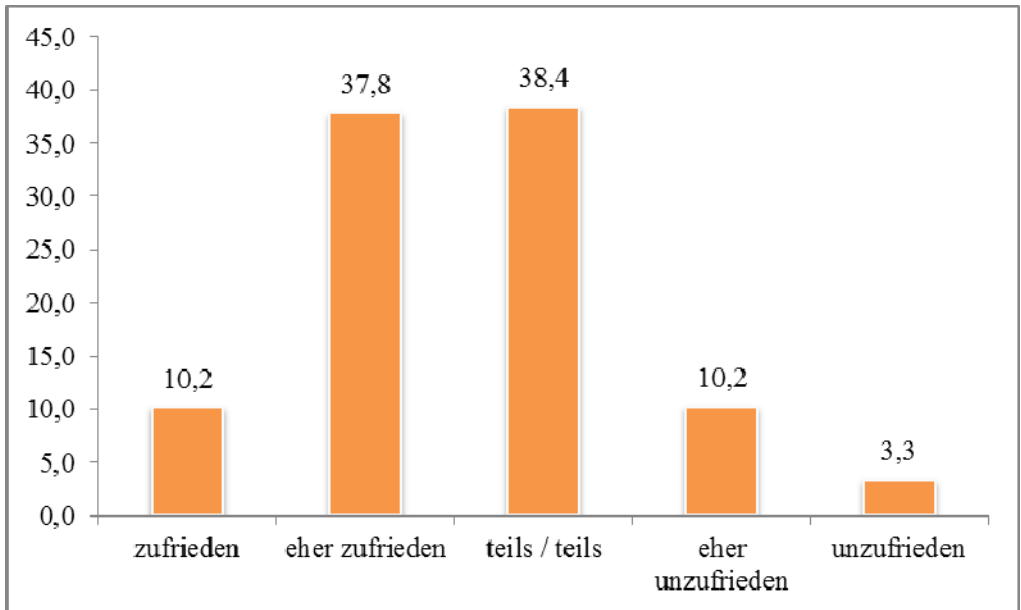
---

<sup>92</sup> Man denke dabei an die Wirkung und Veränderungen durch das Internet selbst. Oder, beispielsweise für dieses Jahrzehnt, die Wirkung die von *Wikipedia* ausging.



### Abbildung 50: Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammenarbeit innerhalb der Piratenpartei?

Frage Nr. 44; Anzahl der Teilnehmer=2.253; Antworten=2.037; k.A.=216; Angaben in Prozent.



Was die Zusammenarbeit innerhalb der Piratenpartei, fällt das Ergebnis größtenteils positiv aus. Insgesamt sind 48 Prozent *eher zufrieden* oder *zufrieden*, dem gegenüber sind nur 13,5 *eher unzufrieden* oder *unzufrieden*. Fast 40 Prozent entfallen dabei aber auf die Antwortmöglichkeit *teils / teils*, was bedeuten könnte, dass Zusammenarbeit je nach Arbeitskontext besser oder schlechter funktioniert.

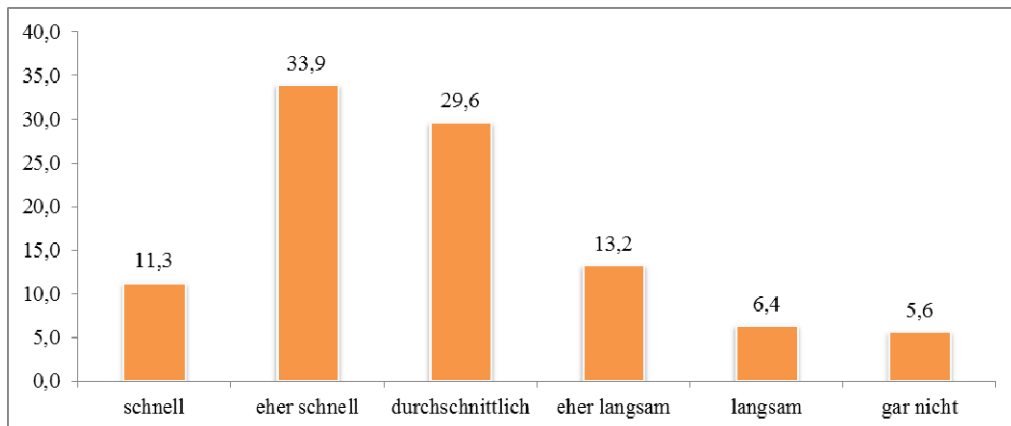
Zusammenarbeit ist mehrdimensional. Sie ist durch Kontext, Aufwand, die Parteebene, auf der sie stattfindet, und die persönliche Freizeit beeinflusst. Dabei zeigt sich immer wieder, dass Projekte, die schon einige Mithelfer haben, häufig leichter und schneller weitere Unterstützer finden als andere. Dies

ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass viele Parteimitglieder bereit sind mitzuarbeiten, aber selten jemand ein Projekt vom Reißbrett bis zur vollständigen Durchführung organisieren und leiten möchte. Da alle Arbeit in der Piratenpartei ehrenamtlich ist und den meisten Mitgliedern aufgrund ihres Berufs oder anderer Tätigkeiten nur begrenzt Zeit für Parteiarbeit zur Verfügung steht, ist dies nur allzu verständlich.

Da also Zusammenarbeit ein wichtiger Faktor ist, um trotz der begrenzten Zeit Projekte umsetzen zu können, wollte ich von den Mitgliedern wissen, wie schnell sie Unterstützung bei ihrer (politischen) Arbeit für die Partei erhalten.

#### **Abbildung 51: Wie schnell erhalten Sie bei Ihrer Arbeit für die Piratenpartei Unterstützung aus den eigenen Reihen?**

*Frage Nr. 45; Anzahl der Teilnehmer=2.253; Antworten=1.084; k.A.=1.169; Angaben in Prozent.*



45,2 Prozent geben dabei an, *schnell* oder *eher schnell* Unterstützung zu erhalten. 19,6 Prozent dagegen erhalten Unterstützung *eher langsam* oder *langsam*. 5,6 Prozent gaben sogar an, *gar keine Unterstützung* zu erhalten. Eine durchschnittlich schnelle Unterstützung erhalten ungefähr 30 Prozent der Teilnehmer.

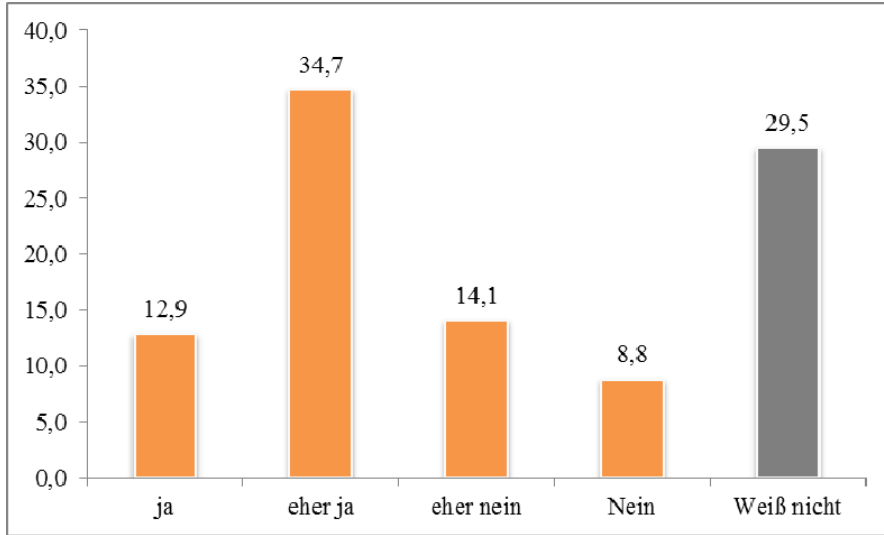
In fast 75 Prozent der Fälle erhalten die Parteimitglieder also durchschnittliche bis schnelle Unterstützung. Anders gesagt, müssen also drei Viertel der Mitglieder nicht lange auf Unterstützung warten. Dass im Gegensatz einige gar keine Unterstützung erhalten, bedeutet für die Partei letztendlich, dass manche Projekte nicht zu Ende gebracht und sicherlich auch einige Mitglieder demotiviert werden und in Zukunft vielleicht keine Arbeit mehr für die Partei leisten werden. Es muss aber hinzugefügt werden, dass innerhalb der PP ständig viele Projekte im Umlauf sind und daher in der Masse durchaus auch einige Projekte untergehen.

Oft werden dabei aber auch bestimmte Projekte aus Gründen der Öffentlichkeitswirksamkeit stärker unterstützt, so meine Hypothese. Gerade deshalb habe ich die Mitglieder gefragt, ob prestigeträchtigere bzw. öffentlichkeitswirksamere Projekte auch schneller Unterstützung erhalten. Nach Abbildung 52, Seite 162 lässt sich diese Vermutung eindeutig bestätigen.

Öffentlichkeitswirksamere Projekte erhalten also eindeutig eine stärkere Unterstützung als andere Projekte (47,6 Prozent für *ja* oder *eher ja*). Interne Projekte, die nicht oder wenig an die Öffentlichkeit dringen, wie beispielsweise Verwaltungsarbeiten, haben also geringere Chancen, Unterstützer zu finden. Immerhin 22,9 Prozent sind der Ansicht, dass es keine Bevorzugung prestigeträchtiger Projekte gibt. Allerdings sind das weniger als die Hälfte der Befragten, die definitiv eine Bevorzugung solcher Projekte sehen. 29,5 Prozent der Teilnehmer gaben an, dies nicht zu wissen bzw. einschätzen zu können.

**Abbildung 52: Beschleunigt sich die Unterstützung, je öffentlichkeitswirksamer die Arbeit ist, die Sie für die Piratenpartei ausführen?**

Frage Nr. 46; Anzahl der Teilnehmer=2.253; Antworten=1.086; k.A.=1.167; Angaben in Prozent.



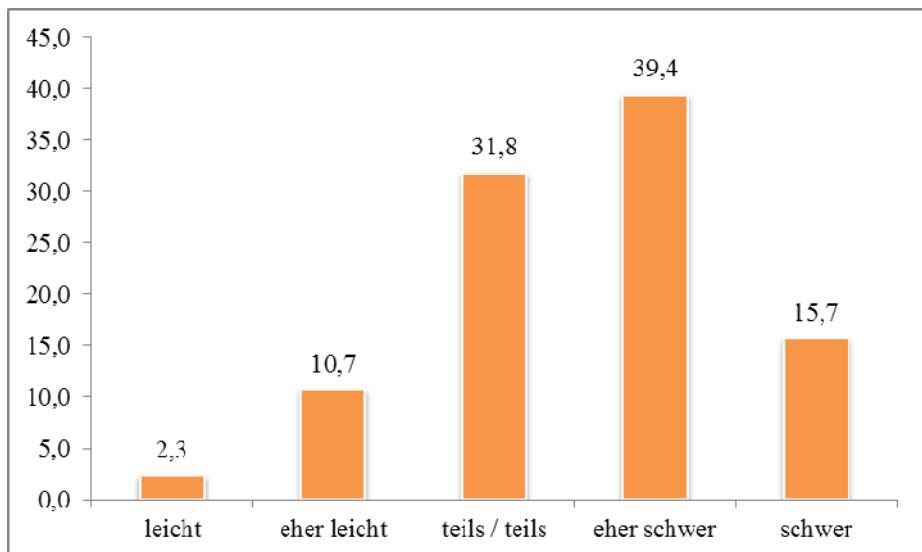
Es ist nicht ungewöhnlich, dass öffentlichkeitswirksamere Projekte schneller Unterstützung finden als andere Projekte, da die Anerkennung für die geleistete Arbeit oft ein wichtiger Faktor ist. Wer einen Großteil seiner Freizeit dazu verwendet, für die Partei zu arbeiten, aber selten oder kaum Anerkennung, Dank oder Zuspruch erhält, wird in den meisten Fällen über kurz oder lang seine Aktivität vermindern oder aber einstellen. Da in der Piratenpartei aber generell eine eher schnelle Unterstützung auch für nicht-öffentlichkeitswirksame Projekte gegeben ist (vgl. Abbildung 51: S. 160), läuft sie zurzeit nicht Gefahr, viele ihrer Projekte durch mangelnde Unterstützung zu verlieren oder einstellen zu müssen. Dennoch sollte nicht darüber hinweg gesehen werden, dass 5,6 Prozent keine Unterstützung erhalten bzw. erhalten haben. Hier sollte die Partei versuchen, vorliegende Probleme zu identifizieren und Lösung entwickeln.

Eine Art zentrales Projektregister wäre dabei wahrscheinlich hilfreich. Denn so könnten Aufwand und Bedarf aller bundesweit laufenden Projekte festgehalten und verwaltet werden. Auch könnte doppelter Aufwand gespart werden, da vermieden würde, dass gleiche oder ähnliche Projekte an verschiedenen Orten Deutschlands redundant realisiert werden. Man könnte Arbeitskraft und Zeit der Mitglieder bündeln und hätte dadurch auch wieder mehr Ressourcen zur Verfügung, um Projekten, die bisher wenig unterstützt wurden, mehr Hilfe zukommen zu lassen.

Aber nicht nur bei Projekten ist es schwierig, die Übersicht zu behalten. Besonders Entscheidungen innerhalb der Piratenpartei sind schwer zu überblicken. Ganz eindeutig haben 55 Prozent (*eher schwer* und *schwer*) Schwierigkeiten damit.

**Abbildung 53: Wie leicht fällt es Ihnen, den Überblick über die Vielzahl der Entscheidungen in der Piratenpartei zu behalten?**

*Frage Nr. 47; Anzahl der Teilnehmer=2.253; Antworten=2.097; k.A.=156; Angaben in Prozent.*



Nur 13 Prozent finden es *eher leicht* oder *leicht*, den Überblick zu behalten, 31,8 Prozent haben *teils / teils* als Antwortoption gewählt. Ich interpretiere dies dahingehend, dass ein Überblick je nach Verwaltungsebene leichter oder schwerer fällt. Meiner Beobachtung nach sind Entscheidungen auf Bundesebene leicht nachvollziehbar, da es hierfür eine Übersichtsseite<sup>93</sup> gibt, die alle Beschlüsse und Sitzungen protokollarisch und recht übersichtlich festhält. Die Protokolle der Sitzungen sind hierbei sogar als Audiodatei verfügbar.

Auf einzelner Landesebene ist ein Überblick über die Arbeit des jeweiligen Vorstands meist ebenso leicht zu erreichen. Hierzu gibt es auf den Seiten der Landesverbände Verweise zu den Vorstandssitzungen und Protokollen. In diesen wiederum kann nachvollzogen werden, was der Vorstand beschlossen hat.

Versucht aber ein Mitglied, die Arbeit aller Landesvorstände kontinuierlich im Auge zu behalten, so ist dies nur mit hohem Aufwand zu bewältigen. Es müssten wöchentlich alle Protokolle gelesen werden und für einen tieferen Einblick zusätzlich noch die Mailinglisten abonniert oder aber über *Syncom*<sup>94</sup> gelesen werden. Auf kommunaler Ebene wird dieses Unterfangen noch schwieriger, da die Zahl der Verbände wesentlich größer ist als auf Landesebene (vgl. Abbildung 2: S. 48).

---

<sup>93</sup> Informationen und (Audio-) Protokolle zu den Sitzungen und Beschlüssen des Bundesvorstands finden sich unter <http://vorstand.piratenpartei.de>.

<sup>94</sup> Es handelt sich dabei um eine Software, die die Mailinglisten der Verbände mit einem Forum synchronisiert. D.h. mit einer Anmeldung bei Syncom können alle angeschlossenen Listen gelesen und auch auf ihnen geschrieben werden (anstatt alle Listen einzeln zu abonnieren). Allerdings sind nicht alle Landesverbände Syncom beigetreten, wenn auch die Mehrheit bereits an der Synchronisation teilnimmt.

Meiner Beobachtung nach ist die offizielle Mitgliederzeitung der Piratenpartei, die *Flaschenpost*<sup>95</sup>, die einfachste Möglichkeit, auf dem Laufenden zu bleiben. Sie ermöglicht zwar keinen tiefgehenden Einblick in alle Entscheidungen und Beschlüsse des Bundesverbandes, der Länder- oder Kommunalverbände, sie bietet aber einen kontinuierlichen und vielseitigen Überblick über die Geschehnisse innerhalb der Partei (für alle Verwaltungsebenen) und auch internationale Nachrichten an. Neben klassischen Artikeln werden auch Live-Streams, Audioberichte- und Mitschnitte angeboten.

Neben dem Überblick über die Tätigkeiten der Verbände ist es für viele Mitglieder aber auch wichtig, ausreichend informiert zu werden, *bevor* anstehende politische Entscheidungen getroffen werden, zum Beispiel um an diesen partizipieren zu können. Auch hierzu habe ich den Teilnehmern eine Frage gestellt.

Bis auf die meistgenannte Antwortoption *durchschnittlich* (35,5 Prozent) fällt die Verteilung relativ gleichmäßig aus, 35 Prozent fühlen sich *gut* oder *eher gut* informiert, 29,5 Prozent *eher schlecht* oder *schlecht*. Es wird also jede Position von in etwa einem Drittel der Befragten besetzt, mit einem leichten Vorsprung derer, die sich gut informiert fühlen, wenn man diese jenen, die sich eher schlecht informiert fühlen, gegenüberstellt.

Anzunehmen ist, dass die Informiertheit der Mitglieder zu einem großen Teil von ihrer Aktivität und Position innerhalb der Partei abhängig ist. Allerdings ist es dabei wohl kaum einem Mitglied möglich, permanent den Überblick über die politischen Entscheidungen aller Verbände der Piratenpartei zu behalten. Was die Aktivität betrifft, so haben stark involvierte Mitglieder eher Chancen, zu einem frühen Zeitpunkt in den Prozess von Entscheidungen ein-

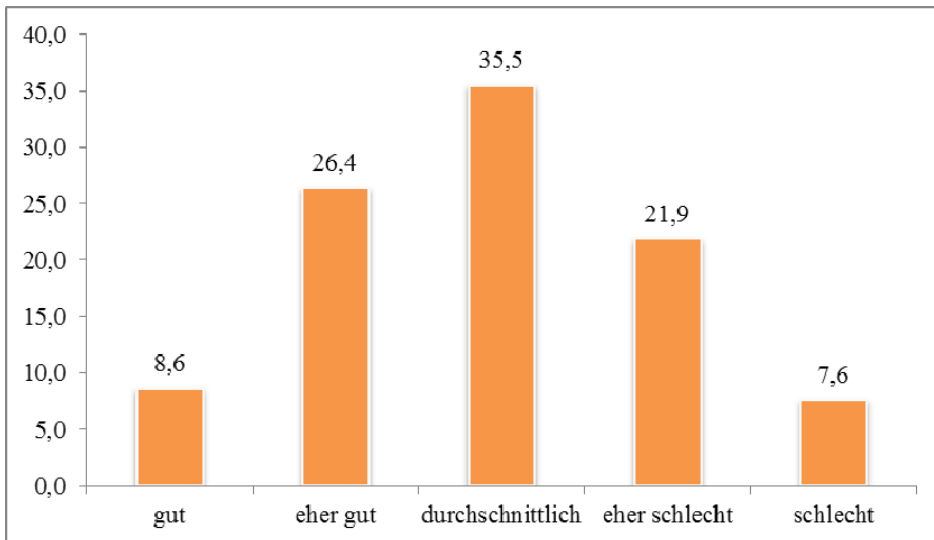
---

<sup>95</sup> Die Flaschenpost kann über folgende Adresse abgerufen werden: <http://flaschenpost.piratenpartei.de/>.

gebunden zu werden als andere Mitglieder, die nur beobachten, sich aber nicht einbringen. Verschiedene Positionen bzw. Ämter innerhalb der Partei können dabei auch förderlich sein, da man hierdurch möglicherweise in andere Kommunikationskreise eingebunden wird, in denen bestimmte Informationen schneller fließen als beispielsweise über Mailinglisten und Ähnliches.

**Abbildung 54: Wie gut fühlen Sie sich insgesamt über anstehende politische Entscheidungen in der Piratenpartei informiert?**

*Frage Nr. 48; Anzahl der Teilnehmer=2.253; Antworten=2.128; k.A.=125; Angaben in Prozent.*



Im politischen Alltag ist es oftmals so, dass viele Parteimitglieder erst über die Homepage des Bundesverbandes, die Mitgliederzeitung *Flaschenpost*, Mailinglisten, Microblogging-Dienste und weitere im Nachhinein von Entscheidungen erfahren.

Hier könnte die Piratenpartei sicher noch an einer Verbesserung ihrer internen Kommunikation arbeiten, wobei hier selbstverständlich auch Grenzen gesetzt

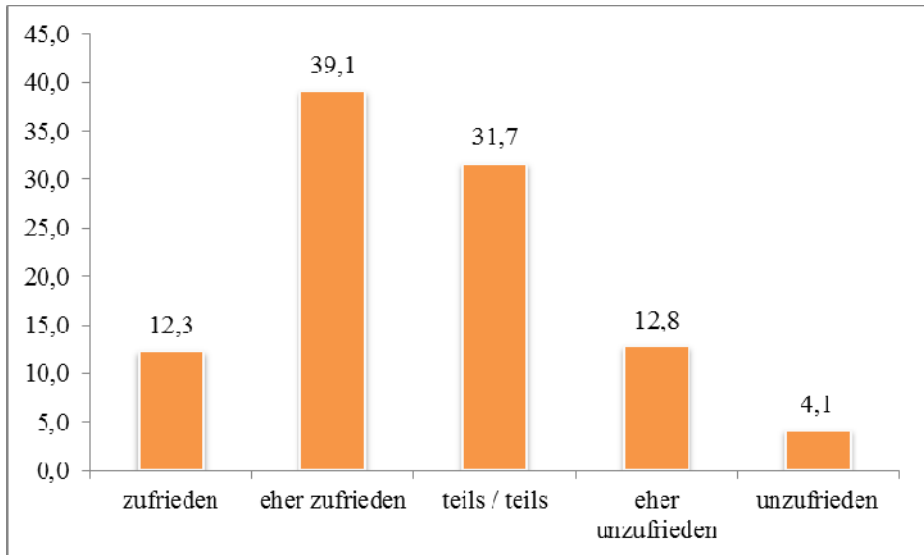


sind. So wird es auch künftig nur schwer möglich sein, trotz digitaler Instrumente, im Vorfeld regelmäßig alle Mitglieder rechtzeitig zu informieren, da die Summe der Entscheidungen auf den verschiedenen Verwaltungsebenen jetzt schon zu groß ist. Es gibt aber definitiv Verbesserungspotenzial.

Nachdem nun die Fragen zur Zusammenarbeit und Kommunikation ausgewertet wurden, stellt sich die Frage, wie zufrieden die Parteimitglieder insgesamt mit der politischen Arbeit in der Piratenpartei sind. Dabei zeigt sich, dass knapp die Mehrheit der Mitglieder (51,4 Prozent) *eher zufrieden* und *zufrieden* ist. 16,9 Prozent sind dies allerdings nicht. Auch wenn dies im Verhältnis nur ein Drittel der Zufriedenen ist, besteht kein Zweifel, dass hier Verbesserungsbedarf angesagt ist (vgl. Abbildung 55: S. 167).

**Abbildung 55: Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit der Piratenpartei insgesamt?**

*Frage Nr. 49; Anzahl der Teilnehmer=2.253; Antworten=2.133; k.A.=120; Angaben in Prozent.*



Die 31,7 Prozent, die sich für *teils / teils* entschieden haben, deute ich so, dass diese Mitglieder ein recht schwankendes Maß an positiven und negativen Erfahrungen während ihrer Mitgliedschaft gemacht haben. So werden beispielsweise viele die Zusammenarbeit während des Bundestagswahlkampfes 2009 sicherlich eher positiv in Erinnerung haben. Die daran anknüpfende Organisations-, Koordinations- und Entwicklungsphase der Partei, in der aufgrund der stark gestiegenen Mitgliederzahl ein nicht unerheblicher Teil der Zeit und Energie auf Organisations- und Strukturtätigkeiten entfiel, könnte aber einen negativen Eindruck bei den Mitgliedern hinterlassen haben. Dies gerade auch mit Blick auf die Begeisterung, die noch kurz zuvor in der Piratenpartei zu finden war.

Es ist daher vorstellbar, dass bei einem sinkenden Organisationsaufwand die gewonnene Zeit wieder mehr in politische Arbeit investiert werden kann. Damit einhergehen könnte auch ein Wechsel von Mitgliedern der Gruppe *teils / teils* in die Gruppe der Zufriedenen.

Sicherlich sind dies nicht die einzigen Gründe, die das Ergebnis erklären können, dennoch sind es zunächst die greifbarsten, denn Organisation und Verwaltung können nicht sinnvoll vom Bundesvorstand abwärts verordnet werden, da jedes Land andere Rahmenbedingungen hat und daher ein jeweils unterschiedliches Vorgehen nötig ist.

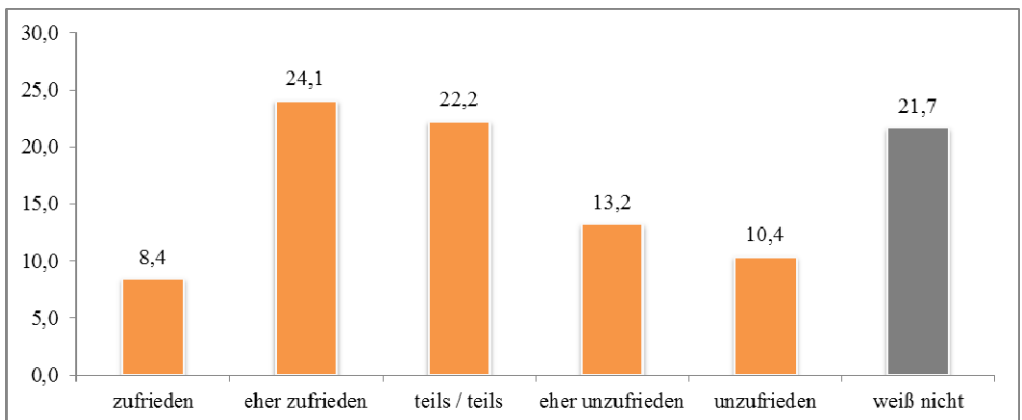
Da also der Aufwand in allen einzelnen Verbänden der Piratenpartei anfällt und bewältigt werden muss, ist es nachvollziehbar, dass nicht im gleichen Maß politische Arbeit geleistet werden kann. Schließlich hat jedes Mitglied nur ein begrenztes Zeitkontingent, das es gilt, bestmöglich einzusetzen. Dass dies eine frustrierende Wirkung gerade auf Mitglieder, die nicht an Organisations- und Verwaltungstätigkeiten interessiert sind, haben kann, ist wahrscheinlich.

Weiterhin spielen aber auch die weiter oben genannten Probleme bei der Kommunikation und die Ergebnisse der Fragen zur Zusammenarbeit und Unterstützung eine Rolle. Sie alle beeinflussen mehr oder weniger die Teilnahme an politischer Arbeit.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Zufriedenheit mit der Tätigkeit des Bundesvorstands im Jahr 2010, der trotz des basisdemokratischen Anspruchs der Mitglieder ein gewisses Leit- und Führungsgremium darstellt. Abbildung 56, Seite 169, zeigt dabei ein eher durchwachsenes Bild. Zwar sind 32,5 Prozent relativ oder aber zufrieden mit der Arbeit des Bundesvorstandes, 23,6 Prozent sind dies allerdings nicht. Dabei entfallen 22,2 Prozent auf die Antwortmöglichkeit *teils / teils*, welche also dem Vorstand eine teils gute, teils schlechte Arbeit attestieren. 21,7 Prozent konnten oder wollten dies nicht einschätzen (vgl. Abbildung 56: S. 169).

**Abbildung 56: Wie zufrieden sind Sie rückblickend mit der Arbeit des Bundesvorstandes für das Jahr 2010?**

*Frage Nr. 50; Anzahl der Teilnehmer=2.253; Antworten=2.132; k.A.=121; Angaben in Prozent.*



Da 2010 ein Jahr war, in dem wegen des starken Mitgliederzuwachses viel Verwaltungs- und Organisationsaufwand auf die Partei zukam und auch noch zwei Parteitage mit verschiedenen gewachsenen Anforderungen anstanden (Bingen mit einer unerreicht hohen Teilnehmerzahl und Vorstandswahlen sowie Chemnitz mit der Erweiterung des politischen Programms), ist die Arbeit des Vorstands unter diesen Prämissen zu betrachten.

Außerdem wechselte der Vorstand im Bereich der Beisitzer seine Besetzung Mitte Mai 2010. Während der gesamten Zeit aber waren Jens Seipenbusch (Vorsitzender), Andreas Popp (stellv. Vorsitzender) und *Bernd Schlömer* (Schatzmeister) beständige Mitglieder. Allerdings gab es auch zwei Austritte, zum einen *Stefan König* (10. Mai 2010) und zum anderen *Benjamin Stöcker* (5. August 2010).

Häufig geübte Kritik, die zumindest quer durch die Mailinglisten der Verbände nachvollziehbar ist, waren unter anderem eine nicht ausreichende Kommunikation nach innen und zu wenig öffentliche Repräsentation auf Veranstaltungen und in den Medien.

Insgesamt lässt sich sagen, dass dem Vorstand hier offensichtlich ein mehrheitlich gutes Zeugnis für die Bewältigung dieser Aufgaben bescheinigt wird – auch wenn nur knapp 10 Prozent Differenz zwischen den Zufriedenen und Unzufriedenen liegt. Der aktuelle Vorstand, der am 14. und 15. Mai in Heidenheim gewählt wurde, hat nun die Möglichkeit, dieses Verhältnis zu verbessern. Da seine Vorgänger schon einen Teil der Organisations- und Verwaltungsarbeit vollzogen haben, ist es denkbar, dass sich der Vorstand nun wieder vermehrt auf die politische Arbeit konzentrieren kann.

Einen stürmischen Start hatte der neue Vorstand ohnehin schon durch die Beschlagnehmung der Server der Piratenpartei durch die Polizei wenige Tage

nach Amtsantritt. Dies wurde unter dem Namen *Servergate* schnell zum Gesprächsthema Nummer eins innerhalb der Piratenpartei. Aufgrund eines Ersuchens aus Frankreich hatte die Polizei die Server der Partei in Offenbach am Main vom Netz genommen, um bestimmte Inhalte von diesen zu kopieren. Hintergrund waren Aufzeichnungen von Internetaktivisten, die mittels des Dienstes *Piratenpad* der Partei ihr weiteres Vorgehen geplant hatten. Die Piratenpartei hat sich über diesen ihrer Meinung nach *unverhältnismäßigen* Eingriff in die Infrastruktur der Partei bereits beschwert.<sup>96</sup>

Weiterhin gibt es im Moment viele Themen, die für die Piratenpartei interessant sein könnten. Nicht wenige davon betreffen ihre Kernthemen, beispielsweise die Erneuerung der *Vorratsdatenspeicherung*, das EU-Projekt *INDECT*<sup>97</sup>, das internationale Handelsabkommen *ACTA* (Anti-Counterfeiting Trade Agreement), die Verlängerung der *Anti-Terror-Gesetze*. Wichtig wird es daher für den Vorstand vor allem sein, die Parteimitglieder rechtzeitig zu aktivieren, um auf die Themenbandbreite geeignet reagieren zu können.

Bevor ich zum Ende der Auswertung dieses Themenbereichs komme, gebe ich noch eine Übersicht über die Häufigkeiten der Anwendungen und Geräte, die die Piratenpartei für die parteiinterne Kommunikation verwendet, und die Mittel, mit denen die Parteimitglieder für die Partei werben. Abgeschlossen wird der Abschnitt durch die Ergebnisse der Frage, ob sich die Erwartungen der Mitglieder bei Eintritt in die Partei erfüllt haben. Danach folgt die Auswertung des Themenbereichs mit den Fragen zum Demokratieverständnis.

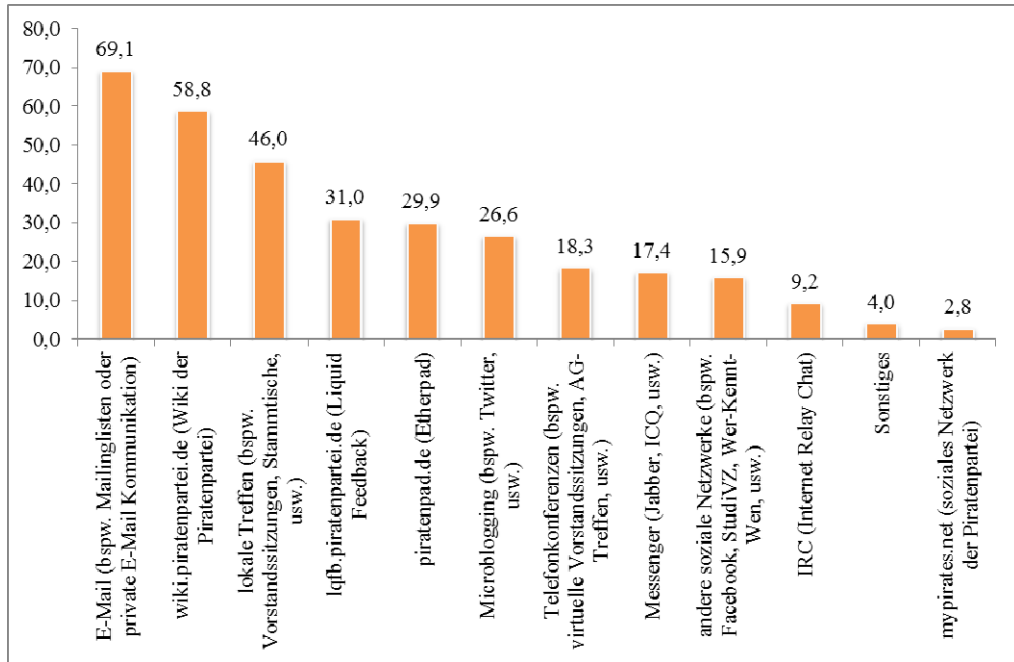
---

<sup>96</sup> *Hintergrundinformationen* zur Beschwerde können hier abgerufen werden: <http://flaschenpost.piratenpartei.de/2011/05/24/emanuel-schach-zu-servergate-hintergrunde-und-beschwerde/>.

<sup>97</sup> Akronym für *Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment*.

### Abbildung 57: Welche Anwendungen verwenden Sie zur parteiinternen Kommunikation?

Frage Nr. 52; Anzahl der Teilnehmer=2.253; Mehrfachnennung war möglich; Angaben in Prozent.



E-Mail Kommunikation steht bei den Piraten mit 69,1 Prozent an erster, das Piratenwiki an zweiter (58,8 Prozent) und lokale Treffen an dritter Stelle (46 Prozent). Die nächst wichtigen Anwendungen für die parteiinterne Kommunikation sind dann die Liquid Feedback Instanz der Piratenpartei (31 Prozent), Piratenpad.de (29,9) und Microblogging-Dienste (26,6), Telefonkonferenzen landen interessanterweise mit nur 18,3 Prozent recht weit hinten.

Mailinglisten bleiben demnach also der Hauptknotenpunkt der innerparteilichen Kommunikation. Das Piratenwiki schneidet, entgegen meiner Hypothese, noch längst nicht gegenüber neueren Kommunikationsdiensten wie dem *Pira-*

*tenpad* schlechter ab, denn es wurde sogar fast doppelt so oft genannt. Persönliche Treffen, wie sie immer häufiger in der Piratenpartei gewünscht werden, scheinen jetzt schon einigermaßen gut etabliert zu sein und immer häufiger stattzufinden (vgl. Abbildung 57: S. 172).

Liquid Feedback wird trotz der ständigen Debatte über das System immerhin von 30 Prozent der Teilnehmer des Fragebogens als viertwichtigster Kommunikationsweg gesehen. Es ist für die Ausarbeitung, Diskussion und Konsensfindung von (programmatischen) Anträgen angelegt worden.

Telefonkonferenzen über die beispielsweise im Jahr 2009 viel programmatische und politische Parteiarbeit stattgefunden hat, mussten, so meine Vermutung, mittlerweile anderen Diensten oder Systemen weichen. Dies lässt sich durch das Ergebnis eindeutig bestätigen.

Andere nicht unbekannte Tools unter den Piraten wie der klassische Internet Relay Chat (IRC) scheinen eher nur noch von einigen wenigen verwendet zu werden (9,2 Prozent). Auch soziale Netzwerke, mit ihrem sehr starken kommunikativen Aspekt liegen mit 15,9 Prozent nur wenige Prozentpunkte über dem IRC und stehen in der Häufigkeit sogar knapp hinter Messengern wie *Jabber* oder *ICQ* zurück (17,4).

Auch wenn die Piratenpartei grundlegend speichernde soziale Netzwerke mit kritischem und gründlichem Auge betrachtet, so haben doch viele Parteimitglieder einen Account in einem sozialen Netzwerk wie beispielsweise *Facebook*, *StudiVZ*, *Xing* und ähnlichen. Ihr eigenes, werbefreies und datensparsames soziales Netzwerk (*mypirates.net*), welches auf Zusammenarbeit angelegt ist und Bestandteile dafür anbietet, oder beispielsweise für Abstimmungen verwendet werden kann, nutzen sie dagegen kaum (2,8 Prozent).

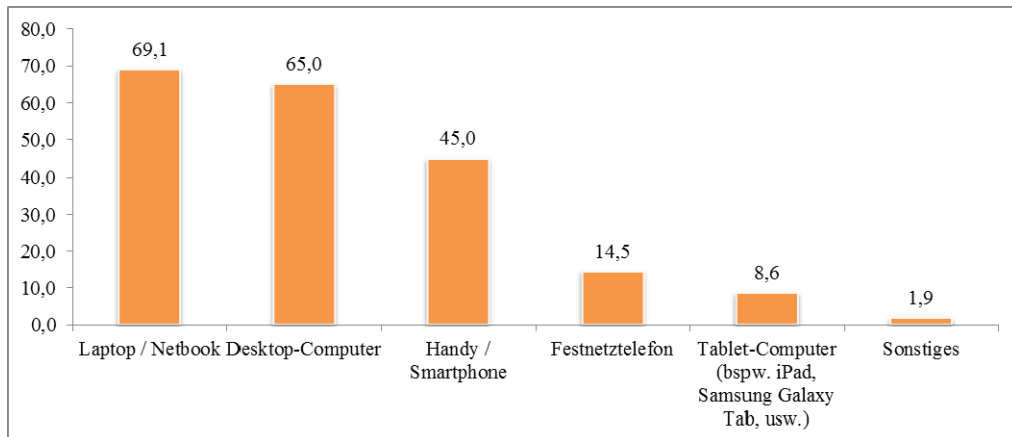
Unter der Antwortoption *Sonstiges* (4 Prozent) wurden hier die Kommunikationssoftware *Mumble*, das Forum der Piratenpartei, gewöhnliche Telefonate, Arbeitstreffen und *Syncom* genannt.

Die meist verwendeten Geräte, über die die Parteimitglieder die oben genannten Dienste nutzen, sind dabei mobile Computer (Laptop, Notebook, Netbook) mit 69,1 Prozent, dicht darauf folgen die eher immobilen Desktop-computer mit 65 Prozent. Handys und Smartphones folgen mit 45 Prozent auf Platz drei. Das klassische Festnetztelefon spielt eine eher nur noch geringe Rolle (14,5 Prozent), an die sich langsam aber sicher die modernen und mobilen Tablet-Computer mit 8,6 Prozent annähern. Der Trend geht also deutlich hin zu mobilen Computern (vgl. Abbildung 58: S. 174).

Unter *Sonstiges* (1,9 Prozent) wurden das Festnetztelefon, das Telefax, Voice over IP Dienste, Kommunikationsanlagen im Auto und Briefe angegeben.

**Abbildung 58: Welche Geräte verwenden Sie zur parteiinternen Kommunikation?**

*Frage Nr. 53; Anzahl der Teilnehmer=2.253; Mehrfachnennung war möglich; Angaben in Prozent.*





Bei der Frage nach den Mitteln, mit denen die Mitglieder Werbung für die Partei machen, zeigte sich keine nennenswerte Bevorzugung für ein einzelnes Mittel. Auffällig ist aber, dass unter den meistgenannten zunächst klassische Werbemittel wie Stammtische (37,4 Prozent) oder aber Flyer, Plakate und ähnliche (35 Prozent), an dritter Stelle aber schon soziale Netzwerke (34,5 Prozent) genannt wurden. Auch wenn also die Partei innerparteilich selten über soziale Netzwerke kommuniziert, so nutzt sie sie doch intensiv für die *externe* Kommunikation (vgl. Abbildung 57: S. 172 und Abbildung 59: S. 176). Nach der Häufigkeitsverteilung zu urteilen, werden sie für nahezu gleich wichtig wie klassische Werbemittel befunden, allerdings auch nicht wichtiger. Digitale Medien wie Blogs, Podcasts und weitere sind hier gleichermaßen zu nennen (33,8 Prozent).

Klassische Medien wie Zeitungen oder Magazine (7,4 Prozent) werden dagegen kaum für die Parteiwerbung genutzt. Auch die Veranstaltungen der Partei scheinen noch zu wenig etabliert zu sein, um aktiv über sie zu werben (9,1 Prozent). Dagegen sind Aktionen und Kampagnen der Partei deutlich beliebter (28,5 Prozent) und für die Infostände der Partei (31,6 Prozent) gilt, dass sie nach wie vor ein wichtiges Werbemittel sind.

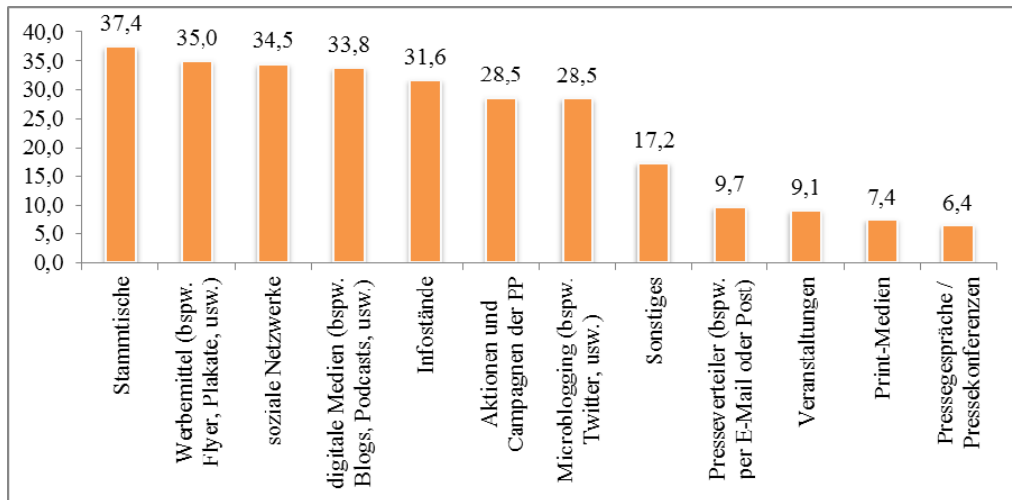
Unter *Sonstiges* (1,9 Prozent) wurden persönliche Gespräche im Freundes-, Verwandten-, Bekannten- und Kollegenkreis, das direkte Ansprechen von Passanten, Piraten-Merchandise (T-Shirt, Schal, Mütze usw.), die Vernetzung mit anderen (ähnlich gesinnten) Organisationen und allgemeine Werbeartikel (Aufkleber, Pins, Broschüren, Flyer) genannt.

Die Ergebnisse überraschen nicht. Sie belegen aber, dass die Partei ihre Werbung zu großen Teilen über digitale Medien und soziale Netzwerke wirbt. Trotzdem verdrängen sie aber klassische Mittel wie Stammtische und Info-

stände aber nicht, Print-Medien dafür schon. Sollte der Bekanntheitsgrad der Piratenpartei aber weiter wachsen, ist anzunehmen, dass Print-Medien als Werbeträger noch deutlich stärker an Bedeutung gewinnen werden, dies gilt auch für Pressegespräche und –konferenzen.

**Abbildung 59: Mit welchen Mitteln werben Sie für die Piratenpartei?**

Frage Nr. 54; Anzahl der Teilnehmer=2.253; Mehrfachnennung war möglich; Angaben in Prozent.



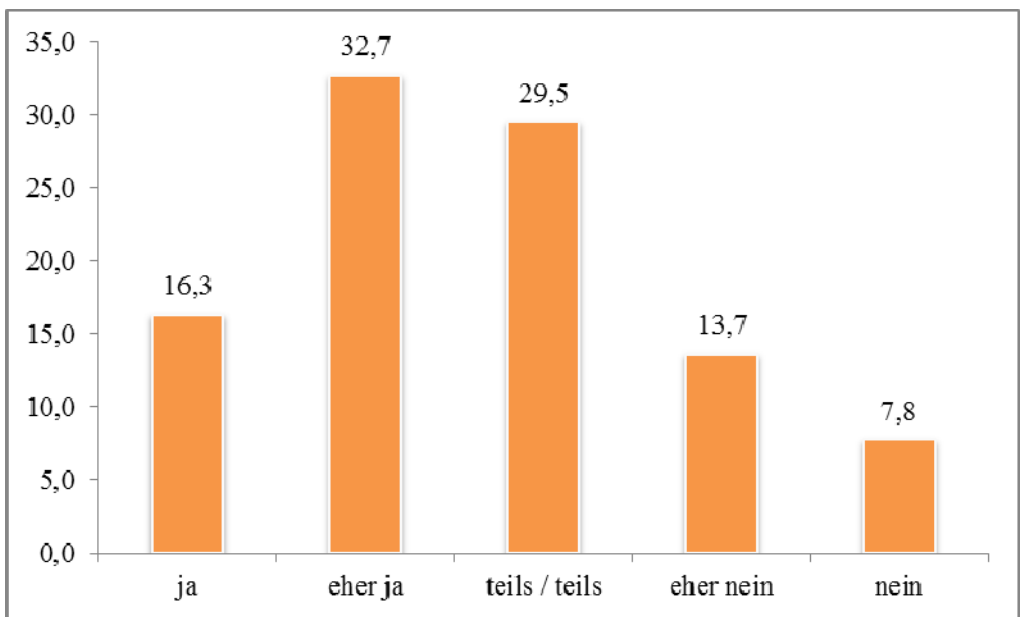
Außer den Ergebnissen, die sich auf die Zusammenarbeit und Kommunikation oder die innerparteiliche Demokratie beziehen, steht vor allem eine wichtige Frage noch aus: *Haben sich die anfänglichen Erwartungen, die die Mitglieder bei ihrem Eintritt an die Piratenpartei gestellt hatten, erfüllt?*

Das Ergebnis könnte insgesamt besser für die Piratenpartei ausfallen, da mit *ja* oder *eher ja* „nur“ knapp 49 Prozent geantwortet haben. Das heißt, nur bei knapp der Hälfte aller Mitglieder wurden die Erwartungen erfüllt. Für knapp 30 Prozent haben sich zumindest zum Teil die Erwartungen bestätigt (vgl. Abbildung 60: S. 177).

21,5 Prozent haben angegeben, dass sich ihre Erwartungen *eher nicht* oder *nicht* erfüllt haben. Diese Teilnehmer sind zwar trotzdem nach wie vor noch Mitglieder der Partei, allerdings scheint noch einiges in der Partei nicht ihren Wünschen zu entsprechen.

**Abbildung 60: Haben sich Ihre anfänglichen Erwartungen, die Sie an die Piratenpartei bei Ihrem Eintritt gestellt haben, erfüllt?**

*Frage Nr.51; Anzahl der Teilnehmer=2.253; Antworten=2.167; k.A.=86; Angaben in Prozent.*



Wie mehr Zufriedenheit mit der Partei und die Erfüllung der Erwartungen erreicht werden können, lässt sich pauschal nicht sagen. Sicher ist es möglich, allgemeine Verbesserungen wie eine Optimierung der innerparteilichen Kommunikation, den Aufbau und die Steuerung eines besseren Informationsflusses zu den Mitgliedern und eine bessere Information der Mitglieder über anstehende politische Entscheidungen, zu nennen. Jedoch sind das zunächst eher organisatorisch-technische Lösungen. Ich vermute, dass der Schlüssel zu einer

Verbesserung der Zufriedenheit der Mitglieder auch an anderer Stelle gefunden werden kann: *über politische Erfolge*.

Auch wenn die Partei vieles in den vergangenen zwei Jahren aushalten musste, gab es doch kaum Mitgliederaustritte, vielmehr ist ein leichter, aber stetiger Mitgliederanstieg zu beobachten. Die Piratenpartei hat sich thematisch breiter aufgestellt und berührt nun auch kernthemenfremde politische Themenkomplexe. Bisher hat sich außerdem gezeigt, dass die Partei auf ihre Mitglieder zählen kann. Trotz einer geringen Anzahl sehr aktiver Parteimitglieder hat sie es geschafft, im Superwahljahr bei allen Wahlen anzutreten und vor allem auf Kommunalebene einige Erfolge verbuchen können. Wichtige Anfangshürden wurden also genommen.

Leider liegt meiner Untersuchung keine konstante Messung der Zufriedenheit der Mitglieder über die vergangenen zwei Jahre vor. Mit diesen Daten hätte ich feststellen können, zu welchen Zeiten die Mitglieder am zufriedensten waren und dies mit Wahlen, Parteitagen und politisch für die Piratenpartei markanten Ereignissen abgleichen können.

Was aber auch in Ermangelung dieser Daten, dafür spricht, dass gerade diese politischen Erfolge besonders hilfreich für die Partei waren, sind schlichtweg der Zusammenhalt und das Engagement, das die Mitglieder bisher gezeigt haben.

Politik ist ein Unterfangen, welches von den Piraten vor allem durch Veränderung und Freiheit definiert wird. Ich glaube, dass jeder dahingehende politische Etappensieg, jeder weitere Sitz in einem weiteren Parlament und jeder weitere Schritt in den öffentlichen Raum, das Kollektiv *Piratenpartei* seinem Ziel näher bringt und die Mitglieder dies ganz bewusst wahrnehmen und erleben.

Viele kleine Schritte, die jedes Mitglied dabei geht, fügen sich hier in einen Gesamtanspruch, der nur durch politische Erfolge zu erfüllen ist. Daher ist jedes dieser politischen Erfolgserlebnisse auch ein Motor und Antrieb, ohne den die Piratenpartei kaum überleben wird.

Mehr Zufriedenheit führt bei den Mitgliedern zu stärkerem Engagement. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass jeder, der sich stark engagiert, automatisch zufriedener sein wird. Es ist nur Fakt, dass ohne engagierte Mitglieder sich die Partei nicht bewegen wird, und ohne Bewegung kommt sie nirgendwo an. So werden sich keinesfalls Erwartungen besser erfüllen und auch keine höhere Zufriedenheit erreichen lassen.

Letztendlich wird es also eine Frage des Engagements und der kommunikativen Zusammenarbeit der Mitglieder untereinander bleiben, ob sie sich ihre Erwartungen erfüllen können. Da die Piratenpartei noch am Anfang steht, kann sie, das Engagement ihrer Mitglieder vorausgesetzt, noch viel bewegen.

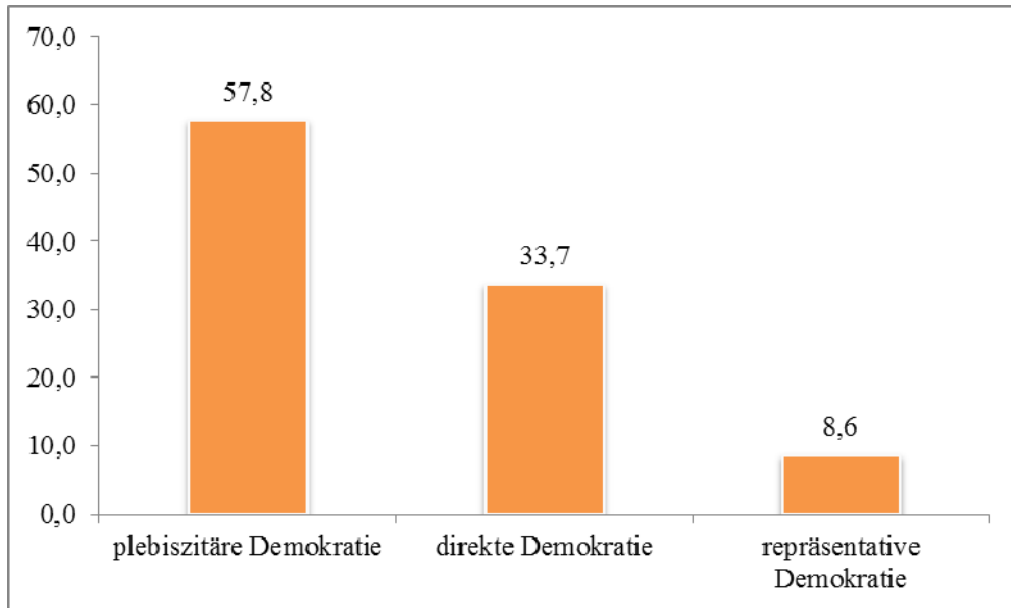
#### **3.2.7 Fragen zum Demokratieverständnis**

Dieser Abschnitt befasst sich mit den Ergebnissen der Fragen zum Demokratieverständnis in der Piratenpartei. Bei diesem Themenbereich haben 2.253 Teilnehmer die Fragen gesehen und 16 abgebrochen, dies entspricht einer Netobeteiligung von 2.237 Teilnehmern.

Die folgenden Ergebnisse sollen einen Einblick in das Demokratieverständnis und die demokratischen Präferenzen der Mitglieder ermöglichen. Ich erhebe dabei *keinesfalls* den Anspruch, das Demokratieverständnis der Piratenpartei vollständig erfasst zu haben. Es handelt sich vielmehr um eine Beschreibung der einzelnen Orientierungen der Teilnehmer. Es ist eine *Annäherung* an das Demokratieverständnis, welches in der Piratenpartei vorherrscht.

**Abbildung 61: Welche Demokratieform halten Sie für am besten geeignet, um den Willen eines Volkes umzusetzen?**

Frage Nr. 55; Anzahl der Teilnehmer=2.237; Antworten=2.178; k.A.=59; Angaben in Prozent.



Bei der Frage nach der Eignung der verschiedenen Demokratieformen für eine bestmögliche Umsetzung des Willens eines Volkes ist *plebiszitäre Demokratie* eindeutig die von den Parteimitgliedern favorisierte Demokratieform mit 57,8 Prozent. Direkte Demokratie wurde am zweithäufigsten genannt, kommt aber insgesamt nur auf ungefähr ein Drittel aller Stimmen (33,7 Prozent). Die in Deutschland etablierte repräsentative Demokratieform wird nur von knapp 10 Prozent der Mitglieder bevorzugt.

Betrachtet man die Partei aus Sicht der Medien, kann schnell der Eindruck entstehen, die Piratenpartei stünde für eine mehr oder weniger absolute Form der direkten Demokratie. Im Ergebnis wird aber deutlich, dass die Piraten sich

mehrheitlich eine plebiszitäre Demokratie wünschen, also eine Mischform aus repräsentativer und direkter Demokratie. Demnach sind die Piraten prinzipiell mit einer Vertretung des Volkes durch Repräsentanten einverstanden, sie wünschen sich aber eine deutlich stärkere Integration des Volkswillens durch direkte Abstimmungen bzw. Möglichkeiten direkter Einflussnahme.

Nach meiner Beobachtung der Piratenpartei entspricht dies auch tatsächlich am ehesten ihrem Wesen und ihren Forderungen. Allerdings muss gesagt werden, dass unabhängig von der Demokratieform, immer die grundlegenden Ansprüche der Partei wie Transparenz des Staatswesens, die Nachvollziehbarkeit politischer Handlungen und Informationsfreiheit damit untrennbar verbunden sind.

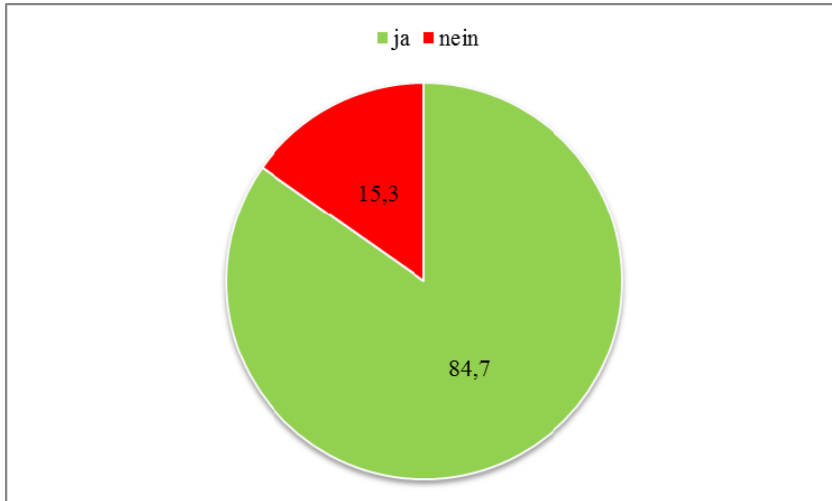
Dementsprechend habe ich danach gefragt, ob die Mitglieder sich von einem Ausbau direkter Demokratie eine Stärkung des Vertrauens in das politische System der Bundesrepublik erhoffen und ob so verlorenes Vertrauen wieder hergestellt werden könnte.

Das Ergebnis ist eindeutig. Die Parteimitglieder sind zu 84,7 Prozent der Ansicht, dass ein Ausbau direkter Demokratie förderlich für das Vertrauen in das politische System der BRD wäre (vgl. Abbildung 61: S. 180). Weshalb die Mitglieder mehrheitlich dieser Auffassung sind, lässt sich größtenteils aus der grundlegenden Forderung *Mehr Demokratie wagen* ableiten, welche auch an erster Stelle im politischen Programm der Partei genannt wird (vgl. Abschnitt 2.2.1). Dort heißt es:

*„Wir Piraten streben eine möglichst hohe demokratische Gleichberechtigung aller Menschen an. Deswegen ist es Ziel der Piratenpartei, die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu steigern und die Partizipation jedes einzelnen Mitbürgers an der Demokratie zu fördern“ (Piratenwiki 2011h).*

**Abbildung 62: Sind Sie der Ansicht, dass ein Ausbau von direkter Demokratie in Deutschland das Vertrauen in das politische System wieder herstellen bzw. verbessern kann?**

Frage Nr. 56; Anzahl der Teilnehmer=2.237; Antworten=2.177; k.A.=60; Angaben in Prozent.



Dies beinhaltet auch die Nutzung moderner Technologien, eine Dezentralisierung von Macht und Verwaltung sowie einen stärkeren Einfluss der Wähler auf die Zusammensetzung der Parlamente.

Wesentlich dabei ist aber vor allem die Frage, wie denn Mehrheitsverhältnisse in einer Demokratie organisiert werden sollen. Zwei Drittel der Parteimitglieder (64,8 Prozent) sind der Meinung, dass *Konsensdemokratie* der geeignetste Weg ist. Ein Drittel (35,2 Prozent) hält Mehrheitsdemokratie (auch Konkurrenzdemokratie) für den besten Weg (vgl. Abbildung 63: S. 183).

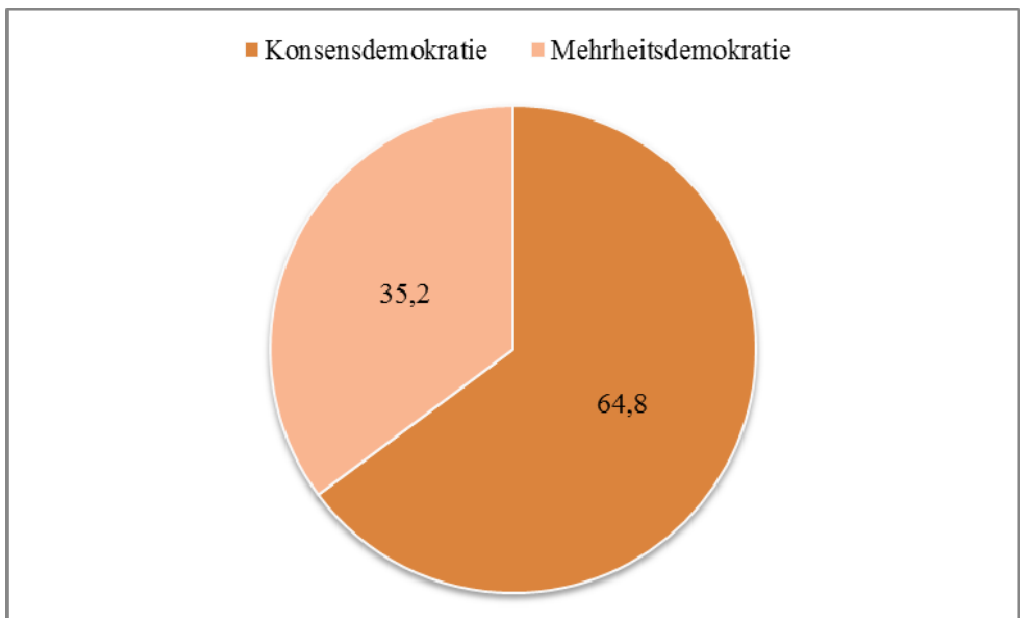
Da die Piratenpartei den Ansatz verfolgt, möglichst viele Menschen in die politische Lösungs- und Entscheidungsfindung einzubeziehen, sie also direkter mitbestimmen zu lassen, überrascht es hier nicht, dass die Parteimitglieder



Konsensdemokratie für geeigneter halten. Dies allerdings muss unter der Prämisse betrachtet werden, dass eine solche Form der Organisation von Mehrheitsverhältnissen in Deutschland nicht etabliert und auch nicht elaboriert ist. Für eine funktionierende Variante konsensorientierter Organisation von Mehrheitsverhältnissen wäre beispielsweise die Schweiz zu nennen.

**Abbildung 63: Welche Demokratieform halten Sie für am besten geeignet, um Mehrheitsverhältnisse zu organisieren?**

*Frage Nr. 57; Anzahl der Teilnehmer=2.237; Antworten=2.118; k.A.=119; Angaben in Prozent.*



Ob nun die Piratenpartei künftig eine solche Verfahrensweise forcieren, bzw. sie zu einem politischen Thema ihres Grundsatz- und Wahlprogramms machen wird, kann an dieser Stelle nicht prognostiziert werden. Für wahrscheinlich halte ich es aber, dass zunächst die Mehrheitsfindungsverfahren, die die Piratenpartei intern anwendet, einer Veränderung unterzogen werden könnten.

Dies würde sich bei vielen verschiedenen Anlässen, beispielsweise bei Bundes-, Landes- oder Kreisparteitagen, mit genügend Vorbereitung realisieren lassen, denn bisher wird dort ein konkurrenzdemokratisches Verfahren angewendet.

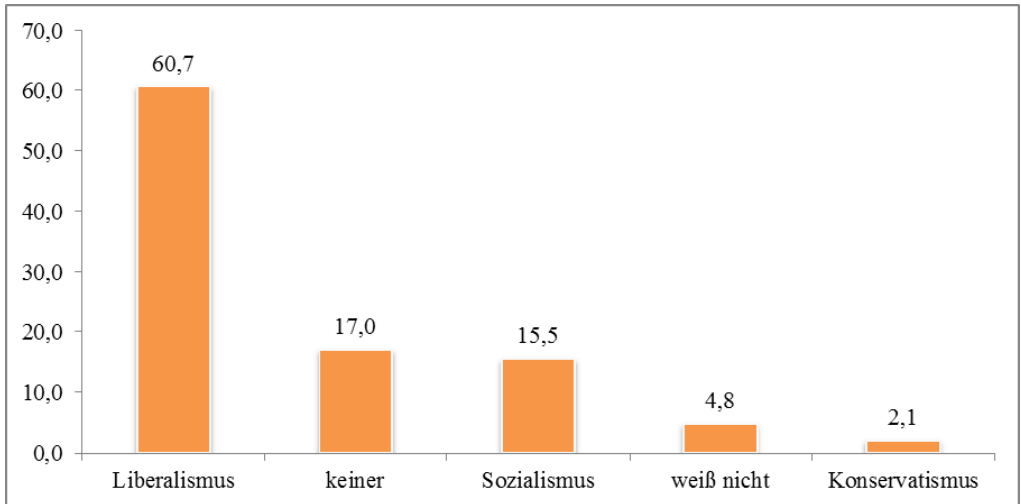
Dies würde dann aber auch bedeuten, dass die Partei Externen mehr Einfluss gewährt, indem sie Vertreter von verschiedenen außenstehenden Organisationen und Verbänden zu ihren Versammlungen einlädt, bzw. sie miteinbezieht und auf diesem Weg Veränderungen an ihren Diskursen zulässt. Offenheit und Transparenz, wie sie meiner Einschätzung nach heute noch in der Piratenpartei gegeben sind, wäre dabei eine Grundvoraussetzung. Es dürfte der Partei dabei auch wesentlich leichter fallen, konsensdemokratische Forderungen in der Politik glaubhaft zu vertreten, da sie dann mit eigenen, bis dahin möglicherweise etablierten Vorgehensweisen und deren Vorteilen argumentieren könnte.

Um die Piratenpartei weitergehend einschätzen zu können, habe ich danach gefragt, welcher politischen Strömung die Piratenpartei am ehesten angehört. Dabei habe ich aufgrund der Komplexität des Themas, des Umfangs des Fragebogens und des Rahmens der Untersuchung auf eine Angabe aller Abspaltungen, Weiterentwicklungen und Subgruppen der verschiedenen Strömungen verzichtet und stattdessen Kurzdefinitionen zu den verschiedenen Basisströmungen angeboten.

Die Parteimitglieder betrachten die Partei eindeutig als der Strömung des Liberalismus zugehörig (60,7 Prozent). Dies entspricht dem gemeinhin libertären Verständnis der Piratenpartei, ihrem Streben nach Freiheit, und ist indirekt als Substanz vieler ihrer programmatischen Forderungen nachvollziehbar in sie eingebettet.

### Abbildung 64: Welcher politischen Strömung gehört die Piratenpartei am ehesten an?

Frage Nr. 58; Anzahl der Teilnehmer=2.237; Antworten=2.183; k.A.=54; Angaben in Prozent.



17 Prozent sind der Überzeugung, dass sich die politische Linie der Partei mit keiner der klassischen Strömungen vereinbaren lässt. Es ist denkbar, dass sich hierin der Anspruch der Mitglieder widerspiegelt, neue Wege zu gehen, etwas anders zu machen. Und dass sie davon ausgehen, dass die Piratenpartei frei vom Einfluss politischer Strömungen ist. Dem kann ich aber nicht zustimmen.

Die Piratenpartei hat schon oft betont, dass vieles, was in die Gesellschaft hineingetragen wird, kopiert, verändert, gemischt und geteilt wird. Meiner Meinung nach gilt dies ebenfalls für die politischen Ideen und Grundsätze, denen die Piratenpartei selbst folgt. Diese Standpunkte sind aber Errungenschaften der Gesellschaft und wurden erstritten, erkämpft, verteidigt und haben sich über viele Jahrhunderte hin entwickelt, verschiedenartig geprägt und etabliert. Das Ergebnis dieser Entwicklungen hat es erst möglich gemacht, dass wiederum neue Formen und Abspaltungen entstehen konnten – so auch der liber-

taristische Einfluss, der auf die Piratenpartei eingewirkt hat. Davon auszugehen, die Piratenpartei sei frei von dieser Entwicklung, kann daher nicht schlüssig festgestellt werden. Dennoch wollte ich diejenigen, die sich mit keiner der Richtungen identifizieren konnten, aber eine Meinung dazu haben, eine Alternative zu der Antwortmöglichkeit *weiß nicht* anbieten, da ein Wegfallen dieser Alternative das Ergebnis verzerrt hätte.

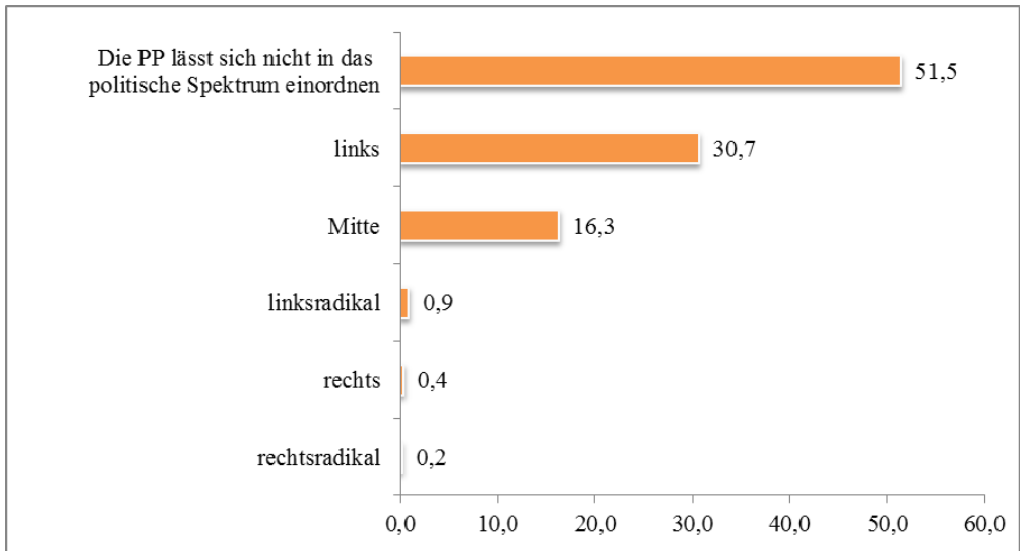
Mit Sozialismus konnten sich noch 15,5 Prozent identifizieren und 2,1 Prozent haben Konservativ genannt. 4,8 Prozent haben angegeben, dass sie dies nicht wissen oder einschätzen können (vgl. Abbildung 64: S. 185). Meine ursprüngliche Vermutung war, dass im Ergebnis Liberalismus und Sozialismus einen hohen Stellenwert einnehmen würden, wobei erstgenannter dominieren würde. Denn auch wenn die Piratenpartei nach außen hin einen recht liberalen Eindruck macht, gibt es auch Forderungen im politischen Programm, die einen Einfluss linker Politik nahelegen. Ein Beispiel wäre die Forderung nach einem *Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe*, welche in ihrer Form wohl kaum in einem liberalen Programm zu finden wäre, weil es einigen liberalen Grundüberzeugungen nicht entspricht. Gerade deshalb war es auch wichtig, nach einer Verortung der Partei durch die Mitglieder auf dem politischen Spektrum zu fragen.

Die meisten Parteimitglieder entsprechen hier den in Abbildung 64 Seite 185 genannten 17 Prozent, die angegeben haben, dass die Partei keiner politischen Strömung zugehörig ist. Die nächstgewählten Antwortoptionen waren *links* (30,7), welches ungefähr von einem Drittel der Befragten angegeben wurde und *Mitte* mit 16,3 Prozent. Auch wurden zu geringen Prozentzahlen (alle unterhalb einem Prozent) extreme Positionen genannt wie *rechtsradikal*, *rechts* und *linksradikal*. Es ist äußerst fraglich, wie anhand des politischen Programms der Partei jemand zu der Einschätzung gelangen konnte, dass dieses

rechtsradikale oder rechte sowie linksradikale Programmpunkte enthält. Meiner Untersuchung nach (vgl. Abschnitt 2.2.1) kann keiner der darin enthaltenen Punkte in eine der drei Kategorien eingeordnet werden. Vorstellbar, wenn auch eher sehr unwahrscheinlich, wäre es, dass einige Parteimitglieder den Beschluss des *Rechts auf gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe* als enormen Linksruck der Partei wahrgenommen haben und diesen Schritt als radikal einstufen.

**Abbildung 65: Bitte ordnen Sie die Piratenpartei in das politische Spektrum ein.**

Frage Nr. 59; Anzahl der Teilnehmer=2.237; Antworten=2.184; k.A.=53; Angaben in Prozent.



Betrachtet man nur die Angaben, die eine Position des Spektrums abbilden, so müsste man die Piratenpartei am ehesten *links* und zu Teilen als *Mitte* einstufen. Der Mehrheit der Mitglieder liegt eine solche Einstufung aber fern.

Zum Ende dieses Themenbereichs habe ich noch in einer Frage Bezug auf den *Freiheitsanspruch* der Piratenpartei genommen. Da bei der Piratenpartei Freiheit eines der wichtigsten Elemente ihrer politischen Überzeugungen darstellt und dieser Wert auch in ihrem Wahlkampf ein stets präsenten Anliegen bleibt, wollte ich wissen, wie sich die Piratenpartei bei einer eher praxis-politisch orientierten Entscheidung verhält. Dabei habe ich danach gefragt, ob Menschen, die in einem Staat leben ohne dessen Staatsangehörigkeit zu besitzen, trotzdem an Wahlen teilnehmen dürfen sollten. Zur Auswahl standen die Antwortoptionen *ja, ja, aber nur unter Bedingungen* und *nein*.

Meine Hypothese war, dass wegen des Freiheitsanspruchs der Partei die Option *ja* am meisten gewählt werden würde, tatsächlich war es aber die am wenigsten genannte Auswahlmöglichkeit mit nur 14,6 Prozent. Zwei Drittel der Parteimitglieder (62,1 Prozent) sind zwar dafür, wollen diese Möglichkeit aber nur unter bestimmten Bedingungen einräumen. 23,4 Prozent sind gegen jegliche Teilnahme an Wahlen ohne Staatsangehörigkeit.

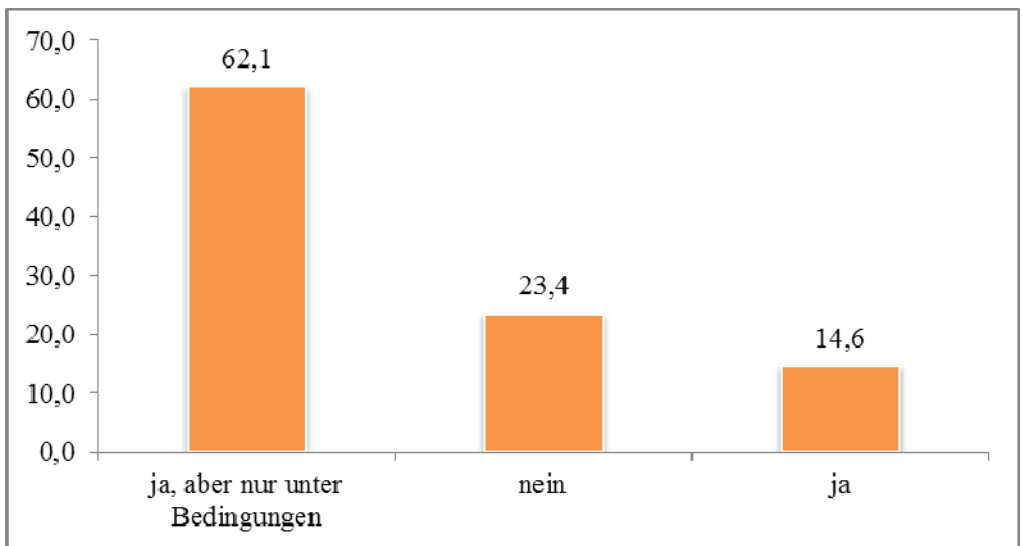
Aus der Perspektive einer kontinuierlichen Einforderung von Freiheit überrascht das Ergebnis. Es mag unterschiedliche Gründe dafür geben, weshalb Menschen eine Staatsangehörigkeit nicht erhalten oder nicht danach streben, obwohl sie dauerhaft oder für längere Zeit in einem Land leben. Aber auch wenn man deren Motive zunächst außer Acht lässt, so kann ein Verlangen nach Mitbestimmung wohl für die meisten Menschen angenommen werden.

Die Forderung nach Freiheit enthält auch die Freiheit der Wahl und diese in vielfacher Hinsicht. Da von den meisten Teilnehmern angegeben wurde, dass eine Teilnahme an Wahlen prinzipiell schon erwünscht sei, diese jedoch an Bedingungen geknüpft werden müsse, kann zum Teil so verstanden werden, dass die Mitglieder einen gewissen Schutz dieser Freiheit gewährt sehen wol-

len. Dies drückt sich hier zum Teil in Bedingungen aus. Es kann angenommen werden, dass diese Einschränkungen auch Ausdruck von Integrationsforderungen sind, aber sicherlich ist darin auch ein Schutz gegen die Manipulation von Wahlen zu sehen.

**Abbildung 66: Sollen Menschen, die in einem Staat leben, ohne dessen Staatsangehörigkeit zu besitzen, trotzdem an Wahlen teilnehmen dürfen?**

*Frage Nr. 60; Anzahl der Teilnehmer=2.237; Antworten=2.192; k.A.=45; Angaben in Prozent.*



Nimmt man die beiden meistgenannten Antworten zusammen, so ergibt dies 85,5 Prozent, die entweder gegen eine Beteiligung an Wahlen von Menschen ohne Staatsbürgerschaft oder aber für eine Teilnahme nur unter Bedingungen gestimmt haben. Auch wenn die Frage sicherlich ein sensibles Thema betroffen hat, so ist meiner Meinung nach für eine Partei, die Freiheit deutlich einfordert, dass Ergebnis der Option *ja* überraschend gering ausgefallen.

Gerade weil Freiheit ein so unbestimmter Begriff ist, muss man differenziert mit ihm umgehen. Da die Medien die Piratenpartei oft in ein Licht stellen, in welchem sie häufig als eine Partei dargestellt wird, die alles freiheitlich im Sinne von *kostenlos* teilen bzw. kopieren will und der nichts „heilig“ sei, wäre es vielleicht nötig, die Forderung nach Freiheit im Programm der Partei noch konkreter zu formulieren.

Im nun folgenden letzten thematischen Abschnitt dieser Arbeit, werden die Ergebnisse der Fragen zur Person des Teilnehmers ausgewertet.

#### **3.2.8 Fragen zu Ihrer Person (statistische Daten)**

Dieser Abschnitt befasst sich mit den Ergebnissen der Fragen zur Person des Teilnehmers. Hier wurden statistische Daten wie Geschlecht, Alter, Ausbildungs- und Berufsstand und der Umfang des Beschäftigungsverhältnisses erhoben. Bei diesem Themenbereich haben 2.237 Teilnehmer Fragen gesehen und 5 abgebrochen, dies entspricht einer Nettobeteiligung von 2.232 Teilnehmern.

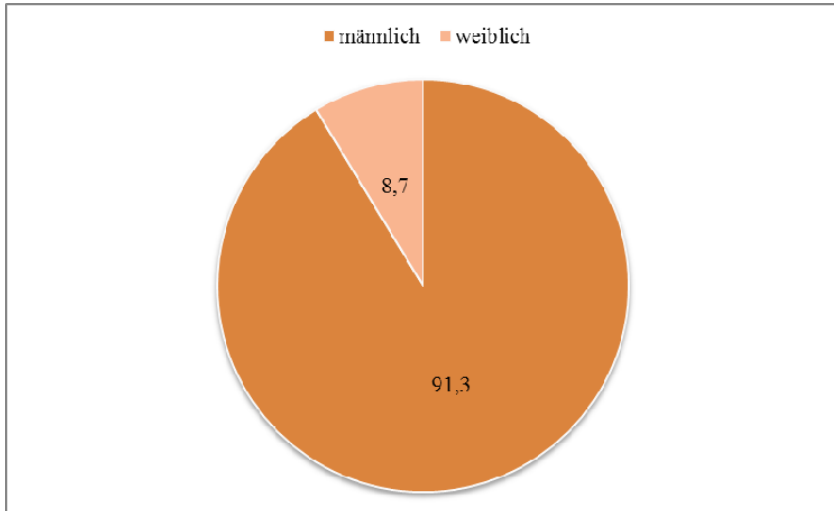
Eindeutig war der Großteil der Teilnehmer männlichen Geschlechts (91,3 Prozent), es haben aber auch 8,7 Prozent weibliche Parteimitglieder an der Befragung teilgenommen. In absoluten Zahlen entspricht dies 1.992 männlichen und 190 weiblichen Teilnehmern, die hier eine Angabe gemacht haben (vgl. Abbildung 67: S. 191).

Die am stärksten vertretenen Altersgruppen liegen dabei im Bereich von 20 bis 34 Jahren mit insgesamt 61,9 Prozent. Danach folgen mit knapp über 10 Prozent die Gruppen von 35 bis 44 Jahre, alle anderen liegen jeweils unterhalb dieser Grenze (vgl. Abbildung 68: S. 191). Gerade bei den Altersgruppen von 45 bis 60 Jahre und älter sinken die Mitgliedszahlen deutlich ab. Dies unterstreicht einmal mehr das junge Durchschnittsalter in der Partei.



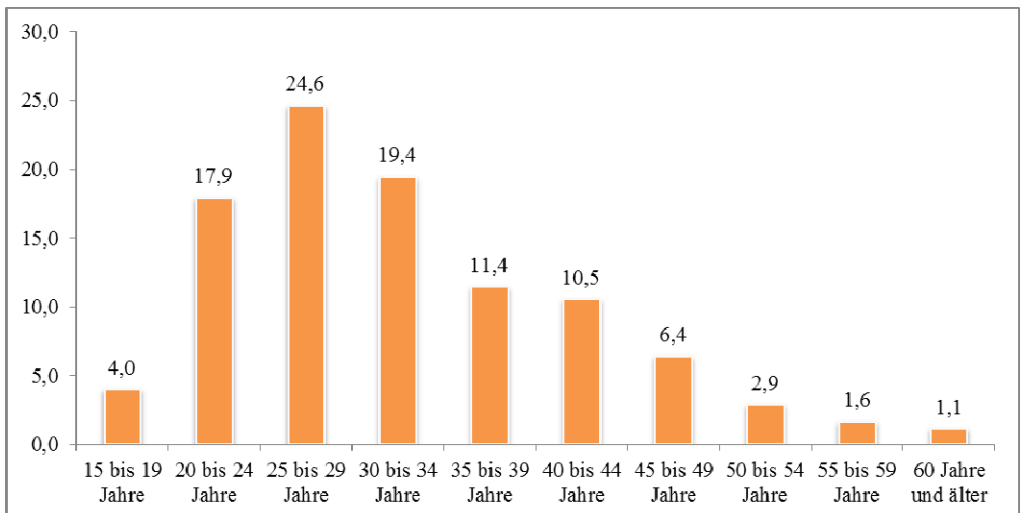
### Abbildung 67: Verteilung der Teilnehmer nach Geschlecht

Frage Nr. 61; Anzahl der Teilnehmer=2.232; Antworten=2.182; k.A.=50; Angaben in Prozent.



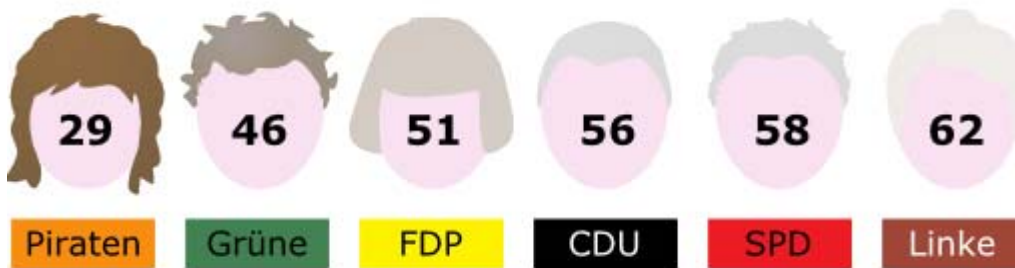
### Abbildung 68: Verteilung der Teilnehmer nach Alter

Frage Nr. 62; Anzahl der Teilnehmer=2.232; Antworten=2.203; k.A.=29; Angaben in Prozent.



Vor allem im Vergleich mit den etablierten Parteien sind die Mitglieder der Piratenpartei im Durchschnitt deutlich jünger. Selbst die Mitglieder von *Bündnis 90/Die Grünen* als nächstjüngste Partei sind im Schnitt 17 Jahre älter (vgl. Abbildung 69: S. 192).

**Abbildung 69: Durchschnittsalter der Mitglieder verschiedener Parteien (in Jahren)**



Quelle: Piratenwiki 2009c.

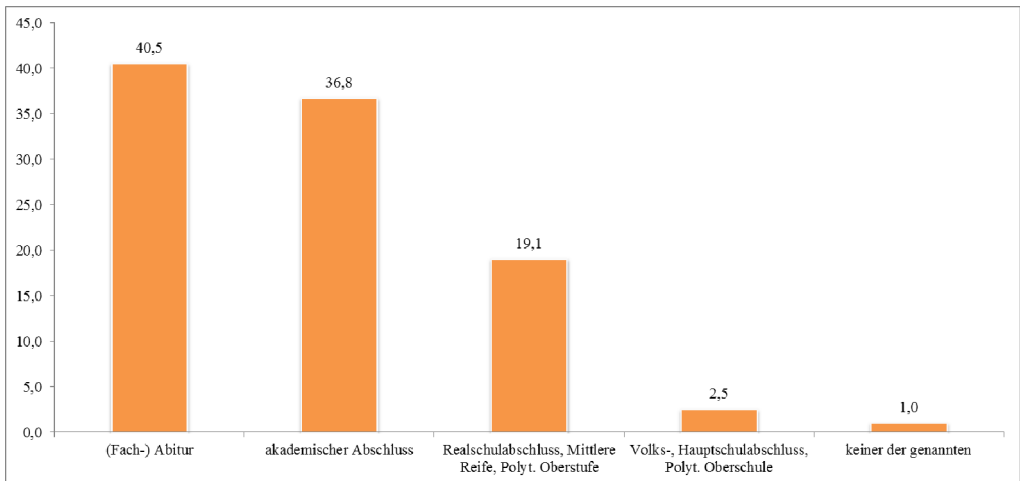
Die Verteilung der Bildungsabschlüsse innerhalb der Partei verdeutlicht, dass weit mehr als die Hälfte der Mitglieder entweder ein (Fach-) Abitur (40,5 Prozent) oder aber einen akademischen Abschluss haben (36,8 Prozent). Knapp 20 Prozent haben einen Abschluss der mittleren Reife oder Vergleichbares. Einen Volks- oder Hauptschulabschluss haben 2,5 Prozent der Mitglieder und ein Prozent gab an, einen Abschluss zu haben, der bei den Antwortmöglichkeiten nicht zur Auswahl stand. Die Parteimitglieder stammen also mehrheitlich aus akademischem oder gymnasialem Umfeld und prägen gemeinsam mit 77,3 Prozent den Bildungshintergrund der Piratenpartei (vgl. Abbildung 70: S. 193).

Zum Zeitpunkt der Befragung gingen 61,5 Prozent keiner Ausbildung nach, 25,3 Prozent studierten, 5,4 Prozent befanden sich in einer Berufsausbildung, 3,4 Prozent gingen zur Schule und 4,3 Prozent gingen einer anderen Ausbildungsform nach (vgl. Abbildung 71: S. 193). Ein Viertel der Partei sind aktu-

ell Studenten, nur jeder zwanzigste geht einer Berufsausbildung nach. Auch dieses Ergebnis verweist auf die akademischen Abschlüsse von knapp 37 Prozent der Mitglieder.

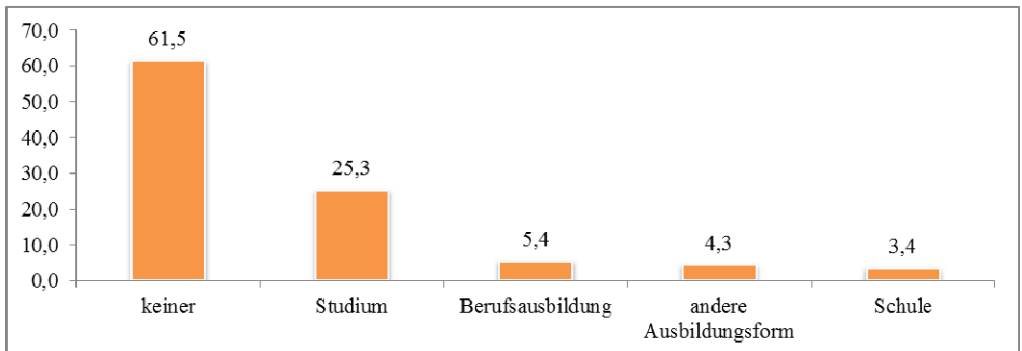
**Abbildung 70: Verteilung der Mitglieder nach Bildungsabschlüssen**

*Frage Nr. 63; Anzahl der Teilnehmer=2.232; Antworten=2.200; k.A.=32; Angaben in Prozent.*



**Abbildung 71: Welcher Ausbildung gehen Sie momentan nach?**

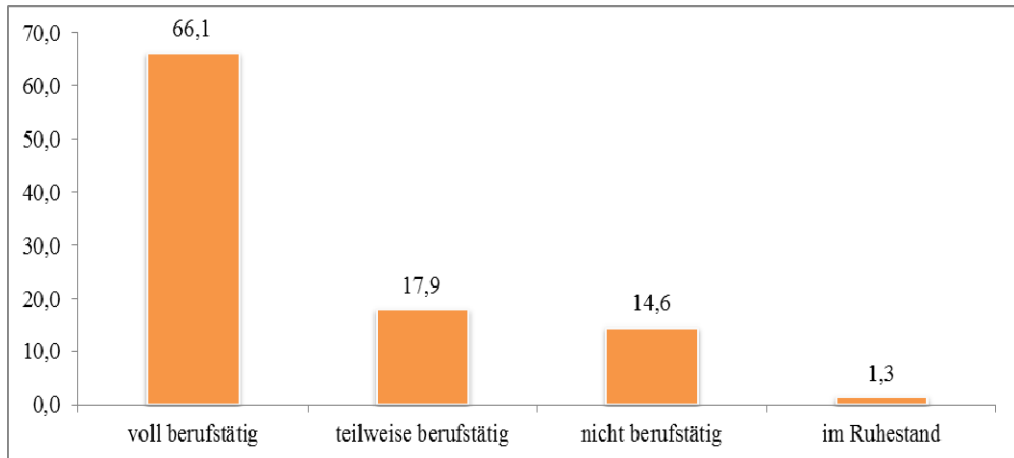
*Frage Nr. 64; Anzahl der Teilnehmer=2.232; Antworten=2.148; k.A.=84; Angaben in Prozent.*



Die 61,5 Prozent der Mitglieder, die angegeben haben, zurzeit keiner Ausbildung nachzugehen, stimmen weitgehend mit der in Abbildung 72 Seite 194 Verteilung der Mitglieder nach dem Umfang der Erwerbstätigkeit überein. Dort gaben 66,1 Prozent an *voll berufstätig* zu sein. Das heißt, der deutlich größte Teil der Mitglieder engagiert sich in der Piratenpartei neben der Ausübung einer beruflichen Vollzeit Tätigkeit.

**Abbildung 72: Verteilung der Mitglieder nach Umfang der Erwerbstätigkeit**

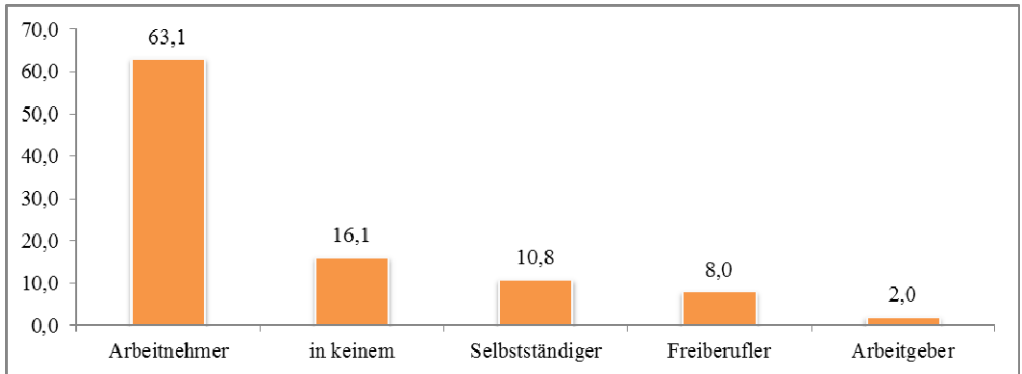
Frage Nr. 65; Anzahl der Teilnehmer=2.232; Antworten=2.174; k.A.=58; Angaben in Prozent.



Für die 17,9 Prozent der Mitglieder, die teilweise berufstätig sind, kann angenommen werden, dass ein nicht unerheblicher Teil hier auf die Studierenden in der Partei entfällt. Eine Analyse nur derjenigen, die angegeben haben, zurzeit einem Studium nachzugehen, ergibt, verglichen mit dem Umfang der Erwerbstätigkeit, dass die meisten dieser Mitglieder tatsächlich auf diese Kategorie entfallen. *Nicht berufstätig* wurde allerdings am zweithäufigsten von diesen Mitgliedern angegeben. Im Ruhestand befinden sich lediglich 1,3 Prozent der Parteimitglieder.

### Abbildung 73: In welchem Beschäftigungsverhältnis stehen Sie momentan?

Frage Nr. 66; Anzahl der Teilnehmer=2.232; Antworten=2.185; k.A.=47; Angaben in Prozent.



Betrachtet man das Beschäftigungsverhältnis (Arbeitnehmer: 63,1 Prozent) und den Umfang der Erwerbstätigkeit (voll berufstätig: 66,1 Prozent) so zeigt sich, dass die meisten Mitglieder der Partei vollberufstätige Arbeitnehmer sind, die neben ihrem Beruf in der Piratenpartei aktiv sind und dabei auch ehrenamtliche Ämter bekleiden und etwaige andere Verantwortung übernehmen.

Selbstständige und Freiberufler machen gemeinsam 18,8 Prozent aus, zwei Prozent der Mitglieder sind Arbeitgeber. 16,1 Prozent stehen zurzeit in keinem Beschäftigungsverhältnis, wobei sich diese Antwortoption, wie oben schon angedeutet, zu weiten Teilen aus den Studierenden der Partei speist (vgl. Abbildung 73: S. 195).

Die Analyse der Ergebnisse der Erhebung ist damit beendet. Meine Arbeit wird mit der nun folgenden Schlussbetrachtung abgeschlossen.



## 4. Schlussbetrachtung

Nachdem ich die Ergebnisse der empirischen Erhebung in der Piratenpartei vorgestellt und analysiert habe, gebe ich nun eine abschließende, zusammenfassende Betrachtung, die sich aus den Teilergebnissen der vorangegangenen Abschnitte dieser Arbeit ergibt.

Wie ich zu Beginn dieser Arbeit dargestellt habe, hat die Piratenpartei 2009 mit über 10.900 Mitgliedsbeitritten einen starken Mitgliederzuwachs erlebt, der vieles in der Partei grundlegend verändert hat. Diese Veränderungen bzw. Aspekte habe ich unter dem Begriff „Selbstverständnis“ untersucht und dem eine Beschreibung der Herkunft und der Entwicklung der Piratenpartei Deutschland sowie des internationalen Dachverbandes Pirate Parties International vorangestellt.

Ein Ziel meiner Untersuchung war es, vor allem auch die eher passiven Parteimitglieder zu erreichen, da deren Meinungen und Einstellungen bisher eine unbekannte Größe innerhalb der Partei dargestellt haben. Dieses Ziel wurde erreicht und lässt sich durch die Teilnahme von 1.598 Parteimitgliedern, die sich selbst als *eher passiv* oder *passiv* eingestuft haben, belegen. Obwohl sich mehrheitlich passive Mitglieder an der Befragung beteiligten (60,4 Prozent), konnte auch eine hohe Beteiligung der *aktiven* Mitglieder verzeichnet werden (614 Teilnehmer  $\hat{=}$  23,2 Prozent), der Rest entfiel auf die Gruppe *teils / teils* (433 Teilnehmer  $\hat{=}$  16,4 Prozent).

Es hat sich herausgestellt, dass die meisten Teilnehmer über digitale Wege zur Piratenpartei gefunden haben, das betrifft das erste Wahrnehmen und den ersten Kontakt mit der Partei. Die Gründe für den Parteieintritt überraschen allerdings zum Teil. In der allgemeinen öffentlichen Rezeption ist die Piratenpartei die „Internetpartei“, es lag also die Vermutung nahe, dass die vorwiegenden

Beweggründe für einen Parteieintritt im Bereich der Netzpolitik, der Debatte um das Zugangerschwerungsgesetz und dergleichen liegen würden. Tatsächlich aber sind die hauptsächlichen Beitrittsgründe die Unzufriedenheit mit der Politik der etablierten Parteien, die Verteidigung und Stärkung der Bürgerrechte und die Debatte um die Vorratsdatenspeicherung. Netzpolitik wurde erst an fünfter Stelle genannt. Unzufriedenheit und Bürgerrechte stellen also die größte Motivation dar, in die Piratenpartei einzutreten.

Im Zusammenhang mit den Mitgliedsbeitritten und dem innerparteilichen Engagement muss vor allem ein Ergebnis hervorgehoben werden: Ein Großteil der Mitglieder (69 Prozent) war vor dem Eintritt in die Piratenpartei politisch inaktiv. Seit ihrem Parteieintritt aber wenden 54 Prozent der Teilnehmer der Befragung mindestens eine Stunde pro Woche für inhaltliche, organisatorische oder kommunikative Parteiarbeit auf. Das heißt, die Piratenpartei hat es geschafft, viele Menschen politisch zu aktivieren, die möglicherweise vorher keine politische Heimat für sich finden konnten.

Die Gründe dafür liegen neben den politischen Themen sicherlich auch in dem umfangreichen Partizipationsangebot der Partei, welches allerdings schwer zu überschauen ist. Zusätzlich ist eine Partizipation an der politischen Arbeit der Piratenpartei auf allen Ebenen bis heute auch ohne Parteimitgliedschaft möglich, lediglich bei offiziellen Abstimmungen darf nicht mitgestimmt werden und Bewerbungen auf interne Parteiämter sind ebenfalls nicht möglich.

Ämter in der Partei übernehmen der Umfrage zufolge dabei hauptsächlich die Mitglieder, die sich selbst als *aktiv* einstufen (42 Prozent der Gruppe der Aktiven). Die weniger aktiven Mitglieder übernehmen aber immerhin auch zu 11,4 Prozent Ämter in der Partei. Dies ist insofern interessant, als die Aufnahme eines Amtes in fast jedem Fall einen enormen Zeitaufwand mit sich



bringt. Ob dies nun bedeutet, dass sich diese Mitglieder nur stärker in die Partei einbringen, wenn sie ein Amt innehaben, kann aus den vorliegenden Daten aber nicht geschlossen werden.

Das Selbstverständnis der Piratenpartei eine *Mitmachpartei* zu sein, kann ich also bestätigen. Es gibt ein breites Angebot an Partizipationsmöglichkeiten, welches meiner Einschätzung nach schon durch eine gut organisierte Erleichterung des Einstiegs in das Parteileben für neue Mitglieder sowie eine Vereinfachung der Parteistrukturen einen positiven Effekt auf die Mitmachquote der Partei haben könnte.

Was die programmatische Entwicklung der Piratenpartei betrifft, sind die meisten Mitglieder eher zufrieden, wenn auch die Interpretation der Ergebnisse genug Potenzial für Verbesserungen übrig lässt. Denn es sind knapp 38 Prozent der Teilnehmer der Ansicht, dass bisher zu wenig programmatische Entwicklung innerhalb der Piratenpartei stattgefunden hat.

Die politisch-programmatische Arbeit, welche auch die Möglichkeit hat, in das politische Grundsatzzprogramm der Piratenpartei aufgenommen zu werden, findet vor allem auf den Parteitagen der verschiedenen Verbandsebenen statt. Diese Möglichkeit, sich in die Partei einzubringen, wird aber nur von 20 Prozent der Mitglieder oft oder sehr oft genutzt. 60 Prozent der Mitglieder nehmen selten oder nie an solchen Veranstaltungen teil. Konzepte wie der sogenannte *dezentrale Parteitag* könnten dabei die Beteiligung möglicherweise steigern.

Auch wenn also nur ein geringer Teil der Mitglieder konkret das politische Programm bestimmt, sind sich zwei Drittel der Teilnehmer einig, dass das bisherige Programm zu einem Vollprogramm erweitert werden soll. Allerdings

soll diese Erweiterung nicht kurzfristig, sondern mittel- bis langfristig stattfinden.

Bei der Frage nach den wichtigsten programmatischen Schwerpunkten wurden vor allem die Stärkung und Bewahrung von Bürgerrechten genannt. Die wichtigsten programmatischen Schwerpunkte dagegen beziehen sich, bis auf das Thema *Bildung*, auf die Kernthemen der Partei wie Transparenz des Staatswesens, Open Access, Privatsphäre und Datenschutz und Informationsfreiheitsgesetze. Letztere wurden vor gar nicht allzu langer Zeit in Chemnitz beschlossen und zählen damit nicht zu den ersten ausformulierten Programmpunkten der Partei. Die Themen Bildung und Umwelt wurden dabei am häufigsten als bisher zu wenig entwickelt eingestuft, obwohl der Programmpunkt Bildung zu einem der fünf wichtigsten Punkte des Programms gewählt wurde.

Dies mag zum Teil daran liegen, dass die Piratenpartei bei ihren Kernthemen mit Kernkompetenzen aufwarten kann, die sie in anderen Themenbereichen aber noch erarbeiten muss. Andererseits erschweren auch Faktoren wie fehlende Zeit, ein mangelnder Informationsstand der Beteiligten und ein unsachliches Diskussionsklima die programmatische Arbeit in der Piratenpartei. Eine direkte Frage zur Sachlichkeit und Emotionalität der Diskussionskultur ergab aber ein recht ausgeglichenes Bild, bei dem die meisten Nennungen auf die Antwortoption *teils / teils* entfielen. Die Sachlichkeit der Diskussionen wird also sehr unterschiedlich von den Befragten empfunden.

Auch hängt dies auch zu großen Teilen mit den Strukturen zusammen, die sich der gestiegenen Mitgliederzahl noch nicht ausreichend angepasst haben, aber ständig erweitert werden. Dies führt auch dazu, dass die Kommunikationswege und –werkzeuge zurzeit noch schwer zu überschauen sind, was bei den offenen Antworten ebenfalls als ein Problem genannt wurde. Kurz: Es fehlen

einheitliche Kommunikationsstrukturen. Auch wünschen sich die Mitglieder eine bessere interne Informationspolitik und eine engere Vernetzung der Arbeitsgemeinschaften untereinander und nach außen.

Trotz der genannten Erschwernisse gaben aber die meisten Parteimitglieder (61,2 Prozent) an, dass sie sich unkompliziert an der programmatischen Arbeit innerhalb der Partei beteiligen können. *Sehr oft* oder *oft* partizipieren daran aber insgesamt „nur“ 41,8 Prozent der Teilnehmer. Mit der selbstständigen Erstellung von konkreten Anträgen beschäftigen sich hauptsächlich die aktiven (43,4 Prozent), immerhin aber auch noch 20 Prozent der weniger aktiven Mitglieder.

Bei der Frage nach der Mitarbeit bei Anträgen steigt die Beteiligung aber bei allen Gruppen deutlich an. Besonders die aktiven Mitglieder haben das Gefühl, durch ihre programmatische Arbeit einen starken Einfluss auf die politischen Entscheidungen in der Partei nehmen zu können. Am häufigsten findet diese Arbeit dabei online im Wiki der Piratenpartei, per E-Mail oder aber bei lokalen Treffen statt.

Zum politisch-programmatischen Selbstverständnis der Piratenpartei kann also gesagt werden, dass die Partei ihren Mitgliedern viel Freiraum zur Ausgestaltung und Vermittlung ihrer politischen Ideen gewährt, und dass diese Beiträge auch gefragt sind. Viele Mitglieder wünschen sich aber für die Umsetzung ihrer Ideen klarere Strukturen. 40 Prozent finden auch, dass die programmatische Arbeit an sich viel stärker in Angriff genommen werden müsste. Dabei stehen die Kernthemen der Piratenpartei trotz der Öffnung des Programms immer noch im Mittelpunkt.

Zentral ist nach wie vor das Internet, das eine Schlüsselfunktion für die programmatische Arbeit der Partei einnimmt. Allerdings sehen viele Mitglieder

noch einen starken Verbesserungsbedarf bei der Diskussionskultur. In diesem Zusammenhang wurden auch oft Diskussionsregeln und eine Moderation der Debatten auf den verschiedenen Kommunikationswegen gewünscht.

Die Piratenpartei befindet sich also immer noch zu großen Teilen in einer Transformationsphase auf dem Weg zu einer strukturellen und organisatorischen Anpassung an die stark angestiegene Mitgliederzahl.

Trotz dieses zeit- und arbeitsaufwendigen Prozesses hat sie aber parallel wichtige Weichen für ihre Zukunft gestellt und Grundsatzproblematiken, wie die Frage nach der Ausrichtung des politischen Programms, bewältigt. Dies hat die Partei ohne große Mitgliedsaustritte in Kauf nehmen zu müssen, erreicht und dabei ein Stück mehr an Stabilität gewonnen. Sie ist also in eine Lage, in der sie politisch agieren kann. Das gute Ergebnis bei der Kommunalwahl in Hessen kann hier unter anderem als Beleg dienen.

Was die politische und programmatische Arbeit insgesamt betrifft, kann der Piratenpartei also neben den organisatorischen und strukturellen Veränderungen Offenheit gegenüber den Ideen ihrer Mitglieder und ein großer Gestaltungsspielraum attestiert werden.

Wenn es um die konkrete Mitbestimmung auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene geht, zeigt sich ebenfalls überwiegend Zufriedenheit bei den Mitgliedern. Weiterhin werden die Einflussmöglichkeiten der Basis auf die Arbeit der Vorstände positiv beurteilt. Dass eine Einflussnahme auf die Partei allein durch programmatische Arbeit möglich ist, glauben die meisten Teilnehmer der Befragung. Eine aktive Teilnahme scheint dabei aber genauso wie die intensive Pflege von innerparteilichen Beziehungen und die Nutzung von Liquid Feedback förderlich für eine Einflussnahme zu sein.

Hierarchien werden hierbei stark unterschiedlich ausgeprägt wahrgenommen und scheinen auf den verschiedensten Ebenen in ihrer Stärke zu variieren. Insgesamt sind die Parteimitglieder aber gespalten, ob für eine funktionierende innerparteiliche Organisation das Crewkonzept oder aber das klassische Verbändemodell geeigneter ist. Die Entscheidung darüber wird wohl auch in absehbarer Zukunft noch Landessache bleiben.

Für die Frage nach dem Selbstverständnis der Piratenpartei, war besonders die Frage nach der gemeinsamen Identität der Parteimitglieder, die im Abschnitt zur innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation gestellt wurde, zentral. Im Ergebnis wurden dabei besonders gemeinsame Ideale, die Abkehr vom Stil der etablierten Parteien und die Begeisterung für moderne Technologien genannt. Programmatische Übereinstimmungen sind den Mitgliedern nur halb so wichtig wie die drei genannten.

Auch wenn die gemeinsamen Ideale auf programmatischer Ebene zu stark differierenden Meinungen führen, scheint dies kaum ein Problem für die Mitglieder darzustellen. Vielmehr stellen diese Ideale eine Orientierungsebene dar, auf der sich die Parteimitglieder relativ sicher bewegen können. Auch hatten sie bisher sicherlich bedeutenden Anteil an der Bewahrung der Stabilität innerhalb der Partei.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die anfänglichen Erwartungen, die die Parteimitglieder bei Eintritt in die Partei gestellt haben, nur von knapp weniger als der Hälfte der Teilnehmer als erfüllt gesehen werden. Für ein Drittel haben sich die Erwartungen nur teilweise und für ein Fünftel noch nicht erfüllt. Die weitere Entwicklung in diesem Bereich wird wohl von der Ausdifferenzierung der Partei auf allen Ebenen abhängen.

Über die allgemeine Zusammenarbeit innerhalb der Partei wird weitgehend Zufriedenheit geäußert, wenn auch der Anteil derjenigen groß ist, die der Ansicht sind, dass dies von der jeweiligen Situation abhängt. Interne Hilfe bei der Parteiarbeit erhalten die Mitglieder relativ schnell bis schnell, allerdings wird die Unterstützung bei öffentlichkeitswirksameren Projekten als schneller empfunden.

Mit der politischen Arbeit der Piratenpartei insgesamt ist „nur“ die Hälfte der Mitglieder eher zufrieden oder zufrieden. Wie in 3.2.6 dargestellt, haben hier aber auch die Arbeiten an Organisation und Struktur der Partei viel Zeit in Anspruch genommen, die für politische Arbeit deswegen nur teilweise zur Verfügung stand. Mit jeder weiteren Festigung der Strukturen und der Organisation wird künftig mehr Zeit für politische Arbeit verfügbar sein. Allerdings setzt dies auch genügend Personal voraus, welches die Vorhaben umsetzen kann. Gerade für diesen Aspekt ist also ein weiterer Anstieg der Mitgliederzahlen wichtig für die Piratenpartei.

Neben den gemeinsamen Idealen und der politischen und programmatischen Arbeit hat das Demokratieverständnis der Mitglieder eine grundlegende Bedeutung. Dies auch gerade, weil Ideale und ihre Umsetzung in demokratischer Form sich nicht gleichen müssen.

Für die Piratenpartei hat sich gezeigt, dass zwei Drittel ihrer Mitglieder plebiszitäre Demokratie präferieren. Sie ist also durchaus für eine Wahrnehmung der Interessen durch Repräsentanten, allerdings nur unter der Bedingung eines Angebots vielseitiger Mitbestimmungsmöglichkeiten direkter Demokratie. Dabei sind die Parteimitglieder auch eindeutig davon überzeugt, dass eine Stärkung direkter Demokratie das Vertrauen in das politische System in Deutschland wieder herstellen bzw. verbessern kann.

Bei der Organisation von Mehrheitsverhältnissen erachten zwei Drittel *Konsensdemokratie* als die geeignetere Form. Dies ist ein naheliegendes Ergebnis, da die Piratenpartei oft betont, dass sie ihre Entscheidungen allein von den Standpunkten wissenschaftlicher Erkenntnisse abhängig macht und nicht von machtpolitischen Interessen. Dies bedingt dann aber auch die Einbeziehung externer Experten und Organisationen sowie es bei der Konsensdemokratie, beispielsweise in der Schweiz, der Fall ist.

Was die politische Strömung angeht, der die Piratenpartei am ehesten zuzuordnen ist, so sind sich die Mitglieder zwar nicht einig, aber dennoch entfallen zwei Drittel der Nennungen auf den Liberalismus. Im politischen Spektrum drückt sich dies dann in einer Links-Mitte-Kombination aus, wobei in etwa doppelt so viele Nennungen auf *Links* entfielen als auf *Mitte*. Knapp über 50 Prozent sind aber der Überzeugung, dass sich die Piratenpartei nicht in das politische Spektrum einordnen lässt.

Auch dies ist ein naheliegendes Ergebnis, da sich die Partei als *anders* als die etablierten Parteien (und auch darüber hinaus) begreift und sich deswegen auch sicherlich keinem Spektrum unterwerfen will, welches nur die bisherigen Ausrichtungen der mehr oder weniger etablierten Parteien abbildet.

Darin zeigt sie einen Teil des Selbstverständnisses des *anders seins* – nämlich den Willen, die gemeinsamen politischen Ziele erreichen zu wollen, ohne dabei in die Fußstapfen etablierter Vorläufer zu treten und deren Kurs letztendlich doch noch unwillentlich einzuschlagen.

Zu diesem *anders sein* gehört auch ein starker Drang nach *Freiheit*. Allerdings hat die Piratenpartei keine feste Definition von dem, was sie unter dem Begriff Freiheit versteht, außer einer abstrakten Forderung nach Freiheit selbst.

Ich denke, es geht dabei besonders um die Freiheit, anders sein zu *können*. Also darum, Abstand von Gewohntem zu nehmen, um auf neuen Pfaden Politik zu gestalten. Hier vermuten die Piraten die Schätze, die noch unberührt sind und aus denen sich erst etwas *Neues* formen lässt, was *anders sein könnte*.

Dabei ist die Piratenpartei schon längst kein Experiment mehr, sondern auf dem Weg, sich Schritt für Schritt zu etablieren. Zwar waren die Piraten bei der Einreichung dieser Arbeit noch in keinem Landesparlament vertreten, aber schon knapp einen Monat später schaffte die Partei den Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus mit einem Ergebnis von 8,9 Prozent. Darüber hinaus konnten die Piraten auch auf kommunaler Ebene in viele Parlamente einziehen. Namhafte Meinungsforschungsinstitute halten sogar einen Einzug in den Bundestag für möglich, wenn nächsten Sonntag Wahl wäre.

Nicht zuletzt deswegen haben viele Parteimitglieder die Hoffnung, mit der Piratenpartei etwas bewegen zu können. Wie die Ergebnisse dieser Arbeit außerdem zeigen, herrscht in der Piratenpartei immer noch Aufbruchsstimmung. Ein starker Antrieb für die Mitglieder, ihre Ziele weiterhin mit Nachdruck zu verfolgen.

Den Traum von der Freiheit, anders gestalten zu können, zu realisieren, ist also das, was das Selbstverständnis der Piratenpartei im Wesentlichen ausmacht. Alles weitere hängt von seiner Lebendigkeit ab und gestaltet sich durch sie aus.

Wie frei diejenigen denken, die anders sein wollen, wird letztendlich die Veränderungskraft der Piratenpartei bestimmen.



## Literaturverzeichnis

- Abraham, M. / Büschges, G., 2009: Einführung in die Organisationssoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- AK Vorrat, 2011. <http://www.vorratsdatenspeicherung.de/> (Stand: 23.03.2011).
- Baecker, D., 2007: Organisation und Management. Aufsätze. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bartels, H., 2009: Die Piratenpartei. Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung. Berlin: Contumax; Contumax-Verl.
- Benninghaus, H., 2005: Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Berliner Zeitung, 2009: Mythos Pirate Bay. Die immer noch nicht beendete Geschichte einer umstrittenen Internetseite.  
<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/1104/netzwelt/0152/index.html>  
(Stand: 22.03.2011).
- Beyme, K.v., 2002: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- BITKOM, 2009a: Drei von vier deutschen Haushalten haben Internetzugang.  
[http://www.bitkom.org/de/presse/8477\\_56246.aspx](http://www.bitkom.org/de/presse/8477_56246.aspx) (Stand: 23.03.2011).

BITKOM, 2009b: Wir über uns.

[http://www.bitkom.org/de/wir\\_ueber\\_uns/99.aspx](http://www.bitkom.org/de/wir_ueber_uns/99.aspx) (Stand: 23.03.2011).

Bundesverfassungsgericht, 2010: Konkrete Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung nicht verfassungsgemäß. Urteil vom 2. März 2010.

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-011> (Stand: 06.05.2011).

Bundeswahlleiter.de, 2009a: Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009.

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html) (Stand: 24.03.2011).

Bundeswahlleiter.de, 2009b: Endgültiges Ergebnis der Europawahl 2009.

[http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU\\_BUND\\_09/ergebnisse/bundesergebnisse/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/) (Stand 06.05.2011).

Bundeszentrale für politische Bildung, 2010: Mitgliederentwicklung der Parteien.

<http://www1.bpb.de/themen/1YML48,0,Mitgliederentwicklung.html> (Stand: 20.03.2011).

Bündnis 90/Die Grünen, 2009: Grüne Chronik.

<http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/gruene-chronik.html> (Stand: 22.03.2011).

Bündnis 90/Die Grünen, 2010: Grundsatzprogramm. <http://archiv.gruene-partei.de/grundsatz/G-01Grundsatzprogramm.pdf> (Stand: 22.03.2011).

Bürklin, W.P., 1988: Wählerverhalten und Wertewandel. Opladen: Leske u. Budrich.

Canadiantechonline.com, 2010: WikiLeaks: US Cables Reveal Concern Over Swedish Pirate Party.

[http://home.canadiantechonline.com/index.php?option=com\\_content&view=article&id=14094:wikileaks-us-cables-reveal-concern-over-swedish-pirate-party&catid=42:blog&Itemid=56](http://home.canadiantechonline.com/index.php?option=com_content&view=article&id=14094:wikileaks-us-cables-reveal-concern-over-swedish-pirate-party&catid=42:blog&Itemid=56) (Stand: 28.12.2010).

C-Base Berlin. <http://www.c-base.org/> (Stand: 23.03.2011).

Decker, F. / Neu, V., 2007: Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Deppe, F. (Hrsg.), 2008: Notstand der Demokratie. Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus? Hamburg: VSA-Verl.

Der Piraten-Sextant, 2011: Homepage. <http://piratensexant.de/text/index> (Stand: 08.06.2011).

Dieter Roth, 2008: Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Ditfurth, J., 2001: Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung. München: Econ.

Eggers, J.: Piratenpartei: Träumt weiter! | untergeek.

<http://www.untergeek.de/2009/06/piratenpartei-traumt-weiter/> (02.01.2011).

European Financial Coalition against Commercial Sexual Exploitation of Children Online: 14 months on: A combined report from the European Fi-

nancial Coalition 2009-2010. An intelligence assessment on the commercial distribution of child sexual abuse images. A progress report on the work of the European Financial Coalition.

[http://www.ceop.police.uk/Documents/EFC%20Strat%20Asses2010\\_080910b%20FINAL.pdf](http://www.ceop.police.uk/Documents/EFC%20Strat%20Asses2010_080910b%20FINAL.pdf) (Stand: 20.03.2011).

Fabian Blumberg, 2010: Parteienmonitor. Partei der „digital natives“? Eine Analyse der Genese und Etablierungschancen der Piratenpartei. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Facebook, 2010: Pressebereich.

<http://www.facebook.com/press/info.php?statistics> (Stand: 23.03.2011).

Falkvinge, R., 2011a: After 5 years, I'm stepping down as Party Leader.

<http://falkvinge.net/2011/01/01/after-five-years-im-stepping-down-as-party-leader/> (Stand: 27.04.2011).

Falkvinge, R., 2011b: Why The Name "Pirate Party"?

<http://falkvinge.net/2011/02/20/why-the-name-pirate-party/> (Stand: 25.07.2011).

Falter, J.W. / Schoen, H. (Hrsg.), 2005: Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Fischer, K. / Voß, O., 2009: Internetwahlkampf: Die Piratenpartei dominiert den Wahlkampf im Netz - WirtschaftsWoche.

<http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/die-piratenpartei-dominiert-den-wahlkampf-im-netz-406340/> (Stand: 23.03.2011).

- Flaschenpost, 2011: Warum der Name „Piratenpartei“?  
<http://flaschenpost.piratenpartei.de/2011/04/14/warum-name-piratenpartei%e2%80%a8%e2%80%a8/> (Stand: 25.07.2011).
- Fritzsche, K.P., 2009: Menschenrechte. Eine Einführung mit Dokumenten.  
Paderborn: Schöningh.
- futurezone.at, 2010: Piratenpartei erweitert Programm.  
<http://futurezone.at/netzpolitik/1137-piratenpartei-erweitert-programm.php> (Stand: 27.05.2011).
- Gabler Verlag, 2010: Gabler Wirtschaftslexikon - Stichwort: Copyright.  
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/1276/copyright-v5.html> (Stand: 22.03.2011).
- Gabriel, O.W. / Keil, S.I., 2005: Wählerverhalten. S. 575–621 in: O.W. Gabriel / E. Holtmann (Hrsg.), Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München: Oldenbourg.
- Gabriel, O.W. / Völkl, K., 2005: Politische und soziale Partizipation. S. 523–575 in: O.W. Gabriel / E. Holtmann (Hrsg.), Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München: Oldenbourg.
- Graf, K., 2009: Urheberrechtsfibel - nicht nur für Piraten. Der Text des deutschen Urheberrechtsgesetzes erklärt und kritisch kommentiert (PiratK-UrhG). Berlin: Contumax-Verl.
- Hallensleben, A., 1983: Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen von ihrer Entstehung 1977 bis zur Gründung der Partei Die Grünen 1980. Göttingen.

Heinrich, S., 2004: Auf dem Weg in einen Überwachungsstaat? Informationssicherheit und Kontrolle in offenen Kommunikationsnetzen. Marburg: Tectum-Verl.

Heinrich Böll Stiftung, 2011: Bündnis 90 bis zur Assoziation Bündnis 90/Die Grünen. <http://www.boell.de/1989/index-125.html> (Stand: 23.03.2011).

heise online, 2006: heise online - USA nutzten WTO als Druckmittel beim „Problem PirateBay“. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/USA-nutzten-WTO-als-Druckmittel-beim-Problem-PirateBay-134649.html> (Stand: 20.04.2011).

heise online, 2010a: Piraten gehen auf Kurs Fünfprozenthürde. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Piraten-gehen-auf-Kurs-Fuenfprozenthuerde-1138555.html> (Stand: 23.03.2011).

heise online, 2010b: Piraten ringen um Satzung und Programm. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Piraten-ringen-um-Satzung-und-Programm-1139541.html> (Stand: 27.05.2011).

Hessischer Landeswahlleiter, 2011: Landesergebnis der Landtagswahl 2009. [http://www.wahlen.hessen.de/irj/Wahlen\\_Internet?cid=9bf0283a1bb88794725952579f583834](http://www.wahlen.hessen.de/irj/Wahlen_Internet?cid=9bf0283a1bb88794725952579f583834) (Stand 06.05.2011).

Holtmann, E., 2000: Politik-Lexikon. München: Oldenbourg.

Hüttner, B., 2005: Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.

- Kahl-Lüdtke, I., 1992: Entstehungsvoraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen grüner Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Münster u.a.: Lit.
- Kieser, A., 2001: Organisationstheorien. Stuttgart: Kohlhammer.
- Klein, M. / Falter, J.W., 2003: Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung. München: Beck.
- Langguth, G., 1984: Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei? Osnabrück: Fromm [u.a.].
- Lipset, S.M. / Rokkan, S., 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignment: An Introduction. In: Party systems and voter alignments cross-national perspectives. New York: Free Press of Glencoe [u.a.].
- Michels, R., 1957: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Stuttgart: Kröner.
- Moosbrugger, H. / Kelava, A. / Moosbrugger-Kelava, 2008: Testtheorie und Fragebogenkonstruktion. Mit 43 Tabellen. Berlin: Springer.
- Müller, E.-P., 1984: Die Grünen und das Parteiensystem. Köln: Deutscher Inst.-Verl.
- Nemitz, M., 2011: Enquetekommission Internet und digitale Gesellschaft Deutschland. <http://www.enquete-kommission.de/enquete-internet-digitale-gesellschaft.htm> (Stand: 22.03.2011).

Netzeitung.de, 2009: Piratenpartei könnte sich etablieren.

<http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/1442461.html> (Stand: 23.03.2011).

Neue Zürcher Zeitung, 2009: Auch Zwitschern muss man üben.

[http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/auch\\_zwitschern\\_muss\\_man\\_ueben\\_1.3994226.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/auch_zwitschern_muss_man_ueben_1.3994226.html) (Stand: 23.03.2011).

Neues Deutschland, 2010: LiquidFeedback: Das Wahl-Tool.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/181441.liquidfeedback-das-wahl-tool.html> (Stand: 20.03.2011).

Neumann, F., 2009: Anti-Parteien-Partei 2.0.

<http://fxneumann.de/2009/12/23/anti-parteien-partei-2-0/> (Stand: 02.01.2011).

Neumann, F., 2010: Piratenpartei: Mehr als die Autofahrerpartei auf der Datenautobahn. <http://carta.info/22886/piratenpartei-autofahrerpartei-auf-der-datenautobahn/> (Stand: 02.03.2011).

Oehmichen, E. / Schröter, C., 2008: Medienübergreifende Nutzungsmuster: Struktur- und Funktionsverschiebungen. Mediaperspektiven Heft 8/2008. [http://www.media-perspektiven.de/1657.html?&no\\_cache=1&tx\\_mppublications\\_pi1\[limit\]=0](http://www.media-perspektiven.de/1657.html?&no_cache=1&tx_mppublications_pi1[limit]=0) (Stand: 03.01.2011).

onlinekosten.de, 2010: Baby-Fotos fluten das Internet.

<http://www.onlinekosten.de/news/artikel/41216/0/Baby-Fotos-fluten-das-Internet> (Stand: 07.03.2011).



- Otto-Friedrich-Universität Bamberg (Hrsg.), 2010: Die Berichte des Soziologischen Forschungspraktikums 2009/2010 zum Thema „Politische Beteiligung“. Die Piratenpartei Entwicklung, Probleme Selbstverständnis und Mobilisierungspotenzial einer Partei.
- Paetau, M., 2010: Die Piratenpartei. Vision einer freien Wissensordnung. S. 51–54 in: FORUM Wissenschaft.
- Pappi, F.U. / Shikano, S., 2007: Wahl- und Wählerforschung. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.
- Piratenpartei Deutschland, 2009: Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009. [http://www.piratenpartei.de/tmp/Wahlprogramm\\_Bundestagswahl2009.pdf](http://www.piratenpartei.de/tmp/Wahlprogramm_Bundestagswahl2009.pdf) (Stand: 22.03.2011).
- Piratenpartei Deutschland, 2011a: Offizielle Internetpräsenz. <http://www.piratenpartei.de> (Stand: 23.03.2011).
- Piratenpartei Deutschland, 2011b: Die Geschichte der Piratenpartei. <http://www.piratenpartei.de/navigation/partei/parteigeschichte> (Stand: 19.03.2011).
- Piratenpartei Deutschland, 2011c: Gründung. Die Piraten setzen die Segel! <http://www.piratenpartei.de/navigation/presse/gr%C3%BCndung> (Stand: 06.03.2011).
- Piratenpartei Deutschland, 2011d: Politische Kernthemen. [http://www.piratenpartei.de/unsere\\_ziele](http://www.piratenpartei.de/unsere_ziele) (Stand: 18.05.2011).

Piratenpartei Deutschland, 2011e: Parteiprogramm.

<http://web.piratenpartei.de/navigation/politik/parteiprogramm> (Stand: 16.05.2011).

Piratenpartei Hessen, 2011a: Fraktionen und Mandate in Hessen.

<http://www.piratenpartei-hessen.de/content/fraktionen-und-mandate-hessen> (Stand: 31.05.2011).

Piratenpartei Hessen, 2011b: Beschluss zur temporären Abschaltung der hessischen Landesmailingliste.

[http://wiki.piratenpartei.de/HE:Vorstand/Protokolle/2011-05-11#Allgemeine\\_Stimmungslage\\_und\\_.28De-.29Motivation\\_.28Tim.29](http://wiki.piratenpartei.de/HE:Vorstand/Protokolle/2011-05-11#Allgemeine_Stimmungslage_und_.28De-.29Motivation_.28Tim.29) (Stand: 10.06.2011).

Piratenpartei Schweden, 2011: Mitgliederzahlen der Ung Pirat. Jugendorganisation der schwedischen Piratenpartei.

<http://www.piratpartiet.se/partiet/medlemsstatistik> (Stand: 21.03.2011).

Pirate Parties International, 2011a: Offizielle Internetpräsenz. <http://www.pp-international.net/> (Stand: 13.06.2011).

Pirate Parties International, 2011b: Pirate Parties International Wiki.

[http://int.piratenpartei.de/Main\\_Page](http://int.piratenpartei.de/Main_Page) (Stand: 13.06.2011).

Pirate Parties International, 2011c: Internationales Forum. <http://pp-international.net/phpBB3/> (Stand: 13.06.2011).

Pirate Parties International, 2011d: List of the international Pirate Parties.

[http://int.piratenpartei.de/List\\_of\\_Pirate\\_Parties](http://int.piratenpartei.de/List_of_Pirate_Parties) (Stand: 13.06.2011).

Pirate Parties International, 2011e: Conferences.

<http://int.piratenpartei.de/Conferences> (Stand: 13.06.2011).

Pirate Parties International, 2011f: Rules of Procedure.

[http://int.piratenpartei.de/PPI\\_Board/Rules\\_of\\_Procedure](http://int.piratenpartei.de/PPI_Board/Rules_of_Procedure) (Stand: 13.06.2011).

Pirate Parties International, 2011g: PPI Coreteam.

[http://int.piratenpartei.de/PPI\\_Coreteam](http://int.piratenpartei.de/PPI_Coreteam) (Stand: 13.06.2011).

Pirate Parties International, 2011h: Statutes of Pirate Parties International (PPI).

[http://int.piratenpartei.de/wiki/images/a/a6/Statutes\\_of\\_the\\_Pirate\\_Parties\\_International.pdf](http://int.piratenpartei.de/wiki/images/a/a6/Statutes_of_the_Pirate_Parties_International.pdf) (Stand: 13.06.2011).

Piratenstatistiken.de, 2010: Analyse der Parlamentswahlen in Schweden.

<http://www.piratenstatistiken.de/2010/09/analyse-der-parlamentswahlen-in-schweden/> (Stand: 22.03.2011).

Piratenwiki, 2009a: Bundestagswahl 2009.

[http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2009](http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009) (Stand: 15.03.2011).

Piratenwiki, 2009b: Wettbewerb: Wahlplakat zur Bundestagswahl 2009.

[http://wiki.piratenpartei.de/Wettbewerb:\\_Wahlplakat\\_zur\\_Bundestagswahl\\_2009](http://wiki.piratenpartei.de/Wettbewerb:_Wahlplakat_zur_Bundestagswahl_2009) (Stand: 23.03.2011).

Piratenwiki, 2009c: Durchschnittsalter der Mitglieder verschiedener Parteien (in Jahren). Die Zahlen wurden ursprünglich durch das ZDF zur Verfügung gestellt, der Link zur Primärquelle ist aber offline, daher wurde eine Ressource der Piratenpartei angegeben.

<http://wiki.piratenpartei.de/Datei:Durchschnittsalter.eps> (Stand: 17.07.2011).

Piratenwiki, 2010: Bundesparteitag 2010.2 verhandelte Grundsatzprogramm-  
anträge, Positionspapiere und sonstige Anträge.

[http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Cochi/Beschl%C3%BCsse\\_BPT2010.2](http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Cochi/Beschl%C3%BCsse_BPT2010.2) (Stand: 23.03.2011).

Piratenwiki, 2011a: Basisdemokratie.

<http://wiki.piratenpartei.de/Basisdemokratie> (Stand: 04.03.2011).

Piratenwiki, 2011b: Bundessatzung. <http://wiki.piratenpartei.de/Satzung>  
(23.03.2011).

Piratenwiki, 2011c: Mitglieder. <http://wiki.piratenpartei.de/Mitglieder> (Stand:  
26.03.2011).

Piratenwiki, 2011d: Piratenpartei Deutschland.

[http://wiki.piratenpartei.de/Piratenpartei\\_Deutschland](http://wiki.piratenpartei.de/Piratenpartei_Deutschland) (Stand:  
26.03.2011).

Piratenwiki, 2011e: AG mypirates.

[http://wiki.piratenpartei.de/AG\\_MyPirates\\_%28Piratenverzeichnis%29](http://wiki.piratenpartei.de/AG_MyPirates_%28Piratenverzeichnis%29)  
(Stand: 16.03.2011).

Piratenwiki, 2011f: Begründung der politischen Themenwahl.

<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Pr.C3.A4ambel> (Stand:  
23.03.2011).

Piratenwiki, 2011g: Grundsatzprogramm.

[http://wiki.piratenpartei.de/images/1/18/Parteiprogramm\\_A5.pdf](http://wiki.piratenpartei.de/images/1/18/Parteiprogramm_A5.pdf) (Stand: 23.03.2011).

Piratenwiki, 2011h: Parteiprogramm.

<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm> (Stand: 23.03.2011).

Piratenwiki, 2011i: Open Access.

<http://www.piratenpartei.de/navigation/politik/open-access> (Stand: 19.05.2011).

Piratenwiki, 2011j: Parteigliederung.

<https://wiki.piratenpartei.de/Parteigliederung> (Stand: 29.05.2011).

Piratenwiki, 2011k: AG Sozialpolitik/Sozicamp.

[http://wiki.piratenpartei.de/Crew:AK/Arbeit\\_und\\_Soziales\\_NRW/Sozicamp](http://wiki.piratenpartei.de/Crew:AK/Arbeit_und_Soziales_NRW/Sozicamp) (Stand: 31.05.2011).

Piratenwiki, 2011l: Kommunikation.

<http://wiki.piratenpartei.de/Kommunikation> (Stand: 10.06.2011).

Piratenwiki, 2011m: AG dezentraler Parteitag.

[http://wiki.piratenpartei.de/AG\\_dezentraler\\_Parteitag](http://wiki.piratenpartei.de/AG_dezentraler_Parteitag) (Stand: 10.06.2011).

Piratenwiki, 2011n: Mandate. <https://wiki.piratenpartei.de/Mandate> (Stand:

10.06.2011).

Piratenwiki, 2011o: Parlamentssitze.

<https://wiki.piratenpartei.de/Parlamentssitze> (Stand: 10.06.2011).

Piratenwiki, 2011p: NRW:Crewkonzept.

<http://wiki.piratenpartei.de/NRW:Crewkonzept> (Stand: 10.07.2011).

Poguntke, T., 2000: Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich. Wiesbaden: Westdt. Verl.

Poguntke, T., 2004: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden: Westdt. Verl.

Poguntke, T., 2005: Politische Parteien. S. 623–653 in: O.W. Gabriel / E. Holtmann (Hrsg.), Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München: Oldenbourg.

Polke-Majewski, K., 2010: Politik im Netz: Wenn User mitregieren.

<http://www.zeit.de/2010/24/Politik-im-Internet?page=all> (Stand: 14.01.2011).

Preussler, E.-J., 2011: Meuterei von oben - über die Abschaltung der hessischen Mailingliste. <http://www.ernsthaft-bloggen.de/index.php?/archives/83-Meuterei-von-oben-ueber-die-Abschaltung-der-hessischen-Mailingliste.html> (Stand: 10.06.2011).

Pugh, D.S., 2007a: Organization theory. Selected classic readings. London: Penguin.

Pugh, D.S., 2007b: Writers on organizations. London u.a.: Penguin.

Raschke, J., 2001: Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“ /// „so kann man nicht regieren“. Frankfurt/Main, New York: Campus-Verl.

- Reichwald, R., 1997: Organisation. Strukturen und Gestaltung. München:  
Lehrstuhl für Allg. und Industrielle Betriebswirtschaftslehre an der TUM.
- Ridder, C.-M. / Engel, B., 2010: Massenkommunikation 2010: Mediennutzung  
im Intermediavergleich. Media Perspektiven: Heft 11/2010.  
<http://www.media-perspektiven.de/5933.html#c21038> (Stand:  
03.01.2011).
- Roland-Koch.de, 2009: Koch sieht die CDU in der Pflicht, das Thema Internet  
stärker zu besetzen. <http://bit.ly/aQLZoV> (Stand: 23.03.2011).
- RP Online, 2009: Piratenpartei feiert Achtungserfolg. [http://www.rp-online.de/politik/deutschland/bundestagswahl/Piratenpartei-feiert-Achtungserfolg\\_aid\\_763119.html](http://www.rp-online.de/politik/deutschland/bundestagswahl/Piratenpartei-feiert-Achtungserfolg_aid_763119.html) (Stand: 22.03.2011).
- Rucht, D., 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland,  
Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Rucht, D. / Blattert, B.M. / Rink, D., 1997: Soziale Bewegungen auf dem Weg  
zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in  
beiden Teilen Deutschlands. Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Rudzio, W., 2006: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland.  
Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Saalfeld, T., 2007: Parteien und Wahlen. Baden-Baden: Nomos.
- Sächsische Zeitung online, 2010: Chemnitz: Piraten enterten die Mensa mit  
Laptops. <http://www.sz->

online.de/Nachrichten/Chemnitz/Piraten\_enterten\_die\_Mensa  
\_mit\_Laptops/articleid-2619069 (Stand: 22.03.2011).

SACHSEN FERNSEHEN, 2010: Parteitag der PIRATEN PARTEI - Nach-  
richten aus Chemnitz. <http://www.sachsen-fernsehen.de/default.aspx?ID=1095&show News=888173> (Stand: 11.05.2011).

Sawall, A., 2010: Vorratsdatenspeicherung: Für 99,95 Prozent aller BKA-  
Ermittlungen unnötig. <http://www.golem.de/1010/78537.html> (Stand: 18.03.2011).

scharf-links.de, 2010: Piratenpartei steuert nach links. [http://www.scharf-links.de/40.0.html?&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=13326&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=56&cHash=f6bb9bef5a](http://www.scharf-links.de/40.0.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=13326&tx_ttnews%5BbackPid%5D=56&cHash=f6bb9bef5a) (Stand: 22.03.2011).

Schlaffke, W., 1979: Abseits. Die Alternativen - Irrweg oder neue Weltkultur?  
Köln: Dt. Inst.-Verl.

Schmidt, M.G., 2010: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Kröner.

Schnieder, F., 1997: Von der sozialen Bewegung zur Institution. Die Entste-  
hung der politischen Partei Die Grünen in den Jahren 1978 bis 1980.  
Univ., Magisterarbeit-Osnabrück, 1997.

Schönenborn, J., 2010: Interview: Die Piratenpartei füllt ein Angebotsvakuum.  
<http://www.tagesschau.de/inland/schoenenbornpiraten100.html> (Stand: 13.03.2011).



- Schröpfer, C., 2010: Parteienmonitor aktuell. Bericht zum Bundesparteitag der Piratenpartei. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Schulze, A., 2004: Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen. Techn. Univ., Diss.--Chemnitz, 2003. Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl.
- Schwenke, T., 2007: Der Copyright-Hinweis: Seine Bedeutung, seine Notwendigkeit und Praxistipps – Teil 1.  
<http://spreerecht.de/urheberrecht/2007-08/der-copyright-hinweis-seine-bedeutung-seine-notwendigkeit-und-praxistipps-teil-1> (Stand: 23.03.2011).
- Simonson, R.F., 2009: Dünnes Eis. Novelle. Berlin: Contumax-Verl.
- Singelstein, T. / Stolle, P., 2008: Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Spiegel-Online, 2007: Mobile Communitys: Mit 140 Zeichen um die Welt.  
<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,474047,00.html> (Stand 06.03.2011).
- Spiegel-Online, 2009a: Netzrebelln im Wahlkampf: Piratenpartei greift offline an. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,642348,00.html> (Stand: 07.03.2011).
- Spiegel-Online, 2009b: Web 2.0: Plädoyer für die Sozialen Medien im Internet. <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,661748,00.html> (Stand: 23.03.2011).

- Spiegel-Online, 2010a: Piratenpartei in der Krise: Klar zum Kentern - SPIEGEL ONLINE - Nachrichten - Politik.  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,728903,00.html> (Stand: 22.03.2011).
- Spiegel-Online, 2010b: Programmdebatte: Piratenpartei verstrickt sich in Satzungs-Klein-Klein - SPIEGEL ONLINE - Nachrichten - Politik.  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,730251,00.html> (Stand: 22.03.2011).
- Stallman, R., 2010: How the Swedish Pirate Party Platform Backfires on Free Software. <http://www.gnu.org/philosophy/pirate-party.html> (Stand: 08.03.2011).
- Stegbauer, C., 2009: Wikipedia das Rätsel der Kooperation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Stern.de, 2009a: Klarmachen zum Verändern.  
<http://www.stern.de/politik/deutschland/piratenpartei-klarmachen-zum-veraendern-1512175.html> (Stand: 14.03.2011).
- Stern.de, 2009b: Piratenpartei: Bereit zum Entern. <http://www.stern.de/wahl-2009/bundestagswahl/piratenpartei-bereit-zum-entern-1511369.html> (Stand: 09.03.2011).
- Stern.de, 2010: Berufungsprozess: Gericht bestätigt Haft für Pirate-Bay-Macher - Digital. <http://www.stern.de/digital/online/berufungsprozess-gericht-bestaetigt-haft-fuer-pirate-bay-macher-1628188.html> (Stand: 20.4.2011).

- sueddeutsche.de, 2010: Piraten: Parteitag in Chemnitz - Soziale Freibeuter - Politik - sueddeutsche.de. <http://www.sueddeutsche.de/politik/piraten-parteitag-in-chemnitz-kernis-vollis-und-der-traum-von-fuenf-prozent-1.1026404> (Stand: 22.03.2011).
- Taz.de, 2009: Klargemacht zum Ändern. <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/klargemacht-zum-aendern/> (Stand: 14.03.2011).
- Taz.de, 2010a: Netzaktivisten werden politisch: Die Wandlung der Freaks. <http://www.taz.de/1/netz/artikel/1/die-wandlung-der-freaks/> (Stand: 11.03.2011).
- Taz.de, 2010b: Bundesparteitag der Piraten: Kernis gegen Vollis. <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/kernis-gegen-vollis/> (Stand: 27.05.2011).
- Taz.de, 2011: Schwedens Piratenpartei mit neuer Chefin: Kapitänin bricht auf zu neuen Ufern. <http://www.taz.de/1/netz/netzpolitik/artikel/1/kapitaenin-bricht-auf-zu-neuen-ufern/> (Stand: 03.01.2011).
- Tiefenbach, P., 1998: Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei. Univ., Diss.--Bremen, 1998. Köln: PapyRossa-Verl.
- Weinberger, M.-L., 1984: Aufbruch zu neuen Ufern? Grün-Alternative zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Bonn: Verl. Neue Gesellschaft.
- WELT ONLINE, 2009: Kolumne „Wahlkampf virtuell“: Wie Wahlkampf im Netz gut funktionieren kann. <http://www.welt.de/politik/wahlkampf->

virtuell/article3850277/Wie-Wahlkampf-im-Netz-gut-funktionieren-kann.html (Stand: 27.06.2011).

wiwo.de, 2009: Internetwahlkampf: Die Piratenpartei dominiert den Wahlkampf im Netz. <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/die-piratenpartei-dominiert-den-wahlkampf-im-netz-406340/> (Stand: 27.06.2011).

ZEIT ONLINE, 2011: EU-Grundsatzurteil: Richter stärken homosexuelle Partnerschaften. <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-05/eu-gerichtshof-homosexuelle-partnerschaft> (Stand: 23.05.2011).

# Anhang

## Anhang 1: Fragebogen

### Seite 1: Empirische Erhebung zum „Selbstverständnis der Piratenpartei“

## Empirische Erhebung zum “Selbstverständnis der Piratenpartei”

10%

**Herzlich Willkommen!**

Sie nehmen nun an einer wissenschaftlichen Untersuchung im Rahmen meiner Magisterarbeit an der Goethe-Universität Frankfurt teil. Mein Name ist Tobias Neumann – ich bin Soziologiestudent in Prüfungsphase und Beisitzer im Vorstand der Piratenpartei Frankfurt am Main. Betreut wird die Arbeit von Dr. habil. Silvia Krömmelbein und OSIR i.H. Margit Rodrian-Pfennig. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in Form meiner Magisterarbeit Mitte 2011 veröffentlicht.

Alle Angaben, die Sie in dieser Untersuchung machen, werden **streng vertraulich** behandelt und nur für wissenschaftliche Zwecke verwendet. Alle erhobenen Daten werden **vollständig anonymisiert**. Ein Rückschluss auf Ihre Person ist **ausgeschlossen!**

In dieser Untersuchung werden Sie gebeten, verschiedene Beurteilungen und Einschätzungen über die Piratenpartei Deutschland zu treffen. Durch Ihre Mitarbeit an dieser Untersuchung unterstützen Sie mich dabei, eine detaillierte Betrachtung des Selbstverständnisses der Piratenpartei zu erarbeiten.

Bitte beantworten Sie alle Fragen und Aufgaben allein, d.h. ohne Absprache mit anderen Personen.  
Die Bearbeitungszeit wird in etwa **15 bis 20 Minuten** betragen.

Vielen Dank im Voraus für Ihre Zeit und die Bearbeitung des Fragebogens!

Klicken Sie bitte auf „**Weiter**“, um mit der Befragung zu beginnen.

Freundliche Grüße und herzlichen Dank!



Tobias Neumann

**Weiter**

## Seite 2: Fragen zu deinem Engagement in der Piratenpartei – Teil 1



### Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei – Teil 1

#### 1. Wie sind Sie auf die Piratenpartei aufmerksam geworden?

Mehrfachauswahl ist möglich.

- Print-Medium (bspw. Nachrichten, Zeitungen, Magazine, usw.)
- digitales Medium (bspw. Blogs, Podcasts, Webradio, Webseiten über die Piratenpartei, usw.)
- Microblogging (bspw. Twitter, usw.)
- soziales Netzwerk (bspw. Facebook, StudiVZ, Wer-Kennt-Wen, usw.)
- Infostand
- Stammtisch
- offene Vorstandssitzung
- Parteitag (Bund / Land / Kreis)
- Veranstaltung (bspw. Open Mind 2010, CoPirates, usw.)
- Werbemittel (bspw. Flyer, Plakate, Kugelschreiber, Sticker, Bierdeckel, Fahnen, usw.)
- Aktion und Campagne der Piratenpartei (bspw. Demonstrationen, usw.)
- Stimmzettel bei einer Wahl
- Freunde oder Bekannte
- Sonstiges

#### 2. Wie sind Sie mit der Piratenpartei in Kontakt getreten?

Mehrfachauswahl ist möglich.

- digitales Medium (bspw. Blog, Podcast, Webradio, Webseite über die Piratenpartei, usw.)
- Microblogging (bspw. Twitter, usw.)
- soziales Netzwerk (bspw. Facebook, StudiVZ, Wer-Kennt-Wen, usw.)
- E-Mail
- Infostand
- Stammtisch
- offenen Vorstandssitzung
- Parteitag (Bund / Land / Kreis)
- Veranstaltung (bspw. Open Mind 2010, CoPirates, usw.)
- Aktion oder Campagne der Piratenpartei (bspw. eine Demonstration, usw.)
- Freunde oder Bekannte
- Sonstiges

3. Auf welchem Weg haben Sie Ihren Mitgliedsantrag eingereicht?

- online
- Post
- Telefax
- Infostand
- Stammtisch
- offene Vorstandssitzung
- Parteitag (Bund / Land / Kreis)
- Veranstaltung (bspw. Open Mind 2010, CoPirates, usw.)
- Aktion oder Campagne der Piratenpartei (bspw. eine Demonstration, usw.)
- Freunde oder Bekannte
- Sonstiges

4. In welchem Jahr sind Sie in die Piratenpartei eingetreten?

Bitte wählen Sie das zutreffende Jahr aus der Liste aus. ▲

2006
2007
2008
2009
2010
2011

5. In welchem Monat sind Sie in die Piratenpartei eingetreten?

Bitte wählen Sie den zutreffenden Monat aus der Liste aus. ▲

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12

6. In welchem Landesverband der Piratenpartei sind Sie Mitglied?

Bitte wählen Sie den zutreffenden Landesverband aus der Liste aus. ▲

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

7. Welche Gründe haben Sie dazu bewogen, in die Piratenpartei einzutreten?

Mehrfachauswahl ist möglich.

- Unzufriedenheit mit der politischen Arbeit der etablierten Parteien
- Verteidigung und Stärkung der Bürgerrechte
- Etablierung und Ausbau der Netzpolitik
- Reformierung des Urheber- und Patentrechts
- Stärkung und Erweiterung direkt demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten
- Stärkung und Erweiterung der Transparenz innerhalb von Politik und Verwaltung
- Debatte um das Zugangserschwerungsgesetz
- Debatte um die Vorratsdatenspeicherung
- vielfältige Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der Piratenpartei
- Erstreben einer politischen Karriere
- Knüpfen neuer sozialer Kontakte
- Werbung durch Mitglieder der Piratenpartei im Freundes- oder Bekanntenkreis
- Sonstiges

8. Waren Sie auch schon vor Ihrem Eintritt in die Piratenpartei politisch aktiv?

Damit sind nicht nur parteipolitische, sondern auch sonstige politische Aktivitäten gemeint.

- ja
- nein

Zurück

Weiter



## Seite 3: Fragen zu deinem Engagement in der Piratenpartei - Teil 2



### Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei – Teil 2

9. Wie schätzen Sie Ihr Engagement in der Piratenpartei ein?

- aktiv
- eher aktiv
- teils / teils
- eher passiv
- passiv

10. Wie viel Zeit pro Woche investieren Sie durchschnittlich in die Piratenpartei durch inhaltliche, organisatorische oder auch kommunikative Arbeit?

- bis zu 1 Stunde
- 2-5 Stunden
- 6-10 Stunden
- 11-15 Stunden
- 16-20 Stunden
- 21-25 Stunden
- 26-30 Stunden
- Mehr als 30 Stunden
- Ich nehme nicht aktiv an der Parteiarbeit teil

11. Haben Sie ein Amt in der Piratenpartei?

- ja
- nein

12. Streben Sie ein (ggf. anderes oder weiteres) Amt in der Piratenpartei an?

- ja
- nein

13. Bewerben Sie sich im Moment auf ein Amt in der Piratenpartei?

- ja
- nein

14. Wie oft nehmen Sie an Parteitag der Piratenpartei teil?

- sehr oft
- oft
- gelegentlich
- selten
- nie

15. Haben Sie beim programmatischen Bundesparteitag der Piratenpartei in Chemnitz an Abstimmungen teilgenommen?

- ja
- nein

Zurück

Weiter

## Seite 4: Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei – Teil 1



### Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei – Teil 1

16. Welche Ausrichtung soll das Programm der Piratenpartei Ihrer Meinung nach annehmen?

- Kernthemenprogramm
- Vollprogramm

17. Falls Sie die Ausrichtung auf ein Vollprogramm bevorzugen:  
Mit welcher Geschwindigkeit soll die Entwicklung auf dieses Programm erfolgen?

- kurzfristig
- mittelfristig
- langfristig

18. Falls Sie die Ausrichtung auf ein Vollprogramm bevorzugen:  
Versprechen Sie sich dadurch eine höhere Akzeptanz bei den Wählern allgemein?

- ja
- nein
- weiß nicht

19. Wie zufrieden sind Sie bisher mit der programmatischen Entwicklung der Piratenpartei?

- zufrieden
- eher zufrieden
- teils / teils
- eher unzufrieden
- unzufrieden
- weiß nicht

20. Finden Sie, dass innerhalb der Piratenpartei bisher zu wenig programmatische Entwicklung stattgefunden hat?

- ja
- nein
- weiß nicht

# Anhang

## 21. Wie wichtig sind Ihnen folgende programmatische Schwerpunkte?

Die Programmpunkte und Bezeichnungen sind unverändert aus dem aktuellen Bundesparteiprogramm der Piratenpartei entnommen. Die Erweiterungen des programmatischen Parteitages in Chemnitz sind ebenfalls enthalten.

	wichtig	eher wichtig	teils / teils	eher unwichtig	unwichtig	weiß nicht
Mehr Demokratie wagen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Patentwesen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Freie, demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Teilhabe am digitalen Leben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Privatsphäre und Datenschutz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Transparenz des Staatswesens	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bildung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Geschlechter- und Familienpolitik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Umwelt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Whistleblowerschutz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Recht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Informationsfreiheitsgesetze	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

## 22. Welche dieser Schwerpunkte wurden bisher innerhalb der Piratenpartei zu wenig programmatisch entwickelt?

Mehrfachauswahl ist möglich.

- Mehr Demokratie wagen
- Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung
- Patentwesen
- Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur
- Teilhabe am digitalen Leben
- Privatsphäre und Datenschutz
- Transparenz des Staatswesens
- Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten
- Bildung
- Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe
- Geschlechter- und Familienpolitik
- Umwelt
- Whistleblowerschutz
- Recht
- Informationsfreiheitsgesetze
- keine

## 23. Bitte nennen Sie bis zu 5 Themenbereiche, die die Piratenpartei Ihrer Meinung nach künftig in ihr Parteiprogramm aufnehmen sollte.

Dies könnten beispielsweise politische Themenbereiche wie Familienpolitik, Wirtschaftspolitik, Finanz- und Steuerpolitik, Verkehrspolitik und weitere sein.

1. Themenbereich:
2. Themenbereich:
3. Themenbereich:
4. Themenbereich:
5. Themenbereich:

24. Finden Sie, dass das Internet ein Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Programmarbeit innerhalb der Piratenpartei ist?

- ja  
 nein

25. Wie stark formalisiert empfinden Sie den Weg von der Erstellung eines Antrags bis zu dessen Behandlung im jeweiligen Gremium insgesamt?

Gremien umfassen Vorstände sowie Parteitage auf allen Ebenen (Bund / Land / Kommune).

- stark  
 eher stark  
 durchschnittlich  
 eher schwach  
 schwach  
 weiß nicht

26. Welche der folgenden Aspekte erschweren Ihrer Meinung nach am häufigsten die programmatische Arbeit innerhalb der Piratenpartei?

Mehrfachauswahl ist möglich.

- mangelnder Informationsstand der Beteiligten  
 Zeitmangel  
 unsachliches Diskussionsklima  
 mangelnde Kompromissbereitschaft  
 Sonstiges

27. Bitte nennen Sie bis zu 5 Verbesserungsvorschläge, wie die programmatische Arbeit innerhalb der Piratenpartei verbessert werden könnte.

Dies könnten beispielsweise Vorschläge wie eine stärkere Formalisierung der Antragserstellung oder eine bessere Organisation der politischen AGs und weitere sein.

1. Vorschlag:   
2. Vorschlag:   
3. Vorschlag:   
4. Vorschlag:   
5. Vorschlag:

28. Wie beurteilen Sie die Diskussionskultur bei programmatischen Debatten insgesamt?

- sachlich  
 eher sachlich  
 teils / teils  
 eher emotional  
 emotional

29. Bitte geben Sie bis zu fünf Lösungsvorschläge an, mit denen die Diskussionskultur in der Piratenpartei verbessert werden könnte.

1. Vorschlag:   
2. Vorschlag:   
3. Vorschlag:   
4. Vorschlag:   
5. Vorschlag:

Zurück

Weiter

## Seite 5: Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei - Teil 2



### Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei – Teil 2

30. Können Sie sich unkompliziert an der programmatischen Arbeit innerhalb der Piratenpartei beteiligen?

- ja
- eher ja
- teils / teils
- eher nein
- nein

31. Wie häufig beteiligen Sie sich an der programmatischen Arbeit innerhalb der Piratenpartei?

- sehr oft
- oft
- gelegentlich
- selten
- nie

32. Haben Sie schon einmal einen Antrag selbstständig erarbeitet und eingebracht?

- ja
- nein

33. Haben Sie schon einmal an einem Antrag mitgearbeitet, der eingebracht wurde?

- ja
- nein

34. Falls Sie sich an programmatischer Arbeit innerhalb der Piratenpartei beteiligen:

Haben Sie das Gefühl, einen starken Einfluss auf politische Entscheidungen durch Ihre programmatische Arbeit nehmen zu können?

- ja
- eher ja
- teils / teils
- eher nein
- nein

35. Falls Sie sich an programmatischer Arbeit innerhalb der Piratenpartei beteiligen:  
Welche Wege nutzen Sie dafür hauptsächlich?

Mehrfachauswahl ist möglich.

- wiki.piratenpartei.de (Wiki der Piratenpartei)
- lqfb.piratenpartei.de (Liquid Feedback)
- piratenpad.de (Etherpad)
- mypirates.net (soziales Netzwerk der Piratenpartei)
- andere soziale Netzwerke (bspw. Facebook, StudIVZ, Wer-Kennt-Wen, usw.)
- Microblogging (bspw. Twitter, usw.)
- Messenger (Jabber, ICQ, usw.)
- IRC (Internet Relay Chat)
- E-Mail (bspw. Mailinglisten oder private E-Mail Kommunikation)
- Telefonkonferenzen (bspw. virtuelle Vorstandssitzungen, AG-Treffen, usw.)
- lokale Treffen (bspw. Vorstandssitzungen, Stammtische, weitere persönliche Treffen mit anderen Parteimitgliedern, usw.)
- Sonstiges

Zurück

Weiter

## Seite 6: Innerparteiliche Demokratie, Kommunikation und Partizipation - Teil 1



### Fragen zur innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation – Teil 1

36. Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der Piratenpartei auf Bundesebene?

- zufrieden
- eher zufrieden
- teils / teils
- eher unzufrieden
- unzufrieden
- weiß nicht

37. Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der Piratenpartei auf Landesebene?

- zufrieden
- eher zufrieden
- teils / teils
- eher unzufrieden
- unzufrieden
- weiß nicht

38. Wie zufrieden sind Sie insgesamt mit den Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb der Piratenpartei auf Kommunalebene?

- zufrieden
- eher zufrieden
- teils / teils
- eher unzufrieden
- unzufrieden
- weiß nicht

39. Wie gut kann Ihrer Meinung nach die Parteibasis Einfluss auf Entscheidungen innerhalb der Piratenpartei nehmen?

- gut
- eher gut
- durchschnittlich
- eher schlecht
- schlecht
- weiß nicht



40. Durch welche der folgenden Aktivitäten verbessert sich Ihrer Meinung nach der Einfluss des Einzelnen auf die Willensbildung innerhalb der Piratenpartei?

- Mitgliedschaft in einem Vorstand
- aktive Teilnahme am Parteileben
- intensive Pflege innerparteilicher Beziehungen
- Nutzung von Liquid Feedback
- Sonstiges
- keine

41. Wie stark hat sich Ihrer Meinung nach eine Hierarchie innerhalb der Piratenpartei ausgebildet?

- stark
- eher stark
- durchschnittlich
- eher schwach
- schwach
- weiß nicht

42. Welches Konzept halten Sie für geeigneter für eine gut funktionierende innerparteiliche Organisation?

Ausführliche Informationen zum Crewkonzept finden Sie unter <http://wiki.piratenpartei.de/Berlin/Crewkonzept>.

- Verbändemodell (klassische Einteilung in Landes- / Bezirks- / Kreis- und Ortsverbände)
- "Crewkonzept" (alternative Einteilung des Berliner Piratenverbandes in unabhängig agierende Kleingruppen)
- weiß nicht

43. Was macht für Sie die gemeinsame Identität der Mitglieder der Piratenpartei aus?

Mehrfachauswahl ist möglich.

- gemeinsame Ideale
- programmatische Übereinstimmungen
- Abkehr vom politischen Stil der etablierten Parteien (CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke)
- Begeisterung für moderne Technologien (bspw. das Internet, usw.)
- Sonstiges
- eine gemeinsame Identität der Mitglieder der Piratenpartei gibt es nicht

Zurück

Weiter

## Seite 7: Innerparteiliche Demokratie, Kommunikation und Partizipation – Teil 2

Empirische Erhebung zum

# “Selbstverständnis der Piratenpartei”

70%

### Fragen zur innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation – Teil 2

44. Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammenarbeit innerhalb der Piratenpartei?

- zufrieden
- eher zufrieden
- teils / teils
- eher unzufrieden
- unzufrieden

45. Falls Sie (politische) Arbeit für die Piratenpartei leisten:

Wie schnell erhalten Sie bei Ihrer Arbeit für die Piratenpartei Unterstützung aus den eigenen Reihen?

- schnell
- eher schnell
- durchschnittlich
- eher langsam
- langsam
- gar nicht

46. Falls Sie (politische) Arbeit für die Piratenpartei leisten:

Beschleunigt sich die Unterstützung, je öffentlichkeitswirksamer die Arbeit ist, die Sie für die Piratenpartei ausführen?

- ja
- eher ja
- eher nein
- Nein
- Weiß nicht

47. Wie leicht fällt es Ihnen, den Überblick über die Vielzahl der Entscheidungen in der Piratenpartei zu behalten?

- leicht
- eher leicht
- teils / teils
- eher schwer
- schwer

48. Wie gut fühlen Sie sich insgesamt über anstehende politische Entscheidungen in der Piratenpartei informiert?

- gut
- eher gut
- durchschnittlich
- eher schlecht
- schlecht

49. Wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit der Piratenpartei insgesamt?

- zufrieden
- eher zufrieden
- teils / teils
- eher unzufrieden
- unzufrieden

50. Wie zufrieden sind Sie rückblickend mit der Arbeit des Bundesvorstandes für das Jahr 2010?

- zufrieden
- eher zufrieden
- teils / teils
- eher unzufrieden
- unzufrieden
- weiß nicht

51. Haben sich Ihre anfänglichen Erwartungen, die Sie an die Piratenpartei bei Ihrem Eintritt gestellt haben, erfüllt?

- ja
- eher ja
- teils / teils
- eher nein
- nein

52. Welche Anwendungen verwenden Sie zur parteiinternen Kommunikation?

- wiki.piratenpartei.de (Wiki der Piratenpartei)
- lqfb.piratenpartei.de (Liquid Feedback)
- piratenpad.de (Etherpad)
- mypirates.net (soziales Netzwerk der Piratenpartei)
- andere soziale Netzwerke (bspw. Facebook, StudiVZ, Wer-Kennt-Wen, usw.)
- Microblogging (bspw. Twitter, usw.)
- Messenger (Jabber, ICQ, usw.)
- IRC (Internet Relay Chat)
- E-Mail (bspw. Mailinglisten oder private E-Mail Kommunikation)
- Telefonkonferenzen (bspw. virtuelle Vorstandssitzungen, AG-Treffen, usw.)
- lokale Treffen (bspw. Vorstandssitzungen, Stammtische, weitere persönliche Treffen mit anderen Parteimitgliedern, usw.)
- Sonstiges

53. Welche Geräte verwenden Sie zur parteiinternen Kommunikation?

- Desktop-Computer
- Laptop / Notebook / Netbook
- Tablet-Computer (bspw. iPad, Samsung Galaxy Tab, usw.)
- Festnetztelefon
- Handy / Smartphone
- Sonstiges

54. Mit welchen Mitteln werben Sie für die Piratenpartei?

- digitale Medien (bspw. Blogs, Podcasts, Webradio, Webseiten über die Piratenpartei, usw.)
- Microblogging (bspw. Twitter, usw.)
- soziale Netzwerke (bspw. Facebook, StudiVZ, Wer-Kennt-Wen, usw.)
- Presseverteiler (bspw. per E-Mail oder Post)
- Pressegespräche / Pressekonferenzen
- Print-Medien (bspw. Nachrichten, Zeitungen, Magazine, usw.)
- Werbemittel (bspw. Flyer, Plakate, Kugelschreiber, Sticker, Bierdeckel, Fahnen, usw.)
- Aktionen und Campagnen der Piratenpartei (bspw. Demonstrationen, usw.)
- Veranstaltungen (bspw. Open Mind 2010, CoPirates, usw.)
- Infostände
- Stammtische
- Sonstiges

Zurück

Weiter

## Seite 8: Fragen zum Demokratieverständnis

Empirische Erhebung zum

“Selbstverständnis  
der Piratenpartei”

80%

## Fragen zum Demokratieverständnis

55. Welche Demokratieform halten Sie für am besten geeignet, um den Willen eines Volkes umzusetzen?  
Bitte orientieren Sie sich bei Ihrer Antwort an folgenden Definitionen:

**Direkte Demokratie:**

Gesellschaftsorganisation, in der die Macht direkt vom Volk ausgeübt wird.  
Für weitere Informationen zu direkter Demokratie bitte [HIER KLICKEN](#).

**Repräsentative Demokratie:**

Gesellschaftsorganisation, in der die Macht indirekt durch eigenverantwortliche, gewählte Volksvertreter ausgeübt wird.  
Für weitere Informationen zu repräsentativer Demokratie bitte [HIER KLICKEN](#).

**Plebiszitäre Demokratie:**

Gemischte Gesellschaftsorganisation aus direkter und repräsentativer Demokratie.  
Für weitere Informationen zu plebiszitärer Demokratie bitte [HIER KLICKEN](#).

- direkte Demokratie
- repräsentative Demokratie
- plebiszitäre Demokratie

56. Sind Sie der Ansicht, dass ein Ausbau von direkter Demokratie in Deutschland das Vertrauen in das politische System wieder herstellen bzw. verbessern kann?

- ja
- nein

57. Welche Demokratieform halten Sie für am besten geeignet, um Mehrheitsverhältnisse zu organisieren?  
Bitte orientieren Sie sich bei Ihrer Antwort an folgenden Definitionen:

**Mehrheitsdemokratie:**

Gesellschaftsorganisation, in der Entscheidungen im Wesentlichen von Parteien mit der Absicht getroffen werden, die Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinigen, um so ihre politischen Ziele durchzusetzen.  
Für weitere Informationen zur Mehrheitsdemokratie bitte [HIER KLICKEN](#).

**Konsensdemokratie:**

Gesellschaftsorganisation, in der Entscheidungen von verschiedenen politischen Akteuren (darunter Parteien, Verbände, Vereine, usw.) mit der Absicht getroffen werden, eine größtmögliche Einigung zu erzielen.  
Für weitere Informationen zur Konsensdemokratie bitte [HIER KLICKEN](#).

- Mehrheitsdemokratie
- Konsensdemokratie

58. Bitte geben Sie an, welcher politischen Strömung die Piratenpartei am ehesten angehört.

Bitte orientieren Sie sich bei Ihrer Antwort an folgenden Definitionen:

**Konservatismus:**

Politische Ideologie, bei der die Bewahrung der Tradition im Vordergrund steht.

Für weitere Informationen über Konservatismus bitte [HIER KLICKEN](#).

**Liberalismus:**

Politische Ideologie, bei der die Freiheit des Einzelnen im Vordergrund steht.

Für weitere Informationen über Liberalismus bitte [HIER KLICKEN](#).

**Sozialismus:**

Politische Ideologie, bei der die Förderung der Gemeinschaft im Vordergrund steht.

Für weitere Informationen über Sozialismus bitte [HIER KLICKEN](#).

- Konservatismus
- Liberalismus
- Sozialismus
- keiner
- weiß nicht

59. Bitte ordnen Sie die Piratenpartei in das politische Spektrum ein.

- linksradikal
- links
- Mitte
- rechts
- rechtsradikal
- Die Piratenpartei lässt sich nicht in das politische Spektrum einordnen

60. Sollen Menschen, die in einem Staat leben, ohne dessen Staatsangehörigkeit zu besitzen, trotzdem an Wahlen teilnehmen dürfen?

- ja
- ja, aber nur unter Bedingungen (bspw. Begrenzung auf bestimmte Wahlen, nur bei Mindestaufenthaltsdauer, usw.)
- nein

Zurück

Weiter

## Seite 9: Statistische Daten

Empirische Erhebung zum

# “Selbstverständnis der Piratenpartei”

90%

## Fragen zur Ihrer Person

61. Sie sind...?

- männlich
- weiblich

62. Wie alt sind Sie?

- unter 15 Jahre
- 15 bis 19 Jahre
- 20 bis 24 Jahre
- 25 bis 29 Jahre
- 30 bis 34 Jahre
- 35 bis 39 Jahre
- 40 bis 44 Jahre
- 45 bis 49 Jahre
- 50 bis 54 Jahre
- 55 bis 59 Jahre
- 60 Jahre und älter

63. Welches ist momentan Ihr höchster Bildungsabschluss?

- Volks-, Hauptschulabschluss, Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8. oder 9. Klasse
- Realschulabschluss, Mittlere Reife, Polytechnische Oberstufe mit Abschluss 10. Klasse
- (Fach-) Abitur
- akademischer Abschluss
- keiner der genannten

64. Welcher Ausbildung gehen Sie momentan nach?

- Schule
- Berufsausbildung
- Studium
- andere Ausbildungsform
- keiner

65. In welchem Umfang üben Sie momentan eine Erwerbstätigkeit aus?

- voll berufstätig
- teilweise berufstätig
- nicht berufstätig
- im Ruhestand

66. In welchem Beschäftigungsverhältnis stehen Sie momentan?

- Arbeitnehmer
- Arbeitgeber
- Selbstständiger
- Freiberufler
- in keinem

Zurück

Weiter



Seite 10: Endseite

Empirische Erhebung zum  
**“Selbstverständnis  
der Piratenpartei”**

100%

**Die Umfrage ist nun beendet.**

**Vielen Dank, dass Sie an meiner Untersuchung teilgenommen haben!**

Wenn Sie Fragen, Anregungen oder weiteres Feedback haben, dann können Sie gerne mit mir Kontakt aufnehmen:

E-Mail: [T.Neumann@piratenpartei-hessen.de](mailto:T.Neumann@piratenpartei-hessen.de)

Mobil: 0177-5553045

Twitter: @freidenken

**Sie können dieses Fenster nun schließen.**

**Anhang 2: Feldbericht**

<b>Empirische Erhebung zum "Selbstverständnis der Piratenpartei"</b>		
<i>Die angezeigten Daten beziehen sich auf die Feldzeit vom 24.03.2011 bis 26.04.2011</i>		
	Absolute Häufigkeiten:	Prozent:
Gesamtsample (Brutto)	3.196	100,00%
Nettobeteiligung	2.689	84,14%
Beendigungsquote	2.232	69,84%
<b>Statistische Kennzahlen</b>		
Mittlere Bearbeitungszeit (arithm. Mittel)	0h 21m 16.76s	
Mittlere Bearbeitungszeit (Median)	0h 15m 43s	
Tageszeit mit den meisten Zugriffen	01:00 Uhr / Anzahl: 319	
Durchschnittliche Teilnehmeranzahl pro Tag	99.88	
Durchschnittliche Teilnehmeranzahl pro Woche	639.20	
Seite mit meisten Abbrüchen	Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei – Teil 1 / Anzahl: 290	

<b>Gesamtsample (Brutto)</b>		
	Absolute Häufigkeiten:	Prozent:
Gesamt	3.196	100,00%
Abbrüche auf der Begrüßungsseite	217	6,79%
Abbrüche auf der ersten inhaltlichen Seite	290	9,07%
Abbrüche vor Bearbeitung gesamt	507	15,86%

<b>Nettobeteiligung</b>		
	Absolute Häufigkeiten:	Prozent:
Gesamt	2.689	100,00%
Beendet	2.232	83,00%
Unterbrochen	457	17,00%

<b>Zugriffe nach Tageszeiten</b>		
	Gesamt:	Beendet:
00:00	6.35% (203)	5.91% (132)
01:00	9.98% (319)	9.81% (219)
02:00	2.57% (82)	2.42% (54)
03:00	1.41% (45)	1.43% (32)
04:00	1.00% (32)	1.03% (23)
05:00	0.44% (14)	0.27% (6)
06:00	0.75% (24)	0.63% (14)
07:00	2.78% (89)	2.15% (48)
08:00	5.94% (190)	6.27% (140)
09:00	7.98% (255)	8.11% (181)
10:00	8.64% (276)	8.87% (198)
11:00	6.85% (219)	7.21% (161)
12:00	4.79% (153)	5.06% (113)
13:00	4.47% (143)	4.35% (97)
14:00	3.85% (123)	3.76% (84)

## Anhang

15:00	3.29% (105)	3.45% (77)
16:00	3.66% (117)	3.27% (73)
17:00	4.35% (139)	4.30% (96)
18:00	3.88% (124)	3.94% (88)
19:00	3.63% (116)	3.85% (86)
20:00	3.97% (127)	4.57% (102)
21:00	3.60% (115)	3.23% (72)
22:00	3.19% (102)	3.23% (72)
23:00	2.63% (84)	2.87% (64)
Gesamt	3.196	2.232

<b>Zugriffe pro Tag</b>		
	<b>Gesamt:</b>	<b>Beendet:</b>
24.03.2011	72.94% (2.331)	72.94% (1.628)
25.03.2011	7.63% (244)	7.30% (163)
26.03.2011	3.91% (125)	4.08% (91)
27.03.2011	3.07% (98)	3.63% (81)
28.03.2011	2.44% (78)	2.24% (50)
29.03.2011	1.41% (45)	1.34% (30)
30.03.2011	1.16% (37)	1.12% (25)
31.03.2011	1.03% (33)	0.94% (21)
01.04.2011	0.66% (21)	0.72% (16)
02.04.2011	0.44% (14)	0.40% (9)

03.04.2011	0.69% (22)	0.76% (17)
04.04.2011	0.50% (16)	0.40% (9)
05.04.2011	0.41% (13)	0.36% (8)
06.04.2011	0.38% (12)	0.40% (9)
07.04.2011	0.69% (22)	0.81% (18)
08.04.2011	0.41% (13)	0.22% (5)
09.04.2011	0.09% (3)	0.13% (3)
10.04.2011	0.28% (9)	0.27% (6)
11.04.2011	0.44% (14)	0.45% (10)
12.04.2011	0.19% (6)	0.27% (6)
13.04.2011	0.13% (4)	0.13% (3)
14.04.2011	0.19% (6)	0.22% (5)
15.04.2011	0.03% (1)	0.00% (0)
16.04.2011	0.16% (5)	0.18% (4)
17.04.2011	0.09% (3)	0.13% (3)
18.04.2011	0.16% (5)	0.09% (2)
19.04.2011	0.13% (4)	0.13% (3)
20.04.2011	0.06% (2)	0.04% (1)
21.04.2011	0.06% (2)	0.04% (1)
22.04.2011	0.19% (6)	0.18% (4)
23.04.2011	0.03% (1)	0.04% (1)
24.04.2011	0.03% (1)	0.00% (0)
Durchschnittliche Teilnehmeranzahl pro Tag	99.88	69.75

<b>Zugriffe pro Woche</b>		
	<b>Gesamt:</b>	<b>Beendet:</b>
KW: 12 (2011)	87.55% (2.798)	87.95% (1.963)
KW: 13 (2011)	7.82% (250)	7.53% (168)
KW: 14 (2011)	2.75% (88)	2.60% (58)
KW: 15 (2011)	1.22% (39)	1.39% (31)
KW: 16 (2011)	0.66% (21)	0.54% (12)
Durchschnittliche Teilnehmeranzahl pro Woche	639.20	446.40

<b>Abbrüche nach Seite</b>		
<b>Seite:</b>	<b>Abbrüche:</b>	<b>Fortgeschritten bis Seite:</b>
Begrüßungsseite	217 (6.79%)	3.196 (100.00%)
Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei – Teil 1	290 (9.07%)	2.979 (93.21%)
Fragen zu Ihrem Engagement in der Piratenpartei – Teil 2	13 (0.41%)	2.689 (84.14%)
Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei – Teil 1	249 (7.79%)	2.676 (83.73%)
Fragen zur programmatischen Entwicklung der Piratenpartei – Teil 2	74 (2.32%)	2.427 (75.94%)
Innerparteiliche Demokratie, Kommunikation und Partizipation – Teil 1	59 (1.85%)	2.353 (73.62%)
Innerparteiliche Demokratie, Kommunikation und Partizipation – Teil 2	41 (1.28%)	2.294 (71.78%)
Fragen zum Demokratieverständnis	16 (0.5%)	2.253 (70.49%)
Fragen zu Ihrer Person	5 (0.16%)	2.237 (69.99%)

Endseite	0 (0.00%)	2.232 (69.84%)
Gesamt	Abgebrochen	964 (30.16%)
Gesamt	Beendet	2.142 (67.02%)
Gesamt	Beendet nach Unterbre- chung	90 (2.82%)







## Wer sind eigentlich diese Piraten und was wollen sie?

Nicht erst seit der Wahl in Berlin 2011 ist die Piratenpartei in aller Munde. Doch trotz des großen Medienechos ist bisher relativ wenig über das *Innenleben* der Partei bekannt. Daher wurden im Frühjahr 2011 alle damals rund 12.000 Parteimitglieder eingeladen, an einer umfangreichen Befragung teilzunehmen.

Rund ein Viertel der Piraten folgte dem Ruf und gab Antworten auf Fragen zu ihrem Engagement, ihrem Demokratieverständnis, zur programmatischen Entwicklung, zur innerparteilichen Demokratie, Kommunikation und Partizipation. In dieser Studie zum *Selbstverständnis* der Partei werden die Ergebnisse anschaulich dargestellt und zusammengefasst. Abgerundet wird das Bild durch eine ausführliche Beschreibung zur *Entwicklung* der deutschen Piratenpartei und ihres internationalen Umfelds.

Tobias Neumann ist Jahrgang 1981 und hat Soziologie, Politologie und Philosophie studiert. Der Wahl-Frankfurter ist seit 2009 Mitglied der Piratenpartei, in der er seine Leidenschaft für Politik auslebt.

ISBN: 978-3-86199-006-2  
Preis: 19,90 €

